JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2010 I NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Horst Klein: Marx-Studien 1904-1923. Quellen linkssozialistischer Theorieentwicklung 5

Laura Polexe: Autobiografische Berichte rumänischer Freiwilliger aus dem Spanischen Bürgerkrieg. Eine Analyse 28

Christa Luft: Verweigerter gemeinsamer Neuanfang – Abwicklung und Entsorgung statt Nutzung und Ausbau zukunftsfähiger Potenziale der DDR-Wirtschaft 39

Zur 45. Linzer Konferenz der ITH

Günter Benser: Grenzüberschreitende Arbeitergeschichte 51

Dick Geary: Die Vorteile und Fallstricke einer länderübergreifenden vergleichenden Geschichte der Arbeiterbewegung 58

Marcel van der Linden: Global Labor History 72

Regionales

Detlev Brunner: Die Republik in der Provinz.
Arbeiterbewegung und Verfassungstag in Stralsund (1919-1933) 76

Dokumentarisches

Eckhard Müller: Clara Zetkins Vernehmungen zur Verbreitung
des Flugblattes „Frauen des arbeitenden Volkes!“ 1915 93

Biografisches

Frédéric Cyr: Paul Levis Kampf um die KPD 115

Ingo Materna: Alfred Gottschling und Eduard Walz –
zwei Akteure der Novemberrevolution 1918 in Berlin 132

Siegfried Grundmann: Lilo Herrmann und der Plan
der Munitionsanlage Scheuen bei Celle 139

Bericht

Werner Berthold: Globalisierung, Eurozentrismus
und „Kommunistisches Manifest“ 153

Buchbesprechungen

A nemzetközi munkásmozgalom történetéböl. Évkönyv 2009
[Aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.
Jahrbuch 2009] *(Winfried Morgenstern)* 164

Reinhard Marx: Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen
(Wolfgang Heyn) 165

„Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“.
Berichte, Teil I, II *(Ursula Herrmann)* 168

Hubert Kiesewetter: Julius Wolf 1862-1937 – zwischen Judentum und Nationalsozialismus *(Peter Hübner)* 170

János Jemnitz/Gábor Székely (Hrsg.): Justus Pál (*Winfried Morgenstern)* 173

Knud Andresen: Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt *(Horst Klein)* 175

Gerhard Engel: Rote in Feldgrau. Kriegs- und Feldpostbriefe junger linkssozialdemokratischer Soldaten des Ersten Weltkriegs *(Ingo Materna)* 178

Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919 *(Ralf Hoffrogge)* 180

Heinz Niemann: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914-1945 *(Herbert Mayer)* 182

Siegfried Grundmann: Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo. Das BB-Ressort (*Michael F. Scholz*) 185

André Gerrits: The Myth of Jewish Communism *(Mario Keßler)* 187

Heinz Reif/Moritz Feichtinger (Hrsg.): Ernst Reuter *(Heinz Niemann)* 191

Silke Satjukow: Besatzer. „Die Russen“ in Deutschland 1945-1994 *(Evemarie Badstübner)* 192

Herbert Graf: Mein Leben. Mein Chef Ulbricht *(Joachim Eichler)* 194

Herbert Mies: Mit einem Ziel vor Augen. Erinnerungen *(Herbert Mayer)* 195

Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.): Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955 *(Harald Lange)* 197

Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.): SMAD-Handbuch *(Herbert Mayer)* 200

Heiner Wember: Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone *(Rolf Badstübner)* 202

Ulla Plener: Die SED-Führung 1946-1953. Chronik und Dokumente ihres Umgangs mit der SPD *(Uli Schöler)* 205

Johannes H. Voigt: Die Indienpolitik der DDR. 1952-1972 *(Ulrich Ramm)* 207

Kurt Pätzold: Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen *(Christa Hübner)* 210

Hartmut Zwahr: Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. DDR und „Prager Frühling". Tagebuch *(Jürgen Birg)* 211

Boris Kanzleiter/Krunoslav Stojaković (Hrsg.): 1968 in Jugoslawien – Studentenproteste und kulturelle Avantgarde (1960-1975) *(Slobodan Britvec)* 213

Autorenverzeichnis 216

Impressum 217

Marx-Studien 1904-1923.
Quellen linkssozialistischer Theorieentwicklung

Horst Klein

Die hier zu weckende Erinnerung an Erscheinen, Herausgeber und Autoren der wissenschaftlichen Edition „Marx-Studien“ in den Jahren von 1904 bis 1923 ist dem theoretischen Wirken von Persönlichkeiten der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung gewidmet, die sich als Gemeinschaft „Junge Marxisten“ verstanden und die in die Geschichte als „Austromarxisten“ eingegangen sind.[1] Zu ihnen zählen als Begründer Max und Friedrich Adler, Otto Bauer, Gustav Eckstein, Rudolf Hilferding und Karl Renner. Als deren geistiger Vater kann Karl Kautsky angesehen werden, der als marxistischer Theoretiker und Herausgeber des theoretischen Organs der SPD „Die Neue Zeit“ sehr nachhaltig die zum Verständnis der Theorie von Marx und Engels strebenden jungen Intellektuellen in der sozialdemokratischen Bewegung zu beeinflussen verstand. Als sich die jungen Männer, die sich aus gemeinsamer Studienzeit an der Wiener Universität kannten, für die Beschäftigung mit dem Marx’schen Werk entschieden, dominierte vor allem in der deutschen Sozialdemokratie der primär von Eduard Bernstein ausgelöste Revisionismusstreit, auf den sie in besonderer Weise antworten wollten.

Den Austromarxisten ging es, wie sie stets bekräftigten, nicht um eine Revision der Marx’schen Theorie, sondern um ein Weiterdenken von Marx unter den sich permanent entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnissen und um die umfassende Erschließung der Marx’schen Forschungs- und Darstellungsmethode[2] für die eigene wissenschaftliche Arbeit. In den Revisionismusstreit, den sie vorwiegend auf Missverständnisse zurückführten, mischten sie sich nicht direkt ein. Vielmehr ging es ihnen um eine Marx’ authentische Art und Weise des Denkens. Wie die Herausgeber Max Adler und Rudolf Hilferding im Vorwort des ersten Bandes der „Marx-Studien“ schrieben, entschieden sie sich für diesen Namen der Edition, um so unmissverständlich den Zweck ihrer Arbeit festzuschreiben, nämlich „die systematische Erfassung und Durcharbeitung der Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels, die Herausholung ihres vollen Inhaltes in einer bewussten Nachschöpfung aus dem Zusammenhange des gesamten Denkens bei ihren Schöpfern, endlich ihre Weiterbildung durch eine unausgesetzte Verknüpfung und Ineinssetzung ihrer Ergebnisse mit aller übrigen philosophischen und

---

1 Siehe Otto Bauer: Austromarxismus, in: Otto Bauer: Werkausgabe, Bd. 8, Wien 1980, S.11-14.

2 Siehe Karl Marx: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 13, Berlin 1969, S.631-639.

wissenschaftlichen Arbeit“ .[3] Sie waren davon überzeugt, dass die selbst gewählte Aufgabe nicht irgendeines Wortes der Rechtfertigung bedurfte oder in ihrer nicht zu übersehenden Bedeutung besonders begründet werden müsste. Indessen sahen sie es als eine Art Programm an, in jeder der nachfolgenden Studien ein besonderes Arbeitsinteresse zu vertreten, „in welchem sie doch jedesmal die Marxschen Gedanken als mächtigste Gedankenhebel zur Fortentwicklung wissenschaftlicher Einsicht tätig findet, ergänzen sie sich zu einer prinzipiellen Grundanschauung. Aber darüber hinaus lassen sie vielleicht auch auf den hier behandelten Arbeitsgebieten in Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Philosophie als ebenso vielen Hauptrichtungen sozialwissenschaftlicher Arbeit ein klares und hoffentlich vorteilhaftes Bild sich entfalten, aus dem deutlicher sprechen muss, als alle programmatische Stilkunst zu sagen vermöchte, nicht nur, wie wir die Aufgabe dieser ‚Studien‘ auffassen, sondern mehr noch, ob wir etwas und wie viel für sie zu tun imstande waren.“

Vorsorglich wandten sich die Herausgeber gegen die zu erwartende voreingenommene Etikettierung der Studien als orthodoxe, dogmatische oder revisionistische Schriften. Allerdings sei die Art, wie sie Marx verstanden haben, seinen Interpreten und deren Arbeiten zu danken, die ihnen ein inneres Verhältnis zu diesen ermöglichten. Der Makel des Orthodoxen sei nur eine Anerkennung der wissenschaftlichen Konsequenz gegenüber „einer billig prunkenden Freiheit des Geistes“.[4] Ebenso entschieden wandten sie sich vorab gegen den Vorwurf der Dogmatik. Marx sei für sie nicht nur Name, sondern Programm und Tat zugleich. Die Kritiker würden in den Studien nirgends die „Sinnesart des Dogmatikers antreffen, der nur darauf ausgeht, aus ‚seinem‘ Marx zu zeigen, wie er überall recht gehabt hat“. Der Marxismus sei kein starres System. Die Studien sollten zeigen, wie sehr die Autoren „alles an ihm in Entwicklung sehen, eine Entwicklung, die wir aber nur dann richtig fassen zu können glauben, wenn nunmehr allenthalben die bewusste Verknüpfung der marxistischen Denkresultate und Methoden mit dem gesamten modernen Geistesleben, das mit dem Inhalt der philosophischen und sozialwissenschaftlichen Arbeit unserer Zeit hergestellt wird.“[5] Der sich wiederholende Hinweis auf die Tradition der besten Interpretation, das wird aus vielen Äußerungen erkennbar, bezog sich stets auch unausgesprochen auf den respektvoll als Lehrmeister verehrten Karl Kautsky.[6]

Den Autoren der Studien ging es nicht nur um einen authentischen und populärwissenschaftlich zu vermittelnden Marxismus, sondern auch um eine eigen-

---

3 Max Adler/Rudolf Hilferding: Vorwort, in: Marx-Studien, Erster Bd., Wien 1904, S.V; folgende Zitate ebenda. (Alle weiteren Quellenangaben aus den Marx-Studien beziehen sich auf Ausgaben, die als Reprint 1971 im Verlag Detlev Auvermann KG Glashütten im Taunus erschienen).

4 Ebenda, S.V-VI.

5 Ebenda, S.VIII.

6 Siehe Herbert Steiner: Karl Kautsky und die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Einigungsparteitag in Hainfeld 1888/89, in: Archiv 1994. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1994, S.140-148.

Den Autoren der Studien ging es nicht nur um einen authentischen und populärwissenschaftlich zu vermittelnden Marxismus, sondern auch um eine eigenständige linkssozialistische Ausrichtung der österreichischen Sozialdemokratie. Folgerichtig führte dieser Anspruch zu einem Marxismus-Verständnis, das dem anderer Linker in der Arbeiterbewegung, hier ist vor allem auf Rosa Luxemburg zu verweisen, nahekam, sich aber deutlich von dem der russischen Marxisten unterschied.

Es war ein Differenzierungsprozess in der sozialistischen Theorieentwicklung, der sich mit dem Votum für die Kriegskredite 1914 und mit der russischen Revolution von 1917 in der zunehmenden politischen Polarisierung der Arbeiterbewegung durchsetzte. So kam es unter den damals gegebenen Wirkungsbedingungen zur Herausbildung einer linkssozialistischen Tradition, nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern als identitätsstiftender Kern.[7] Linkssozialismus ist folglich seit seiner Entstehung ein Lebensborn der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, aus dem ungeachtet aller gegensätzlicher Positionsfindung und Krisen bis heute immer wieder sozialdemokratisches Denken in seinem traditionellen Werteverständnis wächst. Linkssozialismus als „Feindbild" in der SPD wirkt für diese selbstzerstörerisch. Daher sind die Beschäftigung mit den geistigen Quellen, politischen Traditionen und Wirkungen des Linkssozialismus[8] und ein sinnvoller Umgang mit diesen angeraten.[9] Linkssozialisten in der SPD und der Partei DIE LINKE können sich im Finden und Verständnis ihrer programmatischen Visionen, die in vielen grundsätzlichen Fragen ähnlich sind, auch auf ihre geistigen Wurzeln, zu denen die „Marx-Studien" gehören, beziehen.

Die „Marx-Studien", in der DDR als revisionistisch verfemt, zählen zweifellos zu den geistvollsten populärwissenschaftlichen marxistischen Schriften, die das sozialistische Denken und Wirken unzähliger namhafter Politiker der Arbeiter-

---

7 Siehe Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

8 Siehe Horst Klein: Austromarxismus – klassischer Linkssozialismus und geistige Quelle des „Dritten Weges", in: DISKURS – Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. H. 5, Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II), Leipzig 2000, S.3-30, hier S.3; Friedrich-Martin Balzer/Hans Manfred Bock/Uli Schöler: Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge, Opladen 2001.

9 Siehe Johano Strasser: Demokraten und Schmuddelkinder, in: Vorwärts, April 2008, S.8f. Johano Strasser, selbst Linkssozialist in der SPD, deutet hier mit Zurückhaltung an, um was es inzwischen geht. Von der robusten und ideologisierten Form der Auseinandersetzung mit der Linkspartei sind auch die noch in der SPD verbliebenen Linkssozialisten schmerzlich betroffen. Ca. 300.000 Mitglieder verließen seit dem Bombenkrieg gegen Jugoslawien 1999 und der Befürwortung von Aggressionskriegen als legitimes Mittel der Politik, gepaart mit einer sozialfeindlichen Innenpolitik, die SPD. Das moderne Feindbild Linkspartei bzw. DIE LINKEN, wie es bei Wahlen 2008/09 zur Geltung kam, schadet in einem noch nicht auszumachenden Maße der SPD.

die Vielzahl der Autoren und Themen austromarxistischer Schriften, sondern ausschließlich auf die in der zu besprechenden Edition herausgegebenen Arbeiten eingegangen werden. In den fünf Bänden sind erschienen:

- Rudolf Hilferding: Böhm-Bawerks Marx-Kritik (1904), in Band 1
- Josef Karner (Karl Renner): Die soziale Funktion der Rechtsinstitute, in ebenda
- Max Adler: Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft, in ebenda
- Otto Bauer: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (1907), in Band 2
- Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus (1910), in Band 3
- Tatiana Grigorovici: Die Wertlehre bei Marx und Lassalle, in ebenda
- Max Adler: Die sozialistische Idee der Befreiung bei Karl Marx (1918), in Band 4, I. Halbband[10]
- Gustav Eckstein: Der Marxismus in der Praxis, in ebenda
- Karl Kautsky: Kriegsmarxismus. Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August (1918), in ebenda
- Max Adler: Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode (1922), in Band 4, II. Halbband
- Otto Leichter: Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft (1923), in Band 5, I. Halbband

Eine Weiterführung der Edition war vermutlich durch die starke Einbindung Rudolf Hilferdings in der SPD, für die er als Finanzminister 1923 im Kabinett von Gustav Stresemann und 1928/29 in dem von Herrmann Müller tätig war, kaum möglich.

Dem Anliegen des Beitrages folgend, sollen hier im Weiteren die Studien und deren Kerngedanken, die zugleich das austromarxistische Marx-Verständnis aufhellen, in Erinnerung gebracht werden.

Die Nationalökonomie und „Das Kapital"

Rudolf Hilferding galt als der führende Theoretiker auf dem Gebiet der Ökonomie unter den Austromarxisten. Der 1901 zum Arzt für Kinderheilkunde Pro-

10 Bei diesem Titel handelt es sich um einen Aufsatz, der dem 100. Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai 1918 gewidmet war. Diesen Tag werde, so der Autor, das internationale Proletariat trotz aller Stürme und Entzweiung des Krieges in Würde begehen. Die Gedenkfeier werde „schon selbst ein flammender Protest gegen diese bürgerliche Welt der Kulturlüge und Heuchelei [sein], gegen diese Welt, die durch ihre innerlichen, unbändigen Gewalttriebe, durch die Barbarei ihrer unmenschlichen Gegensätze von Bildung und Besitz seit jeher zur Verfälschung und Vergewaltigung alles Großen und Schönen geführt hat", S.VII-XXIV, hier S.VIIf.

movierte, der außerdem Nationalökonomie studierte, schickte bereits ein Jahr später eine Rezension von Eugen Böhm-Bawerks Schrift „Zum Abschluß des Marxschen Systems“[11] an Karl Kautsky. Gegenstand war die Marx'sche Warenanalyse und Werttheorie, die von der bürgerlichen Ökonomie, namentlich von Böhm-Bawerk als Wortführer der ökonomischen Grenznutzentheorie, bzw. der zu dieser Zeit Einfluss habenden psychologischen Richtung der Nationalökonomie sehr massiv in Frage gestellt wurde. Rudolf Hilferding erkannte, dass diese Richtung der bürgerlichen Ökonomie dem Marxismus als geschlossene Theorie gegenübertrat und eine Kritik derselben zur Notwendigkeit geworden war.[12] Eine solche Notwendigkeit habe bereits mit der 1884 von Böhm-Bawerk verfassten „Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien“ bestanden, mit der dieser auf das Erscheinen des ersten Bandes des „Kapital“ kritisch reagiert hatte. Ebenso hatte Böhm-Bawerk auf den dritten Band mit einer ausführlichen Gegenkritik geantwortet, mit der er vorgab, „die Unhaltbarkeit des ökonomischen Marxismus bewiesen zu haben“.[13] Rudolf Hilferdings Beitrag, der die Themen der „Marx-Studien“ eröffnete, galt als die scharfsinnigste wissenschaftliche Kritik der subjektiven Werttheorie aus marxistischer Sicht. Zu Recht verweisen auch in jüngerer Zeit Autoren wie Günter Krause und William Smaldone auf die Tiefe der Problemaufbereitung und auf die Konsequenz Hilferdings, „Theoretisches vor allem unter dem Blickwinkel des Politischen zu betrachten“.[14]

Grund der heftig entbrannten Auseinandersetzung mit Marx war das Erscheinen aller drei Bände des „Kapital“, die darin explizit enthaltene Werttheorie mit der Konsequenz der wissenschaftlichen Aufhellung des Mehrwerts und der kapitalistischen Ausbeutung. Dagegen versuchten die Vertreter der Grenznutzentheorie ein Verständnis des Wesens der kapitalistischen Gesellschaft zu verhindern, indem sie nicht von der Arbeit in ihrer gesellschaftlichen Gestalt ausgingen, sondern von rein subjektiven Beziehungen zwischen dem Individuum und den Gütern, d. h. von der individuellen Wertschätzung derselben. Die psychologische Erklärung des Wertes der Ware ignorierte, wie Rudolf Hilferding nachwies, die Arbeit „in ihrer Bedeutung als das die menschliche Gesellschaft konstituierende und durch ihre Entwicklung die Entwicklung der Gesellschaft in letzter Instanz bestimmende Element [...] Indem Marx die gesellschaftlich notwendige Arbeit als Ausgangspunkt nimmt, ist er imstande, das innere Getriebe der auf Privateigentum und Arbeitsteilung basierten Gesellschaft aufzudecken.“[15] Aus dieser Sicht

11 Siehe Eugen Böhm-Bawerk: Zum Abschluß des Marxschen Systems. Staatswissenschaftliche Arbeiten, Berlin 1896.

12 Siehe Rudolf Hilferding: Böhm-Bawerks Marx-Kritik, in: Marx-Studien, Erster Bd., S.1-63.

13 Ebenda, S.2.

14 Günter Krause: Anmerkungen zu Rudolf Hilferding aus historischem Anlaß: 100 Jahre „Zur Geschichte der Werttheorie“, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2003/I, S.53-65, hier S.53; siehe auch William Smaldone: Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten, Bonn 2000, S.26-31.

15 Hilferding, Böhm-Bawerks Marx-Kritik, S.11f.

werde das Begreifen der Arbeit als Maß des Wertes zugleich zum konstituierenden Fakt der Ökonomie als historische und als Gesellschaftswissenschaft. Das Wertgesetz sei „auf diese Weise zum Bewegungsgesetz einer bestimmten, auf Warenproduktion beruhenden Gesellschaftsorganisation" geworden, „weil in letzter Instanz alle Aenderungen in der gesellschaftlichen Struktur zurückgeführt werden können auf Aenderungen in den Produktionsverhältnissen, also auf Aenderungen in der Entwicklung der Produktivkraft und der Organisation der Arbeit".[16] Während Böhm-Bawerk wie die ganze psychologische Schule der Nationalökonomie die „Produktionsverhältnisse in ihrer gesellschaftlichen Bestimmtheit" ausschließe und „ihr der Gedanke einer gesetzmäßig sich gestaltenden Entwicklung des Wirtschaftsgeschehens fremd" sei, erbringe Marx den „Nachweis der historischen Vergänglichkeit der bürgerlichen Produktionsverhältnisse", und das „bedeutete das Aufhören der Nationalökonomie als *bürgerliche* Wissenschaft" und „die Begründung der Nationalökonomie als *proletarische* Wissenschaft".[17] So engagierte sich Rudolf Hilferding für eine Theorieentwicklung auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung.

1910 veröffentlichte er in den „Marx-Studien" sein fast 500 Seiten umfassendes wissenschaftliches Hauptwerk „Das Finanzkapital", mit dem er seinen Ruf als marxistischer Theoretiker und herausragender Experte der Wirtschaftswissenschaft in der internationalen Arbeiterbewegung festigte. Seine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus zählt zweifellos noch immer zu den herausragenden Werken marxistischer Literatur.[18] Karl Kautsky bezeichnete sie als den vierten Band des „Kapital".[19] Und Otto Bauer würdigte die Rezeption der Marx'schen Forschungs- und Darstellungsweise. Es sei, so betonte er, gerade die enge Anlehnung an Marx ein großer Vorzug dieser Arbeit. „Es gibt, auch Engels' Schriften nicht ausgenommen, keine ökonomische Arbeit, die so völlig von Marxens Geist erfüllt, so rein in Marxens Darstellungsformen gegossen, so ganz auch in Marxens Sprache vorgetragen würde wie diese; das Werk liest sich fast wie ein weiterer Band des *Kapitals*. Und doch werden mit diesen Mitteln die neuesten ökonomischen Erscheinungen bewältigt – Tatsachen, die Marx völlig unbekannt waren."[20]

Im Vorwort erklärte Rudolf Hilferding das Anliegen seiner Arbeit als Versuch, „die ökonomischen Erscheinungen der jüngsten kapitalistischen Entwicklung wissenschaftlich zu begreifen" und die Ergebnisse in das System der klassischen Nationalökonomie einzufügen. „Das Charakteristische des modernen Kapitalismus" sei, so hob er hervor, „jene Konzentrationsvorgänge, die einerseits in der ‚Aufhebung der freien Konkurrenz' durch die Bildung von Kartellen und Trusts,

16 Ebenda, S.53.
17 Ebenda, S.61.
18 Siehe Horst Klein: Zu den Gesellschaftsideen Rudolf Hilferdings, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1991, H. 1, S.25-36.
19 Siehe Karl Kautsky: Finanzkapital und Krisen, in: Die Neue Zeit, XXIX (1910/1911), I. Bd., S.838-846, 874-883.
20 Otto Bauer: Das Finanzkapital, in: Bauer, Werkausgabe, Bd. 8, S.377-387, hier S.378.

andererseits in einer immer innigeren Beziehung zwischen Bankkapital und industriellem Kapital erscheinen." Durch diese Beziehungen nehme das Kapital die Form des Finanzkapitals an, „die seine höchste und abstrakteste Erscheinungsform bildet".[21] Besondere Aufmerksamkeit widmete er dem Prozess der Fusionierung der Banken mit der Großindustrie zu einem Verhältnis, in dem die Banken die Kontrollfunktion übernehmen und die Industrie in deren Abhängigkeit zwingen. Die Aufhellung der Gesetze und Funktionen des Finanzkapitals ist für das Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftstendenzen und für jede wissenschaftliche Ökonomie und Politik unverzichtbar. Es kann hier nicht auf die indirekte Replik auf Eduard Bernstein und auf Rudolf Hilferdings Bemühen, die ökonomische Theorie von Marx für die politische Strategie der SPD fruchtbar zu machen, eingegangen werden. Ebenso wenig können im begrenzten Rahmen des Beitrages die in Hilferdings Arbeit enthaltenen Irrtümer besprochen werden. Indessen wären auch Gründe der kritischen Distanz der kommunistischen Ideologen zu Rudolf Hilferdings marxistischen Schriften zu nennen, die im *unmarxistischen* Hintergrund des sogenannten Marxismus-Leninismus zu finden sind.

Aufmerksamkeit verdient auch die im Band 3 der Studien erschienene Arbeit von Tatiana Grigorovici[22] zur „Wertlehre bei Marx und Lassalle". In der Einleitung wird auf die Bemerkung von Marx im Vorwort des „Kapital" aufmerksam gemacht,[23] wonach Ferdinand Lassalles Schrift gegen Hermann Schulze-Delitzsch bedeutende Missverständnisse enthält, obwohl er „die sämtlichen allgemeinen theoretischen Sätze seiner ökonomischen Arbeiten, z. B. über den historischen Charakter des Kapitals, über den Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen und Produktionsweise usw. usw. fast wörtlich, bis auf die von mir geschaffene Terminologie hinab, aus meinen [Marx] Schriften entlehnt hat, und zwar ohne Quellenangaben".[24] Das eigentliche Problem bestand darin, wie in der

21 Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, in: Marx-Studien, Dritter Bd., Wien 1910, S.VII-XI, hier S.VII.

22 Die Autorin, geb. Pistermann, lebte in Czernowitz, der damaligen Hauptstadt der k-und-k-Provinz Bukowina (Nordbukowina, heute Ukraine), Ehefrau von Gheorghe Grigorovici, 1911 Geburt ihres Sohnes Radu, des namhaften rumänischen Physikers. Tatiana G. studierte vermutlich in Wien Nationalökonomie, Marxistin.

23 Siehe Tatiana Grigorovici: Die Wertlehre bei Marx und Lassalle, in: Marx-Studien, Dritter Bd., S.483-575, hier S.483.

24 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Vorwort zur ersten Auflage, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1971, S.11-17, hier S.11/Anm. 1. Die von bewusster Zurückhaltung zeugende Anmerkung Marxens zu dem Umgang Lassalles mit der Werttheorie lässt sich vermutlich aus dem sehr freundschaftlichen Verhältnis beider Männer erklären. Das belegt auch ein Brief von Marx vom 16. Oktober 1864 an Sophie Gräfin von Hatzfeld, in dem er schrieb: „Sie haben ganz recht, wenn Sie unterstellen, dass Niemand mehr als ich das Große u. Bedeutende in Lassalle anerkennen konnte. Er selbst wusste dieß am besten […] Aber von aller Leistungsfähigkeit abgesehen, liebte ich ihn persönlich. Das Schlimme ist, dass wir es uns wechselseitig immer verhehlten, als sollten wir ewig leben". Zit. nach: Brief von Karl Marx wird versteigert, in: Neues Deutschland, 15./16.3.2008, S.17.

Einleitung gesagt wird, dass die Werttheorie, wie sie Lassalle dargelegt hat, „nicht nur nicht identisch mit der von Marx, sondern umgekehrt“ geeignet sei, die „Marxsche Wertlehre samt den Schlüssen, die Marx aus ihr gezogen hat, umzustürzen.“[25] Der Ansatz für Auffassungen über „Missverständnisse“ oder die die Werttheorie fälschenden Interessen war in den verschiedenen Ansichten zum Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ gegeben. In der Literatur gab es zu dieser Zeit ein erkennbares Bemühen, die sogenannten Missverständnisse, von denen Marx gesprochen hat, als ganz nebensächlich hinzustellen. Deshalb begründete Tatiana Grigorovici ihr Anliegen, zu enthüllen, worin Lassalle die Marx'sche Werttheorie missverstanden habe, und die Unterschiede in der Wertauffassung nachzuweisen. Während nach Marx die Arbeit an sich, ohne Rücksicht auf ihre Zweckmäßigkeit, die Quelle allen Wertes sei, bezeichnete Lassalle die zweckmäßige Arbeit als Quelle allen Wertes. In diesem Zusammenhang analysierte Grigorovici die damals sehr lebhaft geführte Diskussion, verglich sie im Sinne des Marx'schen Arbeitsbegriffs die unterschiedlichen Auffassungen zur Werttheorie.[26] Die Studie war für das Verständnis der Marx'schen Wert- und Mehrwerttheorie sowie der menschlichen *Arbeit als die eigentliche Quelle des Mehrwerts und Profits* sehr hilfreich.

Im Weiteren setzte sich Grigorovici mit Ferdinand Lassalles philosophischem Idealismus auseinander, in dem sie die Hauptursache der falschen Darstellung der Marx'schen Wertdefinition sah. „Während nämlich Marx als Materialist mit seiner ökonomischen Forschung nur das eine Ziel verfolgen konnte: die wahren inneren Gesetze des ökonomischen Lebens der Gesellschaft objektiv aufzudecken, [...], war für Lassalle als Idealisten sein Ziel, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, von der allein er das Heil der Menschheit erwartete, im voraus gegeben, und alle seine ökonomischen Lehren waren für ihn daher bloss das Reservoir, aus dem er die Argumente und die Mittel zur Verwirklichung dieses Ideals schöpfte.“ Im Gegensatz zu Marx habe Lassalle nicht selten die wirtschaftlichen Gesetze seinem Ideal entsprechend erklärt oder, „im besten Falle, diese Gesetze in ihrer Entwicklung nur so weit verfolgt, als es notwendig war, um aus ihnen die erwünschten Schlussfolgerungen ziehen zu können.“[27] Nach Tatiana Grigorovici sei es bei Lassalle so: „Je näher nämlich er sich der Verwirklichung seines Ideals dünkt, desto weniger fühlt er sich von dem langsamen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung befriedigt und desto mehr Zuflucht sucht er bei derjenigen Geschichtsauffassung, die dem Menschen die Möglichkeit zu gewähren scheint, künstlich in den Gang der Geschichte einzugreifen.“[28] Deshalb habe er nach einem neuen Faktor der Geschichtsbildung gesucht und

25 Grigorovici, Wertlehre, S.484.

26 Siehe Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Zweiter Teil: Von Lassalles „Offenem Antwortschreiben“ bis zum Erfurter Programm – 1863-1891, Berlin 1960, S.33-43.

27 Grigorovici, Wertlehre, S.567.

28 Ebenda, S.568.

diesen in der Gestalt einer abstrakten Idee – der des Staates – gefunden. Der Staat, so Grigorovici, „der für Marx bloss der äussere politische Ausdruck der tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft und somit den letzteren untergeordnet war, wurde für Ferdinand Lassalle zu einem selbständigen, von der Gesellschaft unabhängigen, ja der Gesellschaft überlegenen Faktor der geschichtlichen Entwicklung."[29] Dem Staat habe er die Funktion zugeschrieben, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechtes zur Freiheit zu vollbringen. Diesen Staat habe Lassalle zum Ausgangspunkt auch seines wirtschaftlichen Ideals, des Sozialismus, gemacht. In diesem Zusammenhang wird kritisch auf die Lassalle'sche Idee einer allmählichen Verwirklichung des Sozialismus durch den Staat (Produktivassoziationen der Arbeiter mit Staatskredit) verwiesen. Dies und sein Umgang mit der Werttheorie zeige, wie sehr die ökonomische Forschung Lassalles von vornherein begrenzt gewesen sei. Dagegen sei für Marx die „Wertlehre ein Mittel zur Enträtselung der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des geschichtlichen Prozesses, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umwälzen muss". Indessen habe Lassalle eine nur „ethische Begründung für die Notwendigkeit der Abschaffung des Privateigentums und der Einführung einer neuen auf Arbeit basierenden Eigentumsform"[30] gegeben. Grigorovici kam zu dem Schluss, dass in Lassalles idealistischer Wertauffassung und auch in seinen ökonomischen Irrtümern „sich noch die Größe seiner Persönlichkeit [birgt]: die einheitliche Geschlossenheit seiner philosophischen Denkweise, die kraftvolle Begeisterung für sein großes Kampfesziel, die große Leidenschaft, mit der er sein Leben seinem Ideal geweiht"[31] habe.

Bemerkenswert ist, dass die Austromarxisten mehrheitlich eine philosophisch-weltanschauliche Grundlegung der marxistischen Theorie verkannten. Den Marxismus begriffen sie als reine Wissenschaft, die mit keiner konkreten Philosophie organisch verbunden sei. Der Marxismus sei, wie Hilferding schrieb, frei von Werturteilen.[32] Ein jeder der genannten jungen Marxisten war demzufolge philosophisch unterschiedlich bei Ernst Mach, dem Sozialdarwinismus oder Neukantianismus verortet. Am Beispiel Max Adlers, der sich an dem zu seiner Zeit einflussreichen Neukantianismus orientierte, wird noch zu zeigen sein, dass sie die

29 Ebenda, S.569.

30 Ebenda, S.569f.

31 Ebenda, S.575; siehe auch Mehring, Geschichte. Zweiter Teil, S.7-19.

32 Nach Hilferding sei es eine falsche Auffassung, Marxismus mit Sozialismus zu identifizieren. „Denn logisch, nur als wissenschaftliches System betrachtet, also abgesehen von seinen historischen Wirkungen, ist Marxismus nur eine Theorie der Bewegungsgesetze der Gesellschaft, die die marxistische Geschichtsauffassung allgemein formuliert, während, sie die marxistische Oekonomie auf die Epoche der Warenproduktion anwendet [...] Aber die Einsicht in die Richtigkeit des Marxismus, die die Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus einschließt, ist durchaus keine Abgabe von Werturteilen und ebenso wenig eine Anweisung zu praktischem Verhalten." Hilferding, Finanzkapital, S.Xf.

Marx'sche Geschichtsauffassung lediglich als eine Wissenschaftsmethode ansahen. Anders Tatiana Grigorovici – sie war eine Autorin, der es in der Auseinandersetzung mit Lassalle auf die Beziehung von Philosophie und Ökonomie bzw. auf ein materialistisches Verständnis der ökonomischen Theorie von Marx ankam. Anderseits teilte sie die Illusion ihrer Zeitgenossen jenseits von Eduard Bernstein, wonach in absehbarer Zeit mit dem Zusammenbruch des kapitalistischen Gesellschaftssystems zu rechnen sei.

Von dieser Annahme ausgehend, war als letzte in der Edition 1923 die von Otto Leichter[33] veröffentlichte Studie dem sehr anspruchsvollen Thema „Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft" gewidmet. Darin befasste sich der Autor mit Problemen der Rechnungslegung in der Wirtschaft, der kapitalistischen Wert-, Geld- und Preispolitik sowie mit der sozialistischen Rechnungslegung. Mit der Darstellung eines Arbeitsgeldsystems einer sozialistischen Wirtschaft ging es ihm primär um den Beweis, dass auch in einem solchen Gesellschaftssystem Rechnungslegung möglich sei. Dabei konnte es ihm, wie er klarstellte, nicht um Details oder gar um die Ausarbeitung einer Theorie der sozialistischen Wirtschaft gehen, für die letztlich die ökonomische Wirklichkeit fehlte.[34] Deshalb habe er es vermieden, „auf werttheoretische Untersuchungen und Streitigkeiten einzugehen, da die Frage, welches die theoretischen Grundbegriffe der sozialistischen Wirtschaft sein werden, noch sehr dunkel ist."[35] Indessen mahnte er an, dass die Sozialisten in der Pflicht seien, sich mit Fragen einer möglichen sozialistischen Ökonomie zu befassen, denn die Zeit des sozialistischen Aufbaus sei nahe, „und wir werden dann geistig gerüstet für den entscheidenden Augenblick der Machtfülle des Proletariats sein, wenn wir uns bereits jetzt mit der Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft befassen."[36]

Der Marxismus in der Praxis

So lautet der Titel einer Studie, die Gustav Eckstein im Herbst 1914 zu Ehren des 60. Geburtstages Karl Kautskys verfasst hatte, die jedoch aufgrund des Krie-

33 Otto Leichter, 1897 in Wien geboren, zählte zur Nachfolgegeneration der Austromarxisten. Während seines Studiums an der Wiener Universität wirkte er aktiv im sozialistischen Studentenbund, promovierte zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften, ab 1919 Mitarbeiter des theoretischen Organs der österreichischen Sozialdemokratie „Der Kampf", 1925-1934 Redakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung", ab Februar 1934 an der Organisation der illegalen Arbeit der sozialistischen Partei beteiligt, 1940-1947 Emigrant in den USA, 1947 Herausgeber der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft" in Wien, aufgrund von politischen Differenzen mit seinem Parteivorstand erneut Arbeit in New York: Leiter der Deutschen Presse-Agentur (dpa) bei den Vereinten Nationen, 1970 Autor der Biografie „Otto Bauer. Tragödie oder Triumph", 1973 verstorben.

34 Siehe: Otto Leichter: Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, in: Marx-Studien, Fünfter Bd., I. Halbbd., Wien 1923, S.7-109, hier S.47.

35 Ebenda, S.108.

36 Ebenda, S.109.

ges erst 1918 in der Edition erscheinen konnte.[37] Sie entstand in einer Zeit, die, wie Otto Bauer im Vorwort schrieb, für den Marxismus besonders günstig war. „Die Teuerung und die Entwicklung der Unternehmerverbände hatten die Klassengegensätze überaus verschärft. Das Anschwellen der deutschen Sozialdemokratie, die Welle riesenhafter Massenstreiks in England, das Wiedererwachen des russischen Proletariats kündigten gewaltige Klassenkämpfe an. Die reformistischen Illusionen schienen überall überwunden [...] Ueberall schien die Arbeiterklasse entschlossen, den Weg zu gehen, den der Marxismus ihr gewiesen hatte."[38]
Als Ecksteins Studie 1918 erschien, hatte der Weltkrieg die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung aus ihrer Bahn geworfen. Otto Bauer brachte seine Enttäuschung über die völlig neue Situation mit den Worten zum Ausdruck: „In Deutschland wie in Oesterreich, in Frankreich wie in England verließ die Arbeiterklasse den Weg, den der Marxismus ihr vorgezeichnet hatte. Aus dem Marx'schen Heerlager selbst war so mancher fahnenflüchtig. Die ‚kleinen Lassalles', von denen Eckstein eben noch geglaubt hatte, dass sie ‚keine Quelle der Gefahr mehr' seien, rissen in den größten Arbeiterparteien die Führung an sich. Revisionismus und Ministerialismus, die Eckstein tot geglaubt hatte, beherrschen die Arbeiterbewegung in den großen und kleinen Ländern."[39]
Gustav Eckstein, der sich als junger Wissenschaftler auf dem Gebiet der Nationalökonomie und Geschichte des Sozialismus ausgewiesen hatte, analysierte in seiner Studie den „Marxismus in der Praxis". Beide Seiten begriff er als Einheit, das theoretische Begreifen müsse sich handelnd verwirklichen. Ausführlich analysierte Eckstein das Wachstum der Arbeiterbewegung in England, Frankreich und Deutschland, setzte sich mit den gesellschaftstheoretischen Auffassungen Lassalles auseinander. Hier verwies er im Konsens mit Marx auf eine Überschätzung des Genossenschaftsgedankens und auf eine „rein ideologische Wertung des Staates", in dem Lassalle „nicht ein Herrschaftsinstrument der ausbeutenden Klassen sah, sondern eine selbständige, über Klassen und Parteien schwebende Wesenheit".[40] Die Erfahrung lehre, dass die ideologische Politik stets in die Irre führt, gleich, ob sie von Volkstribunen betrieben wird oder von Königen.[41]

---

37 Gustav Eckstein wurde 1875 in Wien geboren, entstammte einer Fabrikanten-Familie, Universitätsstudium in Wien und Promotion zum Dr. jur, ab 1902 Beiträge zur Nationalökonomie in „Die Neue Zeit", „Der Kampf" u. a. Publikationen der internationalen Arbeiterbewegung, 1910 Lehrer an der SPD-Parteischule in Berlin für das Fach „Geschichte des Sozialismus", nach langer schwerer Lungentuberkulose am 27.7.1916 in Zürich verstorben. Siehe Friedrich Adler: Gustav Eckstein, in: Friedrich Adler: Die Erneuerung der Internationale. Aufsätze aus der Kriegszeit, Wien 1919, S.112-116.
38 Heinrich Weber (Otto Bauer): Vorwort. Gustav Eckstein: Der Marxismus in der Praxis, in: Marx-Studien, Vierter Bd., I. Halbbd., Wien 1918, S.3-8, hier S.3.
39 Ebenda, S.4.
40 Ebenda, S.22.
41 Siehe ebenda, S.41, sowie den Ideologiebegriff bei Friedrich Engels: Engels' Brief an Franz Mehring in Berlin (London, 14. Juli 1893), in: MEW, Bd. 39, Berlin 1968, S.96f.; Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, Frankfurt/Main 1985, S.36.

Kritisch folgte Gustav Eckstein der von Lassalleanern entfachten Debatte über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. Letztere seien proletarische Kampforganisationen und wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Übergriffe des Kapitals. Diese von Marx und Engels geprägte Einsicht stieß bei den Lassalleanern auf Unverständnis. Ihr Hauptargument: das „eherne Lohngesetz", das eine dauernde Besserung der proletarischen Lebenshaltung unmöglich mache, und die Verurteilung aller Versuche der „Selbsthilfe". Sie unterstellten, dass eine Steigerung der Löhne eine Erhöhung der Preise zur Folge habe. Weil Lassalles ökonomische Auffassungen die Rolle der Gewerkschaften gering schätzten, setzte sich Eckstein für eine Überwindung des theoretischen Lassalleanismus ein.[42] Wie sehr aber gerade die Irrtümer Lassalles, „die ihm erlaubten, die Wirklichkeit ausserordentlich vereinfacht darzustellen und an das primitive Gerechtigkeitsgefühl seiner Hörer zu appellieren, seiner Zeit und dem Milieu dieser Zeit angemessen waren, geht besonders deutlich auch daraus hervor", so Eckstein, „dass dieselbe Art der Agitation unter ähnlichen Umständen wiederkehrt und mit ihr der Erfolg."[43]

Auffallend ist die Analogie zu derzeitigen Beschwörungen, wonach höhere Arbeitslöhne höhere Preise und die Zerstörung von Arbeitsplätzen zur Folge haben würden.

Gustav Ecksteins Studie bietet einen scharfsinnigen Einblick in die Geschichte des Marxismus und der sozialistischen Bewegung in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg und zum Zusammenbruch der II. Internationale, und sie führt zu Erklärungsansätzen für später aufgekommene Fragen. Ausgangs- und Mittelpunkt bildeten wohl immer der Charakter des und die Stellung zum Staat und zum Eigentum an Produktionsmitteln, so auch in der hier kurz zu besprechenden Studie von Karl Renner.

Karl Renner über die soziale Funktion der Rechtsinstitute
Ökonomie und Rechtsauffassung

Um Karl Renners[44] Weg vom im Selbstverständnis austromarxistischer Denker zum Kritiker des Marxismus nachvollziehen zu können, ist ein Rückblick auf dessen Marx-Studie von 1904 angeraten, die sich mit der „sozialen Funktion der Rechtsinstitute" befasst und die unter dem Pseudonym Dr. Josef Karner erschien. In dieser Studie ging es ihm um die Aufhellung der Beziehung von juristischem Überbau und ökonomischer Basis, von Ökonomie und Rechtstheorie. In seinen jungen Lebensjahren noch auf dem methodischen Boden der Kritik der

42 Siehe Eckstein, Marxismus, S.62-66.

43 Ebenda, S.109.

44 Karl Renner, am 14.12.1870 in einer verarmten Bauernfamilie geboren, Studium der Rechtswissenschaften und Promotion in Wien, seit 1892 in der österreichischen Sozialdemokratie tätig, 1907 Abgeordneter des österreichischen Reichsrates, gehörte vor dem Ersten Weltkrieg zur Gruppe der „Jungen Marxisten" bzw. Austromarxisten, 1918-1920 Staatskanzler, 1922 Präsident der Arbeiterbank, 1930-1933 Präsident des Nationalrates, 1945-1950 österreichischer Bundespräsident, verstorben am 31.12.1950 in Wien.

politischen Ökonomie von Karl Marx stehend, fühlte er sich, wie er einleitend erklärte, auf diesem sicher, während er im Hinblick auf eine Kritik der bürgerlichen Jurisprudenz ein noch wenig erschlossenes Feld zu bestellen glaubte. Der wissenschaftliche und kämpfende Sozialismus, so Renner, benötige ein solides Wissen über den juristischen Überbau. Die Frage, ob das Recht von der Wirtschaft bestimmt sei, ob es sein eigenes, von der Ökonomie unabhängiges Dasein führe, sei von hoher theoretischer und praktischer Bedeutung. Letztlich gehe es um die Frage, ob mit den bürgerlichen Rechtsinstituten der Weg in den Zukunftsstaat zu beschreiten sei, oder ob, wie er wohl berechtigt annahm, ein neues soziales Recht an die Stelle des bürgerlichen Rechts gesetzt werden müsse. Aus dieser Sicht stellte er sich die Frage:„Wie soll die Rechtsordnung der Zukunft beschaffen sein?"[45]

Für Karl Renner war es methodisch wichtig, das Eigentum nach seinen zwei Seiten, nach seinem juristischen und seinem ökonomischen Charakter zu untersuchen. Es gehe um die Frage, in welcher Weise der wirtschaftliche Wandel eine Änderung des Rechts bewirke. In der Studie wandte sich Renner zunächst ausschließlich der Analyse der Rechtsinstitute in ihrer Funktion zu. Der Gesetzeswandel bzw. das Umschlagen des bürgerlichen Rechts in das soziale Recht des Zukunftsgemeinwesens sollte Gegenstand einer späteren Untersuchung sein.

Wie alles in der bürgerlichen Gesellschaft, die Ware, die Produktion, so sei auch dem Rechtssystem bzw. den Rechtsinstituten ein zwieschlächtiger Charakter eigen. „Wie der Fetisch Ware neben der Naturtatsache Gebrauchswert, so steht der Fetisch Gesetz neben der faktischen Beziehung von Mensch zu Mensch".[46] Rechtsinstitute seien Normenkomplexe, eine Summe von Imperativen. Um aber die Fragen, die eine Rechtswissenschaft zu beantworten hat, lösen zu können, bedürfe es der genauen Untersuchung des Verhältnisses wechselseitiger Bedingtheit von Ökonomie und Gesetz. Für Renner war unstrittig, dass die Rechtsinstitute dem gesamten Produktions- und Reproduktionsprozess immanent sind. Niemand habe vor- und nachher „in jedem Punkte der Oekonomie, in jedem kleinsten Teilprozesse so bewusst und erschöpfend die Funktion der in Betracht kommenden Rechtsinstitute erfasst und geschildert wie Karl Marx". Kein ökonomisches System gebe, so bekräftigte er, „solche Aufschlüsse über den Zusammenhang von Wirtschaft und Recht wie das seine".[47] Aus dieser Sicht analysierte Karl Renner das Eigentumsrecht als eine totale rechtliche Macht einer Person über eine Sache, Eigentum sei ein universales Rechtsinstitut. Er erhellte, wie die verschiedenen Formen von Privateigentum an Produktionsmitteln und die Warenproduktion entstanden sind. Marx folgend, wies er nach, wie Wert und Mehrwert, Grundrente, Profit, wie sich alle ökonomischen Kategorien auf Arbeit und Arbeitsertrag zurückführen lassen. Gegen die Grenznutzentheorie und Auf-

45 Karl Renner(Dr. Josef Karner): Die soziale Funktion der Rechtsinstitute, in: Marx-Studien, Erster Bd., S.65-192, hier S.66.
46 Ebenda, S.71f.
47 Ebenda, S.74.

fassungen Lassalles erklärte er die Tatsache, dass die Arbeit allein Wert bildet und Werte schafft. Die eigentliche Denkertat von Marx sah er in der Analyse des notwendigen Übergangs der einfachen Warenproduktion in die kapitalistische Produktionsweise. Diese Analyse habe „zugleich eminenten rechtshistorischen Wert. Sie hat ihm [Marx – d. Verf.] die Wahrheit erschlossen, dass der Wandel ihrer sozialen Funktion die Norm in letzter Folge umwälzen muss, dass das Recht bestimmt wird durch die ökonomischen Verhältnisse.“[48]

Ebenso analysierte Karl Renner beispielsweise das Verhältnis von Kapital und Familie. Marx habe die historische Leistung vollbracht, den in der kapitalistischen Ökonomie erzeugten Schein der individuellen Selbstbestimmung und Wertung, der notwendig durch die Wirtschafts- und Rechtsordnung produziert werde, auf seinen realen Kern zurückgeführt zu haben. Hier betonte Renner „die allseitige soziale Abhängigkeit der Individuen, die allseitige Beherrschung derselben in der kapitalistischen Epoche durch die Dinge, in denen sich die gesellschaftliche Natur des Menschen unbewusst ausdrücken muss, [...] Die Familie ist meist bloße Ehe, Geschlechtsgemeinschaft, oft nicht einmal Vereinigung zur Zeugung: Wie viele Kinder, wie und wovon sie leben und sterben, das bestimmt nicht das Heim, sondern – die wirtschaftliche Konjunktur des Arbeitsmarktes. Die Ehe ist für die Besitzenden häufig in erster Linie nicht Kopulation zweier Leiber und Seelen, sondern Addition zweier Vermögen, hat also in erster Linie akkumulatorische, nicht populatorische Funktion.“[49] Indessen sei es nicht nötig, hier über „die Aufzucht der Kapitalistenklasse, über den Luxus, den ihre Zierweiber treiben, den Luxus, den sie mit den schönsten fortpflanzungswürdigsten Frauen treiben, die sie der Fortpflanzungsfunktion entziehen, über den Luxus an Bedientenschaft“[50] zu reden.

Die nur skizzenhaft in Erinnerung gebrachte Studie lässt zu Recht sozialistische und methodisch an Marxens Erkenntnissen orientierte Gedanken erkennen, die zweifellos noch immer bis in die Gegenwart greifen. Wie andere Sozialisten in seiner Zeit, so gab auch Karl Renner seine ursprünglich linkssozialistische Überzeugung in den Jahren nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf. Auf diesen politischen Wandel reagierten Karl Kautsky und die österreichischen Marxisten sehr kritisch.

Karl Kautsky über „Kriegsmarxismus“

Schon das Thema lässt den Bezug auf eine versuchte theoretische Grundlegung der Politik des 4. August 1914, auf Hintergründe für die sozialdemokratische Haltung zum Krieg bzw. zur „Vaterlandsverteidigung“ vermuten. Anlass seiner Studie war in der Tat ein 1918 von Karl Renner verfasstes Buch über „Marxismus, Krieg und Internationale“. Es handelte sich hier um eine Sammlung von Artikeln, die im Laufe des Krieges im „Kampf“ und in der „Arbeiter-Zeitung“

48 Ebenda, S.91.
49 Ebenda, S.151f.
50 Ebenda, S.154.

erschienen waren und die, so Karl Kautsky, auf eine Abkehr von der einst im Team der Austromarxisten gepflegten Kultur der Beschäftigung mit dem Marxschen Erbe schließen ließ.[51] Renner unternehme darin den Versuch einer theoretischen Rechtfertigung der Politik der Kriegsbefürwortung durch die Sozialdemokratie sowie einer Kritik des bisherigen marxistischen Denkens.[52] Tatsächlich ging es Renner weniger um eine direkte Rechtfertigung des Krieges, sondern primär um eine Revision von Grundpositionen der Marx´schen Theorie. Beispielsweise war Karl Kautsky geradezu erzürnt darüber, dass Renner den Marxisten vorwarf, sie hätten es versäumt, eine marxistische Staats- und Rechtslehre sowie ein induktives Lehrbuch der politischen Ökonomie zu verfassen. Nach Karl Renner hatten sich seit dem „Kapital" von Marx die Gesellschaft, insbesondere das Eigentum und der Staat, gewandelt. Er unterstellte u. a., das private Eigentum habe seinen ursprünglichen Charakter verloren und sei zu einer öffentlichen Anstalt geworden. Ebenso sah er in der Landwirtschaft überall eine „Durchstaatlichung und Sozialisierung". In seiner Kritik verwies Karl Kautsky auf die unveränderte Tatsache, dass der proletarische Kampf für den Sozialismus aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung entspringt. „Die Produktion wird immer mehr Großbetrieb, gesellschaftlicher Betrieb, ihre Grundlage ist aber immer noch privates, nicht gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln."[53] Nach Kautsky führt die kapitalistische Entwicklung „zu seiner wachsenden *Monopolisierung* heute wie in den Tagen der Abfassung des ‚Kapitals'".[54] Gegenstand der Auseinandersetzung sind im Weiteren Fragen der Staatsauffassung sowie Renners Philosophieren über den Nationalitäten- und Kolonialstaat. Karl Renner gehöre zu jenen Ideologen, so Kautsky, die die Notwendigkeit der Kolonisation und Eroberungspolitik verfechten. Es gehöre „zu den unausrottbarsten Wahnideen der Anhänger der Kolonialpolitik, dass Ausdehnung des Handelsverkehrs nur möglich sei durch Ausdehnung des kolonialen Besitzes."[55] Karl Kautsky enthüllte die vorteilhafte Lage der Wirtschaft im Krieg bzw. die Mechanismen der Kriegswirtschaft. Während jeder Krieg rücksichtslos in das Wirtschaftsleben eingreife, mache die Kriegswirtschaft vor dem Privateigentum an Produktionsmitteln respektvoll halt. Die Milliarden, die der Krieg benötige, würden nicht aus einer Besitzsteuer, sondern durch eine enorme Verschuldung der Nationen und durch die skrupellose Ausbeutung der Besitzlosen aufgebracht.

Der Staat sei nach Karl Renner nur ein Organ zur Organisation des Gemeinschaftslebens. Kautsky wandte dagegen ein, dass es in den Überlegungen Ren-

51 Siehe Karl Renner: Marxismus, Krieg und Internationale. Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkrieg, Stuttgart 1918.

52 Siehe Karl Kautsky: Kriegsmarxismus. Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August, in: Marx-Studien, Vierter Bd., I. Halbbd., S.120-206, hier S.126.

53 Ebenda, S.133.

54 Ebenda, S.139.

55 Ebenda, S.163.

ners um Organisationen geht, die in der Regel mehrere Klassen umfassen und folglich Herrschaftsorganisationen seien. Die machtvollste und umfassendste Organisation dieser Art sei der Staat geworden. Zwischen Organisation, Krieg und Staat gebe es natürlich einen Zusammenhang. Das Kriegswesen erfordere kriegführende Staatsgewalt. Der Staat entfalte gerade im Krieg seinen Charakter als Herrschaftsorganisation mit wachsendem Einfluss des Großkapitals.[56] Kautsky gab mit Hinweis auf die zu erschließenden Möglichkeiten auch zu bedenken, dass „eine sozialistische Partei in einem modernen Staat Einfluss schon zu gewinnen" vermag, „ehe das Proletariat die ganze Macht erobert hat. Sie kann früher schon politische Macht üben und soll trachten, sie üben zu können. Sie darf aber nie vergessen, dass ihre Macht auf der Kraft des Proletariats beruht, seiner Geschlossenheit und dem Vertrauen, das es ihr entgegenbringt, und nicht auf dem Vertrauen bürgerlicher Parteien und Regierungen."[57] Karl Kautskys Antworten auf Karl Renners Abgehen von einstigen marxistischen Positionen vermitteln zweifellos Gedanken, die für eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Staatsverständnis anregend sein können.

Otto Bauer über die Nationalitätenfrage

Als Otto Bauer die Studie „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie" im Jahre 1906 geschrieben hatte, war die russische Revolution von 1905 noch nicht abgeschlossen und deren Wirkungen auf die weitere Entwicklung des Kapitalismus und die internationale Arbeiterbewegung, insbesondere auf die damals immer stärker aufbrechenden nationalen Kämpfe, die Bauer reflektieren wollte, noch nicht voll sichtbar. Er erhoffte sich, wie er im Vorwort zur zweiten Auflage seiner Studie 1924 schrieb, einen größeren Druck der slawischen Nationen und der russischen Revolution auf die Konfliktlösung in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die nationale Frage beeinflusste in starkem Maße die theoretische Diskussion über grundsätzliche Fragen des sozialen Kampfes und die Ausarbeitung der politischen Grundlinien der Sozialdemokratie. Für Bauer, der sich während seines Universitätsstudiums auch einem intensiven Studium des Marx´schen „Kapital" unterzog, war die Beschäftigung mit der Nationalitätenfrage das erste Bewährungsfeld seines Wissenschaftsverständnisses. Er schrieb: „Den eigentlichen Kern des Buches aber bildet mein Versuch, die modernen Nationen mit den Mitteln marxistischer Geschichtsauffassung"[58] als „die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen"[59] zu begreifen. Die Resonanz seiner Studie, die sofort internationale Beachtung fand, blieb unterschiedlich. Karl Kautsky äußerte sich 1908 in einer Rezension in der „Neuen Zeit". Darin würdigte er die Studie als

56 Siehe ebenda, S.195-202.
57 Ebenda, S.204.
58 Otto Bauer: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, in: Marx-Studien, Zweiter Bd., Wien 1924, S.XI; siehe ebenda: Begriff der Nation, S.109-138.
59 Ebenda, S.135.

„die erste ausführliche Erörterung der Nationalitätenfrage vom marxistischen Standpunkt aus“, die davon zeuge, wie vortrefflich Otto Bauer „die Methode des historischen Materialismus“[60] zu handhaben verstehe. In den späteren Jahren dominierten Einwände gegen den Nationsbegriff. Seitens der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung kam der Vorwurf, Otto Bauer habe die nationale nicht als soziale Frage verstanden und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bestritten. Indessen erklärte dieser bereits im Vorwort zur ersten Auflage sein mit der Studie realisiertes Anliegen, „die Nationalitätenpolitik der Sozialdemokratie aus der Stellung der Arbeiterklasse innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die nationale Frage als soziales Problem zu begreifen. Es gilt hier“, so hob er hervor, „Marx’ Methode der sozialen Forschung auf neuem Arbeitsfelde zu erproben.“[61] Die tatsächliche Lösung der sozialen Frage war aus Otto Bauers Sicht erst in einer sozialistischen Gesellschaft möglich.[62]

Mit diesem Anspruch begriff Otto Bauer die Nation als einen geschichtlich entstandenen sozialen Organismus, dessen Entwicklung und Charakter auf die Produktionsweise zurückzuführen ist. Entscheidend seien stets die „Bedingungen, unter denen die Menschen ihren Lebensunterhalt produzieren und den Ertrag ihrer Arbeit verteilen“. Sie „bestimmen das Schicksal jedes Volkes; auf der Grundlage einer bestimmten Art der Produktion und Verteilung des Lebensunterhaltes entsteht auch eine bestimmte geistige Kultur“.[63] Die entscheidende Rolle der sozialen Basis für den Herausbildungs- und Entwicklungsprozess der Nation ist für Bauer unstrittig. Dem sind auch seine Betrachtungen über die Entwicklung der Nation als Natur- und Kulturgemeinschaft untergeordnet.

Interessant erscheint hier ein weitergehendes Problem, und zwar der Nachweis Otto Bauers, dass mit dem inzwischen im Kapitalismus vollzogenen Wandel des Nationalitätenprinzips (eine Nation – ein Staat) sich auch die nationale Unterdrückung der Völker neu darstelle. „Gierig, die neuen Mittel zu nutzen, ihre Profite zu mehren, hat die Bourgeoisie“, so Bauer, „ihr altes Ideal des Nationalstaates verraten. Nicht mehr der Nationalstaat, sondern der imperialistische Nationalstaat ist das Ziel ihres Strebens.“[64] Er kannte damals natürlich noch nicht das heutige Problem der Globalisierung, und er thematisierte nicht die schon im 19. Jahrhundert besprochene Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“, aber seine Analyse erfasste bereits Entwicklungsprozesse, die für das Verständnis der Gegenwart hilfreich sein können. Das trifft auch auf Bauers scharfsinnige Untersuchungen zur kapitalistischen Expansionspolitik zu. Er verweist in dem hier angedeuteten Zusammenhang darauf, dass diese Politik „ungeheure

60 Karl Kautsky: Nationalität und Internationalität. in: Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Nr. 1, 18.1.1908, S.1.
61 Bauer, Nationalitätenfrage, S.VII.
62 Siehe ebenda, S.107-109.
63 Ebenda, S.24-26.
64 Ebenda, S.491.

militärische Machtmittel" benötigt. „Gewaltige Wertsummen werden dem Militarismus und Marinismus geopfert", die dem sozialen Bereich entzogen werden.[65]
Ein weiteres in der damaligen Literatur und von Bauer ausführlich reflektiertes Thema war das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In diesem Zusammenhang entwickelte er das Konzept der „national-kulturellen Autonomie". Es kann aus diesem nicht gefolgert werden, dass Otto Bauer daran gelegen war, das Recht der Völker auf nationale Selbstbestimmung zu bestreiten. Konfrontiert mit der nationalen Unterdrückung, suchte er nach einem Übergang, nach einer Form, in der die nationale Unterdrückung beseitigt werden könnte, bevor das Proletariat die Bourgeoisie besiegt hat. Aus der österreichischen Erfahrung zog er den Schluss, dass sich wirtschaftlich kleinere und politisch schwache Staaten vorteilhafter im Verbund größerer Staaten, d. h. in einem Vielvölkerstaat entfalten könnten. In diesem Sinne betrachtete er die „national-kulturelle-Autonomie" als eine geschichtlich notwendige Phase im Kampf der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Nationalismus und für die Erlangung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Seiner Idee lag die Auffassung zugrunde, wonach sich Prozesse des Zusammenwachsens der Völker nicht durch einen Verzicht auf national-kulturelle Entfaltung oder gar in einem zeitlichen Nacheinander vollziehen können. Im Gegenteil: Bauer ging es um den in sich organisch und zeitlich verflochtenen Prozess von national-kultureller sowie wirtschaftlicher Entwicklung und Zusammenwachsen souveräner Völker. Allerdings wollte er seine Idee als eine antiimperialistische verstanden wissen, und sie sollte auch kleine Völker vor imperialistischer Expansion schützen. Nicht ein imperialistischer Verbund vieler Nationen, sondern der sozialistische Vielvölkerstaat bzw. eine Staatengemeinschaft entsprach seiner Vision.[66]
Es ist bemerkenswert, mit welcher theoretischen Tiefe der damals kaum 25-jährige Otto Bauer sich dem schwierigen Thema stellte und letztlich Erklärungen fand, die auch angesichts heutiger vom *Nationalismus* geprägter Entwicklungen, dem Streben der Völker nach staatlicher Souveränität und nationaler Selbstbestimmung sowie im Hinblick auf das europäische Projekt anregend sein können.[67]

Max Adler zur marxistischen Staatsauffassung

Ähnlich verhält es sich mit Max Adlers Studie über die Staatsauffassung des Marxismus, die er als Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode verstand. Anlass für diese Studie gab eine vom Wiener Universitätsprofessor Hans Kelsen veröffentlichte Abhandlung über „Sozialismus und Staat". Sie löste damals eine lebhafte Diskussion aus, weil Kelsen vorgab, eine

65 Ebenda, S.480-491.
66 Siehe ebenda, S.448-461.
67 Hier sei auf die von Linkssozialisten im „Neuen Deutschland" geführte Diskussion aufmerksam gemacht. Siehe Gregor Schirmer: Die EU und die Nationalstaaten, in: Neues Deutschland, 9./10.2.2008, S.24.

dem Marxismus immanente Kritik der Begrifflichkeit einbringen zu können. Er glaubte, in allen marxistischen Begriffen logische Widersprüche entdeckt zu haben. Das wollte er unter anderem an Begriffen wie Diktatur und Demokratie, individuelle und politische Freiheit belegen. Adler wollte dazu aus marxistischer Sicht eine Antwort geben und außerdem klarstellen, dass die bolschewistische Staatsauffassung mit der von Marx nichts zu tun habe. Kelsen einerseits und Marxens Staatsauffassung andererseits bilden den wissenschaftlichen Rahmen der Studie. Auf Max Adlers neukantianischen Denkansatz, der für sein Philosophieren prägend war und der in der Literatur schon ausführlich besprochen wurde, ist noch zurückzukommen. Vorab ist festzuhalten, dass er ungeachtet seines neukantianischen Gesellschaftsverständnisses, insbesondere im Hinblick auf die abstraktesten philosophischen Kategorien Sein und Bewusstsein, sich mit seinem soziologisch-methodischen Verständnis zweifellos auf dem Boden der marxistischen Geschichtsauffassung bewegte. In seiner Studie, so Max Adler, gehe es vor allem um die Darlegung der marxistischen Grundauffassung von Staat und Gesellschaft.[68] Während der Hegelsche Widerstreit der Begriffe von Staat und Gesellschaft nur einen ideologischen Schein aufzeige, gehe es Marx und Engels um die Gesetzmäßigkeit der sozialen Prozesse, demnach sei der Staat eine historische Erscheinungsform des gesellschaftlichen Lebens. Kaum entstanden, verselbstständige sich dieses Organ gegenüber der Gesellschaft, und zwar umso mehr, je mehr es Organ einer bestimmten Klasse werde und die Herrschaft dieser Klasse zur Geltung bringe.[69] Das Eigentümliche des Staates sei, dass dabei an die Vergesellschaftung unter dem Begriff des Allgemeininteresses gedacht wird, während es in Wirklichkeit stets um die Sonderinteressen der herrschenden Kräfte geht. Adler enthüllte im Weiteren die bürgerliche Mystifikation des Staats- und Rechtsbegriffes, „welche sich aus der dem bürgerlichen Standpunkte selbstverständlichen Identifizierung seines Klasseninteresses mit der Staats- und Rechtsordnung überhaupt ergibt".[70] In zutreffender Weise erläuterte er die Marx´sche Staatsauffassung und Marxens Klassenbegriff. Demnach seien Klassen das Ergebnis des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. Sie entstehen notwendig aus den Bedingungen der Produktion, aus der in ihr gelegenen existenten Verteilung der Produktionsinstrumente und dadurch gegebenen Gliederung der Mitglieder der Produktionsgesellschaft. Entscheidend seien nicht die Frage von Reichtum und Armut, sondern der Besitz der Produktionsmittel und die daraus zu erklärende Stellung der Menschen im Produktionsprozess.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen ebenso, auch aus aktuell-politischen Gründen, Max Adlers Auffassungen über politische und soziale Demokratie. Das Thema sei durch die Taktik des Bolschewismus bzw. das russische Sowjetsystem

68 Siehe Max Adler: Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, in: Marx-Studien, Vierter Bd., II. Halbbd., Wien 1922, S.7-316, hier S.9-12.

69 Siehe ebenda, S.53.

70 Ebenda, S.56.

problematisch geworden und habe zu einem Zustand der theoretischen Verwirrung geführt. Nach seiner Ansicht widersprach das Sowjetsystem grundsätzlich dem marxistischen Sozialismus. Um jedoch bei Hans Kelsens Vorhaben einer „immanenten Kritik des Marxismus", d. h. dessen vermeintlicher Aufhellung der widersprüchlichen Begrifflichkeit zu bleiben, widmete Adler sich der Aufgabe, die Demokratie begrifflich zu hinterfragen. Im Denksystem des Marxismus sei der Demokratiebegriff stets ein historischer, deshalb stelle sich hier die Frage, von welcher Demokratie die Rede sei. Wenn man unter Demokratie dem Sinne nach eine Volksherrschaft bzw. eine Selbstbestimmung des Volkes verstehe, dann sei eigentlich klar gesagt, dass in einer Klassengesellschaft auch bei noch so „demokratischer" Verfassung die Grundvoraussetzung für eine Volksherrschaft fehlt. Im kapitalistischen Staat könne es keine Volkseinheit, sondern lediglich eine Bevölkerung geben, deren Zerrissenheit durch den Zwang der Klassenherrschaft zusammengehalten werde. Nach Adler könne sich folglich der Begriff Demokratie „erst in einer klassenlosen Gesellschaft realisieren", und eine solche Demokratie könne man „soziale Demokratie" nennen. Alle anderen Formen seien als „politische Demokratie" zu bezeichnen. Adler lässt hier keinen Zweifel aufkommen: Wenn in einer Klassengesellschaft von Demokratie die Rede ist, dass „damit nur die politische Demokratie gemeint ist, das heißt die Demokratie, die eigentlich keine Demokratie ist und daher überwunden werden muss, wenn man Demokratie will; dass aber, wo von Demokratie im klassenlosen Staate die Rede ist, die soziale Demokratie gemeint ist, das heißt die Demokratie, *die noch gar nicht ist,* aber erkämpft werden muss, wiederum wenn man Demokratie will."[71] Auch die im Parteinamen und in der sozialdemokratischen Programmatik fixierte Vision einer „sozialen Demokratie" setze folglich eine Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems voraus.

In diesem Licht sah Max Adler auch das hier nicht weiter zu erörternde Problem von Demokratie und Freiheit sowie Revolution und Evolution.

Aus der Fülle der von ihm besprochenen Themen soll kurz auf den so häufig diskutierten Gegensatz von Demokratie und Diktatur eingegangen werden, der für Max Adler lediglich ein Scheinproblem war. Während sich die Diktatur des Bolschewismus aus den spezifisch russischen Kampfbedürfnissen erklären ließe, sei die Marx´sche Idee der Diktatur aus der Doppelbedeutung des Begriffs Demokratie zu erklären, wonach diese sowohl die politische als auch die soziale Demokratie beinhalten könne. Da politische Demokratie stets eine Form der Klassenherrschaft, also ohne Diktatur niemals möglich war noch möglich sein werde, sei auch die Diktatur des Proletariats gar nichts Unerhörtes mehr, „sondern sie ist – wenn auch in den Formen der politischen Demokratie – die Ablösung der bürgerlichen durch die proletarische Diktatur. [...] In der bürgerlichen Demokratie besteht zweifellos die Diktatur der herrschenden Klasse."[72] Seine Studie über die Staatsauffassung des Marxismus ist nicht nur eine Arbeit, die in

71 Ebenda, S.126f.
72 Ebenda, S.191.

der Theoriediskussion seiner Zeit einen wichtigen Beitrag einzubringen vermochte. Ihre wissenschaftlich aufklärende Auseinandersetzung mit der damaligen Marxismusverfälschung ist sowohl für das theoriegeschichtliche Verständnis als auch für ein Neu- und Weiterdenken linkssozialistischer Visionen sehr hilfreich.

Ein Epilog über Max Adlers Philosophieverständnis

Die Vielfalt der philosophischen Quellen austromarxistischer Arbeiten kann hier keiner genaueren Betrachtung unterzogen werden. Vielfach wird, wie von Otto Bauer selbst, auf die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Wien vertretenen und einflussreichen geistigen Strömungen verwiesen,[73] die in der einen oder anderen Weise auf das Denken und das Theorieverständnis der genannten Austromarxisten eingewirkt haben. Das philosophische Denken Max Adlers war weitgehend von dem damals einflussreichen Neukantianismus geprägt. Das lässt sich eindeutig an seiner ersten Marx-Studie nachvollziehen, die er zum Thema „Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft" 1904 verfasst hatte. Er widmete sich der von der kritischen Philosophie Kants inspirierten Aufgabe, die wissenschaftlichen Grundlagen der Theorie des modernen Sozialismus erkenntnistheoretisch und methodologisch zu erörtern. Jedes wahrhaft wissenschaftliche Denken, so Adler, müsse sich einer radikalen, bis auf die Grundlagen des Wissens reichenden Kritik unterziehen. Die Denkmittel des Marxismus ermöglichten eine „der naturwissenschaftlichen ähnliche exakte Behandlung der sozialen Erscheinungen".[74] Der aus den Methoden der Naturerkenntnis gebildete Begriff der Wissenschaft sei seit Marx in voller Konsequenz auch auf das geistig-soziale Leben anwendbar geworden. Deshalb dürfe sich nun auch der Marxismus selbst einer erkenntnistheoretischen Kritik nicht entziehen. Max Adler bezog sich auf Marxens „Kritik der Politischen Ökonomie" und auf die „Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie", auf die darin erläuterte wissenschaftliche Methode, die in ihrer Bedeutung der materialistischen Geschichtsauffassung nicht nachstehe. In diesem Zusammenhang sah Adler für sich als Aufgabe, Eduard Bernsteins Versuch einer Revision der Grundlagen des Marxismus erkenntniskritisch zu prüfen: „Kein Zweifel", so Max Adler, „dass viele von den Fragen, die er anregte, noch ihrer Erledigung harren, und dass hier keine noch so achtunggebietende politische Körperschaft das entscheidende Wort sprechen kann. [...] Denn sobald die so eingehend geführten Debatten ergaben, wie alle Revisionsgründe, die gegen den Marxismus vorgebracht wurden, namentlich die behauptete Notwendigkeit der Einfügung eines idealistischen Moments in die materialistische Geschichtsauffassung, die Bezeichnung der Dialektik als eines gefährlichen, logisch-konstruktiven Schemas der Theorie, die Kritik der sogenannten ‚Zusammenbruchstheorie' und ‚ökonomischen Notwendigkeit der Entwicklung' und anderes

73 Siehe Albert Fuchs: Geistige Strömungen in Österreich 1867-1918, Wien 1978.

74 Max Adler: Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft, in: Marx-Studien, Erster Bd., S.193-433, hier S.197.

mehr, in ihrer Beweiskraft durchaus davon abhängig erschienen, ob und welche präzise Anschauungen man über gewisse Grundbegriffe gewonnen hatte, auf denen alle diese Revisionsgründe beruhten, da musste es auch klar werden, dass auf dem Wege der [...] ‚Bernstein-Debatte' unmöglich zu einem erspriesslichen Resultate zu kommen war."[75] Statt der vielfach rein empirischen Detailkritik sei eine gründliche Beschäftigung mit Fundamentalproblemen angeraten. Man müsse sich von einer Fülle ärgerlicher theoretischer Missverständnisse befreien.

Max Adlers Studie war ganz dem Aufhellen der vermeintlichen Missverständnisse gewidmet. Zu der aus seiner philosophischen Überzeugung hergeleiteten Fundamentalerkenntnis zählt zweifellos der Versuch, den materialistischen Charakter der marxistischen Geschichtsauffassung idealistisch zu deuten. Sein Marxverständnis ergab sich jedoch nicht, wie oftmals unterstellt wurde, aus einer bewussten Diskrepanz zu Marx, sondern primär aus seinem eigenen neukantianischen Denken und seinem Bemühen, im Einklang mit seiner philosophischen Bindung Marxens soziologische Methode zu vertreten und populärwissenschaftlich zu erläutern. Ungeachtet dessen blieb er begrifflich und methodisch in der Logik der materialistischen Geschichtsauffassung, die er als eine „großartige Einsicht in das Wesen des sozialen Lebens"[76] würdigte und vertrat. Max Adler ließ jedoch von Anbeginn seines philosophischen Denkens und seines Umgangs mit Marx keinen Zweifel daran, dass für ihn der Materialismus bei Marx und Engels lediglich ein rein begriffliches Gleichnis mit den Naturwissenschaften sei. Das soziale Sein, von dem Marx ausgegangen ist, sei nur eine vergegenständlichte Form des geistigen Seins, die Gesellschaft sei nur eine Entäußerung des vergesellschafteten Menschen. So distanzierte sich Adler von der philosophischen Tradition, die die Trennung von Denken und Sein pflegte. Er wollte beide Pole zusammen denken. Auch sei der Marxismus in seinem Wesen eine wissenschaftliche Theorie – eigentlich primär eine Methode der wissenschaftlichen Erkenntnis – von bestimmten Teilvorgängen der Welt, aber keine Philosophie bzw. Weltanschauung. Die grundsätzliche Trennung der Philosophie, Weltanschauung, Ideologie einerseits und der Wissenschaft von der Gesellschaft bzw. Soziologie andererseits ist letztlich die geistige Brücke, welche die unterschiedlichen philosophischen Quellen der austromarxistischen Denker verbindet. Während Otto Bauer sich in seinen späteren Arbeiten dem wirklich materialistisch begründeten Gesellschaftsverständnis näherte,[77] blieb Adler seinem in der ersten Marx-Studie entwickelten Wissenschaftsverständnis verhaftet, das er in nachfolgenden Arbeiten ausführlicher begründete. Wichtig erscheint mir festzuhalten, dass er jenseits der philosophischen Grundfrage von Materiellem und Geistigem die materialistische Geschichtsauffassung als reine Wissenschaftsmethode in seine

75 Ebenda, S.205f.

76 Ebenda, S.293.

77 Siehe Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen! Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, in: Otto Bauer: Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1976, S.49-331; Ders.: Die illegale Partei, in: ebenda, S.347-585.

politischen Auffassungen transferierte und so einen eigenständigen Beitrag zur Verteidigung und populärwissenschaftlichen Verbreitung des Marxismus in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung leistete. Für sein Marxismusverständnis ist die von ihm 1913 veröffentlichte Arbeit „Marxistische Probleme. Beiträge zur Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung und Dialektik“ sehr aufschlussreich.

Die Erinnerung an die vor mehr als 100 Jahren begonnene Edition „Marx-Studien“ sollte in den historisch zu sehenden Erkenntnisstand bzw. das damalige Marxismusverständnis eingebunden werden und vor allem das Bleibende und Unvergängliche der linkssozialistischen Theoriegeschichte für ein neuzeitliches linkes Politikverständnis erschließen helfen.[78] Es ist, wie Helga Grebing schrieb: „Solange jene Wertorientierungen, Vorstellungshorizonte und Deutungsmuster, die als soziale Ideen dem Sozialismus zugerechnet werden können, noch lebendig sind, werden sie auch das 21. Jahrhundert prägen. Denn immer wieder müssen Ideen der individuellen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit gegen die unzulänglichen und bedrohenden Verhältnisse der Gegenwart in ihrer inhaltlichen Kraft erneuert werden. Ein wenig Vision, ein bisschen Utopie darf schon dabei sein, denn die Menschen brauchen Bilder von dem, was noch nicht ist, aber werden könnte.“[79]

78 Dazu seien folgende Arbeiten empfohlen: Christoph Butterwegge: Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg 1991; Uli Schöler: „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatssklaverei“?, Münster-Hamburg 1991; ders.: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999, Berlin 2007, S.238-242.

79 Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S.259.

Autobiografische Berichte rumänischer Freiwilliger aus dem Spanischen Bürgerkrieg. Eine Analyse[1]

Laura Polexe

Die rumänischen Freiwilligen in den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg finden in der Historiografie fast keine Beachtung. Dies ist angesichts der Tatsache, dass ihre Anzahl fast ein Drittel der Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei Rumäniens (KPR) in der Zwischenkriegszeit betrug, äußerst erstaunlich. Zwar war die quantitative Bedeutung der Rumänen für die Internationalen Brigaden nicht ausschlaggebend, sie waren jedoch hauptsächlich in der Artillerie der spanischen republikanischen Armee eingegliedert und somit qualitativ von großer Bedeutung, vor allem bei entscheidenden Schlachten.[2]

Der spanische Bürgerkrieg von 1936 bis 1939, der oft Vorreiter zum Zweiten Weltkrieg genannt wird, war der erste Krieg, der in der gesamteuropäischen Öffentlichkeit durch die Publizität und extensive Berichterstattung eine massive Rolle spielte. Dieser Krieg war aber auch für eine Generation von Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten wichtig. Durch den weltweiten Aufruf, sich in die Internationalen Brigaden der spanischen republikanischen Armee einzugliedern und dadurch auch als Spanienfremder am Geschehen und vor allem am Kampf gegen den Faschismus teilzuhaben, fühlte sich eine ganze linksgerichtete, idealistische, aber auch enttäuschte Generation angesprochen. Die Internationalen Brigaden werden – nicht nur deshalb – als das erfolgreichste Projekt der Komintern betrachtet.

Die Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg hatte tief greifende Folgen für die Freiwilligen, die in den Internationalen Brigaden kämpften: Sie trug bei zur Gruppen-, Netzwerk- und vor allem zur Bewusstseinsbildung. Es bestand die Möglichkeit, sich durch etwas Besonderes hervorzutun, „Geschichte zu machen". Die meisten Freiwilligen, nicht nur die rumänischen Interbrigadisten, haben ihr Mitwirken immer wieder als Chance hervorgehoben, in den Lauf der Geschichte aktiv eingreifen zu können, etwas zu tun, um die Welt zu verändern, einen Beitrag dazu leisten zu können.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, autobiografische Schriften, Erinnerungen und Selbstdarstellungen ehemaliger rumänischer Interbrigadisten dahingehend zu analysieren, dass ihre Motivation, am Krieg teilzunehmen, und ihr späterer Le-

---

1 Die Ergebnisse dieser Analyse basieren auf einer 2006 an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg eingereichten Magisterarbeit über die rumänischen Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg, erschienen unter dem Titel „Auf engen Pfaden. Die rumänischen Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg", Stuttgart 2009.

2 Siehe Laura Polexe: „Bitte sei mir nicht böse, dass ich gegangen bin." Die rumänischen Interbrigadisten im Spanischen Bürgerkrieg, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde 30 (2007), S.119-126.

bensweg nachvollziehbar werden. Es ist ein Versuch, kollektive Erfahrungen und Handlungsmuster zu verdeutlichen und ihre Verschriftlichung zu interpretieren.
Zum Spanischen Bürgerkrieg und zu den Internationalen Brigaden selber existiert eine kaum noch überschaubare Literatur, daneben - in geringerem Umfang - eine etwas überschaubarere Menge an Quellentexten. Dieses gilt vor allem für Länder wie Deutschland, Großbritannien, Italien oder Österreich. Über die rumänischen Freiwilligen gibt es nur einen Sammelband,[3] ein Memoirenbuch[4] und einen mittlerweile katalogisierten Bestand[5] im rumänischen Nationalarchiv, der unter anderem Fotos, Briefe und persönliche Gegenstände enthält. Sehr hilfreich für die Recherche waren auch unveröffentlichte Interviews von Robert Levy für sein Buch über Ana Pauker[6] sowie einige Hinweise des US-rumänischen Politikwissenschaftlers Vladimir Tismăneanu, dessen Eltern im Spanischen Bürgerkrieg mitgewirkt haben.
Leider gibt es keine veröffentlichten Einzel-Autobiografien rumänischer Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg. In einem 2004 vom rumänischen National-Komitee zum Studium der Geheimdienstarchive (Consiliul Naţional pentru Studierea Arhivelor Securităţii, CNSAS) herausgegebenen biografischen Lexikon der Mitglieder des ZK der Rumänischen KP[7] (RKP) werden zwar auch einige ehemalige Freiwillige aufgeführt, jedoch nur die, welche nach 1945 offizielle Funktionen innehatten. Grundlage dieses Aufsatzes bilden deshalb hauptsächlich der Memoiren- und Dokumentenband von Gheorghe Adorian, das Memoirenbuch von Valter Roman und die Bestände im Rumänischen Nationalarchiv. Über die Lebensläufe nach 1939 fanden sich Informationen sowohl in Werken über die Geschichte der RKP als auch über die französische Résistance.[8]
Die Schriften, die diesem Aufsatz als Quellen dienten, entsprechen nur zum Teil den Merkmalen der kommunistischen Autobiografien. In einer solchen Autobiografie, die mehrmals während des Lebens verfasst werden sollte, musste der

3 Gheorghe Adorian u. a. (Hrsg.): Voluntari români în Spania 1936-1939. Amintiri şi documente [Rumänische Freiwillige in Spanien 1936-1939. Erinnerungen und Dokumente], Bucureşti 1971.
4 Valter Roman: Sub cerul Spaniei. Cavalerii Speranţei (Amintiri) [Unter dem Himmel Spaniens. Ritter der Hoffnung (Erinnerungen)], Bucureşti 1972. Das Buch wurde, wie der Autor in der Einleitung angibt, schon 1954 verfasst, konnte aber wegen der politischen Ereignisse nach 1952 nicht erscheinen und wurde erst 1972 gedruckt.
5 Arhivele Naţionale ale României – Bucureşti, nr. inv. 2919. Im Frühjahr 2006 war dieser Bestand erst nach wiederholten Anfragen auffindbar, da er zu dem Zeitpunkt – obwohl 1978 erstellt – nicht in den Katalog des rumänischen Nationalarchivs aufgenommen worden war.
6 Robert Levy: Ana Pauker. The Rise and Fall of a Jewish Communist, Berkeley 2001.
7 Die KPR hieß ab 1946 Rumänischen Arbeiterpartei, später nahm sie den Namen Rumänische Kommunistische Partei (RKP) an.
8 Karel Bartosek/René Gallisot/Denis Peschanski (Hrsg.): De l'exil à la résistance. Réfugiés et immigrés d'Europe Centrale en France, 1933-1945, Paris 1989; Stéphane Courtois/Denis Peschanski/Adam Rayski: L'Affiche Rouge. Immigranten und Juden in der französischen Résistance, Berlin 1994.

Genosse seine charakterlichen Stärken und Schwächen aufzeigen sowie seine persönliche und berufliche Entwicklung darlegen. Es lief alles darauf hinaus, die Formierung des Autors zu einer voll bewussten politischen, revolutionären Persönlichkeit zu belegen. Dieses Merkmal ist auch in allen autobiografischen Berichten rumänischer Interbrigadisten anzutreffen; die Darstellungen sind jedoch meist auf die Zeitspanne kurz vor, während und kurz nach dem Bürgerkrieg beschränkt. Das Autobiografische umfasst also nur wenige Jahre. Wie im Allgemeinen bei autobiographischen Schriften, handelt es sich um sinnstiftende Selbstbeschreibungen, die außerdem, da sie von einem wichtigen historischen Wendepunkt des 20. Jahrhunderts handeln, jede für sich den Anspruch eines kollektiven Textes erheben.[9]

Die Welt der rumänischen Kommunisten in der Zwischenkriegszeit

Die Welt der Linken in Rumänien war in der Zwischenkriegszeit eine Welt der Grüppchen, der politischen Sekten mit kurzlebiger Existenz. Sie formten und lösten sich je nach Bedarf und Wunsch der Parteikader auf, vor allem aber nach den Regeln der Komintern.[10] Die Hauptarbeit der Partei fand im Untergrund statt, da sie seit 1924 verboten war. So wurde den Mitgliedern und Anhängern geraten: „Steigt hinab unter die Erde, kämpft im Verborgenen, denn nur so werdet ihr euch vermehren und die Kraft erhalten, die euch fehlt. Wir, Genossen, werden aufmerksam wachen, unseren Feind Schritt für Schritt verfolgend und den besten Moment suchend, um zuzuschlagen gegen die gierige Bourgeoisie, die so viel Leiden und Schmerz verursacht. Seid und formt fanatische Kommunisten!“[11]

Außer wenigen Prominenten, die öffentlich mit den Linken sympathisierten, waren es oft fast gescheiterte oder aus den verschiedensten Gründen am Rande der Gesellschaft lebende Existenzen, die die Mehrheit der wenig über 1.000 Parteimitglieder stellten. Einer der prominentesten rumänischen Kommunisten der 30er-Jahre, Belu Zilber, beschrieb dieses Phänomen in seinen Memoiren: „Die wenigen, die zu uns kamen, waren von den unterschiedlichsten Motiven getrieben, von der einfachen Neugier über eine geheimnisvolle Organisation, welche von Partisanen glorifiziert und von Gegnern befeindet wurde, bis zu Intellektuellen, die davon überzeugt waren, dass es sich um eine Ansammlung edler Menschen handelte, welche für eine glückliche Zukunft kämpften.“ Auch waren viele Mitglieder aus dem Umfeld ethnischer Minderheiten: „Ungarn und Bulgaren, die für die Abspaltung ihrer Heimatgebiete von Rumänien eintraten,

9 Siehe hierzu auch Brigitta Studer/Berthold Unfried: Der stalinistische Parteikader: identitätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Wien 2001.

10 Siehe Stelian Tanase: Clienţii lu' Tanti Varvara. Istorii clandestine [Tante Varvaras Kunden. Untergrundgeschichten], Bucureşti 2005, S.56. Im Jargon der rumänischen Kommunisten wurde die königliche Sicherheitspolizei „Tante Varvara“ genannt.

11 Aus einer Broschüre des Lokalkomitees der rumänischen kommunistischen Gruppierungen, ohne Angabe der Quelle und des Jahres, zit. nach: Tanase, Clienţii, S.60.

Arbeiter, die sich als Herrscher über Fabriken sahen, Juden, die vom Antisemitismus verängstigt waren, Arbeitslose ohne richtige Qualifikationen, mittelmäßige Profis, Politiker, die in anderen Parteien keine Karriere erreicht hatten, hässliche Hausfrauen, Kinder, die keine Lust mehr auf Schule hatten: Aus dieser Welt wurden die Parteiaktivisten rekrutiert." Wie Zilber beschreibt, waren alle vom Glauben beseelt, durch das Parteibuch die Eintrittskarte in eine neue, bessere Welt erlangt zu haben: „Jeder fühlte, dass ihm in der einen oder anderen Weise Unrecht widerfahren war, dass ihm die Träume gestohlen worden waren. Sie wurden vom Mysterium einer Welt angezogen, die in ihrem Bewusstsein lebte. Sie traten ein in ein neues Leben, nicht in eine neue Partei."[12]

Rekrutierung und Motivation rumänischer Interbrigadisten

Schon kurz nachdem der Bürgerkrieg in Spanien begonnen hatte, wurde in einer Broschüre der KPR vom August 1936 zur Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes aufgerufen: „Arbeiter, Bauer, Bürger! Die Geschehnisse in Spanien bestätigen noch einmal, dass der internationale Faschismus [...] der Todesfeind aller Völker dieser Welt ist, die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen."[13]
Der Aufruf für Freiwillige, die in den Internationalen Brigaden in Spanien gegen den Faschismus kämpfen sollten, fand in Rumänien vor allem in linken, kommunistischen Kreisen und innerhalb der Arbeiterschaft ein Echo. Die Rekrutierung erfolgte, auf der Basis existierender Netzwerke, vor allem in Fabriken in Bukarest. Hier befanden sich die Werke der Rumänischen Eisenbahnen, in denen die stärksten kommunistischen Zellen bestanden. Freiwillige wurden aber auch in anderen Städten angeworben, so beispielsweise in Cluj, Iaşi, Tg. Mureş, Baia Mare oder auch in entlegeneren Gegenden (hier vor allem Angehörige der nationalen Minderheiten).
Die Kriterien bei der Auswahl der Freiwilligen waren folgende: Es sollten „demokratisch Gesinnte" sein, also Kommunisten oder zumindest Sympathisanten. Falls es um Mitglieder der Partei ging, so sollten diese nicht unbedingt für die Parteiarbeit in Rumänien benötigt werden. Kader waren für die Untergrundarbeit unentbehrlich. Die Freiwilligen sollten, wenn möglich, Industriearbeiter sein und über eine einigermaßen gute militärische oder andere spezifische (z. B. medizinische) Ausbildung verfügen. Außerdem sollten sie in „progressiven Kreisen", also dem Netzwerk, bekannt sein, damit keine „Agenten der Bourgeoisie oder der Sicherheit" sich einschleusen konnten.[14]

---

12 Belu Zilber: Actor in procesul Pătrăşcanu. Prima versiune a memoriilor lui Belu Zilber [Akteur im Prozess gegen Pătrăşcanu. Die erste Fassung der Memoiren von Belu Zilber], Bucureşti 1997, S.25.

13 Adorian, Voluntari, S.51, Archiv des Instituts für Historische und Sozial-politische Studien des ZK der RKP (AIHSS); c. A XX-6, Inv. 931.

14 Roman, Cavalerii, S.73. Trotz dieser Sicherheitsmaßnahmen schaffte es offenbar eine Person, sich als Kommunist auszugeben. In Spanien wurde diese entlarvt und – vermutlich – hingerichtet oder zumindest aus der Gruppe ausgeschlossen. Es gibt keinen sicheren Hinweis darauf, was nach der „Entlarvung" geschehen ist (ebenda, S.121).

Gefühle der Machtlosigkeit und Desillusionierung im Heimatland oder im Exil waren für die Angeworbenen vorherrschend und zum größten Teil für ihre Motivation ausschlaggebend. In Spanien konnte man offen gegen den Faschismus kämpfen; die Untergrundarbeit und -zeit war nun vorbei. Der versteckt lebende Kommunist, der „Illegale", wurde wieder zu einer Person, er wurde ein „Kamerad". Außerdem war es eine Art Wiederbestätigung der Ziele und Ideale, für welche die meisten überhaupt den sozialistisch-kommunistischen Netzwerken beigetreten waren. Nicht alle, die sich als Freiwillige meldeten, waren aber Mitglieder der Kommunistischen Partei. Einige waren nur Sympathisanten oder Mitglieder in Randorganisationen der KPR und dadurch im Inneren des linken Netzwerks tätig. Für diejenigen, die noch keine Kommunisten waren, war die Zeit in Spanien so etwas wie eine Offenbarung, die sie in die kommunistische Partei führte, so zumindest ihre Darlegung. Nach ihrer Deutung habe die Erfahrung des Bürgerkrieges und der Internationalen Brigaden als großes erfolgreiches Projekt den Weg zum Kommunismus geebnet. Die Tatsache, dass der Eintritt in die Internationalen Brigaden oftmals an ein Parteibuch der spanischen kommunistischen Partei gebunden war, verschweigen die meisten in ihren Erinnerungen.[15]

Einige Akteure

Wer waren aber die Freiwilligen, die sich in den 1970er-Jahren an ihre Erfahrungen in Spanien erinnerten und diese niederschrieben? Vieles war den über 400 rumänischen Interbrigadisten gemeinsam: der Glaube an den Kampf, den sie führten, die Verfolgung, in diesem Sinne auch eine gewisse Heimatlosigkeit und nicht zuletzt der ideologische Hintergrund.

Die ausgewerteten autobiografischen Berichte umfassen nur einen Bruchteil des Lebens der am Spanischen Bürgerkrieg teilnehmenden rumänischen Akteure. Dennoch ist es mittels anderer Quellen, Berichten und Lexika möglich, das Bild zu vervollständigen. Die Schwierigkeit dabei ist, dass die Mehrzahl dieser Leute unbekannt und unbeachtet blieb, weil sie entweder früh starben oder innerhalb der kommunistischen Partei in die Repressionen der 1950er-Jahre gerieten. Nur einige wenige erreichten hohe Funktionen der Partei. Über erstere gibt es kaum Informationen, während die Lebensläufe der anderen über Parteiakten rekonstruiert werden können.

Hier seien nur einige wenige Beispiele genannt, die der Autorin exemplarisch erschienen und dadurch einen Eindruck vermitteln, wer diese Personen waren und wie ihr Lebenslauf aussah. Durch das Betrachten der Lebensstationen soll zugleich ihre Motivation für die Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg deutlicher gemacht werden.

15 Siehe Telegramme und Berichte zu dieser Thematik in: Ronald Radosh/ Mary R. Habeck/Grigory Sevostianov: Spain Betrayed. The Soviet Union in the Spanish Civil War, New Haven 2001.

Einer der wichtigsten Akteure, der auch eine hohe Funktion als Führer der rumänischen Artillerieeinheit in der spanischen republikanischen Armee und als Frontkommissar innehatte, war Valter Roman. Er hieß eigentlich Ernst Neuländer und war in Oradea in einer jüdisch-ungarischen Familie geboren worden. Roman hatte an der Universität Brno in der Tschechoslowakei studiert und war Ingenieur. Nach dem Spanischen Bürgerkrieg ging er 1940 ins Exil in die Sowjetunion und war als Vorsitzender des aus Moskau sendenden rumänischen Radiosenders „România Liberă" („Freies Rumänien") tätig. Nachdem er mit der Roten Armee 1944 nach Rumänien zurückgekehrt war, war er zuerst Personalchef der rumänischen Armee, dann Minister für Telekommunikation. Anfang der 1950er-Jahre wurde er in die Prozesse gegen „Parteifeinde" verwickelt und fiel dann den Säuberungen zum Opfer. Nach seiner Rehabilitation wurde er Direktor eines Verlags und war bis zu seinem Tod 1983 Mitglied des ZK der RKP. Sein Sohn war Anfang der 1990er-Jahre Ministerpräsident in Rumänien.

Petre Borilă (Iordan Dragan Rusev) war in den 30er-Jahren Mitglied im Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale. Im Spanischen Bürgerkrieg hatte er in den Interbrigaden die Funktion eines Polit-Kommissars. Nach 1940 befand er sich im Exil in der Sowjetunion, wo er innerhalb der Roten Armee die Division „Tudor Vladimirescu" gründete, die aus rumänischen Kriegsgefangenen bestand. Nach 1944 bekleidete er einige Zeit das Amt des Chefs des politischen Direktorats der rumänischen Armee, war Mitglied des Politbüros der KP und enger Mitarbeiter von Parteichef Gheorghe Gheorghiu-Dej. Nur durch seine Nähe zu Gheorghiu-Dej konnte er den Parteisäuberungen entkommen.

Constantin Doncea war einer der Organisatoren des Streiks der Griviţa-Werke 1933. Danach wurde er verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Es gelang ihm, aus dem Gefängnis in die UdSSR zu fliehen. Von dort ging er als Freiwilliger nach Spanien. Er wird als anarchische Persönlichkeit mit turbulenten Ausbrüchen beschrieben. Er kehrte aus der Sowjetunion 1944 mit der Division „Tudor Vladimirescu" nach Rumänien zurück und machte sich in den 1950er-Jahren einen Namen als „Bulldozer-Bürgermeister" von Bukarest. Einige Zeit war er Mitglied des ZK der KP, war aber im Juni 1958 von den Säuberungen betroffen. Er war des „Fraktionalismus" beschuldigt worden, weil er die Mitschuld Gheorghiu-Dejs an der Anwendung stalinistischer Methoden und wirtschaftliche Missstände öffentlich angeprangert hatte.

Gheorghe Stoica (Moscu Cohn) war einer der Urväter der kommunistischen Partei. Während des Spanischen Bürgerkriegs agierte er als politischer Offizier, scheinbar hatte er dabei Kontakt zum NKVD. 1944 kehrte auch er mit der Division „Tudor Vladimirescu" nach Rumänien zurück. Er wurde Chef der Bukarester Parteiorganisation und Mitglied im ZK der KP. Er durchlief einige Funktionen im Parteiapparat (u. a. in der Kontrollkommission der Partei). Auf dem Parteiplenum im Jahr 1961 wandte er sich öffentlich gegen frühere Freunde und Parteikollegen. Nach 1965 holte ihn Nicolae Ceauşescu in das Politbüro.

Einen etwas anderen Weg durchlief Mihai Patriciu (Mihai Weiss), der die Jahre des Zweiten Weltkriegs nicht – wie die oben genannten Akteure – in der Sowjet-

union, sondern in der französischen Résistance verbrachte. Er stammte aus dem Norden Siebenbürgens. Wegen der dortigen hohen Arbeitslosigkeit kam er 1927 nach Bukarest. Später arbeitete er für einige Zeit in einer Fabrik in Czernowitz und kehrte Anfang der 30er-Jahre wieder nach Bukarest zurück. Er wurde in der Fabrik „Zimmer" angestellt. In Bukarest schloss er sich der Arbeiterbewegung an und organisierte sogar Streiks, weswegen er von der Königlichen Staatssicherheit verfolgt wurde und in den Süden des Landes fliehen musste. 1938 ging er über Jugoslawien und Italien nach Spanien, wo er in einer sogenannten „Schockeinheit" der Infanterie diente. Nach dem Spanischen Bürgerkrieg kam er in französische Internierungs-Lager. Er konnte ausbrechen und schloss sich in Paris der französischen Résistance an. In den Gruppen der FTP-MOI (Francs tireurs et partisans /Main d'oeuvre immigré) wurde er als Chef des technischen Dienstes bekannt. Nach dem Ende des Krieges kehrte er nach Rumänien zurück, wo er diverse Posten im Geheimdienst bekleidete. 1952 wurde er im Zuge der Parteisäuberungen entlassen, um dann 1955 als Fabrikdirektor einer Provinzstadt eingesetzt zu werden.

Erinnerungen und Analogien

Das Leben bekam für die Interbrigadisten in Spanien einen tieferen Sinn, so zumindest ihre Aussage. Zwar versagten manche angesichts des Krieges, für viele andere wurde aber der Slogan „Der Kampf um Freiheit ist der Kampf um Rumänien" zum Leitmotiv ihres Lebens. Zwar räumten sie ein: „Als wir uns das erste Mal als Freiwillige gemeldet hatten, wussten die wenigsten von uns, was ein Krieg konkret bedeutet. Eines ist es, darüber zu lesen oder Geschichten zu hören, und etwas ganz anderes an einem Krieg wirklich teilzunehmen, insbesondere unter solchen Bedingungen wie in Spanien."[16] Dennoch war für sie „die Atmosphäre in Spanien, das Leben an der Front, der lebendige Kontakt mit der Heldenhaftigkeit, der Selbstverleugnung, dem Enthusiasmus, mit der Ehrenhaftigkeit und der Würde" ein „erhöhender und überwältigender Wirbel".[17]

Die Schreibenden sehen sich als historische Subjekte; sie suchen existenzielle Bestätigung durch den Vorgang des Schreibens, vor allem wenn dies publiziert werden soll. Hervorgehoben wird in den autobiografischen Erinnerungen der „Weg der Geschichte". Die Bestimmung und Definition ihrer eigenen Persönlichkeit wird der historischen Entwicklung angepasst. Es ist immerfort die Rede von ihrem Engagement für eine Zukunft, die reichliche Perspektiven aufzeige. Sie sehen sich als Personen, die sich (oft im Gegensatz zu anderen) für gemeinsame (kollektive) soziale Ziele engagieren und dafür auf persönliche, individualistische Zielsetzungen verzichten. Die Gesetze der Geschichte werden gleichgestellt mit den Gesetzen sozialer Emanzipation, und die verpflichten, im Namen und für die unterdrückten Massen zu denken und zu handeln. Das wiederum bedeutet, dass sich die Schreibenden ein breiter gefasstes Selbst konstruiert

16 Iosif Nedelcu: Wieder an der Front, in: Adorian, Voluntari, S.422.
17 Roman, Cavalerii, S.25.

haben, zweckerfüllt, bedeutsam und mit moralischem Wert. Deswegen wird auch immer der Gegensatz Faschismus – „gute Welt“ betont; der Kampf in Spanien ist DER Kampf für die „Befreiung“ Rumäniens. Die Gesetze der Geschichte verlangen außerdem, wie es Valter Roman beschreibt, sich immer, wenn es notwendig ist, in den Verlauf der Geschichte einzubringen: „Du kannst nicht nur dann in den Krieg ziehen, wenn du dir des Erfolgs, ja sogar eines schnellen Erfolgs, sicher bist. Es ist nicht beschämend, besiegt zu werden, sondern nicht im richtigen Zeitpunkt gekämpft zu haben ist beschämend.“[18] Der richtige Zeitpunkt ist, nach Roman, wenn die Imperative der Geschichte, des Überlebens eines Volkes, dem Menschen abverlangen, sich aufzuopfern.

Hier kommt das Bild des kommunistischen Helden mit ins Spiel: Der Held ist der aktive Mensch, der unermüdliche Arbeiter, der unerschütterliche Revolutionär, der integre Mensch. Allen Helden ist das Streben gemeinsam, sich und ihr Leben in eine revolutionäre Bahn einzubringen. Die Umwandlung und Verwandlung des Selbst im Kommunismus hing mit dem von der sowjetischen Parteiideologie propagierten „neuen Menschen“ zusammen. Ziel war ein Ich, welches durch das Eintreten in die revolutionäre Bahn zu einem politischen (nicht mehr privaten) Projekt umfunktioniert wurde. Es war eine Art sowjetisch-kommunistischer Imperativ der Dreißigerjahre, wonach Individuen ein politisch aktives Leben führen und über ihre Existenz in höheren Zusammenhängen nachdenken sollten, vor allem auch, was ihre soziale Nützlichkeit betraf. Persönliche Details sollten keinesfalls ihrer universalistischen Orientierung im Wege stehen. So schrieb ein rumänischer Interbrigadist an seine Frau: „Bitte sei mir nicht böse, dass ich gegangen bin, aber ich habe gefühlt, dass ich es tun muss.“[19] Er hatte Frau und Kinder verlassen, um, wie er glaubte, durch den Sieg „über den Feind in Spanien“ auch die Lage in Rumänien zugunsten seiner politischen Richtung ändern zu können.

Andere Freiwillige wählten in Spanien speziell die Arbeit der politischen Aufklärung als ihren Beitrag zum großen Projekt des Kommunismus. Dazu gehörte das bewusste Lesen in organisiertem Rahmen. Roman beschreibt dies in seinen Memoiren: Den „Brüdern“ zu helfen, in Spanien für die Freiheit zu kämpfen, sei eine Sache, eine andere, spanische Rekruten das Lesen und Schreiben zu lehren. Denn „viele der spanischen Rekruten, die in rumänische Einheiten eingegliedert waren, konnten weder lesen noch schreiben. Dies war so, weil in Spanien, wie auch in Rumänien, die großen Massen der Bevölkerung unter dem Joch der Grundbesitzer und der Bourgeoisie in Dunkelheit gelebt hatten.“[20] Die persönliche Existenz und das eigene Erleben wurden immer in einen größeren sozialen und gesellschaftlichen Kontext eingebettet; allein die Gemeinschaft konnte Kraft geben und Sinn verleihen.

Das Ideal des neuen Menschen wird in den Erinnerungen nie direkt angesprochen; dafür aber kommen seine Eigenschaften meist in Beschreibungen gefal-

18 Ebenda, S.374.

19 Brief von Ilie Stoica, undatiert, zit. nach: Adorian, Voluntari, S.175.

20 Roman, Cavalerii, S.259.

lener oder verschollener oder besonders tapferer Kameraden zum Vorschein. Die rumänischen Interbrigadisten besaßen nach Gheorghe Stoica „die Eigenschaften, die ein revolutionärer Kämpfer nötig hat: Mut, Tapferkeit und eine hohe Moral. Nicht nur in der Schlacht, sondern auch im Alltagsleben an der Front, in den kurzen Ruhepausen, wenn Müdigkeit und Erschöpfung über sie kamen, manchmal Hunger, Mangel an Tabak, Stunden und Tage des Wartens, unter Regen, Wind oder einer Hitze, die den Hals austrocknete. Wie es auch normal ist, waren manche traurig, auch wegen der Entfernung zur Heimat, zu ihren geliebten Familien. Aber vor ihnen sahen sie immer die großartigen Beispiele der revolutionären Kämpfer im Heimatland, die die Barbarei des Geheimdienstes und der Gefängniswärter zu ertragen hatten."[21]

In den von mir ausgewerteten Erinnerungen ist meist nur vom Idealismus die Rede sowie vom Wunsch, in proletarischer Solidarität dem unterdrückten spanischen Volk zu Hilfe zu eilen. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass sich die Schreibenden retrospektiv mit den Geschehnissen befasst und dementsprechend auch versucht haben, ihre eigenen Handlungen und Gefühle in einen mit ihrer späteren Laufbahn sinnvollen Zusammenhang zu stellen. Damit meine ich, dass erstens die Sinnkonstruktion im Nachhinein geschah, da die ursprüngliche Handlung lange zurücklag. Dadurch traten gleichzeitig fiktive Elemente, neue Deutungsmuster, später erfahrene Informationen und Hintergründe und durch den „Schleier der Zeit" minimalisierte Elemente nebeneinander auf. Die Kluft zwischen der Zeit des Erlebten und der Zeit des Schreibens wird in den Berichten im Sammelband von Adorian besonders auffällig: Hier werden die Ideale der 30er-Jahre verknüpft mit der eher nüchternen, sozialistisch-realistischen Schreibweise der 60er-Jahre.

Zweitens waren die Freiwilligen zwar zum Zeitpunkt des Bürgerkriegs überzeugte Kommunisten oder wurden es erst dadurch. Es muss aber nach der Erfahrung der Verfolgung im eigenen kommunistischen Staat, den sie aufzubauen geholfen hatten, eine Art von Enttäuschung eingetreten sein. Diese wird nur im Memoirenband von Roman in der Einleitung einigermaßen ersichtlich. So ist es wahrscheinlich, dass die Betonung von Begriffen wie „proletarische Solidarität" und „internationalistischer Geist" als Leitbild für die Freiwilligen im Kampf eher dazu bestimmt war, diese Diskrepanz zu verbergen. Den Unterschied zwischen der erhofften und der gelebten Wirklichkeit nahmen zwar die meisten wahr, in den Memoiren werden aber die Erfahrungen umstrukturiert und umgedeutet, sodass dass dieser Unterschied minimalisiert erscheint. Durch diese Strategie der Umdeutung wählten sie fast nur Informationen aus, die die getroffene Entscheidung als richtig erscheinen lassen, während gegenteiliges Wissen abgewehrt oder nicht beachtet wurde. So ist zum Beispiel nie die Rede von der offensichtlichen Niederlage. Auch werden die Moskauer Schauprozesse oder die stalinistisch anmutenden Methoden der Geheimdienste und Guerilla-Gruppen nicht erwähnt.

---

21 Gheorghe Stoica: Als Politkommissar an der Ebro-Front, in: Adorian, Voluntari, S.325f.

Ein auffallendes Merkmal dieser Erinnerungs-Strategie sind die immer auftauchenden Analogien zwischen Spanien und Rumänien (oft geografischer und psychologischer Natur), wobei die Gerechtigkeit des Kampfes in Spanien und dessen Bedeutung für den Kampf in Rumänien unterstrichen werden. Ein anderes Merkmal ist die Tatsache, dass die Erzählenden in den Memoiren Spanien und ihr Verhältnis zu den Menschen dort in ein idealistisches Licht rücken. Auf der anderen Seite ist aber offensichtlich, dass sich die Freiwilligen mehr und mehr abgrenzten. Aus den autobiografischen Erzählungen erfährt der Leser, dass es mit der Zeit immer mehr rumänische Gruppen gab. Außerdem wird oft wiederholt, dass alle den Wunsch hegten, in diese Gruppen aufgenommen zu werden. Immer wieder wird betont, wie wichtig es gewesen sei, zur rumänischen Gruppe zu finden und dementsprechend an dieser Gemeinschaft teilzuhaben. Ein rumänischer Interbrigadist schreibt: „Bei meiner Ankunft im Instruktionszentrum waren wir nur wenige Rumänen. Dann kamen sie, und unsere Gruppe wurde immer größer. Mit jedem Neugekommenen kam auch ein Teil unserer Heimat, unserer Luft und unserer Berge und der harmonische Klang unserer Muttersprache. So wurde aus dem kleinen Grüppchen eine richtig große Gruppe, die im spanischen Dorf rumänische Volkslieder und revolutionäre Lieder erklingen ließ.“[22] Erwähnung finden in den autobiografischen Erinnerungen meistens nur spanische Freunde; die anderen Nationalitäten scheinen keine Rolle in der Wahrnehmung der rumänischen Interbrigadisten gespielt zu haben, trotz der Behauptung, dass sie mit ihrer ganzen Seele an den Erfolgen und den Leiden nicht nur des spanischen Volkes, sondern auch der Internationalen Brigaden teilnahmen.

Im Sammelband verstehen sich die meisten Schreibenden als Chronisten ihres Weges (vor, während und nach dem Spanieneinsatz), als Beispiel, schicksalhaft für die anderen. Dieses vermittelt den Eindruck einer kollektiven Biografie, vor allem, da einige Elemente in allen autobiografischen Berichten immer wieder auftauchen. Es ist sehr schwierig, zu ermitteln, was zu den eigenen Erinnerungen gehörte und was nicht, da das individuelle Gedächtnis, wenn es einmal zum „sozialen Gut“ geworden ist, auch mit den Erinnerungen anderer wächst, also oft Fremdes integriert.[23]

Die Leitlinien der sehr chronologisch gehaltenen Erzählungen sind die persönlichen Erfahrungen in einem bestimmten, der Struktur des Buches nach offenbar vorher zugeteilten, Abschnitt ihres Lebens. Diese doch zum Teil sehr persönlichen Erfahrungen werden in den allgemeinen Kontext des Klassenkampfes und des Kampfes gegen den Faschismus (hier durch Francisco Franco repräsentiert) umgedeutet und eingebettet, was auch durch das häufige und in allen Beiträgen vorkommende Benutzen von Zitaten aus unterschiedlichen Broschüren oder Artikeln der Jahre 1936 bis 1939 ersichtlich wird, zu denen die Zeitzeugen

22 Brief von Aron Nita, veröffentlicht 1938 in der Broschüre der Rumänischen Kommunistischen Partei, zit. nach: Roman, Cavalerii, S.109.

23 Siehe Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, Bonn 2007, S.33f.

wahrscheinlich nur durch das Konsultieren des Parteiarchivs Zugriff haben konnten. Der Archivbestand zum Spanischen Bürgerkrieg entstand einige Jahre vor dem Erscheinen der beiden Bücher und hing vermutlich damit zusammen. Meistens wird nur in der Pluralform geschrieben: „Mit der Zivilbevölkerung verbanden uns freundschaftliche Beziehungen", „wir halfen bei der Ernte mit", „natürlich wurden wir oft von Heimweh überwältigt".

Ausblick

In Spanien entstand, durch die Abgrenzung von anderen und die schon bestehenden Netzwerke, eine richtige Gemeinschaft der rumänischen Interbrigadisten; sie wurde unter den gegebenen Umständen des Krieges möglich.

Diese Gemeinschaft spielte in Rumänien in den ersten Jahren nach 1945 eine relativ große Rolle. Der starke Zusammenhalt, der durch die Erfahrung des Bürgerkriegs entstanden war, sollte den meisten Spanienkämpfern aber auch zum Verhängnis werden. Spitzenrepräsentanten dieser Gruppe wurden unter Verdacht des Verrats am Kommunismus und an der Partei ausgeschaltet und in verschiedene Prozesse gegen andere Persönlichkeiten der Rumänischen Kommunistischen Partei, meist noch aus der „alten Garde" der 30er-Jahre, verwickelt. Die systematische Repression gegen die ehemaligen Spanienkämpfer erreichte ihren Höhepunkt im Herbst 1952, als diese im Zusammenhang mit der allgemeinen Jagd nach „Abweichlern" von ihren Posten entfernt, verhört und verhaftet und nach einiger Zeit auf niedrigen Posten wieder eingesetzt wurden – meistens als ungelernte Fabrikarbeiter.

1972 schrieb Valter Roman in der Einleitung zu seinem Memoirenbuch: „Die Welt von heute ist nicht mehr diejenige der Jahre 1936-1939. Auch wir, die Überlebenden, sind nicht mehr dieselben. [...] Kann man über den Krieg in Spanien schreiben, ohne über die darauf folgenden Geschehnisse – in und außerhalb von Spanien – zu reflektieren oder sie zu erwähnen? Ist es gut, davon abzusehen, was später, in den Jahren 1949-1954 geschah, als viele der ehemaligen Freiwilligen der Freiheit, authentische Ritter der Hoffnung, unter Repressionen in ihrem eigenen Land zu leiden hatten? In der Heimat, für welche sie vor den Toren Madrids und in anderen Stätten des ewigen Spaniens gekämpft hatten?"[24]

Am schmerzvollsten war aber sicherlich die Einsicht, dass man auch in dem Rumänien, für welches man in Spanien gekämpft hatte, nicht anerkannt wurde, sondern nach 1952 den Stempel eines Verräters und Antikommunisten aufgedrückt bekam. Die Einsicht, umsonst so lange gekämpft zu haben, war vermutlich bedeutsamer als der soziale Abstieg, der fast allen ehemaligen Freiwilligen widerfuhr. Die Rehabilitierung kam für viele zu spät und blieb für die große Öffentlichkeit unbedeutend und unbekannt.

24 Roman, Cavalerii, S.12.

Verweigerter gemeinsamer Neuanfang – Abwicklung und Entsorgung statt Nutzung und Ausbau zukunftsfähiger Potenziale der DDR-Wirtschaft[1]

Christa Luft

Nach dem Sturz Erich Honeckers und dem anschließenden Rücktritt der Stoph-Regierung wurde in der DDR der Weg frei für die dringend notwendige grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes. Das galt auch für eine tief greifende Wirtschaftsreform. In seiner Regierungserklärung am 17. November 1989 sprach Hans Modrow, wenige Tage zuvor von der Volkskammer mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, noch vom Projekt einer „marktorientierten Planwirtschaft".[2] Nach zahlreichen kritischen Zuschriften aus der Bevölkerung und heftigen Einsprüchen von Wirtschaftspraktikern, die das für einen schwammigen, weil semantische Anleihen an der bisherigen Praxis nehmenden Begriff hielten, entschieden wir uns für die Formulierung „Übergang zu einer ökonomisch effizienten sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung".[3] Griffig war der Begriff nicht, drückte aber aus, dass die Ignorierung von Marktsignalen und die Missachtung von Marktmechanismen ein Ende haben sollten.

Marktwirtschaft kein Synonym für Kapitalismus

Mit einhelliger Zustimmung in der breiten Öffentlichkeit konnte das so formulierte Vorhaben allerdings nicht rechnen. Denn in der bürgerlichen Ökonomie, auch in der Alltagssprache wurde und wird der Terminus „Marktwirtschaft" gern als Ersatzwort für „Kapitalismus" verwendet. Aus den gesellschaftszerstörerischen Erfahrungen mit dem Kapitalismus resultierte und resultiert bis heute bei vielen Linken eine kritische, ja mitunter strikt-ablehnende Haltung zum marktwirtschaftlichen Prinzip. Übersehen wird dabei, dass die Marktwirtschaft viel älter ist als die kapitalistische Produktionsweise und dass letztere nur eine Phase in der Entwicklung der Marktwirtschaft ist. Folglich sind Gleichsetzungen ungerechtfertigt. Wir in der Modrow-Regierung sahen in der Marktwirtschaft eine

---

1 Überarbeitete Fassung des Referats auf der Konferenz „1989/1990: Ein anderes Deutschland war möglich". Siehe Bericht von Jochen Černy, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/II, S.178-181. Anm. der Red.: Die Autorin war im Ministerrat von Hans Modrow vom 18.11.1989 bis zum 18.3.1990 die für Wirtschaft verantwortliche Stellvertretende Vorsitzende.

2 Siehe Neues Deutschland, 18./19.11.1989.

3 Zur Genesis des Wirtschaftsreformkonzepts und zu den Kontroversen darum siehe Christa Luft: Zwischen WEnde und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1991, S.85-100.

Funktionsweise der Wirtschaft, aber keine sozialökonomische Ordnung, kein Synonym für Kapitalismus. Nicht Marktwirtschaft und Planwirtschaft sind ein Gegensatzpaar, sondern Marktwirtschaft und Naturalwirtschaft. Nicht generelle Ablehnung des marktwirtschaftlichen Prinzips war für uns der Imperativ linker Politik, sondern Ablehnung seiner kapitalistischen Form, nach der alle Lebensbereiche, auch Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur, Kunst usw., der Vermarktung unterworfen werden, der Finanzsektor die Realwirtschaft stranguliert und die Existenz breiter Bevölkerungsschichten gefährdet.

Das genannte Ziel schloss den vollständigen Bruch mit der früheren zentralistischen Kommandowirtschaft ein, die eine vorwiegend naturalwirtschaftliche Direktivplanung nutzte. Dieses System hatte sich als unzureichend innovativ erwiesen, motivierte die Menschen wenig, erzeugte Mangel, begrenzte den Wettbewerb und neigte zu Autarkie. Die komplette Verstaatlichung allen Produktiveigentums bis zur kleinsten Fabrik hatte sich als ineffizient erwiesen. Verstaatlichung von Produktionsmitteln ohne gleichzeitige Demokratisierung der Wirtschaft, so die Erfahrung, hat mit Sozialismus nichts zu tun.

Die Wirtschaftreform der Modrow-Regierung[4] zielte auf die Herausbildung einer gemischten, durch Eigentumsvielfalt gekennzeichneten Wirtschaft bei Dominanz von Gemeineigentum in den Schlüsselbereichen. In der Verfassung der DDR wurde daher am 12. Januar 1990 auf Antrag der Regierung von der Volkskammer Artikel 12 geändert, der auch für Industriebetriebe und Produktionsanlagen generell Privateigentum für unzulässig erklärte.[5] Ebenso wurde ausländische Kapitalbeteiligung an DDR-Betrieben zugelassen. Für noch existierende private Handwerksbetriebe – rund 140.000 – wurden die knebelnden Restriktionen (übermäßige Gewinnbesteuerung, Begrenzung der Beschäftigtenzahl usw.) gestrichen. Um das Entstehen privater kleiner und mittlerer Betriebe besonders in der Zulieferindustrie, dem wissenschaftlich-technischen Bereich, der Konsumgüterherstellung, der örtlichen Wirtschaft und dem Dienstleistungssektor zu fördern, wurde rasch die Einführung der Gewerbefreiheit vorbereitet und die Reprivatisierung der 1972 zwangsenteigneten privaten und halbstaatlichen Betriebe in die Wege geleitet. Eine Zerschlagung der volkseigenen Kombinate war nicht vorgesehen, stattdessen ihre Umwandlung in Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften oder GmbHs), deren Anteile zu 100 Prozent beim Staat verblieben. Durch Ausgliederung nicht zum Kerngeschäft gehörender und die Produktivität mindernder Bereiche (Transport- und Bauabteilungen, Kulturhäuser, Ferienheime usw.) sollten sie entflochten werden. LPG-Bauern wurde ihr Bodenreformland als handel- und vererbbares Eigentum übertragen. Volkseige-

4 Das Reformkonzept wurde veröffentlicht in der Beilage 1/1990 der Wochenzeitung „Die Wirtschaft“ (Berlin).

5 Siehe Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, Artikel 12, Berlin 1974.

ner Grund und Boden sollte seinen Status behalten. Genossenschaften erhielten ausdrücklich Schutz.

Damit verbundene Reformziele waren:

- Rechtliche Absicherung eines weitestgehend eigenverantwortlichen Handelns der Betriebe,
- Herausbildung einer modernen Geldwirtschaft und Neubestimmung der Aufgaben des Bankensystems,
- Reformierung der Preisbildung, d. h. Abbau von Subventionen,
- außenwirtschaftliche Öffnung der Volkswirtschaft, ihre Einbindung in alle Formen internationaler Arbeitsteilung und Kooperation mit der BRD sowie anderen Staaten,
- schrittweise Einführung einer konvertiblen Mark der DDR als Krönung der Reform und auf dieser Grundlage Schaffung eines Währungsverbundes mit der BRD.

Diese und weitere hier nicht näher zu benennende Vorhaben bzw. bereits realisierte Ziele hatten sowohl in der Volkskammer als auch am Runden Tisch grünes Licht erhalten. Sie trugen zur vorübergehenden Stabilisierung der ökonomischen Lage und zu einem kreativen unternehmerischen Aufbruch bei, wenngleich die Abwanderung qualifizierter Männer und Frauen bei offener Grenze anhielt.

Von anfangs positiver Resonanz im Westen auf die DDR-Reformvorhaben zu schlagartiger Ablehnung

Vertreter aller Bundestagsparteien gaben sich alsbald bei der Modrow-Regierung und speziell in meinem Verantwortungsbereich die Klinke in die Hand, um sich über die Grundzüge der Wirtschaftsreform zu informieren, ebenso der Wirtschaftsminister des Bundes und die der Bundesländer, führende Repräsentanten der Wirtschaft und der Vizepräsident der EG-Kommission. Am 13. Januar 1990 stellte ich das Konzept auf einer deutsch-deutschen Wirtschaftskonferenz am Institut für Unternehmensführung in Berlin-Rahnsdorf (das frühere Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED) vor, an der 30 Top-Manager bundesdeutscher Konzerne und ebenso viele Generaldirektoren von DDR-Kombinaten teilnahmen. Sowohl vor Ort als auch in der Presse war das Echo positiv.

Wenn diese Vorhaben in die Praxis überführt würden, so äußerten sich einige der Teilnehmer wörtlich, dann wäre die DDR schon auf dem richtigen Wege und dann würde das auch das für Investitionen notwendige Kapital anziehen. Ich habe über dieses Treffen an anderer Stelle ausführlich berichtet.[6]

Auch auf der Jahreshauptversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf am 16. Januar 1990 – ich war zusammen mit Dr. Eberhard Langer, dem Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, dem späteren Chemnitz, als Gastrednerin geladen und sollte die Grundzüge der DDR-Wirtschaftsreform vorstel-

6 Siehe Luft, Zwischen WEnde und Ende, S.100-113.

len[7] – war die Resonanz erwartungsvoll, keineswegs skeptisch oder gar ablehnend.

Das änderte sich schlagartig, als am 7. Februar 1990 die Bundesregierung öffentlich die schnelle Bildung einer Währungsunion mit sofortiger Einführung der D-Mark als alleinigem gesetzlichem Zahlungsmittel auf dem Territorium der DDR vorgeschlagen hatte. Als Motiv wurde die Eindämmung des Übersiedlerstromes und die Bindung der DDR-Bürger an ihre Heimat angegeben. Da eine Bevölkerungsmehrheit der DDR den Vorschlag zur schnellen Einführung der harten Mark geradezu euphorisch angenommen und sich bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 mit dem breiten Votum für die „Allianz für Deutschland" auch dafür entschieden hat, gab es bei offener Grenze dazu keine Alternative. Auszuhandeln blieben Modalitäten für ein solches Herangehen, das den Abschied von unserer „Krönungstheorie" bedeutete, weil ohne Wirtschafts- und Sozialunion mit einer Währungsunion vorgeprescht werden sollte. Übrigens dämmte die in Aussicht gestellte Währungsunion den Übersiedlerstrom keineswegs ein. Dazu trug auch bei, dass die Bundesregierung sich weigerte, nach gegebener Freizügigkeit zwischen beiden deutschen Staaten die bis dato gewährten materiellen und finanziellen Sonderbedingungen für DDR-Übersiedler aufzuheben. So beließ sie es bis 30. Juni 1990 zum Beispiel dabei, ihnen sofort das Arbeitslosengeld eines durchschnittlich verdienenden Westdeutschen zukommen zu lassen.

Westdeutsche Regierungsvertreter waren konsterniert, dass die Modrow-Regierung öffentlich die Risiken eines solchen Crashkurses betonte, keinen Zweifel ließ an den bitteren Folgen für den Binnen- und den Außenmarkt der DDR und damit für die Beschäftigung. Ich werde nicht die Reaktion von Horst Köhler vergessen. Er war zu jener Zeit Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und von Kanzler Kohl mit der Vorbereitung der Währungsunion betraut. Bei einem offiziellen Gespräch Mitte Februar 1990 in Bonn gab ich ihm zu verstehen, dass ich die gerade angekündigte Einführung der D-Mark in der DDR nicht nur von ihren unbestreitbar attraktiven Seiten sehe. Mir sei klar, was die Über-Nacht-Umstellung auf eine konvertierbare Währung für den Export, aber auch für den Binnenabsatz bedeuten wird. Millionen würden ihren Arbeitsplatz verlieren. Ich warb für Anpassungsmaßnahmen und Übergangszeiten. Darauf Köhler wörtlich: „Warum sind Sie denn so arrogant, Frau Luft?"

Auf der gleichen Linie wie ich hatte kurz zuvor Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl argumentiert, als er am 6. Februar 1990 zu Besuch in Berlin war. In Gesprächen mit Horst Kaminski, dem Präsidenten der Staatsbank der DDR, und anschließend mit mir vertrat er dezidiert den Standpunkt, dass es ökonomisch nicht sinnvoll und sozial äußerst riskant sei, zunächst eine Währungsunion und über diese zeitverzögert eine Wirtschaftsunion herzustellen. Er plädierte wie wir in der Modrow-Regierung dafür, schrittweise, aber ohne Zeitverzug, eine An-

7 Siehe Dies.: Grundzüge der Wirtschaftsreform in der DDR, Urania – aktuell, Januar 1990.

gleichung der noch sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen vorzunehmen und diesen Prozess dann mit einer gemeinsamen Währung zu krönen. Favorisiert wurde in unserem Gespräch als geeignetste Lösung ein Verbund zwischen den Währungen beider deutscher Staaten. Sie sollten – und das war noch ein umstrittener Punkt – durch einen festen oder einen flexiblen Wechselkurs verkoppelt sein.

Als Warner vor einer überstürzten währungsmäßigen Verkopplung beider deutscher Staaten ohne vorherige wirtschaftliche Näherung trat auch Tyll Necker, damals Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), auf. Er verglich das mit dem „Besteigen der Eiger-Nordwand im Winter" oder mit einem „Boxkampf zwischen einem Profi und einem Amateur". Wie der ausgeht, könne man vorher wissen.

Jedem vernunftbegabten Ökonomen war klar, was mit der DDR-Wirtschaft bei ungebremster Öffnung zum Weltmarkt passieren würde. Genau das aber bedeutete die Währungsumstellung von der „weichen" Mark der DDR auf die „harte" D-Mark in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1990. Warnende Stimmen, für den Wirtschaftsverkehr einen anderen Umtauschkurs als den für privat Erspartes zu wählen, wurden in den Wind geschlagen. Ich hatte mich z. B. als stellvertretende Ministerpräsidentin der DDR am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse Mitte März 1990 öffentlich für ein 1:1-Verhältnis beim Umwechseln von Sparguthaben der Bevölkerung ausgesprochen und angeregt, bei größeren Beträgen eine schrittweise Freigabe vorzusehen. Für die Wirtschaft allerdings, so war meine Rede, „brauchen wir einen Kurs, der ihr einen gewissen Schutz bietet, damit sie sich in einem längeren Prozeß auf die harten Forderungen, die ein offener Wettbewerb mit sich bringt, einstellen kann. [...] Ist die D-Mark erst einmal da, sind wir sofort EG-Mitglied. Damit kommen auf Industrie und Landwirtschaft Herausforderungen zu, denen man nur mit Programmen zur Strukturanpassung [...] begegnen kann. Wir brauchen einen Kurs, der aufwertungsmöglich ist."[8]

Das ökonomisch Vernünftige wurde nicht automatisch zu vernünftiger Politik

Unmittelbar nach dem Angebot der Bundesregierung, eine Währungsunion mit der DDR herzustellen, begannen am 20. Februar 1990 die Vorbereitungsgespräche der gemeinsamen BRD-DDR-Kommission. Auf DDR-Seite wurde sie von Dr. Walter Romberg geleitet, der als SPD-Vertreter seit Ende Januar Minister ohne Portefeuille in der Modrow-Regierung war und ab Mitte April der de-Maiziere-Regierung als Finanzminister angehörte.

Im Anhang des Buches von Siegfried Wenzel „Was war die DDR wert – und wo ist dieser Wert geblieben"? finden sich „Standpunkt und Erklärung der Vertreter der DDR zu Fragen der Strukturanpassung der Wirtschaft in den Beratungen der

8 Dies.: Wichtige Zeichen für die Menschen gesetzt, in: Neues Deutschland, 12.3.1990.

Regierungsdelegationen zur Vorbereitung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen BRD und DDR".[9]

In der 29. Sitzung der Bundestags-Enquete-Kommission „Bilanz der DDR-Wirtschaft-Zwischenbilanz Aufbau Ost" am 3. März 1997 resümierte Romberg mit siebenjährigem Abstand zu den damaligen Verhandlungen: „Von der DDR-Seite wurde von Anfang an nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer längeren Strukturanpassungsphase und eines entsprechenden Anpassungsprogramms für die ostdeutsche Wirtschaft hingewiesen. Daß es dabei zu einem solchen Anpassungsprogramm kommen würde, schien aufgrund der früheren wirtschaftlichen Anpassungsprogramme für Teile Westeuropas – Saarland, Griechenland, Portugal, Spanien – fast selbstverständlich. In einem Papier der DDR-Seite vom 2. März 1990 wird festgestellt, daß die Arbeitsproduktivität in der DDR um 40-50 Prozent niedriger liegt als in der BRD und etwa 70 Prozent der Unternehmen dort bei einem ‚Wurf in das kalte Wasser' ohne Förderung in eine Konkurslage kommen, und daß dies für mehrere Jahre mit einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 1,5-2 Millionen verbunden wäre."[10]

Strukturanpassungsmaßnahmen aber wurden von der West-Seite aus ordnungspolitischen Gründen strikt abgelehnt. Edgar Most, zu DDR-Zeiten Vizepräsident der Staatsbank und später Chef der Deutschen Bank Berlin, gibt in seiner kürzlich erschienenen Biografie als Kenner der Materie eine Antwort auf die Frage, wie es geschehen konnte, dass innerhalb kürzester Zeit nach der Währungsunion 80 Prozent der früheren DDR-Industriebetriebe pleite waren. Den entscheidenden Fehler sieht er in den Umtauschsätzen, die weder mit der Bundesbank noch mit DDR-Finanzexperten abgestimmt waren. Most beschreibt die Währungsunion als „Wahnsinn".[11] Die ökonomischen Zusammenhänge, insbesondere der sogenannte Richtungskoeffizient, seien vollkommen ignoriert worden. Dieser stellte den Geldwert der nicht konvertierbaren DDR-Mark, also einer Binnenwährung, gegenüber westlichen konvertierbaren Währungen richtig. 1989 betrug er zur D-Mark 4,4:1. Mit der pauschalen Währungsumstellung von 2:1 kam es zu einer falschen Kalkulation vieler Produkte. Deshalb hieß es: viel zu teuer, unverkäuflich, praktisch wertlos. Hätte man den genannten Koeffizienten berücksichtigt, „wäre im Ost- wie im Westhandel eine gänzlich andere Ausgangsbasis entstanden. Immerhin wurden 70 Prozent des Nationaleinkommens der DDR durch die Außenwirtschaftsbeziehungen beeinflusst. Von diesen wiederum entfielen zwei Drittel auf den RGW [Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, einem Wirtschaftsverbund sozialistischer Länder – C. L.] und ein Drittel auf das NSW [Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet – C. L.]. Auch die Kredite hätten neu bewertet werden müssen", resümiert Most.[12]

---

9 Siehe Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert?, Berlin 2000, S.279-281.

10 Siehe Walter Romberg: Beitrag auf der 29. Sitzung der Enquete-Kommission „Bilanz der DDR-Wirtschaft – Zwischenbilanz Aufbau Ost", Dresden 3.3.1997.

11 Siehe Edgar Most: 50 Jahre im Auftrag des Kapitals, Berlin 2009, S.161-176.

12 Ebenda, S.163.

So aber fanden Forderungen und Vorschläge kein Gehör, die die Treuhand beim Abstoß des ostdeutschen produzierenden und verarbeitenden Gewerbes in die Fänge der westdeutschen und ausländischen Konkurrenz und damit seine Liquidierung bzw. Marginalisierung hätten bremsen können. „Privatisieren vor Sanieren" war die Leitlinie. Statt eine gesunde Mischung verschiedener Betriebsgrößen anzustreben, wurden entgegen westeuropäischem Trend – überall gingen in jener Zeit Fusionen vor sich – fast alle Großunternehmen zerschlagen. In der Endzeit der DDR hatte es 145 Betriebe mit mehr als 5.000 Beschäftigten gegeben. Übrig geblieben sind ganze fünf. Natürlich hätten unter Bedingungen eines offenen Marktes bei Weitem nicht alle „Giganten" überleben können. Aber die Frage nach dem Betriebsgrößenmix – für Beschäftigung, Kooperationsnetze, Gründungs- und Ansiedlungsgeschehen ausschlaggebend – hat keine adäquate Rolle gespielt.

Alternativen zur Totalabwicklung der DDR-Industrie wären machbar gewesen

Denkbar wäre etwa ein mehrjähriges Fortführen traditionsreicher, zumeist eine ganze Region prägender Großunternehmen im Bundes- oder Landeseigentum gewesen, so Waggonbau Ammendorf, Umformtechnik Erfurt, Chemieanlagenbau Grimma, Takraf Leipzig oder Landmaschinenbau Schönebeck. Das hätte die jeweiligen Landesregierungen stärker zur Rück- und Neugewinnung von Absatzmärkten im In- und Ausland in die Pflicht genommen. Zumindest die Ersatzteilproduktion für vormals gelieferte Maschinen und Ausrüstungen sowie deren Modernisierung hätten bei entsprechendem politischem Engagement ein Grundgerüst für die Beschäftigung bilden können. Wem das reine Spekulation scheint, den mag exemplarisch folgendes Faktum nachdenklich stimmen. Die Jenoptik AG, hervorgegangen aus dem Kombinat Carl Zeiss Jena, befand sich nach 1990 zunächst hundertprozentig im Eigentum des Freistaates Thüringen. Seit 1998 ist das Unternehmen an der Frankfurter Wertpapierbörse gelistet. Im Jahre 2002 entfielen auf den Freistaat immer noch 18,92 Prozent der Anteile. Damit blieb dieser größter Einzelaktionär. Ende November 2007 verkaufte die Landesregierung ihren Aktienanteil an die ECE Industriebeteiligungen GmbH Wien. Jenoptik hat die marktwirtschaftliche Umstrukturierung und Neuorientierung nicht ohne Aderlass, insgesamt aber besser überstanden als andere Großunternehmen. Es ist ein hochtechnologischer Leuchtturm, der seinen Platz auf dem Weltmarkt behauptet. Hätte ein solches Modell nicht häufiger Anwendung finden können?

Auch Wege zur Entstaatlichung der Wirtschaft ohne Totalübergabe der Betriebe an die Konkurrenz wären möglich gewesen: Minderheitsbeteiligungen privater Investoren an den Geschäftsanteilen der Treuhand, Verpachtung von Gemeineigentum, Mitarbeiterkapitalbeteiligung zu Vorzugskonditionen, Verkauf von Betriebsteilen an das Leitungspersonal oder Ausbau des genossenschaftlichen Sektors. In meinem 1992 erschienenen „Treuhandreport" habe ich dazu ausführ-

lich Stellung genommen.[13] Manche unter selbst auferlegtem Zeitdruck und bei blindem Vertrauen gegenüber Kaufinteressenten aus westlichen Gefilden zustande gekommene betrügerische Privatisierung hätte auf diese Weise ausgeschlossen werden können.[14]

Ich behaupte: Bei einem wie dem beschriebenen Herangehen wären der Produktionseinbruch in den neuen Ländern schwächer, die wirtschaftliche Erholung rascher, die Arbeitslosigkeit niedriger und das Ost-West-Transfervolumen geringer ausgefallen als auf dem von Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel und Co. unter dem Schirm der Bundesregierung eingeschlagenen marktradikalen, nur auf rasche Vermögensverwertung gerichteten Privatisierungspfad. Es wären weniger Forschungs-, Entwicklungs-, Produktions- und Ausbildungspotenziale vernichtet, weniger arbeitsfähige Menschen überflüssig gemacht und weniger öffentliche Gelder in die Taschen von Glücksrittern, Hasardeuren und Abzockern gespült worden.

Selbst nach der wider alle ökonomische Vernunft gewählten Umtauschrelation hätte es Möglichkeiten des zeitweiligen Schutzes der produktivitätsschwächeren ostdeutschen Wirtschaft gegeben, Lohnkostenzuschüsse etwa oder Steuervergünstigungen. Das wäre für den Aufholprozess aus eigener Kraft ein Impuls gewesen. Die Vergabe milliardenschwerer Kredite an Russland als dem jahrzehntelangen Haupthandelspartner der DDR hätte an die Verpflichtung zur Abnahme von Maschinen und Ausrüstungen von den früheren Lieferanten gebunden werden können. Das umso mehr, als aus dem Export der DDR in die UdSSR Rechnungen in Höhe von 6,4 Mrd. Transfer-Rubel offen waren, formal umgerechnet 15 Mrd. D-Mark oder 7,6 Mrd. Euro. Russland hatte diese DDR-Forderung als Schuldner übernommen. Über das Umrechnungsverhältnis der künstlichen Währung Transfer-Rubel zu konvertierbaren Devisen ließ sich gewiss streiten. Aber eine Abwertung des Schuldenvolumens auf 500 Mio. Euro, also ein Fünfzehntel der Ursprungssumme, war ökonomisch nicht zu rechtfertigen. Immerhin ging es um zuvor von DDR-Bürgern erarbeitetes Vermögen.

---

13 Siehe Christa Luft: Treuhandreport, Berlin 1992, S.193-204; Dies.: Die Lust am Eigentum, Zürich 1996, S.164-172.

14 Ein spektakulärer Fall von Vereinigungskriminalität ist mit dem Namen des aus Oberhausen stammenden Michael Rottmann verbunden. Der Diplomingenieur gilt als Drahtzieher eines der größten Betrugsfälle bei der Privatisierung ostdeutscher Unternehmen. Er hatte 1991 die Berliner Wärmeanlagenbau GmbH (früher VEB Wärmeanlagenbau Berlin) von der Treuhand für zwei Millionen Mark gekauft. Nach späteren Schätzungen betrug der Substanzwert des Unternehmens damals schon 68 Millionen Mark. Rottmann und seine Managerkollegen höhlten die billigst erworbene WWB systematisch aus, indem sie Unternehmenskonten plünderten, Grundstücke verkauften und Hypotheken aufnahmen. Dem Unternehmen sollen insgesamt Vermögenswerte von 240 Millionen Mark entzogen worden sein. Rottmann setzte sich ins Ausland ab und wird wegen Verdachts des Betruges und der Untreue mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Beglichen worden sind diese stark reduzierten Schulden übrigens erst von Mitte 2002 bis 2004.

Auch die befristete Fortsetzung von Kopplungsgeschäften, also z. B. Lieferung von Maschinen gegen Bezahlung mit Erdöl, für das es in Europa Vermarktungschancen gab und wie sie vom Thyssen- und anderen bundesdeutschen Konzernen ganz selbstverständlich praktiziert wurden, ist nicht ernsthaft erwogen worden. Die westdeutsche Unternehmerlobby war an Konkurrenz im eigenen Land nicht interessiert, und den Bonner Herrschaften galten solche Vorschläge als nicht marktwirtschaftlich genug.

Wo kompetente Kombinats- oder Betriebsdirektoren nach Privatisierung der Unternehmen von der Treuhand nicht geschasst, sondern im Management belassen wurden, waren die Marktanpassungsmaßnahmen für die Belegschaften meist mit weniger tiefen Einschnitten verbunden als dort, wo Zugereiste – oft ohne entsprechende Befähigung und Verwurzelung – das Ruder übernahmen. Ich will nur zwei markante, mir persönlich bekannte Beispiele nennen.

Das erste betrifft Oswald Müller. Der studierte Schiffsanlagenbauer war seit 1978 Chef der Mathias-Thesen-Werft Wismar und nach 1990 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2002 in gleicher Funktion bei der zunächst an den Bremer Vulkan und später an den norwegischen Aker-Konzern verkauften Meerestechnik-Werft. Mit fachlicher Kompetenz, langjährigen Führungserfahrungen und internationalem Renommee konnte er wie kein zweiter das Unternehmen durch die Wendewirren steuern, die Zeit der Treuhandägide bewältigen und die Privatisierungsturbulenzen meistern. Das ging nicht ohne Personalabbau ab. Aber für den Betriebsrat war Ossi Müller, wie ihn alle nannten, die „personifizierte Garantie, daß die Leute Beschäftigung haben und auch in schwierigen Zeiten kein Zahltag ausfiel".[15]

Das andere Beispiel ist Karl Döring, heute noch ein von ost- und westeuropäischen Stahlproduzenten als Berater gefragter Experte. Nach dem Studium der Eisenhüttenkunde im ukrainischen Dnepropetrovsk war er jahrzehntelang leitend in der Stahlbranche der DDR und zuletzt als Generaldirektor des volkseigenen Bandstahlkombinates Eisenhüttenstadt tätig gewesen. Von 1990 bis 1994 blieb er angesehener Vorstandsvorsitzender der EKO Stahl AG Eisenhüttenstadt. Es ist vor allem sein Verdienst, wenn das Unternehmen in der schwierigen Phase der Umstellung auf das marktwirtschaftliche Gleis nicht von Aufträgen abgeschnitten war. Welche ernst zu nehmenden Gründe sprachen dagegen, ähnlich in anderen Fällen zu verfahren?

Die Treuhand hat als Holding praktisch aller ehemals volkseigenen DDR-Betriebe diese in Rekordgeschwindigkeit veräußert. Bis zu ihrer Auflösung Ende 1994 war der Großteil der fast 14.000 Unternehmen bzw. Unternehmensteile privatisiert. Die Folge: eine in Friedenszeiten bis dahin nicht bekannte Vernichtung von Wirtschaftspotenzial, der Abbau von etwa 2,5 Millionen industriellen

15 „Ossi" Müller seit 24 Jahren Werftchef, in: Ostseezeitung (Wismar), 2./3.3.2002.

Arbeitsplätzen, ein gigantischer Ost-West-Vermögenstransfer, ein Minus von 256 Milliarden D-Mark in der Verkaufsbilanz und eine schwere Diskreditierung des Privatisierungsgeschehens in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung, die das Treuhandagieren als eine Art kolonialistischer Liquidation empfand und auch so interpretierte. Vierzigjährige Arbeitsleistungen im Sozialismus wurden respektlos entsorgt.

Verschrottung der volkseigenen Industrie sollte der DDR-Delegitimierung dienen

Was als Aufbruch Hunderttausender für eine erneuerte DDR im Herbst 1989 begann, mündete nach sich rasch ausbreitender Übermacht des Westens übers Jahr in die Wiederherstellung eines profitorientierten Systems zwischen Elbe und Oder. Die politische Klasse der BRD witterte die Chance, das eigene Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auf den anderen Teil Deutschlands auszudehnen. Sie nutzte die Enttäuschung der DDR-Bevölkerung über den real existierenden Sozialismus und die breite politische Verunsicherung. Ein Winken mit der attraktiven D-Mark beendete zu Beginn des Jahres 1990 abrupt den Aufbruchprozess und das unter der Modrow-Regierung sowie am Runden Tisch begonnene Suchen nach einer demokratischen Alternative zur gescheiterten Ordnung.

Die verantwortlichen Politiker der Bonner Republik machten glauben, die Integration der östlichen Bundesländer könne aus der Portokasse bezahlt werden. Wo sie nichts als graue Steinwüsten sahen, sollten sich kurzfristig blühende Landschaften auftun. Zur Finanzierung teilungsbedingter Sonderlasten einen – wie damals von Richard von Weizsäcker und Kurt Biedenkopf vorgeschlagenen – Beitrag von Beziehern hoher Einkommen und Besitzern großer Vermögen (vergleichbar dem Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg) zu erheben, wurde als absurdes Ansinnen abgewiesen. Ex-Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, der – wie schon gesagt – in der Wendezeit für eine schrittweise wirtschaftliche Annäherung beider deutscher Staaten warb und vor einer überhasteten Vereinigung mahnte,[16] erinnerte sich später: „Ich habe eine Steuererhöhung gefordert, aber Bundesfinanzminister Theo Waigel hat mich dafür beschimpft.“[17] Die altbundesdeutsche Elite war von ihrem System so überzeugt, dass sie keinen Gedanken an Inventur und Selbstrevision verschwendete. Änderungsbedarf gab es für sie nicht. Beitritt statt Neukonstituierung, Verschuldung statt Steuererhöhung, Besitzstandswahrung statt Opfer – das war die Maxime. Man lebte schließlich in der besten aller Welten: hohe Löhne, lange Ferien, soziale Sicherheit. Warum also etwas ändern? Wolfgang Schäuble, von der Bundesregierung beauftragt, die Vereinigungsverhandlungen mit der DDR-Seite zu führen, ließ seine Gesprächspartner darüber nicht im Unklaren. In seinen Memoiren erinnert

16 Siehe Luft, Zwischen WEnde und Ende, S.191-193; Daniela Dahn: Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten?, Hamburg 1994, S.55.

17 Mahner gegen überhastete Wiedervereinigung, in: Ost-Thüringer Zeitung, 2.12.2004.

er daran: „Meine stehende Rede war: Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung. [...] Hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an. Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Laßt uns von der Voraussetzung ausgehen, daß ihr vierzig Jahre davon ausgeschlossen wart."[18]

Statt gemeinsam einen Neuanfang zu wagen, dabei Bewährtes aus der DDR für das entstehende Gemeinwesen zu nutzen, Verkrustetes, Überkommenes in der Alt-BRD auszumustern und auf herangereifte demografische Probleme sowie erkennbare Bildungsdefizite zu reagieren, wurde weitergemacht wie gehabt. Auch in der Beschäftigungspolitik wurden ausgetretene Pfade nicht verlassen. Es kam zur Ausweitung der bekannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die aber wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Wettbewerbsverzerrung bald in Verruf gerieten. Ein dauerhafter dritter oder Non-Profit-Sektor hatte hingegen keine Chance. Geld verdrängte Geist. Mammon bestimmte die Richtung. In Siegespose wurde im ökonomisch unterlegenen Staat nach der deutschen Einheit nahezu alles abgewickelt.

Als Kandidat für das Bundespräsidentenamt bekannte Währungsunions-Mitgestalter Köhler dann in zahlreichen Interviews selbstkritisch Fehler, die gemacht worden sind: Der Abbau industrieller Arbeitsplätze sei zu weit gegangen und manches Nützliche von der DDR nicht übernommen worden. Auch habe man die Gefühle der Ostdeutschen zu wenig geachtet. Er beklagte den damaligen Glauben, im Westen wäre alles in Ordnung. Späte Einsichten, meine ich, und das wohl ungewollte Eingeständnis von Arroganz und Ignoranz, wie sie für viele damalige Entscheidungsträger typisch waren!

Die Finanzierung der deutschen Einheit[19] hätte wesentlich billiger ausfallen können, wenn

- die komplette Volkswirtschaft nicht innerhalb von vier Jahren zum Verkauf angeboten worden wäre,
- große Unternehmen mit marktfähigen Produkten und hohen Welt- wie Binnenmarktanteilen zunächst saniert und über mehrere Jahre in Bundes- oder Landeseigentum weitergeführt worden wären,
- nicht alle großen Unternehmen filettiert und miniaturisiert worden wären und eine fast durchweg kleinteilige Wirtschaft sowie eine Unternehmenslandschaft mit dem Charakter verlängerter Werkbänke entstanden wäre,
- Forschung und Entwicklung nicht bis auf die Grasnarbe geschrumpft wären,
- von Anfang an mehr Management-Buy-out betrieben worden wäre,

18 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S.131.

19 Siehe dazu Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002, S.160-195.

- die Treuhand mehr zum Erhalt oder zur Neugewinnung von Binnen- und Außenmarktanteilen getan hätte,
- Wirtschaftsförderung an Beschäftigungseffekte gebunden worden wäre,
- Weniger Glücksritter und Abzocker Zugang zu den zu privatisierenden Objekten gehabt hätten.

Die Wandlung des volkseigenen Vermögens der DDR – vom zweiten Treuhand-Präsidenten Detlev Karsten Rohwedder 1990 noch auf 600 Mrd. D-Mark geschätzt – innerhalb kürzester Frist in einen Schuldenberg von 256 Mrd. D-Mark, wie ihn Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel 1994 hinterließ, diente letztlich der Delegitimierung des realsozialistischen Wirtschaftssystems.[20]

So richtig es ist, dass es keine Blaupause gab für die wirtschaftliche und soziale Vereinigung zweier Gemeinwesen, die vierzig Jahre lang unterschiedlichen Gesellschaftssystemen angehört hatten, so unverkennbar ist die Mentalität der sich als Sieger fühlenden westlichen Seite im Ablauf des Geschehens.

20 Siehe dazu Wenzel, Was war die DDR wert, S.169-175; Luft, Treuhandreport, S.155-167.

Zur 45. Linzer Konferenz der ITH

Grenzüberschreitende Arbeitergeschichte

Günter Benser

Diesmal ging es in Linz bereits auf der vorgelagerten Generalversammlung der International Conference of Labour and Social History (ITH) kontrovers zu. Zur Diskussion stand das Konzept für den nächsten Drei-Jahres-Zyklus. Dereinst anvisiert mit der Thematik „Die zivilisatorische Rolle der Arbeiterbewegung",[1] war nun eine ausführliche Konzeption zu der abgewandelten Thematik „Arbeiterbewegung und soziale Bewegungen als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung" unterbreitet worden. Diese sah vor, 2010 „Arbeiterbewegungen und soziale Bewegungen in der globalen Erinnerung", 2011 „Arbeiterbewegungen und soziale Bewegungen als Triebkräfte der Entwicklung von Gesellschaften und Individuen" und 2012 „Soziale und kulturelle Entwicklung durch Arbeiterbewegungen" zu behandeln. Das schien manchen Vertretern der Mitgliedsorganisationen ein Einstieg in das zentrale Anliegen durch die Hintertür zu sein. Vor allem aber entbrannte die Diskussion um die Frage, wie die ITH im kommenden Zyklus auf die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise reagieren kann. Eine alle befriedigende Antwort ließ sich auf der Generalversammlung nicht finden. Deshalb wurden angesichts des Zeitdruckes Thema und Konzept für 2010 bestätigt, im Übrigen aber die Gestaltung des Gesamtzyklus zur nochmaligen Überprüfung unter Beachtung der Hinweise der Generalversammlung zurückverwiesen.

Auf das eigentliche Konferenzthema „Grenzüberschreitende Arbeitergeschichte: Konzepte und Erkundungen" wurden die Teilnehmer der vom 10. bis 12. September 2009 tagenden 45. Linzer Konferenz schon mit der Verleihung des René-Kuczynski-Preises eingestimmt, der *Marcel van der Linden* (Amsterdam) für seine in einem Buche zusammengefassten Studien zur globalen Geschichte der Arbeit überreicht wurde. Er trug seine Erkenntnisse über neue Typen, Formen und Verflechtungen von Arbeit in der Welt von heute vor.[2]
Der Präsident der ITH, *Berthold Unfried* (Wien), erinnerte zu Beginn der Hauptverhandlung an die wissenschaftlichen Erträge, die im Rahmen des nun seinen Abschluss findenden, der „Global Labor History" gewidmeten Zyklus bisher gewonnen wurden.[3] *Van der Linden*, der die Vorbereitungsgruppe der Konferenz geleitet hatte, machte auf die zentralen Problemlagen aufmerksam und begründete den Ablauf der Tagung und die Auswahl der auf die Tagesordnung gesetz-

1 Siehe den Bericht über die 43. Konferenz von 2007, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2008/I, S.89-95, hier S.95.
2 Siehe seinen Beitrag in diesem Heft.
3 Siehe auch den Bericht über die 44. Konferenz der ITH, in: JahrBuch 2009/I, S.157-163.

ten Beiträge. Da einige ursprünglich vorgesehene Referenten verhindert waren, blieb diesmal hinreichend Zeit für Diskussionen und Anfragen.

Als erster bot *Dick Geary* (Nottingham)[4] länderübergreifend einen Überblick über Gewinne und Fallstricke vergleichender Arbeitsgeschichte. Dies ergab einen Streifzug durch die lange Geschichte der Arbeit, der Arbeitenden und der wirtschaftlich-sozialen Erklärungsmodelle ihres Charakters und ihrer Funktion. Er erinnerte an die herausragende Bedeutung der Handwerker beziehungsweise Handwerksgesellen in der Frühgeschichte der Bewegung, die sich zum Beispiel auch für Brasilien nachweisen lässt, und warnte davor, eine homogene Arbeiterklasse zu unterstellen. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die branchenspezifischen Phänomene, die es sinnvoll erscheinen lassen, Lage und Rolle zum Beispiel der Drucker, der Bergarbeiter, der Hafenarbeiter länderübergreifend zu untersuchen, statt stets nur Arbeiter und Arbeiterbewegung im nationalen Rahmen ins Blickfeld zu nehmen.

Rana P. Behal (Neu Delhi) sprach über den Paradigmenwechsel in der südasiatischen Arbeitergeschichtsschreibung und bot damit die Möglichkeit, europäische Erfahrungen und Sichten mit außereuropäischen Entwicklungen zu vergleichen. Er verwies darauf, dass im Zusammenhang mit der Erringung der Unabhängigkeit Indiens zunächst am Marxismus orientierte Erklärungen eine dominante Rolle spielten, wobei angenommen wurde, dass die nachholende Modernisierung die aus Europa bekannten Produktionsverhältnisse und Klassenbeziehungen des Industriekapitalismus hervorbringen werde. In Indien wie in anderen asiatischen Ländern haben sich jedoch prämoderne Kasteneinteilungen, religiöse und kulturelle Traditionen (auch geprägt durch einen geringen Grad der Alphabetisierung), Familienbande und Geschlechterbeziehungen als überaus resistent erwiesen und bei den Betroffenen oft die Identität als Arbeiter überlagert. Darauf haben Historiker und Soziologen reagiert, indem sie vor allem der Heterogenität der Arbeitsverhältnisse, der Situation und Interessen der Arbeitenden und ihrer Aktivitäten nachgehen.

Da beide Referenten berechtigt für eine Ausdifferenzierung des Verständnisses von Arbeit, Arbeiterschaft und Arbeitskämpfen plädierten, stellte sich indes auch die Frage, wie weit eine Marginalisierung sinnvoll getrieben werden sollte und wo gegenwärtig und künftig der Platz von Organisationen – vor allem von Parteien und Gewerkschaften – ist, die in der Lage sind, übergreifende Interessen der Arbeitenden und letztlich auch gesamtgesellschaftliche Interessen zu vertreten. Hierüber ist gewiss weiter nachzudenken, was allerdings voraussetzt, dass sich die ITH von ihrem Ursprungsinteressengebiet Geschichte der Arbeiter*bewegung* nicht noch weiter entfernt. Ein anderes Diskussionsfeld bildeten Kämpfe und Aufstände von Sklaven und die Frage, inwieweit diese von aufklärerischen Ideen, religiösen Einflüssen des Christentums und des Islams oder von stammesgeschichtlichen Traditionen beeinflusst waren.

4 Siehe seinen Beitrag in diesem Heft.

Im zweiten Panel ging es um Verflechtungen der Textilbranche und deren Folgen für Arbeitsverhältnisse und -kämpfe. Mit der Textilbranche wurde die älteste und weltweit verbreitete Industrie herausgegriffen, die – was oft übersehen wird – nur vorübergehend ihren Schwerpunkt in Europa hatte. *Andrea Komlosy* (Wien) behandelte Standortkombinationen, Arbeitsverhältnisse und Protestformen in der Textilindustrie von 1700 bis 2000. Ausgehend vom frühen Verlagswesen als überregionale, mit Fernmärkten verbundene Unternehmen und von den aufkommenden Manufakturen spannte sie den Bogen bis zur gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung und fragte nach den globalen Wechselbeziehungen, den Schnittstellen und dem Wandel von Wettbewerbsvorteilen und Marktbeherrschung. Dabei richtete sie ihr besonderes Augenmerk auf die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse, die als freie und unfreie, bezahlte und unbezahlte, geregelte und ungeregelte, formelle und informelle Arbeit in Erscheinung treten. Die Arbeitskämpfe kamen dabei etwas knapp weg. Wenn die Referentin darauf verwies, dass es für die Beschäftigten der Textilbranche schwierig sei, gemeinsame Interessen wahrzunehmen, so dürfte das zumindest für Europa nur bedingt zutreffen. (Denken wir zum Beispiel an den Beitrag sächsischer Weber zur Herausbildung der deutschen Sozialdemokratie oder an den äußerst erbittert geführten Crimmitschauer Textilarbeiterstreik von 1903/1904.)

Elise van Nederveen Meerkerk (Amsterdam) informierte über ein vor dem Abschluss stehendes Projekt, mit dem Arbeitsverhältnisse von Textilarbeiterinnen von 1650 bis 2000 untersucht werden, also auch hier wieder eine weite historische Zeitspanne, eingegrenzt auf den Bereich Wolle und Baumwolle. Von ihr wurde die Rolle der Gilden, Innungen und Zünfte deutlicher angesprochen. Zu den Befunden der Untersuchung gehört, dass im Prozess der Rationalisierung, der Senkung der Produktionskosten, infolge der Mobilisierung billiger Arbeitskräfte, der Standortverlagerungen die Textilarbeiterinnen über relativ schwache Verhandlungspositionen verfügten und in den Auseinandersetzungen eine geringe Militanz entwickelten.

Schließlich befasste sich *Sven Beckert* (Harvard) mit Arbeitsverhältnissen nach der Befreiung der auf den Baumwollplantagen arbeitenden Sklaven. Er verwies darauf, dass bis 1865 der größte Teil der auf dem Weltmarkt gehandelten Baumwolle von Sklaven erzeugt wurde. Nach der Sklavenbefreiung experimentierten die Plantagenbesitzer, die Kolonialbürokratie und die Baumwollkapitalisten mit unterschiedlichen Methoden der Mobilisierung von Arbeitskräften. Es fand also keineswegs ein kurzschlüssiger Übergang vom Sklaven zum freien Lohnarbeiter statt.

Die drei Referate über Arbeit, Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe in der Textilindustrie boten viel Stoff für die Diskussion. Erörtert wurde die gerade für die Textilbranche typische Maschinenstürmerei, die einer differenzierten Bewertung bedarf. Zu Recht wurde angemerkt, dass bei der Betrachtung großer Zeiträume zentrale historische Ereignisse wie zum Beispiel Kriege und deren Einfluss auf die sozialökonomischen Verhältnisse nicht übersehen werden dürfen. Staatliche Eingriffe durch Gewerbegesetzgebung oder Zollpolitik, die Uniformie-

rung von Armee, Polizei, Post- und Bahnbeamten wirkten spürbar auf die Branche ein. Auch die Folgen der Migration wurden angesprochen.

Jan Lucassen (Amsterdam) hatte den Auftrag, ein Resümee der bis dahin vorgetragenen Referate und der geführten Debatten zu ziehen. Er konstatierte, dass es keine einheitliche Arbeitergeschichte gäbe und er nicht zu sagen vermöge, wo wir konzeptionell gegenwärtig stehen, dass wir nicht in der Lage seien, Alternativkonzepte zu entwickeln. Deshalb sei die Rückkehr zur Empirie richtig, der Einzelarbeiter wichtiger als der kollektive Arbeiter, die Vielfalt der Arbeitsformen wesentlicher als das in der klassischen Theorie untersuchte Verhältnis von Kapital und Arbeit. Damit hatte er wohl weniger aus dem Verlauf der Debatte gewonnene Erkenntnisse als seine langjährigen Überzeugungen vorgetragen.

Obwohl die Notwendigkeit eines umfassenderen Verständnisses der Arbeitswelt von niemandem bestritten und differenziertere Analysen begrüßt wurden, mochten nicht alle Tagungsteilnehmer eine so weitgehende Herauslösung der Arbeit aus dem Kapitalverhältnis und ein derartiges Ignorieren der Kapitalakkumulation hinnehmen. Lucassen wurde entgegengehalten, dass trotz der notwendigen Erweiterung unseres Blickfeldes die Lohnarbeit konstitutives Element des Kapitalismus ist, die Proletarisierungstendenz zwar nicht allumfassend, so doch durchgreifend erfolgte. Auch ein erweitertes Konzept der Geschichte der Arbeit habe nach der Produktion von Mehrwert zu fragen.

Am folgenden Tag wandte sich die Konferenz im dritten Panel der Arbeitsmigration und der Transformation ländlicher Regionen zu. *Michele Ford* (Sydney) eröffnete diesen Problemkreis mit einer Untersuchung der Migration in Thailand und Malaysia, wobei nach den Bedingungen der Migration (ob regulär oder irregulär), nach dem Verhältnis von Wandernden und Zurückbleibenden, nach der Art und Weise der Migration und nach den Zielen der Migration gefragt wurde. Sie verwies auf den hohen Grad illegaler Einwanderungen – in Malaysia zum Beispiel kommt auf einen regulären ein irregulärer Zuwanderer – und ging auf die Möglichkeiten von Widerstand bei den illegal Eingewanderten ein. Sie forderte, diesen Sektor der Arbeit, ohne dessen Potenzial die Wirtschaft gar nicht mehr auskommt, ernst zu nehmen.

Abdoulaye Kane (Gainesville, Florida) sprach über die senegalesischen Migranten (speziell vom Stamme der Haapulaar) in Europa und den USA, zu denen er selbst auch gehört. Er vermochte sehr anschaulich das Verhältnis zwischen den Migrierten und ihren Familien in der Heimat darzustellen und zu verdeutlichen, wie nicht nur materiell durch Geldtransfer, sondern auch kulturell und sozial die Migration in unterschiedlicher Weise auf die Gemeinden im Senegal einwirkt und wie diese Kommunikation dem Fortschreiten moderner Technik gefolgt ist. Sehr aufschlussreich war dabei, welche Rolle der oft nicht eingelöste „Rückkehrmythos" spielt, wobei es vor allem die Frauen sind, die nicht in die tradierten, durch Unterordnung des weiblichen Geschlechts geprägten Verhältnisse zurückkehren möchten.

Dirk Hoerder (Tempe, Arizona) behandelte die Kapitalisierung der Agrokultur 1850 bis 1960 und die ländliche Migration in globaler Perspektive. Er ging von

der großen Wanderbewegung in Europa Mitte des 19. Jahrhunderts aus. Damals war die Mehrheit der städtischen Bevölkerung nicht dort geboren. Die oft romantisch verklärte Gebundenheit an die Scholle hat es nur bedingt gegeben, denn wo immer mehr Menschen geboren wurden, als das Land ernähren konnte, wurden Wanderungen ausgelöst, von guten Böden auf schwieriger zu bewirtschaftende, vom Land in die Stadt, vom Inland ins Ausland – mitunter als willkommene Arbeitskräfte angeworben. Daran schloss sich die Freisetzung von Arbeitskräften durch den zunehmenden Einsatz von Maschinerie in der Landwirtschaft an. Der Referent ging auch auf die individuellen Strategien ein, die ja ein Abwägen zwischen Preisgabe und erhofftem Zugewinn erforderten.
In der Diskussion wurde angemerkt, dass wir uns die ländlichen Gesellschaften nicht als rein bäuerliche, agrarische Gesellschaften vorstellen sollten und auf den Typus der Agrar-Industrie-Städte verwiesen.
Schließlich behandelte *Minjie Zhang* (Hangzhou) die geradezu explosionsartige Migration innerhalb Chinas, wo zwischen 1987 und 1990 von 420 Millionen Landbewohnern 160 Millionen als Wanderarbeiter in die Städte gezogen sind. Die damit verbundenen sozialen Probleme verdeutlichte er am Beispiel der ostchinesischen Stadt Yiwu, die sich binnen kürzester Zeit aus einer Kleinstadt in eine Stadt verwandelte, die größer ist als Wien und durch Industrialisierung und Handel die Integration in die Weltwirtschaft vollzogen hat. Die Kehrseite dieses Wirtschaftswunders sind die miserablen Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen der meist in Massenquartieren untergebrachten, den Unternehmern rechtlos ausgelieferten Wanderarbeiter, deren Status sich nur allmählich verbessert.
In der Diskussion wurde vor allem gefragt, welche Möglichkeiten diese Wanderarbeiter zur Wahrnehmung ihrer elementaren Interessen haben, Möglichkeiten, die offenbar zurzeit nur in beschränktem Maße und in partiellen Bereichen gegeben sind. Es wurden Parallelen zum Europa des 18. und 19. Jahrhunderts gezogen, wo es Menschen mit und ohne Heimatrecht gab.
Das letzte Panel widmete sich der Wechselwirkung von Religion und Klassenbildung in globaler Perspektive. *Juliane Ströbele-Gregor* (Berlin) befasste sich mit der Ausbreitung des evangelikalen Fundamentalismus im traditionell katholischen Lateinamerika. Die Missionierung erfolge vor allem in den Randzonen der Metropolen sowie bei der indianischen und schwarzen Landbevölkerung. Als Erklärung für dieses Phänomen führte sie sozio-ökonomische, psycho-soziale, lebensgeschichtliche und – in gewissem Maße – persönlichkeitsstrukturelle Ursachen an, worin sich auch eine Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnisse zeige. Die fundamentalistischen evangelikalen Religionsgemeinschaften bieten hier mit ihrem Gleichheitsgrundsatz, mit zum Teil demokratischen Formen des Gemeindelebens, sozialer Geborgenheit (aber auch Kontrolle) und sinngebenden Welterklärungen eine vermeintliche Alternative. Politisch sind die Evangelikalen in einem breiten Spektrum verankert.
Lex Heerma van Voss (Amsterdam) schließlich fragte nach kombinierten Identitäten, resultierend aus Religion einerseits und Klasse andererseits. Am Beispiel

westeuropäischer christlicher Arbeiterorganisationen deckte er Zusammenhänge und Abgrenzungen zwischen religiösem und klassenbedingtem Verhalten und Agieren auf. Seine Vergleiche zwischen christlichen und sozialistischen Organisationen ergaben, dass die Unterschiede nicht selten eher quantitativer als qualitativer Natur gewesen sind. Es zeigte sich, dass es schwierig ist, eine klare Trennlinie zu ziehen zwischen originär religiösen Empfindungen und Motivationen einerseits und Haltungen, die einem von den Kirchen dominierten Milieu entspringen, andererseits. Christlicher Glaube – darauf wurde in der Diskussion verwiesen – hat in der Geschichte teils eine radikalisierende, teils eine harmonisierende Rolle gespielt.

Jan Lucassen war die Moderation der abschließenden Diskussion übertragen worden, die er mit einer Art Bilanz einleitete. Er hob den hohen Wert der komparativen Methode hervor und favorisierte Vergleiche in der Zeitachse im selben Raum, Vergleiche zwischen Ländern und schließlich global, Vergleiche zwischen Berufsgruppen. Allerdings zielte dies bei ihm nicht unbedingt darauf ab, die Beziehungen zwischen Einzelnem, Besonderem und Allgemeinem aufzudecken. Die Chance, zu einem generellen theoretischen Verständnis unserer Epoche zu gelangen, sah er nicht als gegeben an und hielt sie vermutlich auch nicht für wünschenswert. Er plädierte für Theorien mittlerer Reichweite, die dann aber wohl eher der Methodologie zuzuordnen wären.

Das schien manchen Diskussionsteilnehmern denn doch ein zu bescheidener Anspruch zu sein. Sie vertraten den Standpunkt, es gelte fachübergreifend den Kapitalismus als globales System zu verstehen – mit seiner Ökonomie, seiner Organisation, mit der Rolle von Arbeit und Arbeitern, aber auch der Rolle von Kapital und Kapitalisten. Zur Sozialgeschichte gehöre auch die Geschichte der Unternehmen und der Unternehmer. Es sei nach dem Neuen zu fragen, denn historisches Denken impliziere Wandel. Kein Referat beschäftigte sich mit den Millionen Beschäftigten in den volkseigenen – meinethalben auch staatlichen – und genossenschaftlichen Betrieben der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und deren Rückverwandlung in Arbeiter und Angestellte kapitalistischer Unternehmen, mit deren Absturz in prekäre Arbeitsverhältnisse oder in die Dauerarbeitslosigkeit. Dieser Teil der Welt ist für die global orientierte ITH eine Terra incognita, die höchst selten betreten wird.

Das Bemühen, die Problematik der Konferenz durch ein Podium im Wissensturm der Volkshochschule der Stadt Linz in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, fand – wie bereits in den vorausgegangenen Jahren – wenig Resonanz. Zwischen dem in Begrüßungsreden offizieller Vertreter bekundeten hohen Interesse an den wissenschaftlichen Aktivitäten der ITH und der Verankerung ihrer Tagungen im geistigen Leben der Stadt Linz klafft eine unübersehbare Lücke. Das lag aber keineswegs am Gehalt des auf diesem Podium Gebotenen. Moderiert von *Marcel van der Linden* diskutierten *Sven Beckert* und *Andrea Komlosy* als Historiker mit der Juristin *Karin Lukas* vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (Wien) und *Erich Schwarz*, dem Betriebsratsvorsitzenden von MAN Steyr, der auch dem Gesamtbetriebsrat und dem Aufsichtsrat der MAN angehört.

Während die beiden Historiker zweckdienliche Schlussfolgerungen aus ihren auf der ITH-Tagung vorgetragenen Referaten zogen, berichteten Lukas und Schwarz von ihren praktischen Erfahrungen. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Informationen, wie es gelungen ist, im Rahmen des MAN-Konzerns länderübergreifend Interessen der Beschäftigten wahrzunehmen. So beeindruckend diese errungenen Erfolge waren, so sehr offenbarte sich aber auch, dass von diesem Typ Arbeiterfunktionär nur die Verteidigung der Belange des eigenen Klientel, nicht aber eine Einflussnahme auf die Gestaltung der Gesellschaft im Ganzen oder ein Eingreifen in die existenziellen Menschheitsprobleme erwartet werden darf.

Die 45. Linzer Konferenz schloss den Zyklus „Global Labor History" ab, mit dem die „Geschichte der abhängig Arbeitenden, ihrer Organisierung und verwandter Bewegungen weltweit" behandelt wurde. In der dreijährigen Beschäftigung mit dieser Thematik wurde alles in allem in bisher unterbelichtete Bereiche der Geschichte der Arbeit, der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen vorgedrungen. Es wurden viele transnationale Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Einflüsse und Abhängigkeiten, Vernetzungen und Wechselbeziehungen aufdeckt und ein weitaus differenzierteres Verständnis von Arbeit, Arbeiterbevölkerung, Arbeitsverhältnissen, Arbeitskämpfen befördert.

Die Vorteile und Fallstricke einer länderübergreifenden vergleichenden Geschichte der Arbeiterbewegung[1]

Dick Geary

Es gibt zwei grundsätzliche Arten einer länderübergreifenden Geschichte der Arbeiterbewegung: Die erste anerkennt die weltumspannenden vielfältigen Verflechtungen der Wirtschaften und verschiedenen Formen der Arbeit, z. B. bei Produktketten, und versucht, sie zu durchschauen. Die zweite vergleicht die Geschichte der Arbeit in verschiedenen Ländern unter ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Aspekten. Letzterer folgt dieser Beitrag. Sein Thema sind vor allem vergleichende Untersuchungen von Arbeiterprotesten, mit denen ich mich in meiner Forschungsarbeit seit 40 Jahren beschäftige.

In diesem Beitrag behaupte ich, dass die postmodernen und poststrukturalen Strömungen, die sich gegen jegliche übergreifende Darstellungen wenden, die Kultur und Diskurs zum Primat erheben sowie Zufall und Vielfalt in den Vordergrund stellen, eine vergleichende Geschichte der Arbeiterbewegung nicht überflüssig gemacht haben. Ich sehe in ihr geradezu eine Antwort auf den Poststrukturalismus. Es liegt doch auf der Hand, dass wir das Allgemeine und das Besondere nur dann erkennen können, wenn wir über die Ländergrenzen hinausschauen. So legen zum Beispiel vergleichende Studien der Entwicklung von Gewerkschaften nahe, dass es eine „unterschwellige Organisationsdynamik gibt, die es uns erlaubt, von vorherrschenden Modellen zu sprechen", und dass Abweichungen von solchen Modellen häufig als „sektorale Besonderheiten" erklärt werden können.[2] Aus diesem Grunde habe ich an anderer Stelle davor gewarnt, zur Erklärung von Vielfalt voreilig auf die Kultur zu verweisen. Denn beim Vergleich zeigen sich kulturübergreifende Ähnlichkeiten, die zumindest teilweise von der Komplexität sich verändernder wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen herrühren. Diese wiederum liefern in vielen Fällen den Schlüssel zu eben dieser Vielfalt, auf welche die Kulturalisten so gerne verweisen.[3] Um deutlich zu machen, was ich damit meine, folgt hier zunächst eine Analyse der Entstehung eines Klassendiskurses in einigen Sektoren der europäischen Arbeiterbewegung zwischen 1820 und 1850.

---

1 Referat auf der 45. ITH-Tagung. Zur Konferenz siehe den Bericht von Günter Benser in diesem Heft.

2 Peter Berkowitz u. a.: The Structure and Organization of British, French and German Trade Unions before the First World War, in: Jean-Louis Robert/Antoine Prost/Chris Wrigley (Hrsg.): The Emergence of European Trade Unions, Aldershot 2006, S.233.

3 Siehe Dick Geary u. a.: Labour History, the „Linguistic Turn" and Postmodernism, in: Contemporary European History, vol. 9, 2000, Nr. 3, S.445-462.

Das Auftreten radikaler Gruppen von Arbeitern, die gegenüber ihren Ausbeutern eine Klassensprache und eine gewisse Form der Klassensolidarität praktizierten, kann eindeutig nicht mit der alten Litanei von Industrialisierung, Zunahme der Fabrikarbeit und „Proletarisierung" erklärt werden, jedenfalls nicht in einem direkten und einfachen Sinne. Denn Klassenpolitik und Klassensprache gab es merkwürdigerweise bereits *vor* der allgemeinen Ausbreitung der mechanisierten Fabrikproduktion. Die radikalen Chartisten in Großbritannien, die Mitglieder der „sociétés révolutionnaires" in Paris und jene, die 1848 die deutsche „Arbeiterverbrüderung" in Berlin aufbauten, entstammten nicht dem neuen Fabrikproletariat, das damals auf dem europäischen Kontinent noch sehr klein war, sondern vor allem dem „im Niedergang begriffenen" Schreiner-, Schuhmacher- und Schneiderhandwerk. Ihr Feind war nicht der Industrie-, sondern der „parasitäre" Handelskapitalist. Wie Sewell, Moss und Hanagan für Frankreich, Kocka, Renzsch, Offermann, Eisenberg und Breuilly für Deutschland nachgewiesen haben, kamen die Mitglieder der Arbeiterorganisationen bis weit ins 19. Jahrhundert hinein aus Kreisen von Handwerkern und auch später noch von Industriearbeitern, die in der Regel eine handwerkliche Ausbildung genossen hatten. Die Vorstellung, die Fabrikarbeiter von Mailand seien die frühen Vorboten der italienischen Politik gewesen, musste inzwischen revidiert und die Rolle der Handwerker in der Wollindustrie der Region Biella sowie der Drucker und der Textilarbeiter in der Umgebung von Mailand anerkannt werden.[4] Es stellte sich nämlich heraus, dass die Industriezweige mit dem höchsten Mechanisierungsgrad und den modernsten Fabriken zumindest anfangs Oasen der Ruhe in ansonsten unruhigen Gesellschaften waren. In Großbritannien erwies sich der Chartismus vor allem in Städten mit starker Handwerkertradition wie Huddersfield als attraktiv, während die Fabrikarbeiter von Halifax sich von radikaler Politik distanzierten. Aus der wichtigsten Studie zum Industriezentrum Lancashire geht hervor, dass sich Arbeiterprotest und Fabrikproduktion Mitte des 19. Jahrhunderts umgekehrt proportional zueinander verhielten: „In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stellte die Konsolidierung der mechanisierten Fabrikindustrie eher einen Faktor der Klassenharmonie als des Klassenkonflikts dar."[5] Im Falle

4 Eine Zusammenfassung dieser Untersuchung mit weiteren Belegen siehe bei Dick Geary: European Labour Protest, London 1981, S.33ff.; eine neuere, umfassendere Version siehe Ders.: Labour in Western Europe from c. 1800, in: Jan Lucassen (Hrsg.): Global Labour History. A State of the Art, Bern 2006, S.228-238. Ebenso Bernard Moss: The Origins of the French Labour Movement, Berkeley 1976; Michael Hanagan: The Logic of Solidarity, Urbana 1980; Jürgen Kocka: Lohnarbeit und Klassenbildung, Berlin 1983; Wolfgang Renzsch: Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung, Göttingen 1980; John Breuilly: Labour and Liberalism, Manchester 1992; Christiane Eisenberg: Deutsche und englische Gewerkschaften, Göttingen 1986; John A Davis: Socialism and the Italian Working Classes, in: Dick Geary: Labour and Socialist Movements in Europe before 1914, Oxford 1989; H. D. Bell: Sesto San Giovanno, New Brunswick 1986.

5 Patrick Joyce: Work, Society and Politics, Brighton 1980, S.50, 63.

Frankreichs spricht Michelle Perrot gar von der „Ruhe der großen Fabriken“[6], während in Deutschland die Belegschaften der Großbetriebe der Schwerindustrie an der Ruhr und der hochmodernen Chemiekonzerne (BASF, Bayer, Höchst) nur selten streikten und unabhängigen Gewerkschaften oder der SPD beitraten.[7] Solche Belege lassen die traditionelle Darstellung von Industrialisierung und Klassenbewusstsein höchst suspekt erscheinen. Diese ist denn auch eine vorrangige Zielscheibe für die postmodernen/postrukturalistischen Angriffe auf eine spezielle Art angeblich „reduktionistischer“ Geschichte der Arbeiterbewegung. Das Ergebnis sind ganz andere Darstellungen der radikalen Handwerkerbewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. So ist zum Beispiel in der Historiografie der französischen Arbeiterbewegung die Darstellung der Formierung der Klasse von jener der Industrialisierung und deren Folgen getrennt. Michael Sonnenscher sieht die Wurzeln der Handwerkersolidarität in einer vorindustriellen Sprache und besonders im Bereich des Rechts. William Sewells bahnbrechende Studie zur Identität radikaler Handwerker in Frankreich zwischen 1789 und 1850 weist sozioökonomische Erklärungsversuche zurück und konzentriert sich auf vorindustrielle Sprache und kulturelle Traditionen. Damit verbindet der Verfasser die zeitbezogene Sprache der Handwerkerorganisationen mit dem Diskurs der französischen Revolution, zwei Aspekte, denen er erstrangige Bedeutung für die Herausbildung der Identität der französischen Arbeiterschaft beimisst. Demgegenüber betont Jacques Rancière den mythischen Charakter dieser Identität. Mark Traugotts nicht weniger beachtenswerte Analyse der Junitage von 1848 in Paris sieht die Entstehung von Identitäten und Solidarität als Ergebnis der politischen Kämpfe und nicht einer früheren Klassenstruktur, die bereits vor diesen Kämpfen ökonomisch oder sozial determiniert war.[8] Zugleich haben die britischen Historiker Patrick Joyce und Gareth Stedman Jones immer nachdrücklicher das Primat von Sprache und Rhetorik beim Aufkommen eines populistischen Radikalismus betont, einer Sprache und Rhetorik, die nicht von ökonomischen oder sozialen Strukturen und Interessen bestimmt waren.[9]

---

6 Michelle Perrot: On the Formation of the French Working Class, in: Ira Katznelson/Aristide Zolberg (Hrsg.): Working-Class Formation, Princeton 1986, S.89f.

7 Siehe Geary, Labour Protest, S.70-80; Ders.: The Prussian Labour Movement, 1867-1914, in: Philip G. Dwyer (Hrsg.): Modern Prussian History, 1830-1947, Harlow 2001, S.126-145; Karl Rohe: Die Ruhrgebietssozialdemokratie, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung, München 1990, S.317-343.

8 Siehe Michael Sonnenscher: Natural Law, Politics, and the Eighteenth-Century French Trades, Cambridge 1989; William Hamilton Sewell: Work and Revolution in France, Cambridge 1980; Ders.: Structure and mobility: The men and women of Marseille, 1820-1870, Cambridge u.. a 1987; Jacques Rancière: La parole ouvrière, Paris 1976; Ders.: The Myth of the Artisan, in: International Labour and Working-Class History, 24, 1983, S.1-16; Ders.: La nuit des prolétaires, Paris 1981; Mark Traugott: Armies of the Poor, Princeton 1985.

9 Siehe Gareth Stedman Jones: Languages of Class, Cambridge 1984; Patrick Joyce: Visions of the People, Cambridge 1991.

Ich persönlich bezweifle, dass die Entstehung eines Klassendiskurses von den ökonomischen und sozialen Veränderungen so losgelöst war, wie diese Historiker es sich vorstellen. Denn die Tatsache, dass *ein* Modell solcher Veränderung („Industrialisierung") für die Erklärung dieser Entwicklung nicht hilfreich ist, bedeutet nicht, dass dies auf alle sozioökonomischen Modelle zutreffen muss. Eben hier kommt uns die vergleichende länderübergreifende Analyse des Radikalismus der Handwerker zu Hilfe. Wie die Arbeiten von John Breuille und Geoffrey Crossick zeigen, war es kein Zufall, dass Schneider, Schuhmacher und Schreiner in mehreren Ländern – Großbritannien, Frankreich und Deutschland – sich zwischen 1820 und 1850 einer Klassensprache zuwandten. Sie alle sahen sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert, die nicht der Industrie-, sondern der *Handels*kapitalismus hervorbrachte. Zwar stürzte die mechanisierte Fabrikproduktion einige Handwerkergruppen (Nagelmacher und Strumpfwirker) vor 1850 in eine Krise, aber die meisten Handwerke, besonders jene, die das Rückgrat des Radikalismus bildeten (Schneider, Schuhmacher und Schreiner) hatten von dieser Seite keine ernsthafte Konkurrenz zu befürchten. Wie bereits erwähnt, ging für Schneider, Schumacher und einige Holzhandwerker zu diesem Zeitpunkt in mehreren Regionen die Bedrohung nicht von der modernen Fabrik, sondern vom Vorgehen der Handelskapitalisten aus. Die Verlagerung industrieller Arbeitsstätten in ländliche Gegenden führte häufig zu einer größeren Arbeitsteilung und zum Einsatz billigerer Arbeitskräfte. Das untergrub die traditionellere handwerkliche Produktion in den Städten und führte zu einem Überschuss an Arbeitskräften bei Schneidern, Schuhmachern, Schreinern und Handwebern. Die Handwerker in der Textilbranche gerieten in immer größere Abhängigkeit von Händlern, die ihnen das Rohmaterial lieferten, die Endprodukte abnahmen und vermarkteten. Die Vereinfachung der Arbeit beschränkte sich nicht auf die ländliche „Proto-Industrie", sondern hielt auch in den städtischen Hochburgen der Handwerker Einzug. Große Teile der britischen Holzverarbeitung und Bekleidungsherstellung wurden in Dachkammern und Sweatshops verlagert. In Paris sahen sich die Schneidermeister mit der Konkurrenz billiger Sweatshops konfrontiert, die Konfektion herstellten. Auch in Marseille wanderte die Schuh- und Kleiderherstellung in den 1840er-Jahren in den Billigbereich ab. Zur gleichen Zeit wurden deutsche Möbeltischler faktisch zu Lohnarbeitern großer Möbelhersteller. Viele Handwerker mit hohen Erwartungen und traditioneller Organisation gerieten immer mehr in die Abhängigkeit von Händlern. Diese Situation (und nicht einfach Sprache und kulturelle Traditionen eines bestimmten Landes) brachte in dieser Zeit in mehreren Ländern eine relativ ähnliche Entwicklung von Radikalismus und Kooperation der Handwerker hervor.[10]

10 Siehe John Breuilly: Artisan Economy, Ideology and Politics, in: Ders.: Labour and Liberalism in Nineteenth-Century Europe, Manchester 1992, S.115-159; Geoffrey Crossick: The Petite Bourgeoisie in Nineteenth-Century Europe, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich, München 1986, S.235-255.

Das erklärt natürlich nicht die besondere Form des politischen Diskurses radikaler Handwerker in einem bestimmten Land. Hier spielten lokale und nationale Traditionen, Kulturen und Sprachen eindeutig eine Rolle wie vor allem auch die Hinwendung europäischer Regierungen zu einer Wirtschaftspolitik des Laisser-faire und deren Unterdrückungsmaßnahmen in dieser Zeit. Es rückt jedoch ökonomische und soziale Prozesse ins Zentrum unseres Verständnisses dieser frühen Formen von Arbeiterprotesten. Dass es zu so verbreiteten Ähnlichkeiten im *industriellen* Verhalten bestimmter Gruppen von Beschäftigten über Ländergrenzen hinaus kam, zeigt, wie wertvoll der internationale Vergleich ist, und unterstreicht die Rolle tiefer liegender Strukturen und Prozesse. So waren in mehreren Staaten fast immer die Drucker unter den ersten Gruppen, die sich organisierten und ihr beträchtliches Gewicht einsetzten, um kollektive Lohnabschlüsse auf regionaler oder gar nationaler Ebene zu erreichen. Hafenarbeiter waren mobil und schwer zu organisieren oder nach ihrer Organisierung kaum zu kontrollieren. Sie wiesen in den Hafenstädten vieler Länder syndikalistische Tendenzen auf, was zu der Erkenntnis geführt hat, dass es wohl sinnvoller ist, Philadelphia, Liverpool, Livorno, Marseille und Hamburg miteinander zu vergleichen und nicht diese mit Städten im Inland des jeweiligen Staates. Im letzten Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und mehr noch während des Krieges selbst traten Arbeiter des Maschinenbaus in Österreich, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien und Russland mehr und mehr mit verschiedenen Protestformen in den Vordergrund.[11] Noch überraschender ist, dass

11 Für die verschiedenen Gruppen von Beschäftigten liegt eine umfangreiche Literatur vor. Neuere Untersuchungen siehe zum Beispiel in den Kapiteln zu Ziegelmachern, Kohlegrubenarbeitern, Hafenarbeitern, Maschinenbauern und Eisenbahnern von Jan Lucassen, Ian Phimister, Lex Heerma van Voss und Shelton Stromquist in Lucassen (Hrsg.), Global Labour, S.513-647, sowie Robert/Prost/Wrigley (Hrsg.), Emergence of European Trade Unions. Siehe auch Geary, Labour Protest, S.70-80, 123-125, 139-142; Breuilly, Labour and Liberalism, S.76-114; Eric Hobsbawm: Labouring Men, London 1979, Kap. 9, 10 und 11. Zu Hafenarbeitern siehe John Lovell: Stevedores and Dockers, London 1969; Hobsbawm, Labouring Men; Michael Grüttner: Arbeitswelt an der Wasserkante, Göttingen 1984; Martina Cattaruzza: „Organisierter Konflikt" und „Direkte Aktion", in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 20, 1980, S.326-345. Zu Druckern siehe Gerhard Beier: Schwarze Kunst und Klassenkampf, Frankfurt/Main 1966; Ullrich Engelhardt: Nur vereinigt sind wir stark, Stuttgart 1977; Peter Ullmann: Tarifverträge und Tarifpolitik in Deutschland, Frankfurt/Main 1977, S.49, 56, 163. Einen Vergleich kollektiver Tarifabschlüsse in Großbritannien und Deutschland siehe bei Dick Geary: The Industrial Bourgeoisie, in: David Blackbourn/Richard J. Evans: The German Bourgeoisie, London 1990, S.140-152. Zu Maschinenbauern siehe James B. Jeffreys: The Story of the Engineers, London 1946; Christian Gras: La Fédération des Metaux, 1913-14, in: Mouvement Social, Décembre 1981; Dick Geary: Radicalism and the German Worker, in: Richard J. Evans (Hrsg.): Politics and Society in Wilhelmine Germany, London 1978, S.297-330; Charles, Louise und Richard Tilly: The Rebellious Century, Cambridge Mass. 1975, S.97-120; Adrian Littleton: Revolution and Counter-Revolution in Italy, in: Charles L. Bertrand (Hrsg.): Revolutionary Situations in Europe, Montreal 1976. Eine wichtige vergleichende Analyse

Jan Lucassen in seiner bahnbrechenden Studie zur Ziegelherstellung an Orten, die so weit voneinander entfernt und kulturell verschieden sind wie Europa und Indien, zu der Schlussfolgerung gelangt, dass ein Vergleich der Arbeitsverhältnisse in den beiden Gesellschaften im vergangenen Jahrhundert „mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede zutage fördert".[12] Zahlreiche Untersuchungen zu Bergleuten, die unter gefährlichen Umständen im Schacht arbeiteten und häufig in relativ isolierten und sozial homogenen Gemeinschaften lebten, sind nahezu überall auf eine starke Solidarität dieser Gruppen von Beschäftigten gestoßen. Auf Ausnahmen soll im Weiteren noch eingegangen werden. Zwischen dieser Berufsgruppen-Solidarität und Klassensolidarität bestand jedoch bei weitem kein direkter Zusammenhang. In Großbritannien mieden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die meisten Bergleute zunächst den Chartismus und waren die letzte große Gruppe organisierter Arbeiter, die sich dem Gewerkschaftsverband TUC anschloss. In Deutschland, wo die Bergarbeiterschaft nach religiöser Konfession und ethnischer Zugehörigkeit stark aufgesplittert war, scheinen sich die Bergarbeiter weitgehend auf die Bedingungen in den Gruben und weniger auf die gesellschaftliche Ordnung insgesamt konzentriert zu haben. Das zeigt sich, wenn man die revolutionären Erhebungen an der Ruhr zwischen 1918 und 1920, wo die „Sozialisierung der Gruben" gefordert wurde, mit den umfassenderen und tiefer verwurzelten Kämpfen für den Sozialismus in Berlin und den großen Städten Sachsens miteinander vergleicht.[13]

---

von Streiks, der Entstehung von Genossenschaften und Gewerkschaften mit vielfältigen Bezügen auf jüngste Literatur siehe bei Marcel van der Linden: Workers of the World, Leiden 2008, S.81-250. Weitere vergleichende Analysen von Streiks und einen Überblick über die bis 1986 erschienene Literatur siehe Dick Geary: Strikes and Protest, in: Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung, S.363-387; Leopold Haimson/Charles Tilly: Strikes, Wars and Revolutions, in: International Perspective, Cambridge 1989; Michelle Perrot: Workers on Strike. France 1871-1890, Leamington Spa u. a. 1987; Edward Shorter/Charles Tilly: Strikes in France, Cambridge 1974; Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann: Streik, München 1981.

12 Jan Lucassen: Brickmakers in Western Europe (1700-1900) and Northern India (1800-2000): Some Comparisons, in: Lucassen (Hrsg.), Global Labour, S.570.

13 Einen Überblick der umfangreichen Literatur zu Bergleuten und der Debatte über das problematische Wesen ihrer kollektiven Identität siehe bei Dick Geary: The Myth of the Radical Miner, in: Stefan Berger (Hrsg.): The History of Coalfields in Comparative Perspective, Aldershot 2004, S.65-100. Zum Vergleich zwischen Ruhrgebiet und Berlin siehe Dick Geary: Rhein, Ruhr und Revolution, 1900-1923, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 7, 1984, S.30-38; Ders.: Revolutionary Berlin, in: Chris Wrigley (Hrsg.): Challenges of Labour: Central and Western Europe, 1917-1920, London 1993, S.24-50. Zum Verhältnis der Bergarbeiter zum Chartismus siehe Roy Church: Chartism and the Miners, in: Labour History Review, 56, 1991, S.23-36; zu Südwales siehe R[oger] Page Arnot: South Wales Miners, London 1967; zu Frankreich siehe Roland Trempé: Les mineurs de Carmaux, Paris 1971. Die klassische Arbeit zu den Bedingungen im Ruhrgebiet ist Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn 1981. Siehe dazu auch Franz Brüggemeier:

Das Obige zeigt deutlich, wie wertvoll die vergleichende Untersuchung von Beschäftigtengruppen ist, insbesondere wenn es um Streikaktionen und Gewerkschaftsentwicklung geht.[14] Problematischer wird es jedoch, wenn wir die *politische Identität* derselben Gruppen von Arbeitern länderübergreifend betrachten. Hier scheint es mehr Unterschiede als Ähnlichkeiten zu geben. Deutschland und Österreich haben große marxistische Bewegungen hervorgebracht. Nicht so die USA und Großbritannien. In Letzterem wurden „Arbeiteraristokraten" (Drucker, Facharbeiter im Maschinenbau) als das Rückgrat von Spaltertum und Kollaboration gesehen. In Deutschland dagegen traten die gleichen Gruppen von Arbeitern der SPD bei, und im zaristischen Russland waren sie bei verschiedenen revolutionären Erhebungen überdurchschnittlich aktiv. Selbst in einem Lande lässt sich die politische Identität von Arbeitern nicht allein nach ihrer Berufsgruppe bestimmen. Während französische Bergarbeiter im Pas-de-Calais und in Nordfrankreich in der Regel reformistische Organisationen unterstützten, neigten viele im Südmassiv (um St. Etienne) zumindest anfangs mehr dem Syndikalismus zu. Versuche, anarcho-syndikalistische Identitäten in Frankreich und Spanien als Funktion handwerklicher Kleinproduktion zu erklären, mögen bei den Handwerkern von Paris oder im Textilgewerbe Kataloniens erfolgreich sein. Jedoch erfasste die syndikalistische Bewegung in Frankreich auch ungelernte Porzellanarbeiter, während der spanische Syndikalismus für die Arbeiter in den kleinen Textilwerkstätten von Guipúzcoa nicht attraktiv war. Die Kohlekumpel in Nordostengland neigten vor dem Ersten Weltkrieg weitgehend liberaler Politik zu, während die von Südwales nach der Jahrhundertwende auf radikalere syndikalistische Positionen übergingen und 1917 „die Zerstörung des Kapitalismus" in die Statuten der Bergarbeitergewerkschaft von Südwales schrieben.[15] Kurz gesagt, kann also der politische Ausdruck der Identität der Arbeiterklasse nicht auf Strukturen von Beruf oder Industriezweig reduziert werden. Hier weist das Bild massive nationale und regionale Unterschiede auf. Jedoch gibt uns auch in diesem Falle der länderübergreifende Vergleich die Möglichkeit, diesen Schluss zu ziehen und Erklärungen für die Komplexität zu finden. Im Ergebnis meiner eigenen Untersuchungen habe ich wiederholt festgestellt, dass die Determinanten von Arbeiterpolitik *außerhalb* des Arbeitsplatzes zu finden sind – in Faktoren wie

---

Leben vor Ort, München 1983. Eine wichtige Artikelsammlung zu Bergarbeitern weltweit siehe bei Klaus Tenfelde (Hrsg.): Sozialgeschichte des Bergbaus und der Bergarbeiter im 19. und 20. Jahrhundert, München 1992. Ein meisterhafter Überblick über Europa findet sich bei Jean Michel: Le mouvement ouvrier chez les mineurs de l'Europe, Dissertation, Lyon II 1971.

14 Siehe van der Linden, Workers of the World, S.81-250. Ebenso Ders.: Transnational Labour History, Aldershot 2003.

15 Die Vielfalt der politischen Identitäten der Arbeiterklasse wird hervorgehoben in den Beiträgen von Gordon Phillips, Roger Magraw, Colin Davis und Paul Heywood zu Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien in Geary (Hrsg.), Labour and Socialist Movements. Sie ist auch das Hauptthema von Dick Geary: Working-Class Identities in Europe, in: Australian Journal of Politics and History, 45, 1999, 1, S.20-34.

Wohnort, Volkskultur, den Einstellungen und Verhaltensweisen anderer sozialer und politischer Gruppen zu den Arbeitern, vor allem aber dem Wesen und der Rolle des Staates auf lokaler und nationaler Ebene. Diese zu identifizieren war das Ziel meiner Untersuchung von Arbeiterprotesten in den letzten vierzig Jahren. Meine Argumente dazu will ich an dieser Stelle nicht wiederholen.[16]

Hier soll hervorgehoben werden, dass für die Vielfalt und Fragmentierung der Arbeiterklasse nicht nur die unterschiedlichen Praktiken der Nationalstaaten und Lokalbehörden verantwortlich sind, sondern auch die Natur des Wirtschaftswachstums. Denn über die wirtschaftliche und technische Entwicklung ist grundsätzlich zu sagen, dass sie *ungleichmäßig* verläuft. Ins Auge springt die ungleichmäßige Entwicklung zwischen einzelnen Staaten – vom weitgehend industrialisierten Großbritannien bis zu den überwiegend landwirtschaftlich geprägten Balkanländern. Nicht weniger wichtig ist aber auch die ungleichmäßige Entwicklung in jedem einzelnen Land. Während Paris und der Nordosten Frankreichs modernisiert wurden, blieben große Teile des Südens vom industriellen Fortschritt weitgehend unberührt, wurde das Languedoc geradezu entindustrialisiert. Mit dem spektakulären Wachstum der deutschen Industrie in Berlin, dem Ruhrgebiet und in den Städten Sachsens konnten der größte Teil des Südens und insbesondere die landwirtschaftlichen Regionen Ostdeutschlands nicht Schritt halten. Zwischen dem Industriedreieck Mailand, Turin und Genua einerseits und dem italienischen Mezzogiorno tat sich die bekannte Kluft auf. Katalonien und die Nordprovinzen des Baskenlandes waren wirtschaftlich wesentlich weiter entwickelt als das übrige Spanien. Dies bedeutet, dass die wirtschaftliche Modernisierung – zumindest im 19. und frühen 20. Jahrhundert – ebenso viel zur Fragmentierung der europäischen Arbeiterklasse beigetragen hat wie zu ihrer Einigung. Das Ergebnis war, dass in verschiedenen Regionen eines Landes eine Arbeiterschaft entstand, die nach Strukturen, Erfahrungen und Interessen stark variierte, was erklären kann, weshalb regionale Variationen in Verhalten und Identität der Arbeiterklasse so lange weiterbestanden. Ungleichmäßig schritt auch die Modernisierung in verschiedenen Industriezweigen eines Landes voran. In Frankreich, wo große Teile in der handwerklichen Produktion stecken blieben, entwickelte sich zugleich eine der fortgeschrittensten Autoindustrien der Welt. Deutschland galt 1914 zu Recht als ein moderner Industriegigant. Und doch gab es dort neben gewaltigen Stahlwerken (Krupp, Bochumer Verein, Thyssen), den Großunternehmen der chemischen Industrie (BASF, Bayer) und den Elektroriesen Siemens und AEG auch einen beträchtlichen landwirtschaftlichen Sektor, der etwa ein Drittel der Arbeitskräfte beschäftigte, sowie eine Heimindustrie, die

16 Siehe Geary, Labour Protest, S.47-70; Ders.: Identifying Militancy: the Assessment of Working-Class Attitudes towards State and Society, in: Richard J. Evans (Hrsg.): The German Working Class, London 1984, S.220-246; Ders.: European Labour Politics from 1900 to the Depression, London 1991, S.7-21, 29-43; Ders.: Residence and Working-Class Identity in Europe, in: Jaroslav Machacek/John Ferris (Hrsg.): The European City in the Nineteenth Century, Prag 1992, S.81-96; Ders., Working-Class Identities.

Spielzeug und Musikinstrumente herstellte. Zu Letzterer gehörte auch die sächsische Textilindustrie insbesondere im Vogtland oder die Schuhherstellung im pfälzischen Pirmasens. Nach der Volkszählung von 1907 lebte im Deutschen Reich über die Hälfte derer, die als „Arbeiter" ausgewiesen wurden, in Kleinstädten und Dörfern mit weniger als 10.000 Einwohnern. Etwa ein Drittel aller Beschäftigten von „Industrie und Handwerk" war in Firmen angestellt, die weniger als fünf Arbeitskräfte beschäftigten. Die ungleichmäßige Entwicklung brachte also eine gegliederte Arbeiterklasse mit sehr unterschiedlichen Arbeitserfahrungen und sozialen Verhältnissen hervor.[17]

Auch innerhalb eines Industriezweiges erzeugte der technische Fortschritt nicht unbedingt eine nach Struktur und Identität homogene Arbeiterschaft. Die verbreitete Auffassung, dass das Aufkommen der mechanisierten Fabrikproduktion zwangsläufig zu einer Erosion der Qualifikationsunterschiede, das heißt zu einer „Entqualifizierung" geführt und die Arbeiterschaft homogenisiert habe, ist höchstens eine Halbwahrheit, zumindest vor 1914. So hat zum Beispiel die starke Expansion des Maschinenbaus vor dem Ersten Weltkrieg, die oft mit technischem Fortschritt einherging, mehr und nicht weniger Arbeitsplätze für ausgebildete Ingenieure geschaffen. Das war zum Beispiel in der deutschen Stadt Bielefeld, einem Zentrum der Fahrradherstellung, der Fall. Selbst wo neue Maschinen zum Teil von wenig gebildeten Arbeitskräften bedient werden konnten, mussten sie doch von hoch qualifizierten Arbeitern aufgestellt, gewartet und repariert werden. Der Bedarf an ausgebildeten Mechanikern verstärkte sich noch, als gas- und stromgetriebene Motoren erfunden und angewandt wurden, als Fahrräder und Automobile gewartet und repariert werden mussten. Das „amerikanische System" – die Benutzung einer zentralen Antriebsstation und die systematische Ersetzung ausgebildeter Männer durch weniger ausgebildete Frauen als Arbeitskräfte – war in der europäischen Industrie bis 1914 eher die Ausnahme als die Regel. Der einzige wirkliche Versuch, dieses System vor 1914 im fortgeschrittenen deutschen Maschinenbau einzuführen (von Großbritannien ganz zu schweigen), wurde bei den Bosch-Werken in Stuttgart unternommen, wo er auf beträchtlichen Widerstand der Arbeiterschaft stieß. Es ist auch nachgewiesen, dass die Mechanisierung in der französischen Textilindustrie nicht zum verbreiteten Einsatz vorher handwerklich tätiger Arbeitskräfte als Ungelernte führte, denn

17 Eine klassische Studie ungleichmäßiger Entwicklung siehe bei Frank B. Tipton: Regional Variations in the Economic Development of Germany, Middleton 1976. Auch Sydney Pollard hebt die Bedeutung der regionalen Unterschiede hervor in: Peaceful Conquest. The Industrialization of Europe, Cambridge 1983. Ebenso Alain Cottereau: The Distinctiveness of Working-Class Cultures in France, in: Katznelson/Zolberg (Hrsg.), Working-Class Formation, S.111-123. Die Bedeutung der regionalen Unterschiede bei der Herausbildung der Arbeiterklasse steht auch im Mittelpunkt der Kapitel über Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien von Phillips, Magraw, Geary, Davis und Heywood in: Geary, Labour and Socialist Movements.

die neuen Arbeitsplätze wurden zumeist mit frischen Kräften besetzt, die man in ländlichen Gegenden rekrutierte.[18]

Die ungleichmäßige Entwicklung der industriellen Produktion sprach also gegen die Homogenität der Arbeiterschaft, ja sie bewirkte zumeist deren weitere Aufsplitterung, wenn ihr freier Lauf gelassen wurde. Auch durch die Einführung verschiedener Entlohnungssysteme seitens der Unternehmer konnten verschiedene Kategorien von Arbeitern gegeneinander ausgespielt werden. So ist die unterschiedliche Entlohnung von Weiß- und Blaukragen-Arbeitern in der deutschen elektrotechnischen Industrie zumindest teilweise als vorsätzlicher Versuch der Betriebsleitungen zu sehen, die Herausbildung gemeinsamer Interessen dieser beiden Gruppen zu verhindern. Rudolf Vetterli hat in seiner Studie über den Maschinenbau-Konzern Fischer im schweizerischen Schaffhausen brillant dargestellt, dass verschiedene Missstände im Unternehmen nicht zu gemeinsamen Aktionen der Arbeiterschaft führten, weil ganz unterschiedliche Lohnhierarchien bestanden. Oder zwischen qualifizierten Arbeitern und deren weniger qualifizierten Helfern (zum Beispiel Maurern und „Handlangern") wurden Konflikte erzeugt, weil die Qualifizierten Prämien oder Stücklohn erhielten, während die Unqualifizierten weiterhin nach Stundenlohn bezahlt wurden und daher keinerlei Interesse an höherer Arbeitsleistung hatten.[19] Der Arbeitsplatz allein war also nicht unbedingt der Geburtshelfer der Solidarität. Wie schon gesagt, war das auch nicht nur auf Faktoren außerhalb des Arbeitsplatzes zurückzuführen, sondern musste bewusst *geschaffen* werden. Diese Aufgabe übernahmen die Arbeiterorganisationen, besonders die sozialistischen politischen Parteien. Sie wurde zusätzlich kompliziert durch Religions-, Geschlechter- und Generationenunterschiede, die ebenfalls außerhalb des Arbeitsplatzes lagen.[20]

Ungeachtet all dieser Vielfalt hat die vergleichende Analyse also konkrete Ergebnisse bei der Untersuchung des Radikalismus der Handwerker in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in unserem Verständnis des Verhaltens spezifischer Gruppen von Beschäftigten in der Industrie, deren Streikaktivitäten, der Entstehung von Gewerkschaften und Genossenschaften gebracht. Mehr noch: Wenn auch der Vergleich gewaltige Unterschiede in der politischen Beschaffenheit der Arbeiterschaft zutage gefördert hat, ist doch unser Verständnis dieser Vielfalt, sind mögliche Erklärungen dem Akt des Vergleichens zu verdanken.

---

18 Siehe Heidrun Homburg: Anfänge des Taylorsystems in Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft, 4, 1978, 2, S.170-194; Karl Ditt: Technologischer Wandel und Strukturveränderung der Fabrikarbeiterschaft in Bielefeld, in: Werner Conze/Ulrich Engelhardt (Hrsg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1979; Hanagan, Structure of Solidarity; Dick Geary: Technological Change and Labour Protest before 1914, in: Theo Pirker u. a. (Hrsg.): Technik und industrielle Revolution, Opladen 1987, S.211-217.

19 Siehe Jürgen Kocka: Unternehmerverwaltung und Angestelltenschaft, Stuttgart 1989; Rudolf Vetterli: Arbeiterbewusstsein und gewerkschaftliche Organisation, dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890-1930), Göttingen 1978.

20 Siehe Geary, Working-Class Identities, S.30-34.

Allerdings gibt es da ein transnationales Moment, vor dem wir uns hüten müssen und das ich selbst verschuldet habe: die Benutzung allgemeiner Kategorien oder „Etiketten", ohne eine gründliche Analyse der betreffenden Einzelfälle. Als Beispiel will ich auf den jetzt häufig verwandten Begriff einer „atlantischen Revolution" verweisen, die angeblich in den Jahrzehnten nach dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg beide Seiten des Ozeans gleichermaßen erfasst hatte. In den vergangenen acht Jahren habe ich versucht, Handwerker und deren Revolten in Brasilien und Westeuropa zwischen 1780 und 1850 zu vergleichen. Dabei ging ich zunächst davon aus, dass deren Protestaktionen in den beiden Gesellschaften von ähnlichen Problemen und einem ähnlichen Diskurs ausgelöst wurden. Mir war aufgefallen, dass Handwerker nicht nur bei den revolutionären Ereignissen in Europa eine zentrale Rolle spielten (worüber viel Papier beschrieben worden ist), sondern auch bei der Verschwörung in Salvador da Bahia („inconfidencia baiana") von 1798, auch bekannt als die „Schneiderrevolte", und bei einem ähnlichen Aufstand in Caixias im nordbrasilianischen Staat Maranhão im Jahre 1823. Auch bei den antiportugiesischen Krawallen in Rio de Janeiro, Salvador und Recife in den 1820er- und 1830er-Jahren sowie bei einem Aufstand in Recife in den Jahren 1848/49, der als die Praiera-Rebellion bekannt geworden ist, waren Handwerker maßgeblich beteiligt.[21] Ich fragte mich daher, ob die Empörung der Handwerker gegen die Portugiesen in Brasilien zwischen 1820 und 1850 und in der Praiera nicht eine verschleierte Form der gleichen Feindseligkeit gegen den Handelskapitalismus sein könnte, den ich bereits für Europa beschrieben hatte, da der Handel in Brasilien in den drei Jahrzehnten nach Ausrufung der Unabhängigkeit im Jahre 1822 weiterhin von den Portugiesen beherrscht wurde. Mit dieser Annahme stand ich nicht allein. So postuliert zum Beispiel Eric Hobsbawm einen direkten Einfluss der Ereignisse in Paris auf jene in Recife 1848/49, während verschiedene brasilianische Autoren wie Edison Carneiro, Amaro Quintas und Vamireh Chacon die Revolte von Praiera im Jahre 1848 in einen Zusammenhang mit der Ideologie von Liberalen und utopischen Sozialisten sowie den revolutionären Kämpfen in Europa zur selben Zeit stellten.[22]

---

21 Über diese Aufstände in Brasilien liegt umfangreiche Literatur vor. Zusammenfassende Darstellungen liefern die Beiträge von Assunção, Villalta, Carvalho und Geary in: Douglas Cole Libby/Júnia Ferreiro Furtado (Hrsg.): Trabalho livre – trabalho escrava, São Paulo 2006; Dick Geary: Accomodation and Resistance. Slaves in Brazil, 1880-1850, Historia Antiga, Sonderausgabe, 25, 2007: Resistencia, Sumisión e Interiozación de la Dependencia, S.577-594; João José Reis: Slave Rebellion in Brazil, Baltimore 1993; Ders./Eduardo Silva: Negociaçã e Conflito, São Paulo 1999; Stuart B. Schwartz: Slaves, Peasants and Rebels, Urbana 1996; Marcus J. M. de Carvalho: Liberdade, Recife 2001; Kenneth Maxwell: Conflicts and Conspiracies, New York 2004.

22 Zu Hobsbawms grundsätzlicher Position siehe Eric Hobsbawm: The Age of Revolution, London 1962. Den hier angeführten Beleg siehe Ders: The Age of Capital, London 1975, S.78. Zu den Auffassungen der brasilianischen Autoren siehe Vamireh Chacon: „Introduction" to Autos do inquérito da Revolução Praiera, Brasilia 1979, S.13-112, und Ders.: História das ideias socialistas no Brasil, Recife 1965; Amaro Quintas: O sentido

Zwischen 1844 und 1849 versuchte der radikale Flügel der Liberalen Partei in Pernambuco (dem Staat, dessen Hauptstadt Recife ist), die Volksmassen mit feindseligen Losungen gegen die Portugiesen zu mobilisieren. Diese wurden als Zwischenhändler, Geldverleiher und Ausbeuter Brasiliens gebrandmarkt. Damit brachte man bei mehreren Gelegenheiten über 2.000 freie oder freigelassene brasilianische Handwerker auf die Straße, die dem Provinzparlament in der Stadt Petitionen überreichten. Es kam zu antiportugiesischen Ausschreitungen, wobei Geschäfte von Portugiesen geplündert und gegen diese „Ausländer" Gewalt angewandt wurde. Nach der Vorstellung der Handwerker musste die politische Unabhängigkeit Brasiliens mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit einhergehen. Daher forderten sie vor allem die „Nationalisierung des Einzelhandels" und „Arbeit für alle Brasilianer". Wie bereits gesagt, sahen mehrere Historiker in diesen Forderungen ein Echo der Losungen der Revolutionäre von Paris der Jahre 1848/49, besonders der Auffassungen von Louis Blanc und der französischen utopischen Sozialisten.[23]

Diese Historiker befinden sich im Irrtum. Welche Kluft sich zwischen den revolutionären Zielen der Pariser Handwerker und deren Kollegen in Recife auftut, wird deutlich, wenn wir die Aktionen und Forderungen Letzterer genauer untersuchen. Dabei fällt ins Auge, dass die Opfer der antiportugiesischen Gewalt in Recife zwischen den 1820er- und 1840er-Jahren nicht die großen, reichen Händler, sondern kleine Ladenbesitzer und Handwerker portugiesischer Nationalität waren. Die Losung „Arbeit für alle Brasilianer" bedeutete keinen Klassenkampf gegen Handelskapitalisten, sondern die Vertreibung portugiesischer Handwerker, die zu den brasilianischen in Konkurrenz standen. Das zeigt nicht nur eine Analyse der Opfer der Ausschreitungen in den brasilianischen Städten, sondern auch das Wesen der Forderungen der brasilianischen Handwerker von Recife. In einer Petition vom Juni 1848 forderten sie zum Beispiel, dass alle *alleinstehenden* Portugiesen, das heißt junge Einwanderer, nicht die reichen etablierten Händler, die dort mit ihren Familien residierten, aus dem Lande ausgewiesen werden sollten. Zweitens forderten sie grundsätzlich die Nationalisierung des *Einzel-*, nicht des Großhandels. Sie sprachen sich lediglich für eine Begrenzung der Zahl großer Außenhandelsgesellschaften im Besitz von Ausländern aus, nicht für deren Verbot. Während sie die Ausweisung aller alleinstehenden portugiesischen Angestellten forderten, machten sie bei den großen Handelsunternehmen eine Ausnahme.

---

social da Revolução Praiera, Rio de Janeiro 1967, besonders S.17-167; Edison Carneiro: A insurreção Praiera, Rio de Janeiro 1960.

23 Zu den Versuchen, die Revolte von Praiera mit europäischer revolutionärer Ideologie zu verbinden, siehe Anmerkung 21. Darstellungen der Revolte von Praiera siehe bei Isabel Marson: A rebelião praiera, Sao Paulo 1975; Nancy Priscilla Naro: Brazil's 1848: The Praiera Revolt in Pernambuco, Brazil, in: Guy Thomas (Hrsg.): The European Revolutions of 1848 and the Americas, London 1988, S.100-124; Dies.: The 1848 Praiera Revolt in Brazil, Dissertation, University of Chicago 1980; Marcus J. M. de Carvalho: A Revolução de Novembro, a populaça do Recife e suas lideranças em 1848, in: Libby/Furtado (Hrsg.), Trabalho, S.437-464.

Diese sollten jeweils einen Angestellten behalten dürfen. Diese Feindseligkeit hatte einen nationalen und keinen Klassenhintergrund. Diese Konflikte mögen gar rassistische Elemente beinhaltet haben, denn die meisten freigelassenen protestierenden Handwerker waren „pardo" (Mulatten) oder Schwarze, während die portugiesischen Neuankömmlinge für rassistischer angesehen wurden als ihre bereits in Brasilien geborenen Landsleute.[24]

Es war also ein Fehler, dass ich zunächst versuchte, den Radikalismus der Handwerker Europas und Brasiliens unter dem gemeinsamen Banner einer „atlantischen Revolution" mit ähnlichen Motiven als Reaktion auf ähnliche Probleme zusammenzufassen. Das macht jedoch den versuchten Vergleich nicht wertlos. Im Gegenteil, der missglückte Versuch eines Vergleichs hat einige wesentliche Unterschiede in den Positionen der freien Handwerker in Sklaven- und Nichtsklavengesellschaften ans Licht gebracht. Die Aktionen und Ideologien der europäischen Handwerker fußten auf langen Organisations-Traditionen, die zuweilen bis zu den Zünften des Mittelalters zurückreichten, auf ihrem Glauben an die Würde der Arbeit, die sich aus einer langen, von den Zünften kontrollierten Ausbildung ergab. In Brasilien dagegen wurde körperliche Arbeit durch das Bestehen der Sklaverei abgewertet und verhindert, dass sich eine Arbeitsethik oder eine Vorstellung von der Würde körperlicher Arbeit herausbildete. Zweitens fehlten den freien brasilianischen Handwerkern die organisatorischen Traditionen ihrer europäischen Kollegen. Zwar scheinen im Salvador (damals Hauptstadt der Kolonie) des 17. Jahrhunderts Zünfte mit formaler Anerkennung und beschränkten Rechten existiert zu haben, aber nirgendwo sonst in Brasilien. Auch jene in Salvador verloren die offizielle Anerkennung im Jahre 1713 wieder. Seitdem regelten die Stadtverwaltungen, nicht die Handwerkerorganisationen die Preise und kontrollierten Gewerbeprüfungen. Es gab zwar verschiedene kollektive Organisationen wie die „Irmandades" – religiöse Bruderschaften –, aber diese hatten nicht die gesetzlichen Rechte wirklicher Zünfte und waren oft nur an spezifische Ethnien, nicht aber an ein bestimmtes Handwerk gebunden. Daher konnten Handwerker in Brasilien im Unterschied zu Europa niemals selbst kon-

24 Bei meiner eigenen Darstellung der Praiera-Revolte stütze ich mich auf die veröffentlichte Arbeit von Marcus Carvalho (Anmerkung 23) und die Untersuchung seines postgraduierten Schülers Bruno Augusto Dornelas Camara, vor allem dessen Magisterarbeit „Trabalho livre no Brasil Imperial: o caso do caixeros de comércio na época da Insurreção Praiera", Universität Pernambuco 2005. Diese beiden Wissenschaftler haben mich dankenswerterweise in die Archive von Recife eingeführt und mich dort aktiv unterstützt. Außerdem beziehe ich mich auf zeitgenössische Publikationen wie die bereits zitierte „Inquerito", herausgegeben von Chacon; daneben auf Urbana Sabina Pessoa de Mello: Apreciação da Revolta Praiera em Pernambuco, Rio de Janeiro 1849; Jeronymo Martiniano Figueira de Mello: Crónica da Rebellião Praiera,1848-1849, Rio de Janeiro 1850. Dazu die lokale Presse jener Zeit, vor allem die Zeitung „Diáro Novo" und die wichtigste Stimme der Praiera „A Voz do Brasil". Letztere enthält die Forderungen der verschiedenen Petitionen und Demonstrationen der Bewegung, siehe die Ausgaben vom 27.10. und 24.11.1847, 13.1., 19.1. und 5.4.1848.

trollieren, wer sich in ihrem Gewerbe betätigen durfte.[25] Drittens wurde die relative Machtlosigkeit der freien und freigelassenen Handwerker in Brasilien noch dadurch verstärkt, dass sie in ständiger Konkurrenz mit der großen Mehrheit ausgebildeter Arbeitskräfte standen, die Sklaven waren und sich daher zu viel niedrigeren Löhnen verdingten, als es ihnen möglich war.[26] Die brasilianischen Handwerker, die bereits durch die Billigkonkurrenz von Handwerkersklaven verärgert waren und wegen einer Dürre und der Einstellung kommunaler Bauprojekte in den 1840er-Jahren an einem Überangebot an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt von Recife litten, wurden nun mit einem weiteren Problem konfrontiert – einer Flut von ausgebildeten portugiesischen Einwanderern, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die Werkstätten von Portugiesen in Brasilien ergoss. Nach einer Quelle aus Praiera fanden 12.000 portugiesische Handwerker und Angestellte in 6.000 von Portugiesen betriebenen Werkstätten in Pernambuco Arbeit. So gerieten die freien und freigelassenen brasilianischen Handwerker in Konflikt mit den billigen Sklaven einerseits und der wachsenden Anstellung von Portugiesen andererseits. Sie riefen jedoch nicht zu den Bannern der Klassen- und Handwerkersolidarität gegen den Handelskapitalismus, sondern gegen ihre Handwerkerkollegen auf, die entweder Sklaven oder Neuankömmlinge aus Portugal waren.[27]

Ich hoffe, dieses Beispiel zeigt, dass länderübergreifende historische Vergleiche selbst dann von Nutzen sein können, wenn die ihnen zugrunde liegenden Hypothesen fehlerhaft sind. Die gegenwärtige Explosion von Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Asien, Afrika und Südamerika, die andere Beiträge auf dieser Konferenz demonstriert haben, bedeutet, dass die vergleichende Analyse künftig noch komplexer, aber zugleich noch ergiebiger werden kann.

Aus dem Englischen übersetzt von Helmut Ettinger

---

25 Zum Fehlen einer Arbeitsethik siehe Sérgio Buarque de Hallanda: Raízes do Brasil, Rio de Janeiro 1978, S.9f. Zu den Handwerkern siehe Douglas Cole Libby: Habilidades, artifices e ofícios na sociedade escravista do Brasil colonial, in: Libby/Furtado (Hrsg.), Trabalho, S.57-74.

26 Dass Sklaven als Arbeitskräfte vorgezogen wurden, geht aus den Zeitungen von Recife „O Harmonizador“ vom 20.9.1832 und „O Carapuceiro“ vom 15.6.1842 hervor. Darauf wies auch der zeitgenössische Kommentator Louis F. Tollenare in seinem Reisetagebuch von 1816-1818, „Notas Dominicais“, S.146, hin, das 1956 in Rio de Janeiro nachgedruckt wurde.

27 Siehe A Voz do Brasil, 13.1.1848.

Global Labor History[1]

Marcel van der Linden

Die Geschichte der Arbeit – ich verwende diese Bezeichnung hier in einem weiten Sinne unter Einschluss der Geschichte der Arbeiterklasse – ist über lange Zeit hauptsächlich in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern sowie, mit einem eingegrenzteren politischen Fokus, in den sogenannten sozialistischen Ländern untersucht worden. Seit den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts jedoch hat sich diese Fachrichtung zu einem wahrhaft *globalen* Projekt entwickelt.
Der eigentliche Durchbruch in Form von Konferenzen, Assoziationen usw. ist sehr jungen Datums. Er begann 1995 mit der Gründung der Association of Indian Labour Historians (Vereinigung indischer Arbeitshistoriker), einer dynamischen Organisation, die nicht nur alle zwei Jahre Konferenzen ausrichtet, sondern in zahlreichen weiteren Aktivitäten engagiert ist. Bald darauf wurde Mundos do Trabalho (Welten der Arbeit) eingerichtet, ein Netzwerk für Geschichte der Arbeit innerhalb des brasilianischen Historikerverbands ANPUH Associação Nacional de História (Nationale Geschichtsvereinigung). Erste Konferenzen fanden statt in Karachi (1999), Seoul (2001), Jogyakarta (2005) und Johannesburg (2006). Diese geografische Ausweitung und die grundlegenden Überlegungen, die aus ihr folgten, ermöglichen es uns, sowohl die traditionelle ArbeiterInnengeschichte (wie „modern" sie in vielerlei Hinsicht auch sein mag) in neuem Licht zu sehen.
Das im 19. Jahrhundert entstandene Feld der Geschichte der Arbeit in Europa und Nordamerika hat sich von Anfang an durch eine Verbindung aus „methodologischem Nationalismus" und Eurozentrismus ausgezeichnet. Der methodologische Nationalismus verknüpft Gesellschaft mit dem Staat und betrachtet die einzelnen Nationalstaaten folglich für die historiografische Forschung als eine Art „Leibnizscher Monaden". Eurozentrismus ist die Ordnung der Welt vom Blickpunkt der nordatlantischen Region aus: In dieser Sichtweise beginnt die „Moderne" in Europa und Nordamerika und weitet sich Schritt für Schritt auf den Rest der Welt aus. Die Temporalität dieser „Kernregion" bestimmt die Periodisierung von Entwicklungen in der restlichen Welt. Die Historiografie hat dementsprechend die Geschichte der arbeitenden Klassen und der Arbeiterbewegungen in Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern als voneinander unterschiedene Entwicklungen beschrieben. Wo sich die Aufmerksamkeit auf die sozialen Klassen und Bewe-

1 Für den Druck bearbeitete Fassung des Dankworts anlässlich der Verleihung des René-Kuczynski-Preises 2009 auf der 45. ITH-Tagung (siehe den Bericht von Günter Benser). Der Autor erhielt den Preis für sein Buch „Workers of the World". Die Preisverleihung verdeutliche, so der Autor, dass „die sogenannte Global Labor History nun auch im deutschen Sprachraum anfängt, den Stellenwert zu erobern, den sie verdient".

gungen in Lateinamerika, Afrika oder Asien richtete, wurden diese nach nordatlantischen Schemata interpretiert.

Erst in den letzten Jahrzehnten ist die eurozentrische Monadenlehre in ihrer Gesamtheit infrage gestellt worden. Dies hängt mit einer Reihe von Veränderungen zusammen, die seit dem Zweiten Weltkrieg auftraten, jedoch teilweise auch schon früher begonnen hatten:

- Die Dekolonisierung schuf zahlreiche neue, unabhängige Staaten, insbesondere in Afrika und Asien, die mit der Erforschung ihrer eigenen Sozialgeschichte begannen. Auf diese Weise gewann die Geschichte der Arbeit nicht nur eine „periphere" Komponente (was bedeutet, dass die Zahl der Monaden zunahm), deren Bedeutung stieg. Außerdem wurde es deutlich, dass die Geschichte der Peripherie nicht geschrieben werden konnte, ohne ständig auf die Geschichte der Metropolen zu verweisen (siehe z. B. das Werk von Walter Rodney). Es entwickelten sich transkontinentale imaginierte Gemeinschaften, etwa im Pan-Afrikanismus.
- In der historischen Migrationsforschung dämmerte die Einsicht, dass die Perspektive „von der Nation zur ethnischen Enklave" die Wirklichkeit migrantischen Lebens falsch wiedergab, da Migranten häufig transkulturell leben.
- Die Grenzkulturen, die „entdeckt" wurden, passten nicht in monadische Schemata, genauso wenig wie z. B. Kreolisierung.
- Das Gleiche galt für transnationale Protest- und Streikzyklen.

All diese Entwicklungen sowie die wesentlich intensivierten Kontakte zwischen Historikern der verschiedenen Länder und Kontinente – wozu die ITH wesentlich beigetragen hat – führten eine Situation herbei, in der die beiden Prämissen der traditionellen Geschichte der Arbeit deutlich sichtbar wurden und damit zu einem Gegenstand der Debatte. Wir befinden uns nun in einer aufregenden Übergangssituation, in der sich die Fachrichtung selbst neu erfindet. Die Neue Geschichte der Arbeit hat begonnen, einer *Globalen Geschichte der Arbeit* (*Global Labor History*) das Feld zu räumen.

Es handelt sich hierbei in der Tat um ein außerordentlich ambitioniertes Projekt, das gerade erst angefangen hat. Viele der Ziele dieses neuen Ansatzes sind noch unklar oder erfordern weitere Überlegungen. Mein Buch „Workers of the World" versucht, die begrifflichen, theoretischen und methodischen Grundlagen dieser neuen Geschichtsschreibung zu erkunden.

Was meint der Begriff „Globale Geschichte der Arbeit"? Selbstverständlich mag ihm jeder die Bedeutung zumessen, die gewünscht ist; ich selbst verstehe darunter folgendes: Soweit es die *Methoden* betrifft, würde ich vorschlagen, eher von einem „Feld von Interessen" auszugehen denn von einer Theorie, der alle anhängen müssten. Wir wissen und sollten akzeptieren, dass unsere Forschungsauffassungen und interpretatorischen Vorannahmen differieren können. Pluralismus ist nicht nur unvermeidlich, er kann auch intellektuell stimulierend sein – gesetzt, wir sind zu jedem Zeitpunkt bereit, in eine ernsthafte Diskussion unserer unterschiedlichen Sichtweisen einzutreten. Ungeachtet unserer unterschiedlichen

Ausgangspunkte jedoch sollten wir danach streben, produktiv in den gleichen Forschungsfeldern zu arbeiten.

Was die *Themen* angeht, so konzentriert sich die Globale Geschichte der Arbeit auf die transnationale und sogar transkontinentale Untersuchung von Arbeitsbeziehungen und von sozialen Bewegungen der Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes. Unter „transnational" verstehe ich, den Gegenstand in den weiteren Kontext aller historischen Prozesse einzuordnen, selbst wenn er geografisch „klein" ist, interaktive Prozesse zu untersuchen oder beides miteinander zu kombinieren. Die Untersuchung von Arbeitsverhältnissen umschließt freie wie unfreie, bezahlte wie unbezahlte Arbeit. Soziale Bewegungen von Arbeitern bestehen sowohl aus formellen Organisationen als auch aus informellen Aktivitäten. Die Untersuchung von Arbeitsverhältnissen und von sozialen Bewegungen verlangt es, der „anderen Seite" (Arbeitgebern, Behörden) ebenfalls die ihnen zustehende Aufmerksamkeit zu schenken. Die Untersuchung von Arbeitsverhältnissen betrifft nicht bloß den individuellen Arbeiter, sondern ebenso seine bzw. ihre Familie. Geschlechtliche Rollenverteilungen spielen eine wichtige Rolle innerhalb der Familie und in Arbeitsverhältnissen, von denen einzelne Familienmitglieder betroffen sind.

Was die *Zeit* angeht, so denke ich, dass es in der globalen Geschichte der Arbeit im Prinzip keinerlei temporale Grenzen gibt. Allerdings denke ich, dass aus praktischen Gründen das Hauptaugenmerk auf Arbeitsverhältnissen und sozialen Bewegungen von Arbeitern liegen wird, die sich gemeinsam mit dem Wachstum des Weltmarktes seit dem 14. Jahrhundert entwickelt haben. Wo immer dies sinnvoll erscheint, etwa zu Vergleichszwecken, sollten jedoch Studien, die weiter in die Zeit zurückreichen, keinesfalls ausgeschlossen werden.

Die Entwicklung einer globalen Geschichte der Arbeit wird, wenn sie fruchtbar sein will, eine ganze Reihe von Hindernissen zu überwinden haben. Diese Hindernisse schließen praktische Probleme mit ein, so etwa den Umstand, dass es im globalen Süden an gut klimatisierten, aktiv sammelnden Archiven fehlt. Ich will mich an dieser Stelle nicht mit solchen technischen Problemen aufhalten und werde mich auf auf die zentralen Herausforderungen konzentrieren.

Das größte Hindernis, das wir zu überwinden haben, sind nämlich wir selbst mit unserem Ballast an traditionellen Theorien und Interpretationen. Zwei der wichtigsten Fallgruben habe ich bereits erwähnt: den methodologischen Nationalismus und den Eurozentrismus. Alle zentralen Begriffe der traditionellen Geschichte der Arbeit sind im Wesentlichen auf Erfahrungen in der nordatlantischen Region gegründet und sollten daher kritisch überprüft werden. Dies gilt bereits für das Wort „Arbeit" selbst. In den meisten wichtigen westlichen Sprachen (Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch usw.) wird eine Unterscheidung vorgenommen zwischen „Arbeit" und „Tätigkeit", wobei „Arbeit" sich auf Mühe und Anstrengung bezieht (wie in „Frauenarbeit"), während „Tätigkeit" einen kreativeren Prozess meint. Diese binäre Bedeutung, aus der eine Philosophin wie Hannah Arendt weitreichende analytische Konsequenzen ableitete, ist in vielen anderen Sprachen gar nicht vorhanden, und in manchen

Fällen gibt es überhaupt kein Wort für „Arbeit“ oder „Tätigkeit“, da diese Begriffe von den spezifischen Eigenheiten der einzelnen Arbeitsprozesse abstrahieren. Wir sollten daher sorgfältig prüfen, in welchem Maße die Begriffe „Arbeit“ und „Tätigkeit“ transkulturell verwendbar sind; zumindest sollten wir ihre Bedeutung genauer definieren, als wir dies für gewöhnlich tun. Wo beginnt „Arbeit“, und wo endet sie? Wie wird die Grenze zwischen „Arbeit“ und „Tätigkeit“ genau gezogen, oder ist diese Grenze weniger offensichtlich als häufig angenommen?

Auch das Konzept der „Arbeiterklasse“ bedarf einer kritischen Überprüfung. Es scheint, dass dieser Begriff im 19. Jahrhundert eingeführt wurde, um eine Gruppe sogenannter „respektierlicher“ Arbeiter von Sklaven und anderen unfreien Arbeitenden, Selbstständigen (den „Kleinbürgern“) und armen Außenseitern, dem Lumpenproletariat, abzugrenzen. Aus vielen Gründen, die an dieser Stelle nicht diskutiert werden können, ist eine solche Interpretation für den globalen Süden schlichtweg unangemessen. Diejenigen sozialen Gruppen, die im Blick der Alten und der Neuen Geschichte der Arbeit quantitativ unbedeutend sind – Ausnahmen, die die Regel bestätigen –, sind die *Regel* in weiten Teilen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Wir werden eine neue Konzeptualisierung zu entwerfen haben, die weniger auf die *Exklusion* als vielmehr auf eine *Inklusion* verschiedener abhängiger oder marginalisierter Arbeitergruppen hinzielt. Wir müssen einsehen, dass die „richtigen“ Lohnarbeiter, die als freie Individuen über ihre Arbeitskraft als Ware verfügen und keine andere Ware zu verkaufen haben, nur *eine* Erscheinungsform sind, in der der Kapitalismus Arbeitskraft in ein Handelsgut verwandelt. Es gibt zahlreiche weitere Formen, die die gleiche Aufmerksamkeit verdienen, wie etwa Sklaven, Kontraktarbeiter, Schuldknechte, Teilpächter usw.

Die Notwendigkeit, unsere theoretischen und methodologischen Annahmen zu überdenken, muss uns selbstverständlich nicht davon abhalten, sofort auch die empirische Forschung anzugehen. Es ist anzunehmen, dass in Wirklichkeit gerade die Wechselwirkungen zwischen konzeptueller Erneuerung und entdeckender Forschung uns befähigen wird, eine Globale Geschichte der Arbeit aufzubauen. Wie auch diese Tagung der ITH zeigen wird, wurden dabei in den letzten Jahren wichtige Fortschritte gemacht.

Robert René Kuczynski war ein sehr früher, weitsichtiger und wichtiger Vorläufer dieser Entwicklungen. Seine große Studie mit dem Titel „*Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika, 1870-1909*“, kurz vor dem Ersten Weltkrieg publiziert, war eine Pionierleistung, die in ihrer Breite und ihrem Materialreichtum noch immer unübertroffen ist. In seinem Sinne weiterzuarbeiten, ist mir eine Ehre.

Regionales

Die Republik in der Provinz. Arbeiterbewegung und Verfassungstag in Stralsund (1919-1933)

Detlev Brunner

Ruhe und Ordnung

„Jede Diktatur wird abgelehnt." Mit diesem Bekenntnis endete die Resolution des Stralsunder Arbeiter- und Soldatenrates, die eine abendliche Massenversammlung am 17. November 1918 verabschiedete. Die Resolution forderte die baldige Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, die „im Interesse der Aufrechterhaltung des inneren Friedens und zur Sicherung der Mitwirkung des gesamten deutschen Volkes an der politischen Gestaltung des Reiches" notwendig sei.[1] Mit dieser Versammlung ging in Stralsund ein ereignisreicher Tag zu Ende. Am frühen Nachmittag war „ein langer Zug von Soldaten des hiesigen Ersatz-Bataillons und Arbeitern der hiesigen Gewerkschaften unter den Klängen der Musikkapelle durch die Stadt unter Begleitung einer zahlreichen Volksmenge" gezogen. Für diesen „Huldigungsumzug" auf die neuen politischen Verhältnisse, so die Wortwahl der konservativen „Stralsundischen Zeitung", hatte der Arbeiter- und Soldatenrat nicht nur erbeten, am Rathaus die städtische Fahne mit dem Stadtwappen zu hissen, sondern auch eine kurze Ansprache des Oberbürgermeisters Ernst Gronow gewünscht.[2] Als der Demonstrationszug auf dem traditionsreichen Versammlungsplatz der Stadt, dem Alten Markt, eingetroffen war, hielten die beiden Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates, Brock und Neumann, vom Balkon des alten Stadttheaters aus Reden, und auch der seit 1898 amtierende Gronow sprach zur Menge. Er erklärte seine Bereitschaft, mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zusammenzuarbeiten, weil das Vaterland „über allem steht." Gronow warb für Ruhe und Ordnung, und mit Ausnahme von Neumanns Ansprache, die in einem Hoch auf den „internationalen Völkerbund" endete, klangen alle Reden in Hochrufen auf das deutsche Vaterland aus.

Acht Tage waren an diesem Sonntag im herbstlichen Stralsund vergangen, seitdem die Nachricht von der Abdankung des Kaisers verkündet und die Republik in Berlin am 9. November 1918 gleich zweimal ausgerufen worden war: die „deutsche Republik" durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann und die „sozialistische Republik" von Karl Liebknecht, Galionsfigur der radikalen Linken und späterer Mitbegründer der KPD. Diese zweifache Proklamation symbolisierte die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung in der Novemberrevoluti-

1 Bericht über die Kundgebungen des Arbeiter- und Soldatenrates Stralsund vom Sonntag, 17.11.1918, in: Stralsundische Zeitung, 24.11.1918, Beilage.

2 Ratsbeschluss vom 16.11.1918, Stadtarchiv Stralsund (StaSt), Rep. 18/386, Bl. 11.

on, die zwischen einem radikalen Weitertreiben der Revolution und der Herstellung von „Ruhe und Ordnung“ mit dem Ziel einer parlamentarischen Demokratie schwankte. Auch in Stralsund traten Matrosen auf, die, so die Mutmaßungen der konservativen Presse, mit dem „Spartakusbund“ sympathisierten, auch hier gab es vereinzelt Auseinandersetzungen zwischen diesen radikalen Kräften und Truppenteilen, die zur Freude des Stralsunder Bürgertums ihre schwarz-weiß-roten Reichsfarben nicht mit dem roten Banner der Revolution vertauscht hatten.[3] Doch alles in allem blieb die Lage in der alten Hansestadt gemäßigt und ruhig. Die „Stralsundische“ konnte am 12. November feststellen: „Bis jetzt haben sich erfreulicherweise in Stralsund keinerlei Ausschreitungen ereignet, die neue Bewegung hat sich bis jetzt ohne Störung des öffentlichen und privaten Lebens und in aller Ruhe vollzogen.“[4]

Das bürgerliche Stralsund konnte in der Tat erleichtert aufatmen. Von den Vertretern des örtlichen Arbeiter- und Soldaten-Rates waren keine bedrohlichen Töne zu vernehmen. Der aus dem liberalen Lager stammende Stettiner Rechtsanwalt Brock, der seit dem 10. November 1918 dem Soldatenrat vorstand, hatte am 17. November ganz im Sinne der eingangs zitierten Resolution die Entwicklung im revolutionären Russland als abschreckendes Beispiel gezeichnet. Der Vorsitzende des Arbeiterrates, der Konsumgenossenschaftler Otto Neumann, hatte zwar die Umwandlung des gegenwärtigen Wirtschaftslebens „in die sozialistische Gesellschaft“ als Ziel genannt. Aber vor allem war viel von Vaterland, Ruhe und Ordnung und wenig von Sozialismus die Rede. Selbst der Unabhängige Sozialdemokrat und stellvertretende Vorsitzende des Arbeiterrates Karl Kirchmann räumte ein, es fehle „gegenwärtig noch die Möglichkeit, den Sozialismus sofort voll zu entfalten“. Gleichwohl hielt er den Sozialismus für die einzige Rettung der Menschheit.[5]

Der Weg in die parlamentarische Demokratie über die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung war in der Stralsunder Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt offenbar mehrheitlich akzeptiert worden. Welche Haltung die Unabhängige Sozialdemokratie, die sich wie andernorts auch in Stralsund im Frühsommer 1917 von der SPD abgespalten hatte,[6] zu dieser Frage einnahm, bleibt offen. Kirchmanns Äußerung deutet nicht auf eine Ablehnung der parlamentarischen Option hin. Trotz aller Kontroversen fanden die beiden sozialde-

3 Siehe Stralsundische Zeitung, 4.1.1919 und 7.1.1919, jeweils S.1.

4 Ebenda, 12.11.1918, S.2.

5 Bericht über die Kundgebungen des Arbeiter- und Soldatenrates Stralsund vom Sonntag, 17.11.1918, in: Stralsundische Zeitung, 24.11.1918, Beilage.

6 Zu den Vorgängen siehe „Kreis-Generalversammlung für Stralsund-Franzburg-Rügen, abgehalten in Stralsund am 3. Juni 1917 im Gewerkschaftshaus“, in: Stralsunder Volkszeitung, 7.6.1917; zur Entwicklung der USPD in Stralsund: Von der USPD. Ortsverein Stralsund, 3. Juni 1917–24. Sept. 1922, handschriftliche Aufzeichnungen, Teil-Nachlass Max Fank, Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland, Universität Rostock (NL Fank/Rostock), Ordner 8, Bl. 61-65.

mokratischen Parteien in Stralsund bereits im Frühjahr 1919 zu einvernehmlicher Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Fraktion im Stadtparlament zusammen.[7] Die einzige politische Kraft im linken Parteispektrum, die die demokratisch-parlamentarische Perspektive des neuen Deutschlands dezidiert ablehnte, die KPD, spielte in Stralsunds Arbeiterbewegung zunächst und auf längere Sicht eine nachrangige Rolle. Eine KPD-Ortsgruppe entstand erst im Herbst 1919. Nur für eine kurze Phase, ab Jahresende 1920 bis in den Sommer 1921 hinein, erlangte die KPD stärkeren Einfluss. Dies hing vor allem mit der Entscheidung führender Gewerkschaftsfunktionäre und USPD-Mitglieder, allen voran Karl Kirchmann, Arbeitersekretär des Bezirkskartells Stralsund, und Emil Thesenwitz, Vorsitzender des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), zusammen, die Vereinigung des linken USPD-Flügels mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) im Dezember 1920 zu vollziehen. Die KPD entwickelte sich nun von einer Splittergruppierung zur Partei mit Massenanhang und in Stralsund vor allem mit Einfluss auf die etwa 4.000 Mitglieder umfassenden Gewerkschaften.

Doch schon im September 1921 trat eine jähe Wende ein. Kirchmann und Thesenwitz verließen die KPD, weil sie nicht bereit waren, die Beschlüsse dieser Partei innerhalb der Gewerkschaften durchzuführen.[8] Vor allem Kirchmann war der KPD fortan ein Dorn im Auge, verstand der populäre Gewerkschafter es doch nach wie vor, „große Teile der Arbeiterschaft auf Grund seiner ganz gemeinen Demagogie hinter sich herzuziehen."[9] Im November 1927 zählte die KPD-Ortsgruppe 55, im Sommer 1928 noch 45 Mitglieder.[10] Die Sozialdemokratie war demgegenüber die dominierende Partei der Arbeiterschaft mit 885 Mitgliedern am Ende des ersten Quartals 1919. Die USPD vereinte zur gleichen Zeit über 1.000 Mitglieder.[11] In der krisengeschüttelten Endphase der Weimarer Republik schrumpfte die seit 1922 wieder vereinigte Stralsunder SPD auf 703

7 Siehe Von der USPD, Bl. 62.

8 Siehe Karl Heinz Jahnke: Von der Novemberrevolution bis zur Befreiung vom Faschismus, in: Herbert Ewe (Hrsg.): Geschichte der Stadt Stralsund, im Auftrag des Rates der Stadt Stralsund, Weimar 1984, S.291-331, hier S.304.

9 Unterbezirk Stralsund, KPD Vorpommern, Barth, den 10.11.27: Bericht an die B.L. der KPD, Bez. Pommern, über die Erfolge während der Werbekampagnen des Oktobers und bis zu den Jahresfeiern der U.d.S.S.R., BArch, RY 1/I 3/3/22, Bl. 66-70, hier Bl. 68.

10 Siehe ebenda, Bl. 67; Bericht über die Kreiskommunalkonferenz in Stralsund und Barth a. d. Ostsee, gez. Hoernle, Eingangsstempel: 3. Aug. 1928, BArch, RY 1/I 3/3/22, Bl. 74f.; weitere Angaben siehe Handschriftliche Chronik zur Geschichte der Stadt Stralsund von Max Fank, Bl. 459, NL Fank/Rostock, Ordner 5; sowie Jahnke, Von der Novemberrevolution, S.294. Ende April 1931 soll die Partei bis zu 400 Personen organisiert haben. Siehe Max Fank betr. Abwehrstelle, Stralsund, 30.4.1931, NL Fank/Rostock, Ordner 4. Diese Zahlenangabe kann jedoch nicht verifiziert werden.

11 Siehe 40 Jahre Sozialdemokratie. Beiträge zur Geschichte der Stralsunder Sozialdemokratie (Verfasser Max Fank), Stralsund 1931, S.9, 11.

Mitglieder im dritten Quartal 1930. Ende Juni 1931 besaßen noch 604 Stralsunder ein SPD-Parteibuch.[12]
Auch die Wahlergebnisse seit 1919 spiegelten die unterschiedliche Bedeutung der Arbeiterparteien wider. Während die KPD zwischen weniger als drei und meist sieben bis acht Prozent der Stimmen pendelte und nur einmal, bei der Reichstagswahl am 6. November 1932, die Zehnprozentmarke knapp übersprang (10,05 Prozent), erreichte die SPD Ergebnisse bis zu 40 Prozent, so bei den Wahlen zur Preußischen Landesversammlung am 26. Januar 1919. Lediglich einmal konnte sie nur knapp elf Prozent verbuchen: Bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 erlangte die SPD mit 10,9 Prozent den zweiten Rang der Arbeiterparteien hinter der USPD mit 23 Prozent. Die KPD war damals mit 0,45 Prozent bedeutungslos.[13]

Die Republik als Provokation

„Das Deutsche Reich ist eine Republik", hieß es im ersten Artikel der Verfassung der Weimarer Republik vom 11. August 1919. Die Traditionen der Revolution von 1848 aufnehmend, legte der Artikel 3 fest: „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold." Mit dem Zusatz, dass die Handelsflagge schwarz-weiß-rot „mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke" sei, war jedoch schon bei den Reichssymbolen ein Konflikt offengelegt, der die Republik fortan bei Feiertagen und offiziellen Anlässen begleitete.[14] Die fehlende Eindeutigkeit der Verfassung, die auch die alten Reichsfarben des Deutschen Kaiserreichs weiterhin zuließ, markierte den Graben, der sich durch die deutsche Gesellschaft in der Frage zog, welche Haltung man zur Republik einnehmen sollte. Im konservativ geprägten Bürgertum der altehrwürdigen Hansestadt am Sund war die Ablehnung der Republik und ihrer Symbole besonders stark ausgeprägt. Allein die Beflaggung des Rathauses mit der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge rief immer wieder Empörung hervor. Als am 3. August 1924 zum Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges die städtischen Gebäude republikanisch beflaggt wurden, reagierte ein breites Bündnis „deutsch empfindender Kreise" mit Protest. Die örtlichen Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der Deutschen Volkspartei (DVP), des Pommerschen Landbundes und zahlreicher weiterer „vaterländischer" Vereine unterzeichneten eine Eingabe an den Rat Stralsunds, in dem sie das Zeigen von Schwarz-Rot-Gold als „erregend und erbitternd", ja als „Provokation" bezeichneten und für die Zukunft nur die preußischen und pommerschen Fahnen zu sehen wünschten.[15] 1926 bat Stralsunds Oberbürgermeister Carl Heydemann persönlich den Regierungspräsidenten als

12 Statistiken, NL Fank/Rostock, Ordner 4.
13 Wahlergebnisse siehe Stralsundische Zeitung, 21.1.1919, S.2; 28.1.1919, S.2; 8.6.1920, S.2 und 7.11.1932, Wahlausgabe.
14 Siehe Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, in: Reichsgesetzblatt 1919, S.1383ff., abgedruckt in: Hermann-Josef Blanke (Hrsg.): Deutsche Verfassungen, Paderborn u. a. 2003, S.247-276.
15 Ein reaktionärer Vorstoß in der Flaggenfrage, in: Der Vorpommer, Nr. 201, 28.8.1924.

offiziellen Veranstalter der Verfassungsfeier, die Fahne der Republik auf dem Stadttheater einziehen zu lassen, weil die Mehrheit der Stralsunder Einwohnerschaft „national" gesinnt sei.[16] Es gehörte gewissermaßen zum „guten Ton" dieses politischen Milieus, die republikanischen Farben entweder als „schwarz-rot-gelb" zu verhöhnen oder ostentativ die kaiserlichen Reichsfarben aus dem Fenster zu hängen. Stralsund galt so auch äußerlich als „nationale" Stadt.

Angesichts dieses Kampfes um Symbole nimmt es nicht wunder, dass die dem Kaiserreich nachtrauernden konservativen Kräfte der Stadt einen republikanischen Gedenktag strikt ablehnten. Deutschnationale Lokalmatadoren wie Justizrat Paul Langemak, einstmaliger Hauptakteur der annexionistischen und einen Verständigungsfrieden ablehnenden Deutschen Vaterlandspartei, setzten eher auf lokale Gedenktage. Diese sollten nationalen Zusammenhalt erwecken in einer Zeit, in der, so Langemaks Wahrnehmung, das deutsche Vaterland die durch die Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges auferlegte Schmach zu erleiden hatte. Langemak plädierte deshalb dafür, den traditionellen „Wallensteintag" als Ersatz für nicht mehr opportune Feiertage wie zum Beispiel Kaisers Geburtstag oder den „Sedantag" anzusehen. Der nach einer kriegsbedingten Pause ab 1920 wieder jährlich gefeierte „Wallensteintag" erinnerte an die Wiederkehr eines Ereignisses aus dem Dreißigjährigen Krieg, als das Wallensteinsche Heer am 24. Juli 1628 angesichts der dänischen und schwedischen Waffenhilfe die Belagerung der Stadt aufgab und unverrichteter Dinge abziehen musste, ein Tag, der vor allem als Sieg des Protestantismus gefeiert wurde.[17]

Republikanisches Gedenken: Der Verfassungstag

Obwohl die Reichsregierung bereits Ende 1919 den 11. August als Nationalfeiertag ins Auge gefasst hatte, gelang es in den Jahren der Weimarer Republik nicht, diesen Tag, an dem Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) die neue Verfassung der Republik unterzeichnet hatte, als Feiertag gesetzlich zu verankern. Mit Ausnahme der SPD und der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) wollte sich niemand in Form eines Feiertages zur republikanischen Verfassung bekennen. Auch das mit Sozialdemokratie und Demokraten in Koalitionen verbundene katholische Zentrum konnte sich dazu nicht entschließen. Die nationalliberale DVP stellte sich zwar auf den Boden der Verfassung, mochte sie aber nicht auch noch feiern, und die rechts davon stehenden Parteien, allen voran die DNVP, Völkische und später die Nationalsozialisten lehnten ein solches Ansinnen grundsätzlich ab.

Tragende gesellschaftlich-kulturelle Organisationen wie die evangelische Kirche bekundeten nur in Ausnahmefällen ein positives Verhältnis zur Verfassung,

16 So die Mitteilung Otto Kortüms auf der vom Reichsbanner veranstalteten zentralen vorpommerschen Verfassungsfeier am 15.8.1926, siehe Die Verfassungsfeier für Vorpommern, in: Der Vorpommer, Nr. 190, 17.8.1926.

17 Siehe Der Vorpommer, 27.7.1920; Detlev Brunner: Gespaltene Stadt. Zwei Feiertage im Sommer 1928, in: Stralsunder Hefte für Geschichte, Kultur und Alltag, 2009, S.19-21.

entsprechend reserviert bis ablehnend reagierte der organisierte Protestantismus auf die Einführung eines republikanischen Feiertages. Das Evangelische Gemeindeblatt für Stralsund gab noch im Jahre 1928 zu verstehen, dass es im Hinblick auf die republikanische Verfassung eher die Einrichtung eines „Trauertages" oder „Bußtages" für angezeigt halte, einen Tag, an dem man Gott bitten solle, „er möchte uns unseres Volkes Einigkeit wieder schenken und einen neuen Aufstieg aus der Knechtschaft". Überhaupt wollte das protestantische Organ „lieber auf Gott warten, der uns geben kann, wonach unser Herz verlangt."[18]
Auch seitens der Länder des Deutschen Reiches zeigte sich Ablehnung. Bayern verweigerte sich den Verfassungsfeiern von Anfang an, Württemberg seit 1924.[19] Die aus einer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum gebildete preußische Regierung jedoch veranlasste seit 1922 die Durchführung von behördlichen Feiern am 11. August. Dr. Hermann Haussmann (DDP), Regierungspräsident von Stralsund und in dieser Eigenschaft Vertreter des preußischen Staates, lud deshalb am 8. August 1922 erstmals zu einer Verfassungsfeier ein.[20] Diese Feier verlief in ihrem offiziellen Teil nach einem Muster, das im Wesentlichen auch in den folgenden Jahren beibehalten wurde. Vertreter aus Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft verfolgten im Stralsunder Stadttheater eine Festveranstaltung, die aus musikalischer Umrahmung, Rezitationen und einer Festrede als Hauptprogrammpunkt bestand.

Der 11. August in Stralsund

Während zu den Verfassungsfeiern der Jahre 1922 und 1923 nur wenig Informationen vorliegen, erhielt der Verfassungstag im Jahre 1924 erstmals stärkeres Gewicht, und dies aus mehreren Gründen. Zum einen wurde die offizielle Feier gleichzeitig als Gedenkfeier für die im Weltkrieg Gefallenen ausgestaltet, zweitens trat in diesem Jahr erstmals die im Februar 1924 gegründete republikanische Schutzorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" auf, und drittens sprach auf der offiziellen Feier im Stadttheater Thomas Mann als Festredner. Schon im Vorfeld der Feierlichkeiten gab es die in Stralsund üblichen Auseinandersetzungen zwischen konservativem Bürgertum und Anhängern der Republik. Im Stadtparlament, dem „Bürgerschaftlichen Kollegium", erklärte der Fraktionsvorsitzende der von allen bürgerlichen Parteien und Vereinen mit Ausnahme der

18 Der 11. August Nationalfeiertag?, in: Evangelisches Gemeindeblatt für Stralsund, Nr. 30, 22.7.1928, S.239. Zur Haltung der evangelischen Kirche siehe Karl-Heinz Fix: Die deutschen Protestanten und die Feier der Weimarer Reichsverfassung, in: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen, 2003, H. 21, S.53-79.
19 Siehe ebenda, S.57; zur Auseinandersetzung betr. Verfassungstag siehe u. a. Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989; sowie den einleitenden Überblick in Petra Weber: Goethe und der „Geist von Weimar". Die Rede Werner Thormanns bei der Verfassungsfeier in der Paulskirche am 11. August 1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 46 (1998) 1, S.109-135.
20 Siehe Einladungsschreiben Haussmanns, 8.8.1922, StaSt, Rep. 29/1552, Bl. 1.

Linksliberalen getragenen „Arbeitsgemeinschaft", der Deutschnationale Paul Langemak, seine Fraktion lehne die Verfassung ab und werde sich deshalb nicht am Verfassungstag beteiligen. Der in Stralsund erscheinende sozialdemokratische „Vorpommer" bemerkte hierzu, dass diese bürgerliche Fraktion auch von republikanischen Parteien wie dem Zentrum gestützt werde und zudem Beamte der Republik sich als Abgeordnete darunter befänden. Wie vertrage sich deren Eid auf die Verfassung mit der Ablehnung eben dieser?[21]

Doch dieser Konflikt stellte sich für die In-Rede-Stehenden offenkundig nicht. Im Gegenteil, das pommersche Parteiblatt der DVP bekannte sich ausdrücklich zu einer taktischen Haltung, die die Verfassung als Handlungsgrundlage anerkannte, aber ein feierliches Bekenntnis zur Verfassung ausschloss. Denn, wer die Verfassung verändern und reformieren wolle, müsse sich erst einmal auf deren Boden stellen. Alles andere sei Desperado-Politik, wie der Kapp-Putsch 1920 und der Hitler-Putsch 1923 gezeigt hätten. „Für die rechtsgerichteten Politiker wird es sich in Zukunft darum handeln, die Auswüchse des demokratisch-parlamentarischen Systems zu beseitigen und der neuen Verfassung auf dem verfassungsmäßigen Wege den Inhalt und die Form zu geben, die ihr gegeben werden muß, wenn sie in Wahrheit als eine deutsche Verfassung und nicht als ein Abklatsch der westlich-parlamentarischen Regierungsform angesprochen werden soll. Es gilt hier die Fäden wieder zu knüpfen, die im Herbst 1918 gewaltsam zerrissen worden sind."[22] Was hier anklang, wurde seitens der nationalistischen und völkischen Rechten stets als Vorwurf gegen die Verfassung wiederholt: Sie entspreche nicht „deutschem Geist", sei gar „Judenwerk".

Thomas Mann, dessen Roman „Der Zauberberg" 1924 erschien und der sich seit der Ermordung des Außenministers Walter Rathenau 1922 bewusst und öffentlich zur Republik bekannte, ging in seiner Rede gegen eben diese antisemitischen Verunglimpfungen vor. Mann sah in der Verfassung „ein deutsches Lebenszeichen", eine „Kundgebung von Lebenswillen und Lebensbegabung von erstaunlichster und bewunderungswürdigster Art, in Anbetracht der fast lebensunmöglichen Umstände, unter denen sie geschaffen wurde".[23]

Dass ausgerechnet Mann, der Literaturnobelpreisträger von 1929, als Redner für die Stralsunder Feier gewonnen wurde, war einem Zufall zu verdanken. Mann weilte bei Gerhart Hauptmann auf dessen Sommersitz auf Hiddensee, als Regierungspräsident Haussmann mit einer gewerkschaftlichen Jugenddelegation Hauptmann im Juli 1924 seine Aufwartung machte. Offenbar bat der Regierungspräsident bei diesem Anlass Mann um die Rede. Mann selbst war auf diesen Auftritt wenig vorbereitet. Er improvisierte, verlas im Wesentlichen einen in der

21 Siehe Fraktion Arbeitsgemeinschaft und Verfassungsfeier, in: Der Vorpommer, Nr. 191, 16.8.1924.

22 Dr. W. Rochlitz: Verfassungsbekenntnis und staatsbürgerliche Erziehung, in: Pommern-Stimmen, Nr. 22, 14.8.1924, S.169.

23 Zit. nach: Thomas Mann. Gesammelte Werke. Frankfurter Ausgabe, hrsg. v. Peter de Mendelssohn, Bd.: Von Deutscher Republik. Politische Schriften und Reden in Deutschland, Frankfurt/Main 1984, S.206-211, hier S.206.

„Frankfurter Zeitung“ zum Verfassungstage veröffentlichten Beitrag und fügte einige Worte zu Ehren der Weltkriegsgefallenen hinzu.[24]

Manns Worte ernteten dennoch großes Lob bei Stralsunds Sozialdemokraten. Die Verfassung, so ein Artikel in der Parteipresse, sei „germanisches Werk“[25], ein Gedanke, den auch der preußische Landtagsabgeordnete Christoph König (SPD) aus Swinemünde anlässlich der Reichsbannerfeier am Sonntag, dem 10. August 1924, ausgeführt hatte. König betonte, „daß es echt germanisch sei, wenn die Verfassung sagt, alle Macht wurzele im Volke. Gerade die Germanen wählten die Führer eines Volkes, ihr Grundsatz war: Volksschicksal in Volkshand!“[26] Am Abend des 12. August 1924 hielt die Stralsunder Organisation des „Reichsbanner“ eine weitere Feier zu Ehren der Verfassung im Gewerkschaftshause ab, für alle „wirklichen Republikaner“, wie der „Vorpommer“ betonte.[27] Thomas Mann und Regierungspräsident Haussmann waren auch hier zu Gast. Haussmann nahm noch einmal Bezug auf die Rede Thomas Manns vom Vortag und hob das Reichsbanner lobend hervor.

Dies war ein wichtiges Bekenntnis des liberalen Regierungspräsidenten, hatten doch am Verfassungstag Nationalsozialisten und Völkische Übergriffe auf Heimkehrer von den republikanischen Versammlungen verübt.[28] Und vermutlich beabsichtigte Haussmann auch eine Art Wiedergutmachung, denn noch wenige Tage zuvor hatten SPD und Gewerkschaften den Regierungspräsidenten heftig wegen des Verbotes einer für den 7. August 1924 angekündigten Antikriegskundgebung in Stralsund kritisiert. Haussmann hatte der Intervention „besorgter“ Bürger, Vertreter der Kriegervereine, des „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ und des Landbundes nachgegeben und ein Verbot des Stralsunder Polizeidirektors unterstützt. Hintergrund waren Befürchtungen, es könnten sich Ausschreitungen wiederholen, wie sie wenige Tage zuvor in Greifswald von nationalistischen Studenten und „Hakenkreuzlern“ angezettelt worden waren. Dort hatte der französische Sozialist und Kriegsversehrte Jean Gauthier aus Paris am 4. August 1924 unter großem Applaus Karl Kirchmann symbolträchtig die Hände gereicht, als Zeichen deutsch-französischer Versöhnung. Obwohl die Stralsunder Veranstaltung im Gewerkschaftshaus, also in einem geschlossenen Raum der Arbeiterbewegung, stattfinden sollte und die Greifswalder Unruhen ja von rechtsradikaler Seite ausgegangen waren, hielt Haussmann das Verbot aufrecht. Die Polizei setzte das Verbot auch durch, nachdem sich im Garten des Gewerkschaftshauses Menschen „zu einem Glas Bier“ versammelt hatten und Gauthier

---

24 Zu Manns Auftritt in Stralsund siehe Klaus Hermsdorf: Anmerkungen zu Thomas Manns „Rede in Stralsund“, in: Weimarer Beiträge. Zeitschrift für Literaturwissenschaft, Ästhetik und Kulturtheorie, 21 (1975) 9, S.182-189.

25 Verfassungsfeier, in: Der Vorpommer, Nr. 188, 13.8.1924.

26 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in: Der Vorpommer, Nr. 187, 12.8.1924.

27 Der Vorpommer, Nr. 188, 13.8.1924.

28 Deutschvölkische Flegel, in: Der Vorpommer, Nr. 188, 13.8.1924; ein weiterer Bericht „Deutschvölkisches Rowdytum“, in: Der Vorpommer, Nr. 189, 14.8.1924.

einige Worte der Begrüßung sprach. Ein „Denunziant aus der Nachbarschaft“ hatte die Polizei verständigt.[29]

Beilage zu „Der Vorpommer“. **Donnerstag den 7. August 1924**

Gegen den Krieg!

10 Jahre Völkermorden

liegen hinter uns. Alle Welt lechzt nach Frieden. 5 Jahre Morden, Tod und Verderben und 5 Jahre Hungerkrieg gegen die Arbeiterklasse.

Mehr denn

1½ Millionen deutscher Brüder wurden gemordet

Millionen Existenzen vernichtet, unzähliges Familienglück zerstört, zerrissen und schon wieder sind nationale Hetzer am Werk, das Volk

in neues Elend, in den neuen Tod hineinzutreiben.

In Greifswald fand eine gewaltige Kundgebung für den Frieden statt. Die nationalistischen Kreise toben und geifern. Das Hetzblatt aus der Mönchstraße schreibt von „Franzosenschmach in Greifswald“ und begeistert sich, daß französische und deutsche Friedensfreunde einander begrüßen.

Man phantasiert von „flammenden Protesten der nationalen Kreise“. Wenn die 50 dummen Jungen, die auf der Ballustrade der Stadthalle in Greifswald ihre patriotischen Lieder gröhlten, die „Nationalen Kreise“ darstellen, so gratulieren wir dazu.

Es sollte der greise Vorkämpfer für den Frieden, Barbusse, sprechen. Wegen einer Erkrankung desselben sprach ein anderer Franzose.

Das Bild Barbusses hängt im Hörsaal in der Universität in Greifswald und heute speit man Gift und Galle, und fordert die Frauen auf, die Friedensfreunde anzuspeien.

Jedes Wort ist zu schade für dieses skrupellose Gesindel.

Arbeiter, Angestellte, Beamte

sorgt für Massen-Besuch

der heute abend **im Gewerkschaftshaus in Stralsund** stattfindenden Versammlung.

Kein Freund des Friedens darf fehlen! **Es ist genug des Jammers und des Elends!**

Auch in Stralsund werden nationale Hetzer denselben Rummel und dieselben Störungen wie in Greifswald versuchen.

Sie müssen eine solche Antwort erhalten, daß ihnen die Freude hieran für immer vergeht!

Das Versammlungslokal wird um 7 Uhr geöffnet und bitten wir alle Besucher, sich **rechtzeitig einzufinden, da mit Massenandrang** zu rechnen ist.

Die Aufrufe der Sozialdemokratie und des Reichsbanners für die Demonstration am 10. August 1924 standen unter dem Motto „Für die Republik. Gegen Monarchismus. Für Völker-Verständigung. Gegen Völkerverhetzung und Reaktion!“[30] Gerade vor dem Hintergrund des zehnten Jahrestages des Kriegsbeginns im August 1914 und des Gedenkens an die Gefallenen hätte eine gemeinsame Kundgebung von Deutschen und Franzosen ein starkes Signal für die Aussöhnung und für den pazifistischen Gehalt der Republik bedeutet – doch dies zu demonstrieren wurde den sozialdemokratischen Republikanern in Stralsund

29 Zu den Ereignissen in Greifswald am 4.8.1924 siehe Der Vorpommer, Nr. 182, 6.8.1924; sowie die „amtliche Darstellung“ in Nr. 186, 10.8.1924. Zu den Vorkommnissen in Stralsund siehe Der Vorpommer, Nr. 184, 8.8.1924 bis Nr. 186, 10.8.1924.

30 Siehe Anzeige in: Der Vorpommer, Nr. 186, 10.8.1924.

untersagt. Jene Kräfte, die im Verhältnis zu den einstigen Kriegsgegnern weiterhin auf Konfrontation setzten und von „Franzosenschmach" sprachen, konnten triumphieren. Es waren eben diese Kräfte, die auch die Republik ablehnten und sich am 11. August ritualisiert antirepublikanisch verhielten.

Bei aller Einvernehmlichkeit, die sich auf Stadtebene mitunter zwischen den politischen Fronten auch einstellen konnte, zeichnete die Haltung zur Republik und zu ihren Symbolen eine deutliche Trennlinie in der städtischen Gesellschaft. Den Anordnungen der preußischen Regierung zur Abhaltung der Verfassungsfeier stellte sich der gemäßigt konservative Rat der Stadt nicht entgegen, wie etwa der Greifswalder Magistrat, der 1928 eine Beteiligung an der Verfassungsfeier ablehnte.[31] Doch über das geforderte Mindestmaß hinaus wollte sich der Magistrat keinesfalls engagieren. Die Anfrage Haussmanns an den seit 1927 der DNVP angehörenden Oberbürgermeister Carl Heydemann im Jahre 1930, ob er nicht die Festrede bei der Verfassungsfeier halten wolle, beantwortete das Stadtoberhaupt negativ.

Als Festredner traten parteilose, überwiegend der DDP nahestehende oder dieser Partei angehörende Intellektuelle auf, neben dem bereits erwähnten Thomas Mann zum Beispiel der Greifswalder Altphilologe Konrat Ziegler (1927) oder der Psychotherapeut und Kunsthistoriker Hans Prinzhorn (1928). Ansonsten war man auf parteipolitischen Proporz bedacht. 1929 hielt Regierungspräsident Haussmann selbst die Festrede, und 1930 trat mit dem Stettiner ADGB-Bezirkssekretär Arthur Zabel erstmals ein Sozialdemokrat beim Festakt im Stadttheater auf. 1931 übernahm, auch dies eine Premiere, ein Mitglied der Deutschen Volkspartei die Festrede, der Staatswissenschaftler und Greifswalder Ordinarius Karl Muhs. Gegenüber sozialdemokratischen Protesten, die in dieser Rednerwahl ein falsches, republikdistanziertes Signal sahen, beschwichtigte der linksliberale Regierungspräsident. Muhs gehöre dem „linken" Flügel der DVP an und bekenne sich eindeutig zur Republik.[32]

Neben die im geschlossenen Raum abgehaltenen Festakte traten seit 1924 Kundgebungen und Demonstrationen von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Reichsbanner, die das Bekenntnis zur Republik offensiv durch öffentliche Präsenz unterstreichen sollten. 1926 hielt das Reichsbanner am Wochenende nach dem Verfassungstag eine große Verfassungskundgebung in Stralsund ab. Neben dem Reichsbanner beteiligten sich Gewerkschaften, SPD und Arbeitersportler aus ganz Vorpommern an der zweitägigen Veranstaltung, die in einem Festzug und einer Kundgebung auf dem Alten Markt mit 4.000 Teilnehmern ihren Höhepunkt fand. Musikkapellen, republikanische und rote Banner verliehen dem Zug ein „farbenprächtiges Bild". Es sprachen Johannes Stelling, Reichstagsabgeordneter und Mitglied des SPD-Parteivorstandes, und der ehrenamtliche Stralsunder Ratsherr Otto Kortüm (SPD). Als Vertreter des preußischen Staates

31 Siehe Der Vorpommer, Nr. 184, 8.8.1928.

32 Der Regierungspräsident an die SPD, Ortsverein Stralsund, 31.8.1931, gez. Haussmann, NL Fank/Rostock, Ordner 4.

nahm der Stellvertreter des Regierungspräsidenten, Vizepräsident Freiherr von Rössing, teil. Bürgerliche Vertreter der Stadt blieben der Veranstaltung fern und hatten es abgelehnt, ein Grußwort an die Versammelten zu richten oder gar der Republik zu Ehren zu flaggen, mit der Begründung, das Reichsbanner sei eine politische Organisation. Kortüm ging deshalb mit der „reaktionären Stadtverwaltung" hart ins Gericht. Wenn irgendein „Kriegervereinsrummel" stattfinde, werde selbstverständlich geflaggt. „Diese Reaktion unter deutsch-nationaler Führung, unter der schwarz-weiß-roten Partei- und Mörderfahne ist nach Ansicht des Rates unpolitisch."[33]

Im zehnten Jahre der Republik

Kortüms scharfe Kritik an der antirepublikanischen Haltung des bürgerlich-konservativ beherrschten Magistrats der Stadt blieb kein Einzelfall. Zwei Jahre später erreichten die Auseinandersetzungen zwischen Republikbefürwortern und Anti-Republikanern in der Stadt eine Steigerung, die sich zur Krise zwischen dem Oberbürgermeister und dem in Stralsund residierenden Regierungspräsidenten Haussmann auszuweiten drohte.

Im zehnten Jahr der Republik entschied Haussmann, den Verfassungstag in größerem und vor allem im öffentlichen Rahmen zu begehen. Anders als sonst üblich, hatte Haussmann die republiktreuen Organisationen, allen voran das „Reichsbanner", die SPD und die Gewerkschaften in die Vorbereitungen des Verfassungstages einbezogen. Der Festakt im Stadttheater wurde um einen Fackelzug erweitert, der durch die Stadt zum Alten Markt führte.

Dem Auftrieb der republikanischen Sache, der sich in den Ergebnissen der Reichstagswahlen 1928 und der Bildung der sozialdemokratisch geführten „Großen Koalition" in Berlin niedergeschlagen hatte, folgte auch in Stralsund das Bestreben, verstärkt für die Republik zu werben. Die Veranstaltung sollte, so ein Flugblatt der Sozialdemokraten, „zu einer machtvollen Kundgebung für die Republik werden".[34] Im Reichstag hatte Carl Severing (SPD), nun Reichsinnenminister, am 10. Juli 1928 erneut und wiederum vergeblich für die Erhebung des 11. August zum Nationalfeiertag plädiert.[35]

Die deutschnationale Presse Stralsunds lamentierte: „Echte Feiertage entstehen aus dem Zusammenhange von tiefen Empfindungen in der Bevölkerung, sei es aus der Erinnerung an eine überragende Tat, an ein erschütterndes Ereignis, an etwas, das Teilnahme erzeugt, Bewunderung auslöst, oder stolze Gefühle wachruft. Niemand kann behaupten, daß der Verfassungstag von Weimar zu besonderem Jubel berechtigte." Der Stralsunder Kreisverein der Deutschnationalen Volkspartei rief in derselben Ausgabe des „Stralsunder Tageblatts" zum Boykott

33 Die Verfassungsfeier für Vorpommern, in: Der Vorpommer, Nr. 190, 17.8.1926.

34 Massen heraus zur Verfassungsfeier 1928!, StaSt, Rep. 29/1552, Bl. 122.

35 Siehe Friederike Schubart: Zehn Jahre Weimar – Eine Republik blickt zurück, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004, S.134-159, hier S.135f.

der Feierlichkeiten auf: „In Stralsund lehnt der weitaus größte Teil der Bevölkerung die Feier des Verfassungstages schon um deswillen ab, weil durch diese Verfassung – ganz abgesehen von allen sonstigen schweren Bedenken gegen ihren Inhalt – uns die schwarz-weiß-rote Fahne und die monarchische Staatsform genommen worden sind. Wir können die hiesige Regierung zwar nicht daran hindern, die von oben her befohlenen Veranstaltungen durchzuführen, wir erwarten aber, daß die weiten Kreise der Bevölkerung, welche diese Feier für unangebracht halten, sich nicht daran beteiligen, auch nicht als neugierige Zuschauer."[36]

3.000 Republikaner ließen sich in Stralsund von dieser Boykottdrohung nicht abhalten und folgten dem Aufruf zu Fackelzug und Kundgebung. Der Balkon des alten Stadttheaters war mit bengalischem Feuer illuminiert, neben Regierungspräsident Haussmann stand der Redner dieser Kundgebung, der preußische Landtagsabgeordnete und Arbeitersekretär Karl Kirchmann (SPD). Umrahmt von Musikstücken und Sprechchören beschwor Kirchmann in seiner Rede die Ideen der Demokratie und der Republik, die er gegen Monarchie und Diktatur, auch jener in Sowjetrussland, abhob. In seiner Kritik an den Gegnern der demokratischen Republik sparte er die Verhältnisse vor Ort nicht aus: „Auch in Stralsund ist die Reaktion in der Stadtverwaltung noch Trumpf." Im Stadtparlament herrsche eine „kleine Interessenclique". Als aus der Menge der Zuruf „Heydemann!" erscholl, ergänzte Kirchmann, jawohl, auch der Oberbürgermeister Heydemann sei „einer von den Vernunftrepublikanern, die im Herzen schwarz-weiß-rot sind, aber immer zur rechten Zeit auf die rechte Seite fallen."[37]

Heydemann, der sich die Äußerungen Kirchmanns von Augen- und Ohrenzeugen zutragen ließ und in der sozialdemokratischen Presse verifiziert fand, beschwerte sich daraufhin bei Haussmann. Besonders bedenklich fand es der Oberbürgermeister, dass Haussmann gegen die harsche Kritik des Sozialdemokraten nicht eingeschritten sei.[38] Haussmann bedauerte im persönlichen Gespräch zwar die Vorkommnisse, doch dies genügte dem Stadtoberhaupt nicht. Der Regierungspräsident sollte sich offiziell von der Rede Kirchmanns distanzieren.[39] Haussmann entgegnete mit Kritik an der Haltung der DNVP, der Heydemann und weitere Ratsmitglieder angehörten oder nahestanden, und verwies auf

36 Stralsunder Tageblatt, Nr. 187, 10.8.1928.

37 Fred Hermann Deu: Zwei Fackelzüge und ihre Bedeutung. Verfassungstag und Wallensteinfest, in: Der Vorpommer, Nr. 190, 15.8.1928.

38 Zur Einschätzung der Rechten, Haussmann stehe zu eng mit der SPD, namentlich Kirchmann in Verbindung, siehe Dirk Schleinert: Hermann Haussmann, letzter Regierungspräsident von Stralsund und Vertreter der Büroreform. Eine biographische Skizze, in: Henning Rischer/Martin Schoebel (Hrsg.): Verfassung und Verwaltung Pommerns in der Neuzeit. Vorträge des 19. Demminer Kolloquiums zum 75. Geburtstag von Joachim Wächter am 12. Mai 2001, Bremen o. J., S.151-160, hier S.158.

39 Siehe den Protokollvermerk vom 20.8.1928, gez. von Heydemann und Viernow, sowie den auf diesem Vermerk fußenden Ratsbeschluss vom 21.8.1928 mit dem Text des Schreibens an Haussmann, StaSt, Rep. 29/1552, Bl. 128-131.

die politische Instrumentalisierung durch den nationalistischen Frontkämpferbund „Stahlhelm“ bei anderen Gelegenheiten.[40]

Dem Ende entgegen

Das zehnjährige Jubiläum der Verfassungsverkündung 1929 fiel auf einen Sonntag und wurde mit Wettkämpfen, „Verfassungsgottesdiensten“ in den Kirchen und einem Festakt in der großen „Katharinenhalle“ begangen. Im Anschluss bot die Marinekapelle „Platzmusik“ auf dem Alten Markt. Ein Ummarsch durch die Stadt mit Abschlussfeier auf dem Alten Markt fand am Vorabend statt.[41] Die offiziellen Veranstaltungen waren weniger sozialdemokratisch als im Vorjahre geprägt. Selbst von der protestantischen Kirche waren verhalten versöhnliche Worte zur Verfassung zu vernehmen. Pastor Otto Haendler gab in seiner Predigt zum Verfassungstag zu verstehen, dass Gesetze und Verfassung der Rechtsboden seien, der für ein geordnetes und fruchtbares Leben notwendig sei. „Wir wissen, welchem wirren Chaos vor zehn Jahren die Verfassung ein Ende bereitet hat. Deshalb hat sich die evangelische Kirche um der Ordnung Gottes willen auf den Rechtsboden der Verfassung gestellt.“[42]

Im Folgejahr erhielt der Verfassungstag durch die Kombination mit den Rheinlandbefreiungsfeiern eine deutlich nationale Note. Am 30. Juni 1930 waren die alliierten Truppen aus dem infolge des Ersten Weltkrieges besetzten Rheinland abgezogen. Die preußische Staatsregierung empfahl, diesen Anlass gemeinsam mit dem Verfassungstag festlich zu begehen. Außerhalb der offiziellen Festakte sollte, so die Anregung der preußischen Regierung weiter, „für eine möglichst volkstümliche Feier des Verfassungstages Sorge“ getragen werden.[43] Einen durchaus unterhaltenen Charakter hatte die mittlerweile übliche Reichsbanner-Verfassungsfeier am sonntäglichen Vorabend des 11. August 1930. Die Feier fand im Gewerkschaftshaus statt, veranstaltet wurden Preisschießen, Gesang, ein Feuerwerk und Tanz bis zur Polizeistunde.[44]

Trotz der aus Sicht der konservativen Stadtväter misslichen Erfahrungen des Jahres 1928 wurde 1930 wiederum ein Fackelzug im Anschluss an den offiziellen Festakt im Stadttheater veranstaltet, der auf dem Alten Markt endete. Und wiederum trat hier wie schon zuvor im Stadttheater mit dem Stettiner Arthur Zabel ein prominenter Sozialdemokrat als Redner auf. Zabel verquickte patriotische Aspekte mit republikanischen und demokratischen Werten. Er hob die Errungenschaften und Leistungen Deutschlands hervor, die „nicht zum wenigsten seiner in Weimar geschaffenen republikanisch-demokratischen Staatsordnung“ zu danken seien. Und er ließ das Bekenntnis zur Republik in dem Ausspruch

40 Siehe Der Regierungspräsident an Bürgermeister und Rat, Stralsund, den 3.12.1928, gez. Dr. Haussmann, StaSt, Rep. 29/1552, Bl. 144f.

41 Siehe Festfolge zur Verfassungsfeier, StaSt, Rep. 34/41, Bl. 8.

42 Evangelisches Gemeindeblatt für Stralsund, Nr. 34, 18.8.1929, S.272.

43 Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung, Ausgabe B, Nr. 26, 25.6.1930, S.563f., sowie Ausgabe B, Nr. 27, 2.7.1930, S.589.

44 Siehe Reichsbanner-Verfassungsfeier, in: Der Vorpommer, Nr. 185, 11.8.1930.

gipfeln: „Wer der Weimarer Verfassung die Achtung versagt, versagt sie dem deutschen Volke. Wer sie beschimpft, beschimpft das deutsche Volk.“ Dies war an die Adresse jener Kräfte gerichtet, für die der Verfassungstag seit seinem Begehen Anlass für Tiraden auf die neue Staatsordnung seit 1918/19 war. Zabel sparte nicht mit weiterer Kritik an eben jenem Klientel, das seiner Meinung nach für den „Zusammenbruch“ 1918 verantwortlich war. Es waren, so Zabel, nicht jene, „die in heldenmütiger Abwehr an der Front“ gestanden hatten, und ebenso wenig sei „die Heimat“ schuld an der Kampfunfähigkeit des Heeres gewesen, nein „die oberste Heeresleitung selbst war es, die den Ruf nach Waffenstillstand erhob“. Zabel wies damit in aller Deutlichkeit die sogenannte „Dolchstoßlegende“ zurück, die in Stralsunds Bürgertum verbreitet war und auch von einer ihrer Identifikationsfiguren, dem als „Ersatz-Kaiser“ verehrten, amtierenden Reichspräsidenten Paul von Hindenburg kolportiert worden war.

Zabel rief abschließend dazu auf, bei den kommenden Reichstagswahlen im September 1930 „dafür Sorge zu tragen, daß der Sieg unser werde“ – die vorwiegend den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie angehörigen Zuhörer dürften dies als klaren Hinweis aufgefasst haben: wählt SPD![45] Dies taten am Wahltag auch 7.080 Stralsunderinnen und Stralsunder, was einem Stimmenanteil von 29,4 Prozent entsprach. Zählt man noch die 3,2 Prozent Stimmenanteil hinzu, den die linksliberale DDP errang, so hatte sich nur etwa ein Drittel der stralsundischen Wahlberechtigten für eine der Parteien entschieden, die ein klares Bekenntnis zur Republik abgaben. Die NSDAP errang bereits 22,4 Prozent, dies waren vier Prozentpunkte mehr, als sie auf Reichsebene insgesamt verbuchen konnte.[46]

Dieses Kräfteverhältnis zwischen sozialdemokratischen und liberalen Verfechtern der Republik und ihren Gegnern unterschiedlicher Couleur sollte sich in der Folgezeit noch drastisch verschlechtern. So stand der Verfassungstag im Jahre 1931 ganz unter dem Eindruck des Volksentscheides vom 9. August, den die nationale und nationalsozialistische Rechte unter Einschluss der DVP zur Landtagsauflösung in Preußen eingebracht hatte. Auch die KPD hatte diesen Volksentscheid unterstützt. Es war ein untrügliches Zeichen für die zunehmende Aushöhlung der Republik, dass in Stralsund über die Hälfte der Stimmberechtigten (14.818 von 27.669) für den Volksentscheid stimmte. Zwar scheiterte der Volksentscheid, doch für die sozialdemokratische Presse war das Abstimmungsergebnis in Stralsund der Anlass für eine scharfe Abrechnung. Unter der Überschrift „Das Maß ist voll!“ forderte der „Vorpommer“ am 10. August 1931 eine härtere Gangart gegenüber jenen Herren der Stadtverwaltung, den kommunalen Beamten und Staatsangestellten, die den Weg der Staatsvernichtung beschreiten wollten. „Die Frechheit und Verlogenheit kennt in dem reaktionären Stralsund keine Grenzen.“ Man habe lange Nachsicht geübt, nun sei jedoch die Geduld zu Ende.

45 Zur Ansprache Zabels siehe Geburtstag der Reichsverfassung!, in: Der Vorpommer, Nr. 186, 12.8.1930.

46 Zu den Wahlergebnissen siehe Stralsundische Zeitung, Nr. 217, 15.9.1930, Beilage.

„Rücksichtslos und ungeachtet der verleumderischen Angriffe der Gegenseite werden wir unsere Arbeit in Stralsund fortsetzen. Wir wollen nicht mehr, daß man im Reiche sagt, Stralsund stehe prozentuell an vierter Stelle bei den zum Volksentscheid abgegebenen Stimmen.“[47]

Gleichsam den Beweis antretend, dass die Stralsunder Arbeiterschaft Reaktion und Republikfeinden die Stirn biete, beschrieb der „Vorpommer“ zwei Tage später ein Bild zunehmender Republikbegeisterung. Wie in den Vorjahren hatte das Reichsbanner zum Verfassungstag einen Marsch vom Gewerkschaftshaus zum Alten Markt organisiert, ein Zug, dem sich laut Parteiblatt Tausende angeschlossen hatten. „Immer größer wurde der Zug. Auf den Bürgersteigen staute sich die Menschenmenge. Überall traten neue Republikaner in den Zug und reihten sich ein in den Marsch für die Republik gegen das reaktionäre Stralsunder Bürgertum.“[48]

Die Realität zeigte eine andere Entwicklung. Bereits im folgenden Jahr spielte die Verfassungsfeier nur noch eine randständige Rolle. Die von Kanzler Franz von Papen geführte Reichsregierung hatte im sogenannten „Preußen-Putsch“ die preußische Regierung unter Otto Braun abgesetzt. Zwar zeigte die Presse noch am 5. August 1932 an, dass die amtliche Verfassungsfeier zusammen mit einer Goethefeier im Stadttheater abgehalten werden solle, doch am 10. August 1932 vermeldete der „Vorpommer“, dass der Stralsunder Regierungspräsident die Feier in den Löwenschen Saal des Rathauses verlegt habe. Dieser Saal war erheblich kleiner und fasste nur etwa 300 Besucher. Als Begründung wurde angegeben, dass zum einen die Reichswehrkapelle ihre sonst übliche Mitwirkung versagt habe, da sie auf höhere Anordnung hin eigene Feiern in der Kaserne veranstalte. Außerdem verzichte man wegen befürchteter „Zwischenfälle“ auf eine größere Ausgestaltung der Feier. Das SPD-Blatt kritisierte die Entscheidung als ein Einknicken vor der Reaktion, die die Verfassungsfeiern sowieso abschaffen wolle. Durch die „Nichtöffentlichkeit verschwindet die Verfassungsfeier als werbendes Mittel für die Republik“.[49]

Es sollte die letzte Feier zu Ehren der Weimarer Reichsverfassung sein. Ein Jahr später wurde nicht mehr zur Verfassungsfeier geladen und selbstverständlich entfiel auch die Beflaggung öffentlicher Gebäude aus diesem Anlass.[50] Stattdessen erließ Oberbürgermeister Heydemann am 10. August 1933 eine Verfügung an die Dienststellen der Stadtverwaltung, der zu Folge sich alle Beamten eingehend mit den Grundsätzen der „heutigen“ Staatspolitik und dem Gedankengut des Nationalsozialismus vertraut machen sollten. Zu diesem Zweck übersandte er die Drucksache über die Verhandlungen des Preußischen Landtages vom 18.

47 Das Maß ist voll!, in: Der Vorpommer, Nr. 184, 10.8.1931.

48 Stralsund feierte den Verfassungstag, in: Der Vorpommer, 12.8.1931.

49 Der Vorpommer, Nr. 186, 10.8.1932, Beilage.

50 Siehe den Runderlass des Ministers des Inneren über „Fortfall der Beflaggung am Verfassungstag (11. August)“ vom 20.7.1933, in: Ministerialblatt für die Preußische Innere Verwaltung, Ausgabe B, Nr. 40, 26.7.1933, S.862.

Mai 1933, jener Sitzung, in der gegen die Stimmen der SPD ein preußisches Ermächtigungsgesetz analog zu jenem auf Reichsebene verabschiedet worden war. Ferner empfahl er die Lektüre von Adolf Hitlers „Mein Kampf", das in der Stadtbibliothek in mehreren Exemplaren vorhanden und ausleihbar sei.[51]

In der genannten Druckschrift zu den Verhandlungen des Landtages war auch die mutige Rede des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Paul Szillat enthalten, der sich namens der SPD der Annahme des Gesetzes verweigert hatte. Szillat hatte darin auch die Verhaftungen und Zwangsmaßnahmen durch die Nationalsozialisten erwähnt. Ob der deutschnationale Oberbürgermeister, dessen Partei für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte, auch auf diesen Inhalt verweisen wollte, bleibt fraglich. Immerhin konnten die städtischen Bediensteten Szillats Kritik ebenfalls der empfohlenen Lektüre entnehmen.

Am Ende der Republik waren ihre Verteidiger in Stralsund wie auch anderswo in eine aussichtslose Minderheitenposition geraten. Das Festhalten an rechtsstaatlichen und verfassungskonformen Grundsätzen, wie sie Stralsunds Sozialdemokraten noch im nationalsozialistisch beherrschten Stadtparlament am 5. April 1933 an den Tag legten, blieb wirkungslos. Die Sozialdemokratische Fraktion hatte das Gelöbnis auf „unseren alleinigen Führer" abgelehnt. Dies, so der Fraktionsvorsitzende August Streufert, könne die SPD nicht mitmachen, und außerdem entspreche diese Praxis nicht der geltenden Geschäftsordnung. Der nationalsozialistische Vorsitzende schloss daraufhin die SPD von den Sitzungen des Parlaments aus.[52] Das einzige kommunistische Mandat im Stadtparlament war von vornherein annulliert worden.

Ob Verteidiger oder Gegner der Republik, unter der Parole der „Vernichtung des Marxismus" waren es wie im Deutschen Reich insgesamt auch in Stralsund vor allem Vertreter der Linken, die frühzeitig der nationalsozialistischen Verfolgung ausgesetzt waren. Allein in den Monaten März und April 1933 nahm die Polizei insgesamt 81 Haussuchungen bei potenziellen Nazi-Gegnern vor.[53] In einer „Großrazzia" am Morgen des 16. Juni 1933 wurden 20 stadtbekannte Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet, darunter Karl Kirchmann.[54] Kirchmann kam in den Jahren des NS-Regimes noch mehrmals in Haft, zuletzt im August 1944 im Zuge der Massenverhaftungen nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944. Auch August Streufert wurde im August 1944 verhaftet. Er starb am 26. Dezember 1944 im KZ Neuengamme.[55]

---

51 Siehe Stralsund, den 10. August 1933, gez. Bürgermeister und Rat, Heydemann, hier an Stadtamtmann Knegendorf, Rechnungsprüfungsamt, StaSt, Rep. 29/147, Bl. 212.

52 Siehe Zeitungsausschnitt, Stralsunder Tageblatt (o. D.), April 1933, NL Fank/Rostock, Ordner 5.

53 Siehe 81 Haussuchungen in 8 Wochen, in: Stralsunder Tageblatt, 28.4.1933, in: Materialsammlung „Die Demokratenverfolgung I", NL Fank/Rostock, Ordner 5.

54 Siehe Groß-Razzia in Stralsund, in: Stralsunder Tageblatt, 16.6.1933, 1. Beilage.

55 Siehe zu Kirchmann und Streufert Klaus Schwabe: Wurzeln, Traditionen und Identität der Sozialdemokratie in Mecklenburg und Pommern, Schwerin 1999, S.53, 63f.; zu Streufert siehe außerdem Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokra-

Stralsund war keine Ausnahme in der deutschen Provinz jenseits der Großstädte und Industriemetropolen. Zwar war die Aversion gegen die Republik und ihre Symbole im mehrheitlich monarchistisch-konservativen Bürgertum der Stadt besonders ausgeprägt, zugleich ragte die Stadt hinsichtlich der Zustimmung zur Sozialdemokratie aus ihrem agrarisch geprägten Umfeld heraus. Auch dies war nicht untypisch für die wenigen urbanen Zentren im ostelbischen Raum.[56] Am Beispiel Stralsunds wird das Grundproblem der ersten deutschen Demokratie deutlich. Der fehlenden Akzeptanz der Demokratie und der Ablehnung der Perspektive einer sozialen Republik, die maßgebliche Teile der wirtschaftlichen und geistigen Eliten und breite Kreise des Bürgertums von Anfang an an den Tag legten, stand eine zunehmend geringer werdende Schar von Verteidigern und Befürwortern gegenüber. Sie rekrutierten sich zuletzt fast ausschließlich aus den Reihen der Sozialdemokratie, die ihrerseits wiederum mit der linken Konkurrenz der ebenfalls republikfeindlichen KPD zu kämpfen hatte. Trotz phasenweiser Beruhigung der politischen Szene in den mittleren Jahren der Republik entstand kein Mehr an Zustimmung, sondern zunehmend radikalisierte Ablehnung der Republik. Zwischen dem Geist der Verfassung und der Verfassungsrealität bestand ein wachsendes Missverhältnis, das vor allem in der Endphase der Republik zutage trat. Die beständigen Kämpfe um Symbole und Gedenktage waren Ausdruck dafür. Der sang- und klanglose Niedergang des Erinnerns an die Verfassungsgebung war Beispiel für die Aushöhlung der Republik, deren Prinzipien zuletzt nur noch formal bestanden und die im Frühjahr 1933 mit Zustimmung der letzten verbliebenen bürgerlichen Demokraten außer Kraft gesetzt wurden.

tie im 20. Jahrhundert, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Marburg 2000, S.321.

56 Siehe z. B. die Situation in Güstrow, dazu Detlev Brunner/Fred Mrotzek/Werner Müller: „Unser Kampfgruß heißt Freiheit“. Sozialdemokratie in Güstrow. Von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert, Rostock 2007, S.62-108.

Dokumentarisches

Clara Zetkins Vernehmungen zur Verbreitung des Flugblattes „Frauen des arbeitenden Volkes!“ 1915

Eckhard Müller

Clara Zetkin wurde am 29. Juli 1915 in ihrem Haus in Sillenbuch bei Stuttgart verhaftet und ins Amtsgefängnis II von Karlsruhe überführt. Dort wurde sie beschuldigt, Landesverrat begangen zu haben, indem sie „im Jahre 1915 im Inlande gemeinschaftlich mit anderen handelnd, ein Flugblatt mit dem Vordruck: ´Frauen des arbeitenden Volkes!´ verbreitet und so durch Handlungen, die einen Anfang der Ausführung des von ihnen beabsichtigten, jedoch nicht zur Vollendung gekommenen Verbrechens enthalten, den Entschluss bestätigt zu haben, als Deutsche während eines Krieges vorsätzlich der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteil zuzufügen“.[1]

Das betreffende Flugblatt war von der Internationalen Frauenkonferenz in Bern im März 1915 als Manifest beschlossen worden. Clara Zetkin, seit 1907 Sekretärin des Frauensekretariats der II. Internationale, hatte die internationalen Initiativen zu einer solchen Konferenz ohne Zustimmung des Parteivorstandes der SPD seit November 1914 organisatorisch und inhaltlich gebündelt und zusammengeführt. Die Leitung der Konferenz lag in ihrer Hand.[2] Der Führer der österreichischen Sozialdemokratie Victor Adler charakterisierte diese Aktivitäten in einem Brief an Karl Kautsky als „einen Versuch, uns durch die Weiber in unabsehbare Schwierigkeiten zu verwickeln – ein Versuch, der übrigens hoffentlich scheitern wird“.[3]

Der Entwurf des Flugblattes „Frauen des arbeitenden Volkes!“ der Berner Konferenz stammte von einer internationalen 14köpfigen Kommission, der u. a. Angelica Balabanoff, Käte Duncker und Martha Arendsee angehörten. An diesem Manifest arbeitete ebenfalls der Schweizer Sozialist Robert Grimm, der sich um die Organisation der Konferenz verdient gemacht hatte, mit. Das einstimmig angenommene Manifest appellierte an alle Frauen: „Frauen des arbeitenden Volkes! Wo sind eure Männer? Wo sind eure Söhne [...] Die Arbeiter haben durch diesen Krieg nichts zu gewinnen, wohl aber alles zu verlieren, was ihnen

---

1 BArch, Nachlass Clara Zetkin, NY 4005/66, Bl. 32f.

2 Siehe Eckhard Müller: Clara Zetkin und die Internationale Frauenkonferenz im März 1915 in Bern, in: Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin, Berlin 2008, S.54-71.

3 Victor Adler an Karl Kautsky, 20. März 1915, in: Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S.617f.

lieb und teuer ist [...] Aber ihr Frauen, die ihr neben der nagenden Sorge um eure Lieben im Felde daheim Not und Elend ertragt, worauf wartet ihr noch, um euren Willen zum Frieden, euren Protest gegen den Krieg zu erheben? Was schreckt ihr zurück? Bisher habt ihr für eure Lieben geduldet, nun gilt es für eure Männer, für eure Söhne zu handeln. Genug des Mordens! Dieser Ruf erschallt in allen Sprachen. Millionen von proletarischen Frauen erheben ihn."[4]

Als Mittel, die den Frauen im Friedenskampf zu Gebote stehen, kamen nach Clara Zetkin in Betracht: Versammlungen, friedliche Kundgebungen, Presse und Propaganda unter den Frauen von Person zu Person, aber nicht die Einwirkung auf die unter der Fahne stehenden Männer. Das Flugblatt zu den Truppen zu bringen und Friedenspropaganda mit revolutionären Mitteln zu betreiben, wie es die Delegierten der Bolschewiki forderten, wäre gefährliche Spielerei und wurde ausdrücklich abgelehnt.[5] Die „Berner Tagwacht", die noch unbeanstandet in Deutschland vertrieben werden konnte, veröffentlichte am 3. April 1915: 1. Den Wortlaut des auf der Konferenz beschlossenen Manifestes gegen den Weltkrieg, das auch in anderen Zeitungen neutraler Staaten zum Abdruck kam und in Deutschland als Flugblatt illegal verbreitet wurde; 2. die von der Konferenz beschlossene Resolution zur Kriegsfrage; 3. einen Artikel der Redaktion über die Konferenz und 4. einen von Clara Zetkin verfassten offiziellen Verhandlungsbericht der Konferenz.

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland entfaltete Clara Zetkin eine breite illegale Propaganda gegen den Krieg. Per Beschluss verurteilten in einer gemeinsamen Sitzung der Parteiausschuss und der Parteivorstand der SPD am 7. April 1915 die Abhaltung der Frauenkonferenz. Clara Zetkin sei eigenmächtig und ohne Zuständigkeit vorgegangen. Die in Bern beschlossenen Dokumente zeigten, dass diese Kundgebung eine Farce sei, da sie das Privatvergnügen einiger Genossinnen gewesen wäre. Die Parteiinstanzen warnten und verboten die Verbreitung der Beschlüsse und Materialien der Berner Frauenkonferenz.[6]

Seit Anfang April 1915 kontrollierte die Polizei per Briefzensur die gesamte Korrespondenz Clara Zetkins, was ihr bewusst war.[7] Am 26. Juni 1915 erließ das

---

4 BArch, NY 4005/107, Bl.15; siehe auch Florence Hervé (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007, S.81-85.

5 Siehe Bericht von Clara Zetkin über die Frauenkonferenz, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, 1914-1945, Bd. 1, Berlin 1958, S.121.

6 Siehe Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921. Hrsg. von Dieter Dowe, Bd. 1, Berlin-Bonn 1980, S.150-159; siehe auch Clara Zetkin an Robert Grimm, 29. April 1915, in: Horst Lademacher (Hrsg): Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz. II. Korrespondenz. Mouton-The Hague-Paris 1967, S.54-57.

7 Siehe Clara Zetkin an Robert Grimm, 9. April 1915, in: Ebenda, S.40; Clara Zetkin an Heleen Ankersmit, 19. April 1915, in: Wilhelm Eildermann: Unveröffentlichte Briefe Clara Zetkins an Heleen Ankersmit, in: BzG, 1967, H. 4, S.673; siehe auch Gerlinde

preußische Kriegsministerium an die oberen Militärbehörden ein Rundschreiben, in dem es u. a. hieß: „In letzter Zeit sind wiederholt Flugblätter und Druckschriften verbreitet worden, die nach Form und Inhalt die bewusste Absicht zeigen, einseitige Parteipolitik in agitatorischer und zum Teil in gewissenloser aufhetzender Weise in das Volk und sogar in die Armee hineinzutragen. Da hierdurch die notwendige Einheitlichkeit unseres nationalen Kampfes gefährdet und unsere Widerstandskraft geschwächt werden kann, muss solcher Agitation mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Druckschriften der bezeichneten Art sind zu beschlagnahmen, ihre Einführung nach Deutschland und ihre Verbreitung sind zu verhindern.“[8]

Nachdem Anfang Juli 1915 in Karlsruhe Verhaftungen von Sozialdemokraten wegen Verbreitung des Flugblattes der Berner Konferenz erfolgt waren, fand bei Clara Zetkin eine Haussuchung nach oppositioneller Literatur statt. Wahrscheinlich in Auswertung ihrer gesamten bespitzelten Korrespondenz, insbesondere mit der niederländischen Sozialistin Heleen Ankersmit, verhaftete die Polizei am 29. Juli 1915 auch Clara Zetkin. Sie übernahm die Verantwortung für den Inhalt und die Drucklegung der Dokumente der Berner Konferenz, nicht aber für deren Verbreitung. An Belastungsmaterial wurden im Laufe des Untersuchungsverfahrens im Auftrag des Oberreichsanwaltes Aussagen in neun Vernehmungen[9], des weiteren der Brief von Clara Zetkin an Heleen Ankersmit vom 22. Mai 1915[10] und ihr Artikel zum Kampf für den Frieden in der Zeitschrift „Die Internationale“ vorgelegt und eingeführt.[11] Wegen Verbreitung des Flugblattes „Frauen des arbeitenden Volkes“ standen ebenso der Buchdrucker Georg Dietrich, der Schmied Bernhard Kruse, der Architekt Willi Zimmer aus Karlsruhe, der Maschinenmeister Hans Tittel, die Schlosser Karl Schwarz und Albert Wintergerst aus Ulm sowie der Redakteur Friedrich Westmeyer aus Stuttgart wegen versuchten Landesverrats und Anreizung zum Klassenkampf unter Anklage. In diesen Verfahren wurde ebenso der Brief Clara Zetkins an Heleen Ankersmit vom 22. Mai 1915 als Beweismaterial eingeführt.[12]

Am 9. August 1915 resümierte Clara Zetkin zu ihrem Untersuchungsverfahren in einem Brief an Robert Grimm: „Ich stehe unter der Anschuldigung des versuchten Landesverrats. Das Verbrechen soll ich begangen haben durch meine Mit-

---

Grahn: Neu aufgefundene Dokumente zur Postüberwachung der deutschen Linken im ersten Weltkrieg, in: Ebenda, 1980, H. 5, S.872-881.

8 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, 1914-1945, Bd. 1, S.190.

9 Die erste Aussage von Clara Zetkin vor dem Untersuchungsrichter am 30. Juli 1915 wurde bereits publiziert in: Ebenda, S.198-200.

10 Siehe Clara Zetkin an Heleen Ankersmit, 22. Mai 1915, in: BzG, 1967, H. 4, S.675-679.

11 Clara Zetkin: Für den Frieden, in: Die Internationale. Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Hrsg. von Rosa Luxemburg und Franz Mehring, Düsseldorf, April 1915, H. 1, S.29-41.

12 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, 1914-1945, Bd. 1, S.201-204.

wirkung an der Berner Konferenz, namentlich aber an der Abfassung und Verbreitung des in der Schweiz gedruckten Manifestes an die Frauen des arbeitenden Volkes. Die Voruntersuchung ist eröffnet, bzw. geht weiter, die weitere Untersuchungshaft ist angeordnet. Wie ich die Sache beurteile, glaube ich, dass der Reichsanwalt das Hauptverfahren beantragen wird, so wenig es mir sachlich begründet erscheint[...] Im Hinblick darauf bitte ich Sie um einige Gefälligkeiten. Es klingt komisch, ist aber so, ich habe weder das Manifest, noch unsere grundsätzliche Resolution, noch einen Bericht über unsere Konferenz. Bitte also, schicken Sie mir sobald als nur möglich und eingeschrieben nach hier: a) 3 Exemplare der ‚Berner Tagwacht' mit dem Bericht, der Resolution und dem Manifest. Schlimmstenfalls 1 Exemplar der ‚Tagwacht', 1 Resolution sowie Manifest in 2 Exemplaren in Maschinenschrift. Sie lassen diese Schriftstücke wie alles bisherige auf meine Kosten abschreiben. b) In 3 oder noch besser in 4 Exemplaren eine Kopie der russischen Gegenresolution. Sie ist wichtig. c) Einige Exemplare der Sympathieerklärung für den Haager Friedenskongress der bürgerlichen Frauen. Lieber Freund Robert, ich weiß, Sie, Ihre liebe Frau und viele Freunde werden sich um meine Gesundheit sorgen. Ihr habt mich ja so krank, geradezu halbtot gesehen. Aber ängstigt Euch nicht[...] Ich kann mich beim besten Willen nicht als ‚Märtyrerin' fühlen [...] Ich hoffe, die Genossinnen aller Länder werden durch meine Verhaftung nicht entmutigt sein, sondern angeeifert werden, ihre ganze Kraft nun erst recht für die gemeinsamen Ideale und die nächsten Aufgaben einzusetzen."[13] Clara Zetkins Anwalt Hugo Haase beantragte im September 1915 wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes ihre Haftentlassung. Nach Stellung einer Kaution, die J. H. W. Dietz übernahm[14], wurde Clara Zetkin am 12. Oktober 1915 wegen ihrer angegriffenen Gesundheit Haftverschonung gewährt, aber weiter streng polizeilich überwacht. Der Haftbefehl und die Verschonung mit Untersuchungshaft gegen Sicherheitsleistung blieben nach einem Urteil des Reichsgerichtes vom Januar 1916 bestehen.[15]

13 Lademacher, Zimmerwalder Bewegung, S.90-92.
14 Siehe Richard J. Evans: Ein Brief Hugo Haases an Clara Zetkin aus dem Jahre 1915, in: IWK (Berlin),1975, H. 1, S.139-141.
15 Siehe BArch, NY 4005/10, Bl. 44-45.

Vernehmungsprotokolle von Clara Zetkin in der Untersuchungshaft wegen „versuchten Landesverrat" vom 29. Juli bis 25. September 1915[16]

[1.]

Großherzogl. Landgericht Stuttgart, den 29. Juli 1915

[Gegenwärtig]
Gr. Landgerichtsrat Dr. Wetzlar als Untersuchungsrichter

Aktuar Kuhn als Gerichtsschreiber

In der Strafsache
gegen die Schriftstellerin Klara Zetkin-Zundel aus des Reichsgerichts Wiederau wegen versuchten Landesverrats erschien- vorgeführte Beschuldigte Frau Klara Zetkin-Zundel
Derselben wurde eröffnet, was ihr zur Last gelegt wurde.
Die Befragung über die persönlichen Verhältnisse ergab Folgendes:
Familienname: Zundel, geborene Eißner genannt Zetkin.
Vorname: Klara Josephine.
Vater: Gottfried Eißner.
Mutter: Josefine Franziska Elisabeth geb. Vitale.
Datum und Ort der Geburt: 5. Juli 1857, Wiederau bei Wechselburg, Rochlitz/Sachsen.
Familienstand: verheiratet mit Georg Friedrich Zundel.
Eheschließung: 1909.
Familienverhältnisse (Kinder): 2 Söhne.
Letzter Wohnort: Sillenbuch Post Degerloch, Stuttgart/Württemberg.
Religionsbekenntnis: konfessionslos.
Alter: 58 Jahre.
Beruf: Schriftstellerin.
Vermögensverhältnisse: kein Vermögen.
Vorbestrafungen: vor Jahren wegen Beleidigung durch die Presse mit unbedeutender Geldstrafe.

16 Im Folgenden werden alle neun Vernehmungsprotokolle nach den hintereinander liegenden amtlichen Schriftsätzen aus dem Bundesarchiv Berlin, Oberreichsanwalt beim Reichsgericht, R 3003/ J 1060/20, Bl. 5-35 vollständig präsentiert (Kopien in: BArch, Nachlass Clara Zetkin, NY 4005/10, Bl. 2-35). Die Vorhaltungen und Fragen des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts, die zumeist nicht protokolliert sind, lassen sich teilweise nur aus den Antworten Clara Zetkins erschließen. Offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert und Einfügungen durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Orthografie und Interpunktion sind modernisiert.

Die Beschuldigte, befragt, ob sie was auf die Beschuldigung erwidern wolle, erklärte:

Ich bin an der Verbreitung des Flugblattes „Frauen des arbeitenden Volkes" unbeteiligt. Ich habe aber an der Berner Konferenz teilgenommen, auf welcher die Abfassung und die Verbreitung des Flugblattes beschlossen worden ist. Mit der Abfassung des Flugblattes wurde eine Kommission von 14 Frauen aus allen vertretenen Ländern betraut.[17] An dieser Kommission habe ich nicht teilgenommen. Die Kommission hat mir das fertige Flugblatt zum Lesen gegeben, um zu prüfen, ob ich es für zweckdienlich halte. Zu einer Änderung des Flugblattes wäre ich nicht befugt gewesen; ich hätte aber eine solche der Kommission vorschlagen können. Ich übergab das Flugblatt in Bern einem gerade dort anwesenden deutschen Rechtsanwalt und bat ihn, den Inhalt des Flugblattes zu prüfen, ob in demselben etwas gegen das deutsche Strafgesetz Verstoßendes gefunden werden könne. Nach vorgenommener Prüfung erklärte er mir, wenn man das Flugblatt ohne Voreingenommenheit lese, könne man nichts finden, was zu einem Strafverfahren Anlass geben könne, wir wären aber nicht dagegen geschützt, dass unter den jetzt gegebenen besonderen Verhältnissen eine andere Auslegung Platz greifen könne, er selbst glaube aber nicht an diese Möglichkeit. Den Anwalt nenne ich nicht, weil er jetzt unter der Fahne steht. Ich habe mir weder Gedanken gemacht, inwiefern in dem Flugblatt etwas Strafbares gefunden werden könne, noch darüber den Rechtsanwalt weiter gefragt. Nachdem ich die Antwort des Rechtsanwalts erhalten hatte, habe ich das Flugblatt der „Berner Tagwacht" zusammen mit dem anderen Konferenzmaterial zur Veröffentlichung gegeben.

Die Berner Konferenz hatte am 26., 27. und 28. März stattgefunden. Das Flugblatt ist in der „Berner Tagwacht" erst am 3. April erschienen.

Der Zweck des Flugblattes ist, die Frauen zu mobilisieren, dass sie mit jedem ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für die Herbeiführung eines baldigen und dauerhaften Friedens eintreten. Als Mittel, die ihnen dazu zu Gebote stehen, kommen in Betracht: Versammlungen, die Presse und Propaganda unter den Frauen von Person zu Person.

Das wollte das Flugblatt nicht, dass die Frauen auf ihre unter der Fahne stehenden Männer einwirken sollten. Es wurde schon in Bern gesagt, dass es eine gefährliche Spielerei sei, das Flugblatt hinaus zu den Truppen zu bringen; und es ist dort auch ein Antrag einer russischen Gruppe, die Friedenspropaganda mit revolutionären Mitteln zu betreiben, ausdrücklich abgelehnt worden.[18]

---

17 An der Berner Konferenz nahmen Frauen aus Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Russland, Polen, Holland, Italien und der Schweiz teil.

18 Zu den Auseinandersetzungen mit den Vertreterinnen der Bolschewiki siehe Bericht von Clara Zetkin über die Frauenkonferenz, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, 1914-1945, Bd. 1, S.121f.; siehe auch die Rede von Clara Zetkin auf der Berner Konferenz, in: Russländisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte Moskau, Fond 340, Verz. 2, Nr. 15, Bl. 5f., zit. in: Müller, Clara Zetkin und die Internationale Frauenkonferenz, S.63f.; Clara Zetkin an

Mit dem Inhalt des Flugblattes bin ich im Allgemeinen einverstanden, da es im Großen-Ganzen meiner Überzeugung entspricht. Ich billige, dass in dem Flugblatt gesagt wird, dass der Krieg kein Verteidigungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg des Kapitalismus sei, dass von ihm in erster Reihe nur die Kapitalisten Vorteile, die große Masse der Lohnarbeiter aber keinen Nutzen haben.
Ich betone dabei aber, dass diese Auffassung des Krieges für alle kriegführenden Länder gilt.
Durch die Verteilung des Flugblattes kann meiner Auffassung nach ein Landesverrat schon deswegen nicht begangen werden, weil das Flugblatt in allen Ländern verbreitet wird und infolgedessen durch die Verbreitung kein Land zu Gunsten eines andern beeinträchtigt werden kann. Für das Deutsche Reich bestreite ich die Möglichkeit eines Nachteils schon deshalb, weil es meiner Überzeugung nach seine militärisch-technische Überlegenheit bewiesen und deshalb aus dem Gefühl seiner Kraft heraus, ohne sich etwas zu vergeben, den ersten Schritt zum Frieden tun kann.
Ich halte es für durchaus ausgeschlossen, dass durch den Inhalt des Flugblattes die Begeisterung und Kampfestüchtigkeit der Truppen beeinträchtigt werden kann, weil Krieg und Militarismus ein außergewöhnliches psychologisches Milieu schafften, das immun gegen Einwirkung von außen macht. Meiner Auffassung nach beginnt dieses psychologische Milieu mit dem Eintritt in die Kaserne, sodass auch eine Einwirkung auf die noch nicht im Feld befindlichen Soldaten mir unmöglich erscheint.
Ich hebe noch hervor, dass in Bern immer nur von Wirkungen auf die Frauen die Rede war, und von der Pflicht der Mütter, die Kinder im Sinne der Friedensideen zu erziehen.
Damit war nicht zu rechnen, dass die Frauen, an die wir mit dem Flugblatt herankommen können, ihren Männern, die draußen stehen, von dem Flugblatt Mitteilung machen, denn die wissen, wie gefährlich so etwas ist, und die haben ja die Warnungen der sozialdemokratischen Presse in der Richtung gelesen.
Es handelt sich ja nur um 100 000 Exemplare, die verbreitet worden sind, und die reichten ja nicht einmal für die Genossinnen aus. Soviel ich über die Verbreitung gehört habe, wurde das Flugblatt nur unter organisierten Genossinnen verbreitet.
Dass durch das Flugblatt eine Aufreizung zum Klassenhass geschehen solle, lag nicht in unserer Absicht. Wir wollten ja die bürgerlichen Frauen mit in die Bewegung hineinziehen.

Mathilde Wibaut zur Antwort, in: Ebenda, S.205f.; Entwurf einer Resolution für die internationale sozialistische Frauenkonferenz, in: W. I. Lenin: Über die Kommunistische Internationale, Berlin 1969, S.27/28; Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse, Berlin 1927, S.101; Willi Gautschi: Lenin als Emigrant in der Schweiz, Zürich-Köln 1973, S.118-121; Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S.141-145. BArch, Erinnerungen von Martha Arendsee, SgY 30/0017, Bl.42.

Nach Hinweis auf den Widerspruch, dass nach ihrer Aussage das Flugblatt nur für die Genossinnen bestimmt gewesen sei:
Das Flugblatt war zur Aufrüttelung der Genossinnen bestimmt. Die bürgerlichen Frauen sollten auf andere Weise zum Ausdrücken ihrer Friedenswünsche bestimmt werden. Beabsichtigt war, dass durch die immer schärfer werdenden Friedenswünsche der Frauen ein Faktor entstehe, an dem die Regierung nicht achtlos vorüber gehen könne.
Auf Frage:
Das Flugblatt konnte nicht in die Presse in Deutschland gebracht werden, weil nach Ansicht des Zentralvorstandes der Partei internationale Aussprachen und Veranstaltungen nur durch den Zentralvorstand geschehen sollten.[19] In die von mir redigierte „Gleichheit" passte der Aufruf nicht hinein, da die „Gleichheit" für fortgeschrittenere Genossinnen bestimmt ist und die Zeitung auch wenig Raum hat. Ich bin auch gar nicht auf den Gedanken gekommen gewesen, den Aufruf in die Tagespresse zu bringen. Auf diese Möglichkeit werde ich erst auf die Frage des Herrn Untersuchungsrichters hingewiesen.
Das Flugblatt ist, soviel ich weiß, in der Druckerei der „Berner Tagwacht" gedruckt worden. Vielleicht hat sie den Zeitungssatz zur Vervielfältigung benützt, vielleicht auch neu gesetzt. Ich kenne die Größe der Flugblattauflage nicht; ich weiß auch nicht, wie die Flugblätter nach Deutschland gekommen sind, auch nicht, wie die Verbreitung vor sich gegangen ist.
Wenn mir Wünsche zur Kenntnis kamen nach Friedensliteratur, dann antwortete ich: „Ich habe nichts, wenn ich aber Gelegenheit habe, werde ich Eure Wünsche anbringen."
Ich bemerke, dass ich auch bürgerliche Friedensliteratur so in indirekter Weise vermittelt habe.
Ob ich Wünsche nach dem Flugblatt an die maßgebenden Stellen vermittelt habe, kann ich augenblicklich nicht sagen. In Deutschland gab es solche maßgebenden Stellen nicht.
Vor der Partei, vor der Öffentlichkeit und den Behörden trage ich die moralische Verantwortlichkeit für die Berner Konferenz, für ihre Beschlüsse und deren Ausführung und damit auch für die Verbreitung des Flugblattes.
Auf Vorhalt über den Brief an die Ankersmit vom 22. Mai:
Diesen Brief habe ich geschrieben.[20] Was in dem Brief über die Verbreitung des Flugblattes steht, weiß ich nur aus Mitteilungen von dritter Seite. Namen nenne ich nicht.
Ich habe auch übernommen, die Protokolle über die Berner Konferenz herauszugeben. Es ist mir aber bis jetzt noch nicht gelungen, die sämtlichen Aktenstü-

---

19 Siehe Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, S.150-159 und Rundschreiben des Parteivorstandes der SPD an die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen, 23. April 1915, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, 1914-1945, Bd. 1, S.157-159.
20 Siehe Anmerkung 10.

cke aus der Schweiz herauszubekommen. Ich wollte sie nicht der Gefahr der Beschlagnahme aussetzen, um niemand in eine unangenehme Situation zu bringen.
Was in dem Brief über Reisen und die Hilfe alter Genossen gesagt wird, bezieht sich nicht auf das Flugblatt, sondern zum Teil auf die Ermöglichung von Versammlungen und das Herausbringen der Aktenstücke aus der Schweiz. Es war ja nötig, um in einer Versammlung über die Friedensbewegung und die Berner Konferenz überhaupt sprechen zu können, dass eine Genossin hierzu das Wort erhielt und hierfür die nötige Unterstützung vorhanden war.

Man eröffnete der Vorgeführten den anliegenden *Haftbefehl* unter Rechtsmittelbelehrung.
v.g.u. [vorgelegt, genehmigt und unterschrieben]

[2.]

Großh. Landgericht Karlsruhe, den 30. Juli 1915

Gr. Landgerichtsrat Dr. Wetzlar als Untersuchungsrichter
Justizaktuar Kuhn als Gerichtsschreiber

In der Strafsache gegen die Schriftstellerin Klara Zetkin-Zundel aus des Reichsgerichts Wiederau wegen versuchten Landesverrats.
Die heute aus dem Amtsgefängnis II hier vorgeführte Beschuldigte Frau Klara Zetkin-Zundel gab an: Zur Sache
Ich bin meiner Überzeugung nach nicht nur Sozialistin, sondern auch internationale Sozialistin.
Im August 1914 sollte ein internationaler Kongress der sozialistischen Frauen in Wien stattfinden, zu welchem ich als Sekretärin der sozialistischen Frauen alle umfangreichen Vorarbeiten gemacht habe. Als durch den Kriegsausbruch dieser Kongress unmöglich geworden war, verfasste ich ein Zirkular an die nationalen Korrespondentinnen in den einzelnen Ländern.[21] Ich teilte ihnen darin mit, dass der Kongress durch den Kriegsausbruch unmöglich geworden sei, die Pflicht der Genossinnen sei nun, innerhalb jedes einzelnen Landes auf dem Boden der sozialistischen Überzeugung weiter zu arbeiten und einander die alte schwesterliche Solidarität und Treue zu bewahren. Nur ein Teil dieser Zirkulare ist unbeanstandet von der militärischen Zensur ins Ausland gelangt. Dann gingen mir aus verschiedenen Ländern Aufforderungen zu, eine Konferenz zu veranstalten, die die internationale Solidarität der Frauen und ihren heißen Friedenswillen zum Ausdruck brächte.

21 Siehe Christel Wickert: Ein Dokument zu Clara Zetkins Vorbereitungen der 3. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz, geplant für August 1914 in Wien, in: IWK, 1985, H. 3, S.325-329.

Ich habe dann einen Aufruf an die sozialistischen Frauen aller Länder verfasst und wollte den in der „Gleichheit“ veröffentlichen. Der Aufruf wurde aber von der Präventivzensur in Stuttgart, der die „Gleichheit“ sich unterworfen hatte, gestrichen. Er stand in der vorbereitenden Nummer 5 der „Gleichheit“, die am 27. November 1914 in Stuttgart erscheinen sollte.[22]

Der Aufruf erschien später ohne mein Zutun in der „Berner Tagwacht“: auch wurde er ohne mein Zutun in Paris durch Maueranschlag und in englischen sozialistischen Zeitungen verbreitet.

Ich habe dann sämtliche Vorarbeiten für die in Bern stattgehabte Konferenz gemacht.

Ich war Vorsitzender der Konferenz. Ich habe an all ihren Beschlüssen mitgewirkt und nehme die Verantwortung für dieselben auf mich. Ich habe auch den offiziellen Verhandlungsbericht über die Konferenz verfasst, der in der Berner Tagwacht vom 3. April erschienen ist.

Auf Frage:

Es ist richtig, dass ich einen Entwurf zu der „Grundsätzlichen Erklärung“, die die Konferenz abgegeben hat, verfasst habe. Dieser Entwurf ist identisch mit der in der „Berner Tagwacht“ vom 3. April veröffentlichten Resolution der international-sozialistischen Frauenkonferenz.[23] Nur der Passus über die Rüstungsindustrie in Absatz 2 der Resolution, beginnend mit den Worten: „in den besitzenden Klassen“ und endigend mit den Worten: „zum Wettrüsten treiben“ rührt nicht von mir her; der ist auf Betreiben der englischen Sozialistinnen eingesetzt worden. Der Inhalt des Manifestes „Frauen des arbeitenden Volkes“ entspricht sachlich im Allgemeinen dem Inhalt der Resolution; nur ist diese mehr theoretisch für die vorgeschrittenen führenden Genossinnen bestimmt, und jenes mehr agitatorisch für die breitere Masse zugerichtet. Ich habe als internationale Sekretärin die Verpflichtung zur Ausführung der Berner Beschlüsse, dazu gehört die Verbreitung des Manifestes.

Da meiner Überzeugung nach die weiteste Verbreitung des Manifestes „Frauen des arbeitenden Volkes“ zur Verbreitung der Friedensidee förderlich schien, wünschte ich sie. Ich fühle mich auch für die in Deutschland geschehene Verbreitung des Flugblatts verantwortlich, nicht aber für Einzel[vor]kommnisse bei dieser, über die ich ja nicht orientiert war und bin. Über die Organisation der Verteilung gebe ich keine Auskunft; ich muss aber bemerken, dass ich über diese auch nur teilweise unterrichtet bin.

Wünsche auf Übersendung des Flugblattes zur Verbreitung in Deutschland habe ich weiter vermittelt. Näher will ich mich darüber nicht aussprechen.

---

22 Siehe Clara Zetkin: An die sozialistischen Frauen aller Länder! Aus einem Aufruf. November 1914, in: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1. Auswahl aus den Jahren 1889 bis 1917. Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck, Berlin 1957, S.635-638.

23 Siehe auch BArch, NY 4005/107, Bl. 9. Der Text der Resolution ist unter der Dokumentenauswahl in der Galerie des Bundesarchivs zum 150. Geburtstag von Clara Zetkin im Jahre 2007 unter www.bundesarchiv.de/Galerie abrufbar.

Bemerken möchte ich noch, dass Verbreitungen des Flugblattes stattgefunden haben auch ohne mein Zutun und ohne mein Wissen. So wurde mir, wie ich eines Tages nach Berlin kam, mitgeteilt, dass das Flugblatt bereits verbreitet worden sei. Von dieser Nachricht war ich – allerdings freudig – überrascht.
Ich kann mich nicht erinnern, ob von Karlsruhe aus Wünsche nach dem Flugblatt an mich gelangt sind, oder ob ich hier in Karlsruhe solche Wünsche geweckt habe.
Auf Frage:
Nach der Berner Konferenz habe ich einmal hier in Karlsruhe auf der Durchfahrt – wann, weiß ich nicht mehr – zufällig infolge Zugverspätung Aufenthalt bekommen. Ich verblieb auf dem Bahnhof und bestellte mir telegrafisch den Herrn Zimmer ein, den ich als Bräutigam meiner früheren Sekretärin Mizzi Wengels schon längere Zeit kenne. Zimmer kam etwa eine halbe Stunde, bevor mein Zug weiter ging. In der Zeit habe ich mit ihm über Parteiangelegenheiten gesprochen, ob aber über das Flugblatt, weiß ich nicht. Wenn ich es wüsste, würde ich es nicht sagen, um den Zimmer nicht zu belasten.
Ich bemerke bei dieser Gelegenheit, dass, was ich sage, stets die volle Wahrheit ist, und dass ich nur da keine Angaben mache, wo ich fürchten muss, Andere zu belasten.
vorgel. genehm. u. unterschr

[3.]

Großh. Landgericht Karlsruhe, den 30. Juli 1915

Gr. Landgerichtsrat Dr. Wetzlar als Untersuchungsrichter
Aktuar Kuhn als Gerichtsschreiber

In der Strafsache gegen die Schriftstellerin Klara Zetkin-Zundel aus des Reichsgerichts Wiederau wegen versuchten Landesverrats.

Die Beschuldigte:
Frau Klara Zetkin:
Z. S. [Zur Sache]
Es ist richtig, dass es in der Resolution heißt: „Krieg diesem Kriege“[24], und dass eine baldige Beendigung des Kriegs nur durch „den klaren unerschütterlichsten Willen der breitesten Volksmassen in den kriegführenden Ländern selbst errungen werden kann.“ Das „Krieg dem Krieg“ ist seit dem internationalen Kongress in Stuttgart eine allgemein gebräuchliche Formel.[25] Als schärfste Formel für den leidenschaftlichen Friedenswillen setzte ich es in die Resolution.

24 Ebenda.
25 Siehe Resolution zu Militarismus und internationale Konflikte, in: Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart vom 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S.102.

Unter den breitesten Volksmassen sind natürlich auch die Soldaten begriffen. In meinen Gedanken habe ich aber immer diese abgetrennt aus den Gründen, die ich schon gestern angeführt habe, und denen ich noch folgendes hinzufügen möchte. Der Ausbruch des Krieges war für mich eine Enttäuschung, denn er bewies mir, dass das Bewusstsein der internationalen Solidarität noch nicht so tief in das Bewusstsein der Massen gedrungen war, um den Frieden sichern zu können. Infolge dieser Erfahrung erschien mir jede Beeinflussung der Soldaten so aussichtslos, dass ich jeden Versuch dazu für zwecklos hielt.
Ich halte den Einfluss des durch den Krieg geschaffenen Milieus für so stark, dass ich der Überzeugung bin, dass sogar die aus dem Krieg zurückkehrenden Massen noch lange ohne Hervortreten des politischen Interesses sein werden.
Die Aufgabe, die ich den Frauen zur Herbeiführung des Friedens zugedacht habe, kann man ja auch nach den Artikeln der von mir geleiteten „Gleichheit" beurteilen. Ich möchte dabei bitten, dass man die von der Präventivzensur in Stuttgart bearbeiteten Stücke beizieht, damit man auch die Sachen hat, die gestrichen worden sind.
Auf Vorhalt über den Brief der Ankersmit vom 5. Juni d[iese]s J[ahre]s[26]:
Wenn die Ankersmit da schreibt, dass sie versuche, das Manifest auch unter die mobilisierten Männer zu verteilen, so darf man daraus keine Schlüsse ziehen, denn da handelt es sich nur um holländische Verhältnisse. Ich bin auch nicht sicher, ob das Manifest, von dem die Ankersmit spricht, identisch mit unserem Manifest ist. Die Holländerinnen hatten schon vor der Berner Konferenz ein eigenes Manifest herausgegeben.
Ich besitze die württembergische Staatsangehörigkeit durch Verheiratung mit Georg Friedrich Zundel, Kunstmaler, der durch Abstammung Württemberger ist. Durch Geburt besaß ich die sächsische Staatsangehörigkeit und war heimatberechtigt in Leipzig.
Mit dem Russen Ossip Zetkin, dem Vater meiner zweier Söhne[27], habe ich von 1882 bis 1889 in freier Ehe gelebt. Meine beiden Söhne sind Deutsche; der eine befindet sich als Unterarzt in einem Feldlazarett, der andere befindet sich als felddiensttauglicher Landsturmmann zur Ausbildung in der Kaserne zu Ulm.
vorgel. genehm. u. unterschr.

[4.]

Großh. Landgericht Karlsruhe, den 6. August 1915

Gr. Landgerichtsrat Dr. Wetzlar als Untersuchungsrichter
Justizaktuar Kuhn als Gerichtsschreiber

26 Der Brief konnte nicht ermittelt werden.
27 Es handelt sich um Maxim Zetkin (1883-1965) und Konstantin (Kostja, Costia) Zetkin (1885-1980).

In Untersuchungssachen gegen die Schriftstellerin Klara Zetkin-Zundel aus des Reichsgerichts Wiederau wegen versuchten Landesverrats.

Der heute vorgeführten Angeschuldigten Klara Zundel-Zetkin
wurde der Beschluss vom 5. ds. Mts., wonach die Voruntersuchung eröffnet und die Fortdauer der Untersuchungshaft angeordnet worden, bekannt gemacht.
Sie erklärt:
Z.S.
Meine Mitwirkung bei Abfassung des unter Anklage gestellten Flugblatts ist keine so große, wie die Anklage annimmt; sie ist nicht weiter gegangen, als ich bereits zugestanden habe. Ich habe das Flugblatt nicht entworfen. Der von der Kommission ausgearbeitete Entwurf ist mir zum kritischen Lesen übergeben worden. An dem Entwurf habe ich höchstens stilistische Änderungen vorgenommen. Meiner Überzeugung nach hat die Kommission bei der Ausarbeitung des Flugblattes den Entwurf meiner Resolution, der inzwischen übrigens bereits zum Beschluss der Konferenz geworden war, nicht benützt. Soweit Übereinstimmungen des Flugblattes mit der Resolution bestehen, folgen diese aus Übereinstimmung der sachlichen Anschauung.
An dem Kongress waren außer mir noch andere deutsche Genossinnen beteiligt. Wer es war und wie viel, gebe ich nicht an.[28]
Auch in der Kommission waren die deutschen Genossinnen vertreten; in welcher Zahl weiß ich nicht mehr.
Zur Befragung des Rechtsanwaltes über das Flugblatt bin ich deshalb geschritten, weil ich den deutschen Genossinnen die größtmöglichste Sicherheit dafür schaffen wollte, dass sie bei der Verbreitung des Flugblatts keine Schwierigkeiten irgendwelcher Art haben würden. Ich wollte auch der sozialdemokratischen Partei gegenüber sagen können, dass ich alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen befolgt hätte.
Das schien mir umso notwendiger, als der Parteivorstand mit der Abhaltung der Konferenz nicht einverstanden gewesen war.[29]
Die Genossin Zietz ist nicht in Bern gewesen; sie ist auch an der Verbreitung des Flugblatts nicht beteiligt.[30]

---

28 Ohne Mandat nahmen in persönlicher Verantwortung neben Clara Zetkin aus Deutschland Käte Duncker, Margarethe Wengels, Martha Arendsee, Lore Agnes, Berta Thalheimer und Tony Sender teil.
29 Siehe Anmerkung 19 und Protest der Herausgeber der „Internationale“ gegen den im Rundschreiben des Vorstandes der SPD vom 23. April 1915 gegen sie erhobenen Vorwurf, die Einigkeit der Arbeiterbewegung zu zerstören, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, 1914-1945, Bd. 1, S.157-161.
30 Gemeint ist Luise Zietz (1865-1922), von 1908 bis 1912 Beisitzerin und bis 1916 Sekretärin im Vorstand der SPD und Korrespondentin des Frauensekretariats der II. Internationale für Deutschland. Siehe auch Clara Zetkin an Heleen Ankersmit, 22. Mai 1915, in: BzG, 1967, H. 4, S.675f.

Das ist richtig, dass ich in Bern mit den Teilnehmerinnen der Konferenz vereinbart habe, dass das Flugblatt in allen Ländern, namentlich auch in den kriegführenden und damit auch in Deutschland möglichst weit verbreitet werden solle.
Über die Verbreitung des Flugblattes in Deutschland und über das, was ich dabei selbst getan habe, gebe ich über das hinaus, was ich schon gesagt habe, keine Auskunft.
vorgel. genehm. u. unterschr.

[5.]

Großh. Landgericht Karlsruhe, den 7. August 1915

Gr. Landgerichtsrat Dr. Wetzlar als Untersuchungsrichter
Justizaktuar Kuhn als Gerichtsschreiber

In Untersuchungssachen gegen die Schriftstellerin Klara Zetkin-Zundel aus des Reichsgerichts Wiederau wegen versuchten Landesverrats.

Die heute vorgeführte Angeschuldigte Klara Zundel-Zetkin gab an:
Z. S.
Auf Einvernahme über den Brief an die Ankersmit:
Es ist mir aus dritter und vierter Hand berichtet worden, dass das Flugblatt in Frankfurt, Hanau, Wiesbaden, Braunschweig, Mainz, Kiel, an einzelnen Orten des Niederrheins, die ich nicht mehr weiß, verbreitet worden ist. Dass es auch in einzelnen Orten Württembergs Verbreitung gefunden hat, habe ich einer Notiz im „Schwäbischen Merkur“ entnommen. Wenn die Gesamtzahl der verbreiteten Flugblätter auch 100 000 überschreitet, so will das nicht viel besagen, da die Flugblattverteilung sich über ganz Deutschland erstreckt hat und die einzelnen Orte nur verhältnismäßig wenig Flugblätter bekommen haben. Die von mir genannten Orte sind natürlich nicht alle, die Flugblätter erhalten haben.[31]
Weil ich in meinem Brief an die Ankersmit auch von Königsberg gesprochen habe, muss ich bemerken, dass Königsberg ein eigenes Flugblatt gehabt hat.
Ich will mich über meine Tätigkeit bei der Flugblattverbreitung noch etwas eingehender äußern wie bisher.
Ich habe in der Schweiz vor meiner Heimreise vom Kongress mit Freunden das für die Drucklegung des Flugblattes Nötige vereinbart und das Geschäftliche hierzu geregelt. Ich habe insbesondere auch dafür Fürsorge getroffen, dass das Flugblatt bei bestimmten Personen in der Schweiz zur Verfügung stand und von ihnen bezogen werden konnte. In Deutschland habe ich bei Freunden an verschiedenen Orten den Wunsch geäußert, dass das Flugblatt verbreitet werde. Dabei habe ich stets hinzugesetzt, die Verbreitung solle nur vorgenommen werden, wenn sie ohne große Schwierigkeiten und Gefahr möglich sei. Je nach der

31 Siehe ebenda, S.677.

Art meiner persönlichen Beziehungen zu denen, die das Flugblatt dann haben wollten, habe ich ihnen die Adressen genannt, von denen das Flugblatt aus der Schweiz zu haben war, oder ihnen nur gesagt, ich wolle ihre Wünsche weiter vermitteln, und mich dann selbst für sie an meine Schweizer Freunde gewendet. Ich habe auch manchmal die Schweizer Adressen nicht genannt, sondern Mittelsleute in der Schweiz, die ihrerseits wieder die Bezugsquellen kannten. Namen nenne ich natürlich nicht.
Auf welche Weise die Flugblätter über die Grenze gekommen sind, weiß ich nicht; dafür hatten meine Schweizer Freunde zu sorgen.
Ich habe absichtlich mit diesen nicht über alle Einzelheiten gesprochen, weil ich von der Ansicht ausgehe, dass es umso besser ist, je weniger der Einzelne in alles eingeweiht ist.
Meine Tätigkeit hat sich natürlich nur auf die Drucklegung in deutscher Sprache und die Verbreitung in Deutschland erstreckt.
Der Weg, den das Flugblatt nach Karlsruhe genommen hat, ist mir wirklich nicht in Erinnerung. Die Genossen Dietrich und Kruse[32], die ich kenne, habe ich schon Jahre lang nicht mehr gesehen und auch mit ihnen mit Ausnahme eines einzigen auf eine andere Sache sich beziehenden Briefes an Dietrich keinen Briefwechsel unterhalten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ich dem Zimmer eine Bezugsadresse genannt habe.
Nachdem man der Angeschuldigten die Namen der übrigen Mitangeschuldigten genannt hat:
Den Genossen Trabinger kenne ich; er hat mir einige Male Manuskripte geschickt. Die Zäsarine Schäfer habe ich einmal vor Jahren in Göppingen, wo ich gesprochen habe, kennen gelernt. Ihren Namen hörte ich dann noch einige Male von der Berta Thalheimer, die Frau Schäfer materiell zu helfen bemüht war.
Von einer Beteiligung des Trabinger und der Schäfer an der Flugblattverteilung ist mir nichts bekannt. Die übrigen mir genannten Leute sind mir völlig fremd.
Auf Vorhalt:
Wenn ich Freunden gesagt habe, sie sollten das Flugblatt nur verbreiten, wenn es ohne große Schwierigkeiten und Gefahr möglich sei, da habe ich nur an Beanstandung durch die Polizei und pressgesetzliche Gefahren gedacht, da ich wusste, dass das Flugblatt nicht den Bestimmungen des Pressgesetzes entsprach, nicht aber an Gefahren, die aus dem Inhalt des Flugblatts sich ergeben konnten.
Richtiger muss ich eigentlich sagen: Ich habe nicht daran gedacht, dass man in dem Flugblatt einen versuchten Landesverrat und eine Aufreizung zum Klassenhass finden könne, wohl aber daran, dass die Verbreitung des Flugblatts polizeilich verhindert werde, weil es nicht gestattet ist, über den Frieden so zu sprechen, dass man ihn fordert. Von diesem Gesichtspunkt aus musste auch die Vorlegung

32 Siehe aus dem Urteil gegen Dietrich, Westmeyer und andere wegen Verbreitung des Manifests „Frauen des arbeitenden Volkes!“ im Frühjahr 1915, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, 1914-1945, Bd. 1, S.201-204.

eines Pflichtexemplars vor der Verbreitung unterbleiben und die ganze Verbreitung geheim geschehen.
Da ich mich um die Drucklegung des Flugblatts nicht gekümmert habe, weiß ich nicht, warum auf demselben keine näheren Angaben, wie sie das Pressgesetz fordert, erfolgt sind. Wo und ob überhaupt eine schweizerische Sozietätsdruckerei besteht, weiß ich nicht.
Von den 2 Broschüren, von denen mein Brief an die Ankersmit spricht, sollte die eine das Protokoll über die Verhandlungen und die Aktenstücke der Berner Konferenz, die andere die Kundgebungen der Solidarität der Frauen aller Länder, die seit Kriegsausbruch geschehen sind, enthalten.
Die im Zusammenhang mit den Broschüren genannte Angelica ist die italienische Delegierte Balabanoff.[33]
Die in dem Brief Genannten: Mathilde und Toni sind holländische Genossinnen und zwar Frau Mathilde Wibaut, die Frau des 2. Bürgermeisters in Amsterdam[34]; Toni ist eine junge Genossin, deren Familienname mir nicht erinnerlich ist, der mir als Deckadresse genannt worden war.[35]
Die Vermutung, dass es sich um Mathilde Wurm und Toni Breitscheid handle, ist irrtümlich.
vorgel. genehm. u. unterschr.

[6.]

Großh. Landgericht Karlsruhe, den 9. August 1915

Gr. Landgerichtsrat Dr. Wetzlar als Untersuchungsrichter des Reichsgerichts
Justizaktuar Kuhn als Gerichtsschreiber
In Untersuchungssachen gegen die Schriftstellerin Klara Zetkin-Zundel aus Wiederau wegen versuchten Landesverrats.

Die heute vorgeführte Angeschuldigte Klara Zundel-Zetkin gab an:
Z. S.
Das Flugblatt bezeichnet den Krieg mit Recht als einen kapitalistischen imperialistischen Eroberungskrieg. Er ist das auch.
Meiner Auffassung nach hat die kapitalistische Entwicklung in den wichtigsten europäischen Großstaaten eine Reife erreicht, für die die Grenzen der alten Na-

33 Es handelt sich um Angelica Balabanoff (1878-1965), Sozialdemokratin, die in der russischen und nach der Emigration 1897 in der italienischen sozialistischen Bewegung tätig und Mitglied des ISB war.
34 Gemeint sind Mathilde Wibaut (1862-1936) und Florentinus Marinus Wibaut (1859-1936).
35 Gemeint ist Tony Sender (1888-1964) aus Frankfurt/Main. Sie schmuggelte den Text des Flugblattes „Frauen der arbeitenden Volkes!“ über die Grenze und brachte ihn zu einem zuvor bestimmten Drucker; siehe Tony Sender 1888-1964. Rebellin, Demokratin, Weltbürgerin. Historisches Museum Frankfurt/Main 1992, S.30f.

tionalstaaten zu eng sind. Das Kapital bedarf außerhalb dieser Grenzen der Möglichkeit und Sicherheit neuer Anlage- und Betätigungsgebiete. Diese in allen Staaten vorhandene Tendenz führte zu dem Zusammenstoß.

Der Krieg ist auch deshalb kein Verteidigungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg, weil er sich seinem eigenen Wesen nach nicht auf die Verteidigung und Sicherung der Landesgrenzen beschränken kann, sondern über dieses Ziel hinaus treibend der Angliederung neuer Gebiete dienen wird.

Meiner Überzeugung nach hat der Kaiser und der verantwortliche Leiter der Reichsregierung die Erhaltung des Friedens gewollt, aber die Verhältnisse sind stärker gewesen, und wo man zu schieben glaubte, ist man von ihnen geschoben worden.

Es ist auch meine Auffassung, dass die Arbeiter durch den Krieg nichts zu gewinnen, wohl aber vieles zu verlieren haben, was ihnen teuer ist.

Zunächst leidet die Arbeiterklasse durch den Verlust von Gatten oder Sohn deshalb schwerer als andere Klassen, weil der Verlust meist gleichbedeutend ist mit dem Verluste des Haupternährers. Wirtschaftlich werden die Arbeiter in ihrer Gesamtheit durch die enorme Steigerung der allgemeinen Lasten besonders getroffen. Trotz des guten Willens zur sozialen Fürsorge für die getroffenen Familien halte ich es für unmöglich, ihnen vollen wirtschaftlichen Ersatz für den Verlust zu bieten.

Einen Vorteil kann auch ein siegreicher Ausgang des Krieges den Arbeitern nicht bringen, weil er die Macht der großkapitalistischen Wirtschaftsgebilde derart stärken wird, dass daraus schwere Nachteile für die Klasse der Lohn- und Gehaltsarbeiter und aller Konsumenten folgen muss.

Die treibende Idee, dem Volke zu sagen, dass der Krieg aus solcher Quelle entsprungen und nicht seinem Wohl fromme, war, das Volk durch diese Aufklärung zu veranlassen, seinen Friedenswillen zu äußern. Diese Äußerung sollte geschehen durch alle in der gegenwärtigen Situation möglichen Mittel: in Versammlungen, Sitzungen, in der Presse, Agitation von Person zu Person und in der breitesten Öffentlichkeit. Ich persönlich dachte dabei auch an friedliche Kundgebungen der Frauen auf der Straße durch Umzüge mit Vorantragung von Fahnen mit Friedensaufschriften.

Unsere Bewegung war nur auf die Frauen gemünzt, aber wir haben selbstverständlich die Unterstützung der Männer dabei nicht abgelehnt.

Wir wollten durch das Flugblatt in keinem der kriegführenden Länder eine Stimmung herbeiführen, die es dem andern gegenüber wehrlos machen sollte, wir wollten aber gleichmäßig in ihnen allen der unserer Auffassung nach kritiklosen und verhängnisvollen Kriegsbegeisterung entgegenwirken.

In dem Flugblatt steht nirgendwo, dass die Frauen und Mütter der der Arbeiterklasse angehörigen Krieger ihren Einfluss *jetzt* auf ihre Angehörigen im Sinne des Flugblatts ausüben sollen. Eine solche Wirkung haben wir, ohne dass das ausgesprochen wurde, für unmöglich gehalten, nicht nur aus äußeren, sondern aus inneren Gründen, weil, wie ich schon gesagt habe, schon die Kaserne und in

noch stärkerem Maße der Krieg ein eigenes psychologische Milieu für die Soldaten schafft, dass sie immun gegen derartige Einflüsse macht.
Ich möchte darauf hinweisen, dass Krieger, die ganz meiner Auffassung über den Krieg sind, sich im Feld und in der Kaserne ohne Auflehnung allen Anforderungen der Stunde fügen, ja mehr noch, peinlich bemüht sind, alles zu vermeiden, was als Pflichtverletzung erscheinen könnte. Die Opferfreudigkeit ist meiner Auffassung nach bei diesen Kriegern in keiner Weise gemindert so wenig wie ihr Pflichtbewusstsein. Ob sie mit Begeisterung kämpfen, darüber fehlt mir die Erfahrung.
Auf Frage:
Bei Personen schwächeren Intellekts und Willens ist die Milieuwirkung noch größer als bei den stärkeren Intelligenzen, und deshalb könnte bei ihnen die Kenntnis von dem Flugblattinhalt erst recht keine Wirkung haben, ganz abgesehen davon, dass solche Leute wenig und ohne Nachdenken lesen.
Wir haben uns gedacht, dass das Flugblatt dadurch für einen baldigen Frieden wirken werde, dass die Regierungen aller Länder die Massenkundgebungen der Frauen nicht unbeachtet lassen könnten. Wir dachten uns, die Regierungen würden dann ihre Kriegsziele, ihre Geneigtheit zum Frieden und die formulierten Friedensbedingungen kundgeben, und es könne dann zu Verhandlungen der Regierungen untereinander kommen. Ich bin dabei davon ausgegangen, dass die Arbeit der Frauen in der Familie und in der Gesellschaft während des Krieges eine derart erhöhte Bedeutung erlangt hat, dass der Wille der Frauen zu einem politischen Faktor werden kann, weil meiner Überzeugung nach ohne Mitwirkung der Frauen der ganze soziale Mechanismus längst still stände.
Da natürlich ein hermetischer Abschluss nicht besteht, würde der Friedenswille der Frauen sicherlich große Kreise der Männer im Lande mitreißen.
vorgel. genehm. u. unterschr.

[7.]

Großh. Landgericht Karlsruhe, den 9. August 1915

Gr. Landgerichtsrat Dr. Wetzlar als Untersuchungsrichter
Justizaktuar Kuhn als Gerichtsschreiber
In Untersuchungssachen gegen die Schriftstellerin Klara Zetkin-Zundel aus des Reichsgerichts Wiederau wegen versuchten Landesverrats.

Die heute vorgeführte Angeschuldigte Klara Zundel-Zetkin gab an:
Z. S.
Auf Vorhalt:
Den Namen Max Wilhelm höre ich zum ersten Mal. Ich weiß nichts davon, dass ein Mann dieses Namens Flugblätter versandt hat. Diese Äußerung ist die reine Wahrheit und durch keinerlei Zurückhaltung diktiert.
Auf Vorhalt:

Auch eine Herta Barwisch kenne ich nicht. Auch bezüglich dieses Namens kann ich nur wiederholen, was ich bezüglich des Wilhelm gesagt habe.
Auf Vorhalt des von der Herta Barwisch erlassenen Rundschreibens[36] aus Band V Seite 59:
Auch dieses Rundschreiben ist mir fremd. Ich höre es tatsächlich zum ersten Mal.
Auf Frage:
Es ist richtig, dass ein Rundschreiben des Vorstands der deutschen sozialdemokratischen Partei ergangen ist, in dem vor Verbreitung des Berner Manifestes gewarnt und darauf hingewiesen wurde, dass die Verbreitung die Gefahr gerichtlicher Schritte in sich berge.[37] Dieses Schreiben ist an mich entweder in meiner Eigenschaft als Mitglied der Kontrollkommission der sozialdemokratischen Partei oder als Redakteurin gelangt. Wann ich es zu Gesicht bekommen habe, kann ich nicht mehr sagen. Ich erinnere mich noch, dass in dem Schreiben stand, dass jemand – ich weiß nicht mehr, war eine Frau oder ein Mann genannt – von Jena aus – es könnte übrigens auch ein anderer Ort angegeben gewesen sein – wegen der Verbreitung des Flugblattes angefragt habe. Das Parteischreiben hat keinen Eindruck auf mich gemacht, weil ich mit Rücksicht auf die von dem Rechtsanwalt erhaltene Auskunft mich sicher fühlte.
Auf Vorhalt, dass die Rechtsanwaltsauskunft doch nicht so bestimmt gewesen sei:
Ich stehe da auf dem Lassall'schen Standpunkt, dass politische Fragen letzten Endes Machtfragen sind[38], und dass man danach gegen ungünstige Rechtsauslegung namentlich in außergewöhnlichen Zeitläufen nicht geschützt ist.
Ich möchte übrigens noch bemerken, dass meiner Auffassung nach der Parteivorstand nicht an einen Landesverrat, sondern nur an Pressedelikte gedacht hat.
Auf Vorhalt über den Schluss des Briefes an die Ankersmit vom 22. Mai:
Wie ich das schrieb, dachte ich in erster Reihe an die Schwierigkeiten innerhalb der Partei, dann aber auch an Versammlungsverbote, die man durch eine kluge Taktik vermeiden konnte.[39] Solche Verbote waren meiner Ansicht nach deswegen zu befürchten, weil im allgemeinen die Erörterung des Kriegsziels und der Friedensfrage nicht gestattet ist.
Auf Frage:
Die Verhaftung von 4 Genossinnen, die wegen Verbreitung des Flugblatts erfolgt war, hat mir keinen Eindruck gemacht, weil die Haft nach wenigen Tagen wieder aufgehoben worden ist, und ich hörte, dass weitere gerichtliche Schritte

36 Das Rundschreiben konnte nicht ermittelt werden.
37 Siehe Clara Zetkin an Heleen Ankersmit, 22. Mai 1915., in: Eildermann, Unveröffentlichte Briefe, S.677.
38 Siehe Ferdinand Lassalle: Ueber Verfassungswesen. Ein Vortrag gehalten in einem Berliner Bürger-Bezirks-Verein, Berlin 1862, S.10.
39 Gemeint ist der Brief Clara Zetkins an Heleen Ankersmit, 22. Mai 1915, in: Eildermann, Unveröffentlichte Briefe, S.678.

nicht erfolgt seien.[40] Von wem diese Kunde mir kam, will ich nicht angeben, weil die Mitteilung in einer geschlossenen Sitzung von Parteifunktionären erfolgt ist.
Auf Frage:
Ich habe einen gedrängten Bericht über die Berner Konferenz mit kurzer Charakterisierung der Resolution für die „Gleichheit" geschrieben. Dieser Bericht wurde mir in seinen wichtigsten Teilen von der Präventivzensur in Stuttgart gestrichen.
Auf Frage:
Ob in diesem Bericht auch eine Bemerkung darüber aufgenommen war, dass ein Manifest abgefasst und verbreitet werden soll, weiß ich nicht; ich vermute es aber.
vorgel. genehm. u. unterschr.

[8.]

Großh. Landgericht Karlsruhe, den 10. August 1915

Gr. Landgerichtsrat Dr. Wetzlar als Untersuchungsrichter
Justizaktuar Kuhn als Gerichtsschreiber
In Untersuchungssachen gegen die Schriftstellerin Klara Zetkin-Zundel aus des Reichsgerichts Wiederau wegen versuchten Landesverrats.

Die heute vorgeführte Angeschuldigte Klara Zundel-Zetkin gab an:
Z. S.
Ich habe der Aufforderung des Herrn Untersuchungsrichters folgend meinen Lebenslauf niedergeschrieben und übergebe denselben.
Auf Vorhalt:
Ich bestreite entschieden, dass die Frauen durch das Flugblatt zu Taten der Gewalt aufgereizt werden sollten.
Auf Vorhalt aus dem Artikel der Angeschuldigten über den Frieden, der von ihr in der Zeitschrift „Die Internationale" veröffentlicht wurde, insbesondere den Satz in den Schlussausführungen: „Allein was wir trotz allem mit der Lupe nicht zu entdecken vermögen, das ist der Wille zur Tat, der die Massen des arbeitenden Volkes aufruft, für den Frieden und damit für ihre eigenen Interessen die nämlichen Energien einzusetzen, die gleichen Opfer zu bringen, die der Krieg des Imperialismus von ihnen erfordert."[41]
Auch hier habe ich nicht an Revolution gedacht.

40 Siehe ebenda, S.677.
41 Clara Zetkin: Für den Frieden, in: Die Internationale (Düsseldorf), April 1915, H. 1, S.40; Dies.: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. I. Auswahl aus den Jahren 1889 bis 1917. Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck, Berlin 1959, S.692.

Ich forderte hier das gleiche Maß an Energie und Opferfreudigkeit im Dienste des Friedens, wie sie im Kriege gebracht wird, aber nicht die gleiche Form der Betätigung für den Frieden.
Für mich war die Beteiligung der Frauen an der Friedensbewegung und ihr Vorangehen gerade eine Bedingung für den friedlichen Charakter einer Massenbewegung für den Frieden, weil ich es für ausgeschlossen hielt, dass die Regierung irgend eines Landes die friedlichen Kundgebungen der Frauen mit gewaltsamen Mitteln unterdrücken könne.
Eine Aufreizung zu einer Revolution für den Frieden lag uns umso ferner, als sie gänzlich außerhalb unseres Machtbereiches lag. Der größte Teil der Männer, die für einen gewalttätigen Kampf vielleicht in Betracht kommen könnten, steht im Felde, und es war nicht unser Wille - wie ich nochmals betonen muss - , auf diese einzuwirken. Außerdem widerspricht es meiner ganzen Auffassung, dass eine Revolution sich machen lasse.
vorgel. genehm. u. unterschr.

Nachträglich:
Ich will noch bemerken, dass die Zeitschrift „Die Internationale“ nicht für die Massen bestimmt war, sondern ein wissenschaftliches Organ für den kleinen Kreis der geschulten Genossen sein sollte. Ich halte es für ausgeschlossen, dass in diesem Kreis ein Missverständnis über den von mir oben festgelegten Sinn des Artikels eintreten konnte. Damit entfällt die Möglichkeit, den Artikel zur Auslegung des Flugblattes im Sinne der Anklage zu verwenden. Ich will auch nochmals darauf hinweisen, dass in Bern ein russischer Antrag, der revolutionäre Mittel forderte, von mir persönlich bekämpft und von der Konferenz dann abgelehnt worden ist.[42]
vorgel. genehm. u. unterschr.

[9]

Großh. Landgericht Karlsruhe, den 25. September 1915

Gr. Landgerichtsrat Dr. Wetzlar als Untersuchungsrichter
Justizaktuar Kuhn als Gerichtsschreiber
In Untersuchungssachen gegen die Schriftstellerin Klara Zetkin-Zundel aus des Reichsgerichts Wiederau wegen versuchten Landesverrats.
Die Angeschuldigte Klara Zundel-Zetkin.
Z. S.

42 Siehe Anmerkung 18.

Die Angabe meines Verteidigers[43] in der Beschwerdeschrift, dass ich den Aufruf „Frauen des arbeitenden Volkes" der Zensurbehörde zum Zwecke des Abdrucks im Inland vorgelegt hätte, ist irrtümlich.
Davon, dass das Flugblatt auch in Ulm verbreitet worden ist, höre ich jetzt zum ersten Mal, es sei denn, dass Ulm mit Göppingen zusammen in der Notiz des „Schwäbischen Merkur" genannt war, die über die Verbreitung des Flugblatts berichtete. Ich bin geradezu überrascht, dass [in] einem parteipolitisch durchaus revisionistischen Ort wie Ulm das Flugblatt Verbreitung gefunden hat. Die Angeschuldigten Tittel, Schwarz, Wintergerst kenne ich nicht. Die Genossen Westmeyer und Crispien stehen mir parteipolitisch nahe.[44] Über die Berner Konferenz und über die Verbreitung des Flugblatts habe ich mit ihnen nicht verhandelt. Ich höre auch davon heute zum ersten Mal, dass in dem Westmeyerschen Zigarrenladen das Flugblatt abgegeben worden ist. Meines Wissens steht auch das Sekretariat des Ortsvereins Stuttgart der Verteilung des Flugblatts fremd gegenüber.[45] Mir ist von einer Beteiligung des Crispien und des Westmeyer an der Flugblattverbreitung nichts bekannt.
vorgel. genehm. u. unterschr.

43 Verteidiger von Clara Zetkin war der Rechtsanwalt Hugo Haase (1863-1919), der 1915 einer der Vorsitzenden der SPD und ihrer Reichstagsfraktion war. Siehe auch Dieter Engelmann/Horst Naumann: Hugo Haase. Lebensweg und politisches Vermächtnis eines streitbaren Sozialisten, Berlin 1999.
44 Siehe Anmerkung 32; gemeint sind Friedrich Westmeyer (1873-1917) und Artur Crispien (1875-1946), siehe auch Theodor Bergmann/Wolfgang Haible/Galina Iwanowa: Friedrich Westmeyer. Von der Sozialdemokratie zum Spartakusbund – eine politische Biographie, Hamburg 1998; Hartmut Henicke: Der Kampf der Stuttgarter Linken gegen die opportunistische Zersetzung der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1910 bis 1914, Diss. A, Berlin 1985; Gabriele Schumacher: Die Entwicklung der Stuttgarter Linken im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die „Burgfriedenspolitik" der Opportunisten (1914-1917), Diss. A, Berlin 1987.
45 Siehe Stellungnahme des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart zur Bildung der linken sozialdemokratischen Fraktion im württembergischen Landtag Ende Juni 1915, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, 1914-1945, Bd. 1, S.205-207.

Biografisches

Paul Levis Kampf um die KPD

Frédéric Cyr

In der Historiografie wurde Paul Levi erstmals durch seine berühmte Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus“ bekannt, die von ihm als „der größte Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte“ bezeichnet wurde und die er als das Ergebnis der seit Anfang 1921 sich vollziehenden autoritären und offensiven Umwandlung der Komintern – beziehungsweise der KPD – beschrieb.[1] Aus der Sicht Levis hatte die KPD die Aktion gegen den Willen der Massen durchgeführt, die zu dieser Zeit noch nicht reif für die Revolution waren. Am 15. April 1921, wenige Tage nach der Veröffentlichung von „Unser Weg“, wurde Levi aus der KPD ausgeschlossen.

1969 stellte die Journalistin Charlotte Beradt Levi als einen „demokratischen Sozialisten“ der Luxemburgischen Schule dar.[2] Paul Levi sei für die nach 1921 „bolschewisierte“[3] KPD zu demokratisch gewesen. Das Bild Levis als „Luxemburgist“ wurde 1983 mit dem Buch Sibylle Quacks verstärkt, in dem sie das politische Leben Levis durch seine persönliche Beziehung zu Rosa Luxemburg charakterisierte.[4] In den letzten zehn Jahren erhielt die Forschung über Levi einen neuen Aufschwung. Historiker – sowohl von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) als auch von der damaligen Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) – versuchten, die theoretische Position Levis neu zu interpretieren, um seine Deutung als „demokratischer Sozialist“ an die Traditionen der jeweiligen Partei anzubinden.[5] Diese Beiträge, die zu einer Theoriedis-

---

1 Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus, in: Charlotte Beradt (Hrsg.): Paul Levi. Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt/Main 1969, S.44-94, Zitat S.74. Als erste Studien über Levi siehe u. a.: Helmut Gruber: Paul Levi and the Comintern, in: A Journal of Soviet and East European Studies, 1964, N. 53, S.70-85; Richard Crisler: The Fall of Paul Levi. The Factors Contributing to His Resignation and Expulsion from the German Communist Party, Magisterarbeit, Washington D. C., Georgetown University 1966; Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969.

2 Beradt, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist.

3 Zum Konzept der „Bolschewisierung“ siehe Richard Lowenthal: The Bolshevisation of the Spartacus League, in: St. Antony's Papers, 1960, H. 9, S.23-71.

4 Sibylle Quack: Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi – Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung, Köln 1983.

5 Siehe u. a. Ulla Plener: W. I. Lenin – 1920/1921 ein Verfechter der „Offensivtheorie“?, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 75 (September 2008), S.154-159; Jörn Schütrumpf: Paul Levi unter den „Doppelzünglern“, in: Wladislaw Hedeler (Hrsg.): „Die Wache ist müde“. Neue Sichten auf die russische Revolution 1917 und ihre Wirkungen

kussion beitrugen, enthielten jedoch nur wenig neue Informationen zur politischen Karriere Levis, weil in erster Linie nur dessen wichtigste Schriften als historische Quelle benutzt wurden.

Im folgenden Artikel wird die politische Karriere Levis als Führer der KPD wie auch seine Auseinandersetzung mit den Bolschewiki bis Ende 1921 anhand innerparteilicher Dokumente der KPD beschrieben. Dadurch werden wichtige Präzisierungen an seiner Biografie vorgenommen. Wie gezeigt werden kann, war Levi, um die Partei nach seinen Vorstellungen auszurichten, vorübergehend auch zu einem undemokratischen Handeln bereit, was nicht in das Bild, das Levi als „demokratischer Sozialist" zeichnet, passen dürfte. Im Unterschied zur bisherigen Historiografie soll hier auch gezeigt werden, dass „Unser Weg" kein endgültiger Bruch Levis mit dem Bolschewismus war. Obwohl Levi die Komintern im April 1921 sehr scharf kritisierte, versuchte er später, im Sommer 1921, weiter, einen *Modus Vivendi* mit Moskau zu finden, um in die kommunistische Bewegung zurückkehren zu können. Dieser Beitrag wird zeigen, dass die Bezeichnungen „demokratischer Sozialist", „Luxemburgist" oder „Anti-Bolschewist" kein endgültiges Bild der Karriere Levis in der KPD geben können, da sie die Umsetzung der Theorie Levis in die Praxis vernachlässigen. Einer Analyse seiner politischen Entscheidungen zufolge erwies sich Levi vielmehr in den Jahren 1919 bis 1921 als pragmatischer Politiker, der seinen eigenen Weg in der Parteipolitik – auch gegenüber Moskau – umsetzen wollte. Er ließ sich gewiss von einem bestimmten Theorieverständnis leiten, war aber weit stärker zu einem schonungslosen Kampf um die Macht in der Partei bereit.

1. Undemokratisch gegen den „Syndikalismus"

Um den Kampf Levis in der KPD zu verstehen, muss man bis zur ursprünglichen Debatte um die Strategie der Partei zurückgehen, die auf dem Gründungskongress von 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 geführt wurde. Am ersten Tag des Parteitages sprach Paul Levi den zweiten Punkt der Tagesordnung an: die Teilnahme an der Nationalversammlung. „Ich weiß, es ist keine leichte

---

(Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, 6), Berlin 2008, S.80-101; Theodor Bergmann: Paul Levi. Tragik eines deutschen Revolutionärs zwischen den Parteien, in: Utopie kreativ, H. 185 (März 2006), S.247-256; Thilo Scholle: Ein Fünkchen Revolutionsgeruch im Schrebergarten der SPD-Reichstagsfraktion – Zum 75. Todestag von Paul Levi, in: Argument: Quo vadis SPD? Beiträge zur Zukunftsdiskussion von links, 2005, H. 1, S.9-14; Reinhold Rünker und Thilo Scholle: Linkssozialist in der SPD zu sein... Gedanken über den 75. Todestag von Paul Levi hinaus, in: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 2005, H. 2, S.47-49; Uli Schöler: Der unbekannte Paul Levi?, in: Utopie kreativ, H. 165/166 (Juli/August 2004), S.737-751; Heinz Niemann: Paul Levi in unserer Zeit, in: Geschichtskorrespondenz. Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS (10) 2004, H. 1, S.17-26; Jörn Schütrumpf: Unabgegoltenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: Utopie kreativ, H. 150 (April 2003), S.330-342; Michael R. Krätke: Paul Levi (1883-1930). Der letzte Ritter, in: spw, 1998, Nr. 100, S.31-38.

Aufgabe, wenn ich eintrete für die Wahlen zur Nationalversammlung. […] Die Nationalversammlung ist gedacht als die Burg, die die Gegenrevolution sich aufbauen will mit all ihren Schranzen, mit *Ebert* und *Scheidemann*, mit allen ihren Generälen […] Genossen, über das alles sind wir uns vollständig klar. […] Wir wissen ganz genau, der Weg des Proletariats zum Siege, er kann nur gehen über die Leiche der Nationalversammlung hinweg. […] Es ist kein Zweifel, dass in dieser Nationalversammlung die Vertreter der entschlossenen revolutionären Richtung innerhalb des Proletariats in der Minderheit sich befinden werden. Parteigenossen! Trotzdem schlagen wir [die Zentrale des Spartakusbundes – F. C.] Ihnen vor, die Nationalversammlung nicht beiseite liegen zu lassen. Wir schlagen Ihnen vor, in diese Wahlen einzutreten und sie durchzukämpfen mit aller Erbitterung und Energie und aller Kampfesfreudigkeit, sage ich Ihnen, die Sie gezeigt haben in jedem Kampfe, um jede Position, die die Gegenrevolution bis jetzt vor Ihnen aufgerichtet hat. (Rufe: Vergeudung von Kraft).“[6]

Die Rede Levis entfesselte eine leidenschaftliche Debatte, die die Sitzung spaltete. Eine von Otto Rühle geführte Gruppe verstand die Teilnahme an der Nationalversammlung als einen „opportunistischen“ Kompromiss und sah die katastrophale ökonomische Lage in Deutschland und in der Welt als Zeichen des allgemeinen Zusammensturzes der kapitalistischen Ordnung.[7] Als Folge des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems sei die Nationalversammlung auch kurzfristig zum Verschwinden verurteilt. Die Teilnahme an den Wahlen wurde deswegen nicht nur als widersprüchlich gegenüber der Mission der KPD empfunden, sondern schlicht als Zeitverschwendung. Für Levi und seine Anhänger war unbestritten, dass in Deutschland zu dieser Zeit das Parlament immer noch die herrschende politische Instanz war und ein Teilnahmeverzicht der Bourgeoisie einfach den Weg zur Macht freigemacht hätte.

Die folgende Intervention Rosa Luxemburgs beim Gründungskongress hilft, eine andere wichtige Spezifizierung von Levis Strategie zu verstehen, die von einer bestimmten Interpretation der politischen Lage in Deutschland abhängig war: „Ihr habt nichts hinter Euch, als die elende halbe Revolution vom 9. November. […] [W]as wir bisher sehen, das ist noch die Unreife der Massen. Unser nächste [sic – F. C.] Aufgabe ist, die Massen zu schulen, diese Aufgaben zu erfüllen. Das wollen wir durch den Parlamentarismus erreichen. Eure Taktik ist eine Spekulation auf die abstürzenden Verhältnisse der nächsten Wochen, unsere

6 Hermann Weber (Hrsg.): Die Gründung der KPD: Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, Berlin 1993, S.88-90. Siehe auch die Fassung im Nachlass Levi, Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Levi, Mappe 170.

7 Dies wurde ausdrücklich belegt bei Rudolf Luz: KPD, Weimarer Staat und politische Einheit der Arbeiterbewegung in der Nachkriegskrise 1919-1922/23: ein Beitrag zur Krisen-, Staats- und Strategiediskussion der KPD und zur Analyse der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Diss., Konstanz 1987.

behält im Auge den noch weiten Weg der Erziehung der Massen."[8] Nach der Diskussion stimmte der Kongress mit 62 zu 23 Stimmen gegen die Teilnahme an der Nationalversammlung. Beim Gründungskongress der KPD gerieten somit die Zentrale wie auch Levi selbst in die Minderheit.

Tragische Ereignisse in den ersten Monaten 1919 erschütterten die innerparteiliche Situation der KPD. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar von Freikorpsverbänden, Leo Jogiches am 10. März 1919 ermordet. Damit musste Paul Levi mit 36 Jahren plötzlich die Führung der KPD übernehmen. Diese Aufgabe sollte sich für ihn als sehr schwer erweisen.

Zunächst hatten die anderen politischen Parteien die Verantwortung für die Unruhen während der ersten Jahreshälfte 1919 der KPD zugeschoben, deren Führung jetzt in der Illegalität weiterarbeiten musste.[9] Wegen seiner Beteiligung an Agitationsveranstaltungen wurde Levi Mitte Januar 1919 für einige Tage verhaftet.[10] Von Bedeutung war jedoch, dass Levi durch die politischen Morde im Januar und März 1919 seine wichtigsten Anhänger verloren hatte, die mit ihm für die Teilnahme an der Nationalversammlung eingetreten waren.[11] Als neuer Führer der KPD vertrat er eine schwache Minderheit, die sich gegen eine immer stärker werdende linke Mehrheit verteidigen musste.

Die Verschärfung dieses innerparteilichen Kampfes wurde bei der illegalen Reichskonferenz der KPD in Frankfurt im Sommer 1919 erkennbar. Levis Interpretation der revolutionären Lage wie auch seine entsprechende Strategie hatten sich kaum geändert: „Die Revolution ist anscheinend auf einem toten Punkt angelangt, dass man von einem Absterben der Revolution sprechen könnte".[12] Levi argumentierte, dass die KPD immer noch mit Hilfe der existierenden

---

8 Weber, Gründung der KPD, S.101-103; auch im Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Levi, Mappe 170.

9 Das Protokoll der illegalen KPD-Konferenz im März 1919 in Frankfurt beweist, dass die Parteiführung Schwierigkeiten hatte, sich zu organisieren. Obwohl keine exakten Zahlen vorhanden sind, ist davon auszugehen, dass nur wenige Mitglieder der Partei bei der Konferenz anwesend waren. Die Parteiführung erklärte, dass sie vorübergehend nach Leipzig gehen musste, da die Verfolgung durch die Polizei in Berlin zu groß war: Siehe Protokoll der Reichskonferenz der KPD in Frankfurt am 29.3.1919, BArch, RY 1/I 1/2.1, Bl. 110-159. In einem Brief an Lenin vom 27.3.1919 erklärte auch Levi, dass die reaktionären Kräfte nach der KPD-Führung suchten und diese sich daher kaum organisieren konnte, BArch, NY 4005.103, Bl. 51.

10 Am 14.1.1919 schrieb die „Frankfurter Zeitung", dass Levi am 13.1.1919 verhaftet worden war. Gemäß den Erinnerungen Mathilde Jacobs, Sekretärin Luxemburgs und ab 1919 Levis, wurde Levi am 26.1.1919 aus dem Gefängnis entlassen. Siehe Sibylle Quack/Rüdiger Zimmermann (Hrsg.): Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914-1919, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 24 (1988), H. 4, S.435-515, hier S.498.

11 Siehe Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969 [1949], S.130-137.

12 Protokoll der Reichskonferenz der KPD am 16.8.1919, Bl. 39.

politischen Institutionen in die Massen hineinwirken sollte: durch Teilnahme am Parlament und an den Gewerkschaften.[13] Gegen Levis Taktik wiederholte die Mehrheit, dass man sich „[a]ufs schärfste gegen Beteiligung am Parlament"[14] einsetzen sollte. Auch seien in den letzten Monaten die Gewerkschaften zur Nische des Opportunismus geworden.

Aber am wichtigsten war, dass diese linke Opposition, die sich seit dem Gründungskongress um die Hamburger Fritz Wolffheim und Heinrich Laufenberg geschart hatte, in Frankfurt begann, Levi persönlich anzugreifen. Nachdem sie die Zentrale für ihre „Passivität" verurteilt hatten, verlangten die Hamburger Delegierten die Bildung einer zweiten Führungsinstanz in der Partei, um die Zentrale besser kontrollieren zu können. Die vermeintlich korrupte Zentrale Levis drohe zum „Selbstweck zu werden".[15] Laufenberg bezeichnete Levis Position als eine „Irreführung" der Partei, er würde keine Rücksicht auf die Basis, die Bezirke der Partei, nehmen.[16] In Frankfurt wurde Levi sogar empfohlen, den Parteivorsitz abzugeben.[17] Nochmals, wie schon beim Gründungskongress, wurden die Debatten sehr heftig geführt, bis die Konferenz sich schließlich als „beschluss- und wahlunfähig" erklärte.[18]

Trotz der Anfechtung des in Frankfurt gefassten Beschlusses durch Paul Levi und Clara Zetkin – beide behaupteten, dass die Gründung eines zweiten Gremiums zur Spaltung der Zentrale führen würde – [19] beschloss die Partei die Bildung eines neuen Zentralausschusses (ZA) aus Vertretern der regionalen Bezirke.[20] Dazu wurden Anträge eingereicht, die direkt gegen die Strategie Levis gerichtet waren. „In der gegenwärtigen Revolutionsperiode dürfen Mitglieder der KPD weder bürgerlichen Parlamenten […] angehören, die von einer bürgerlichen, kapitalistischen Regierung anerkannt sind, noch sich an den Wahlen hierzu beteiligen."[21] Zu den Gewerkschaften hieß es: „Die Gewerkschaften haben sich nicht nur während des Krieges, sondern ebenso während der Revolution als das gefährlichste Werkzeug der Gegenrevolution erwiesen. Aufgabe des revolutionären Kampfes ist es, sie als gegenrevolutionäre Organe auszuschalten."[22] Dem Parteivorsitzenden Levi stand eine starke innerparteiliche Opposition gegenüber.

---

13 Ebenda, Bl. 44.
14 Ebenda, Bl. 43.
15 Ebenda, Bl. 40f.
16 Ebenda, Bl. 44.
17 Ebenda, Bl. 42.
18 Ebenda, Bl. 44.
19 Ebenda, Bl. 40f.
20 Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, Berlin 1919, S.27.
21 Rundschreiben der Zentrale der KPD an seine Bezirke nach der Reichskonferenz in Frankfurt am 16. und 17.8.1919, BArch, RY 1/I 1/2.3, Bl. 1.
22 Ebenda. Siehe auch den Artikel Zur Gewerkschaftsfrage. Die Stellung der Zentrale der KPD, in: Kommunistische Räte-Korrespondenz, Nr. 17 (13.9.1919), S.6f., Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, Nachlieferungen.

Ende 1919 führte der innerparteiliche Kampf zur ersten Spaltung der Partei. In Vorbereitung auf den Heidelberger Parteitag der KPD im Oktober 1919 arbeitete Levi acht Leitsätze aus, die eine neue politische Strategie für die KPD formten. Entgegen den oben erwähnten Anträgen der Frankfurter Konferenz machten diese Leitsätze die Beteiligung an parlamentarischer Arbeit sowie die Mitarbeit in den Gewerkschaften allen Kommunisten zur Pflicht. Auch wurde der „Syndikalismus" als „unkommunistisch" verurteilt.[23] Das Bestreben der von Levi dominierten Zentrale, die Hamburger Gruppe aus der Partei auszuschließen, wurde im achten Leitsatz deutlich: „Mitglieder der KPD, die diese Anschauungen [am wichtigsten Beteiligung am Parlament und Mitgliedschaft in den Gewerkschaften] über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt haben oder entgegenhandeln, haben aus der Partei auszuscheiden."[24]

Die Leitsätze mussten, um gültig zu sein, vom Parteitag gebilligt werden. Doch auf dem Kongress regte sich Widerstand gegen Levis vorher nicht bekannt gegebene Leitsätze. Obwohl die Zentrale sich für die Einheit der revolutionären Kräfte aussprach, so Laufenberg, bewirke sie mit den Leitsätzen gerade das Gegenteil.[25] Ein weiterer Vertreter der Hamburger Gruppe machte der Zentrale den Vorwurf, die Presse der Partei manipuliert zu haben, um ihre Gruppe als „syndikalistisch" zu brandmarken.[26] Gegen die Leitsätze äußerten sich auch Vertreter aus Berlin und Braunschweig. Es sei unannehmbar, dazu zu zwingen, aus der Partei auszutreten.[27]

Die Zentrale erzwang jedoch eine unmittelbare Abstimmung, und der Kongress billigte die Leitsätze mit 31 zu 18 Stimmen. Jene Mitglieder, die gegen die Leitsätze gestimmt hatten, wurden unmittelbar danach aus der KPD ausgeschlossen.[28]

In den ersten sechs Monaten seines Vorsitzes gehörte Levi also stets zur Minderheit in der Partei, gerade in Bezug auf die einzuschlagende Strategie. Um sich eine Mehrheit zu schaffen, betrieb er den Ausschluss seiner schärfsten Gegner. Die von seiner Zentrale erarbeiteten Leitsätze werden heute von den meisten Historikern als undemokratisch klassifiziert, ja sogar als zentralistisch und diktatorisch.[29] Das Manöver Levis beim Heidelberger Parteitag zeigt, dass er bereit war, die innerparteiliche Demokratie in der Partei zu umgehen.

---

23 Bericht über den 2. Parteitag, S.1-6.
24 Ebenda, S.6.
25 Ebenda, S.33.
26 Ebenda, S.39.
27 Siehe ebenda, S.35-37.
28 Siehe ebenda, S.42.
29 Zur Zusammenfassung der verschiedenen Interpretationen der Leitsätze des Heidelberger Parteitages siehe Marcel Bois/Florian Wilde: „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion"? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Jahr-Buch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2007/II, S.33-46, hier S.44.

2. Wechselnde Interpretation, wechselnde Strategien

Mit der Gründung der KPD Ende 1918 hatten die Spartakisten eine Trennung von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) beabsichtigt, die durch die Befürwortung einer Nationalversammlung das Proletariat „verraten" hätte.[30] Im Laufe des Jahres 1919 wurde die Strategie der Einheitsfrontpolitik – Allianz mit den anderen Arbeiterparteien – deshalb in der KPD kaum besprochen. Das sollte sich Anfang 1920 jedoch schnell ändern, als reaktionäre Kräfte unter Führung von General Walther von Lüttwitz und Wolfgang Kapp versuchten, mit einem Putsch in Berlin die Macht in Deutschland zu erobern. Am 13. März weigerten sich Soldaten der Reichswehr auf die Truppen Lüttwitz' zu schießen, die auf Berlin marschierten.[31] In seiner Hilflosigkeit rief Reichspräsident Friedrich Ebert nach den Arbeitern. Der Ruf wurde von Arbeitern aller Parteien beantwortet, die sich mit einem Generalstreik gegen den Putsch stellten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltengewerkschaften wie auch die SPD und die USPD befürworteten am 13. März den Streik. Nur die KPD entschied sich an diesem Tage dagegen, korrigierte sich aber am 14. März. Innerhalb weniger Tage wurde die Kapp-Lüttwitz-Regierung paralysiert und musste abdanken. Diese erfolgreiche Niederschlagung des Putsches beförderte schließlich die Verhandlungsbereitschaft unter den Arbeiterorganisationen, in denen nun auch über eine mögliche Arbeiterregierung gesprochen wurde. Vor diesem Hintergrund wurde auch in der KPD die Debatte über die Einheitsfrontpolitik und die revolutionäre Strategie der Partei wieder zum Leben erweckt. Erneut war Levi in der Minderheit, diesmal aber mit einer umgekehrten Interpretation der revolutionären Bewegung in Deutschland und einer dazu entsprechenden offensiveren Taktik.

Am Tag des Einmarsches von Lüttwitz in Berlin saß Levi im Gefängnis Berlin-Moabit.[32] Seine damalige Korrespondenz mit der Parteiführung enthüllt eine scharfe Meinungsdiskrepanz zwischen ihm und der Zentrale. Am 16. März schrieb Levi an die Zentrale: „Ich habe soeben die Flugblätter gelesen [am 13. März von der KPD-Führung beschlossen und am 14. März in der „Roten Fahne" veröffentlicht; darin stellte sich die KPD gegen einen Streik – F. C.]. Mein Urteil: ein moralischer u[nd] politischer Bankrott der KPD, von dem ich nicht sehe, wie sie sich wieder erholen soll. […] Nach meinem Gefühl ist es ein Verbrechen, die Aktion jetzt dadurch zu zerbrechen, dass man schreibt: ‚Das Proletariat wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik'. Wisst ihr

30 Siehe Rede Karl Liebknechts beim Gründungsparteitag, in: Bericht über den Gründungsparteitag der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, Berlin 1919, S.4-6.

31 Siehe Willy Brandt/Richard Löwenthal: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957, S.133.

32 Auch wenn nicht genau festzustellen ist, wann oder wofür Levi in Haft genommen wurde, war er schon zur Zeit des dritten Parteitages der KPD, der am 25./26. Februar 1920 stattfand, im Gefängnis. Er wurde am 24. März 1920 entlassen. Siehe Entlassungsschein des Moabiter Gefängnisses vom 24.3.1920, BArch, NY 4126.1.

was das heißt? […] Ich hatte immer gedacht, dass wir uns über folgendes klar u[nd] einig seien: wenn eine Aktion kommt, auch für das blödsinnigste Ziel [hat die KPD] für diese Aktion einzutreten, sie durch unsere Parolen über das blödsinnige Ziel hinauszuführen; in der Steigerung der Aktion den Massen das wahre Ziel einander anzupassen. [...] Jetzt müssen wir […] – auch mit der SPD […] den Putsch auf alle Fälle niederschlagen, weil alles andere fast naturnotwendig folgen muss."[33] Für Levi war die spontane Antwort der Arbeiter auf den Kapp-Putsch ein Zeichen der Wiederaufnahme eines revolutionären Anlaufs in Deutschland. Die Aktionen der Massen zu unterstützen, gehörte seiner Ansicht nach zu den wichtigsten Aufgaben einer kommunistischen Partei.

Die zum Kapp-Putsch zwischen Levi und der Parteizentrale geführte Auseinandersetzung brach im April 1920 während des vierten Parteitages der KPD (14./15. April 1920 in Berlin) erneut auf. Diesmal wurde im Speziellen über die Stellungnahme der Partei zur Teilnahme an einer möglichen Arbeiterregierung mit den anderen Parteien und Massenorganisationen gestritten. Gemäß einem Artikel in der „Roten Fahne" vom 26. März lehnte die KPD die Teilnahme an einer solchen Regierung ab, da „die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind".[34] Levi focht diese Haltung der Zentrale an. Obwohl er nur wenige Wochen vorher gemeint hatte, dass die Lage in Deutschland auf keinen Fall revolutionär sei,[35] bekundete er nun auf dem Parteitag, die Abdankung der Kapp-Lüttwitz- Regierung böte den Beweis dafür, dass das Proletariat bereit sei, die Macht zu übernehmen. Er erklärte weiter, dass die politische Lage in Deutschland zurzeit „revolutionär in jedem Sinne des Wortes" sei und „[d]er Tag der Revolution" gekommen wäre.[36] Nachdem die Zentrale einen unabänderlichen Fehler begangen habe, als sie den Streik am 13. März nicht billigte, hätte sie zumindest durch eine Zusammenarbeit mit den anderen Arbeiterorganisationen versuchen sollen, die Macht zu übernehmen. Der Kongress nahm nichtsdestrotz die folgende Resolution mit 37 zu 6 Stimmen an: „Die weitere Politik der KPD kann nur unter den Losungen der eigenen Partei geführt werden. Es ist die Aufgabe der Partei, unter schärfster Kritik der SPD und USP[D] führend in die kommenden Kämpfe einzugreifen, zur Eroberung und Befestigung weiterer Machtpositionen auf dem Wege revolutionärer Massenaktionen des Proletariats."[37] Damit wurde Levis Position nochmals zu einer Minderheitenposition in der Partei, und seine Stellung als Parteivorsitzender war mehr denn je in Gefahr. Die Ereignisse zeigen, dass die in der Historio-

33 Brief Levis an die Zentrale der KPD, 16.3.1920, BArch, RY 1/I 2/2. 29, Bl.480.

34 Siehe Erklärung der Zentrale der KPD (Spartakusbund), in: Die Rote Fahne, 26.3.1920.

35 Siehe Paul Levi: O du mein Deutschland, undat. [nach dem 2.2.1920], in einer unbekannten Zeitung, Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, Mappe 286.

36 Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920, Berlin 1920, S.4.

37 Ebenda. Eine erste Version der Resolution ist auf S.28f. zu finden. Die Abstimmung über die Resolution ist mit einer kleinen eingeführten Änderung auf S.53 abgedruckt.

grafie behandelte „Anti-Putschismus"-Theorie zu Levi wenig dazu beiträgt, seine offensive Haltung zu verstehen. Wichtiger ist es, seine wechselnden persönlichen Interpretationen der revolutionären Lage in Deutschland zu analysieren. Um die Teilnahme an der Nationalversammlung zu rechtfertigen, hatte Levi 1919 mehrmals erklärt, dass die Revolution in Deutschland an einen toten Punkt gekommen sei. Diese Sicht änderte er jedoch Anfang 1920 schnell. Während des Kapp-Putsches wurde er Befürworter einer Offensiv-Politik, wonach – auch für das „blödsinnigste Ziel" – jede Aktion der Massen zu unterstützen sei. Levi war somit zur Anpassung seiner Vorstellungen fähig.

3. Der Bruch Levis mit der KPD

Im Juni 1920 waren Paul Levi und Clara Zetkin die ersten Kommunisten, die in den Reichstag gewählt wurden, was die Glaubwürdigkeit der KPD in Deutschland erhöht haben dürfte. Von Levi seit 1919 vorangetrieben, erfolgte Anfang Dezember 1920 die Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD. Zusammen mit Ernst Däumig teilte sich Levi jetzt den Vorsitz einer 300.000 Mitglieder starken Partei, der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD).[38]

Doch war damit die Stellung Levis in der Partei nur scheinbar sicherer geworden. Nach dem Kapp-Putsch war sie zu Beginn des Sommers 1920 sogar noch schwächer gewesen als je zuvor – selbst in der Parteizentrale war sein Einfluss geschwunden. Laut einem Polizeibericht hatte eine „Vertrauensmänner- und Führersitzung der KPD" am 24. Juni 1920 in Steglitz zum Thema „Oppositionsgruppen und Vorverhandlungen mit der KAPD [Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands]"[39] Es wurde „die Beseitigung von Levi und Klara Zetkin gefordert."[40] Im Sommer 1920 hatte außerdem ein exogener Faktor gegen Levi zu wirken begonnen: die Einmischung der Komintern in die KPD-Politik. Zusammen bewirkten diese beiden Kräfte schließlich seinen Ausschluss aus der kommunistischen Bewegung.

Den Erinnerungen des ehemaligen KPD-Mitglieds Curt Geyer sowie der Studie Willy Brandts und Richard Löwenthals zufolge,[41] arbeitete das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) seit dem Frühsommer 1920 zu-

38 Siehe Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U.S.P.D. (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin-Leipzig 1921.

39 Polizeibericht vom 26.6.1920, Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, Mappe 186.

40 Ebenda.

41 Siehe Curt Geyer: Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen von Curt Geyer, Stuttgart 1976, S.207; Brandt/Löwenthal, Ernst Reuter, S.138f. Für Jörn Schütrumpf markierte Levis Auftritt gegen den „Syndikalismus" den Anfang seiner Verfolgung in der KPD und in der Komintern. Siehe Schütrumpf, Paul Levi, S.87-92.

gunsten eines Anti-Levi-Flügels.[42] Beim zweiten Kongress der Komintern im Juli 1920 hatten Lenin und das EKKI (besonders Grigorij Zinov'ev, Nikolaj Bucharin und Karl Radek) in den europäischen Sektionen der Komintern ein offensives Programm zur Weltrevolution verfolgen wollen.[43] In Deutschland bedeutete das die Rehabilitierung der KAPD, der neuen „syndikalistischen" Partei, mit der Moskau in engem Kontakt stand.[44] Sie war um die von Levi beim Heidelberger Parteitag ausgeschlossenen Mitglieder der KPD gegründet worden. Beim Kongress in Moskau, als das EKKI die KAPD als „sympathisierende" Organisation anerkannte, drohte Levi, den Kongress zu verlassen. Er argumentierte, dass die KAPD die 21 Bedingungen der Komintern nicht erfülle und eine ernste Gefahr für die kommunistische Bewegung sei.[45] Jörn Schütrumpf zufolge ist diese Stellungnahme Levis entscheidend gewesen, um das EKKI davon zu überzeugen, dass seine Beseitigung als KPD-Vorsitzender notwendig war.[46] Im Herbst 1920 baute die Komintern ihre Beziehungen zu den Oppositionsgruppen um Ernst Meyer und August Thalheimer wie auch nach Berlin aus, wo sich seit Oktober 1919 eine linke Opposition um Ernst Reuter-Friesland entwickelt hatte.[47] Nachdem die Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD Anfang Dezember 1920 vollzogen war, konnte die Komintern mit der Ablösung Levis als Vorsitzenden der KPD fortfahren.

Den Vorwand für eine öffentliche Stellungnahme gegen Levi lieferte seine Reise nach Livorno, wo er Mitte Januar 1921 beim Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei zu Gast war. Im Sommer 1920 war Giacinto Serrati als Vertreter der italienischen Partei in die Komintern aufgenommen worden. Sechs Monate später behauptete nun das EKKI, dass die Gruppe Serrati die 21 Bedingungen Lenins immer noch nicht erfüllt hätte. Wie der Historiker Jean-François Fayet meint, hatte Grigorij Zinov'ev, der Vorsitzende des EKKI, Mátyás Rákosi und Christo Kabakchiev nach Livorno geschickt, mit der klaren Anweisung, Serrati

42 Um sich eine Meinung über die Vertreter dieses Flügels zu machen, kann man zu einem Brief Radeks an die KPD im März greifen, in dem Radek über einen möglichen Ausschluss Levis bereits vor dessen Broschüre „Unser Weg" argumentierte. Der Brief wurde u. a. an Heinrich Brandler, August Thalheimer, Paul Frölich und Ernst Meyer geschickt. Siehe BArch, NY 4126.20, Bl. 80.

43 Zur theoretischen Auseinandersetzung Levis mit der Komintern siehe Schütrumpf, Paul Levi, S.80-101.

44 Siehe die zahlreichen Korrespondenzen des EKKI mit der KAPD von ihrem Gründungsparteitag Anfang April 1920 bis Januar 1921, RGASPI, F. 495, Op. 293, D. 5.

45 Siehe den Brief der KPD-Vertreter in Moskau an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Russlands vom 22.7.1920, BArch, NY 4126.19, Bl. 231; siehe auch Rede Levis vor dem ZA der KPD am 25.8.1920, BArch, RY 1/I 2/1. 2, Bl. 23-44.

46 Siehe Schütrumpf, Paul Levi, S.87-92.

47 Siehe Brandt/Löwenthal, Ernst Reuter, S.129-144. In einem Brief an Radek forderte Thalheimer am 14.4.1921, dass die VKPD sich unbedingt von Levi trennen müsse. Zugleich erklärte er, dass Zetkin und Adolf Hoffmann, auch Anhänger Levis, gerettet werden sollten. BArch, NY 4126.20, Bl. 137.

und seine Anhänger aus der Partei auszuschließen.[48] Levi beobachtete das genau; in einem kritischen Bericht an das EKKI erklärte er nach seiner Rückkehr nach Deutschland, dass die Vertreter der Komintern beabsichtigt hätten, die italienische Partei zu spalten.[49]

Das EKKI reagierte äußerst scharf auf diese Kritik Levis. Am 26. und 27. Januar veröffentlichte Karl Radek, unter dem Pseudonym P. B., in der „Roten Fahne" eine Serie von drei Artikeln, in denen er Levi persönlich angriff.[50] Radek zufolge wussten alle, dass Serrati nie die Absicht hatte, die 21 Bedingungen der Komintern anzuerkennen. Das habe auch Levi gewusst, dies aber verheimlicht und sich damit auch für den „Opportunismus" und gegen den Kommunismus entschieden. Levi antwortete auf die Artikel mit einem Brief an das EKKI: „Hält die Exekutive oder ihr deutscher Vertreter [Radek – F. C.] meine Entfernung vom Posten als Vorsitzender der Partei für nötig oder auch nur wünschenswert?"[51] Radek, der sich damals in Deutschland befand, erklärte am 28. Januar vor der VKPD-Zentrale, dass das EKKI eine solche Maßnahme nicht wünsche. Er warf Levi aber nochmals vor, die Partei belogen zu haben, als er sagte, dass Serrati ein Kommunist sei.[52]

Die Spannungen zwischen Levi und der Komintern erreichten Ende Februar 1921 ihren Höhepunkt. Vor der erweiterten Sitzung des Zentralausschusses versuchte der EKKI-Vertreter Rákosi, Levi zu provozieren. Levi sei erneut ein „Opportunist" gewesen. Auf die Kritik Levis am EKKI erklärte Rákosi, dass Serrati ohne Rücksicht aus der Komintern beziehungsweise aus der Italienischen Sozialistischen Partei ausgeschlossen werden sollte.[53] Als die Diskussion eröffnet wurde, stellten sich die meisten Mitglieder des ZA auf die Seite Rákosis. August Thalheimer beschuldigte Levi, die „italienische Frage" zur Lebenssache der VKPD gemacht zu haben. Man solle Levi nicht glauben, wenn der behaupte, dass eine Spaltung in Italien zwangsläufig zur VKPD führen würde.[54] Paul Frölich mahnte, dass eine rasche Trennung von Serrati notwendig sei, um ein Eindringen falscher Positionen in die Komintern zu verhindern. Obwohl Levi Parteiführer war, sei es nötig sich gegen ihn zu stellen, da er das Verhalten des EK-

48 Siehe Jean-François Fayet: Paul Levi and the Turning Point of 1921. Bolshevik Emissaries and International Discipline in the Time of Lenin, in: Norman Laporte/Kevin Morgan/Matthew Worley (Hrsg.): Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917-53, New York 2008. S.106-120, hier S.113.

49 Bericht Levis über den italienischen Parteitag an das EKKI vom 20.01.1921, BArch, NY 4126.8, Bl. 109-113.

50 P. B. [d. i. Karl Radek – F. C.]: Die Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei und die Kommunistische Internationale, in: Die Rote Fahne, 26./27.1.1921.

51 Brief Levis an das EKKI vom 27.1.1921, BArch, RY 1/I 2 /1.5, Bl. 309f.

52 Siehe Protokoll der Sitzung der Zentrale der KPD vom 28.01.1921, Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, Mappe 182.

53 Siehe Protokoll der Sitzung des ZA der KPD vom 23.2.1921, BArch, RY 1/I 2 /1.5, Bl. 190-210.

54 Ebenda, Bl. 219.

KI in Livorno missbilligt hätte.[55] Am Ende der Diskussion nahm der ZA eine von August Thalheimer und Walter Stoecker eingebrachte Resolution an, die den Ausschluss Serratis und seiner Gruppe aus der Komintern forderte. Es hieß, dass sein Ausschluss die einzige Möglichkeit sei, um die „opportunistische Politik" in Italien zu beseitigen.[56] Der Zentralausschuss billigte die Resolution mit 28 zu 23 Stimmen.[57]

Unverzüglich nach der Abstimmung verkündete Clara Zetkin, dass sie und Levi mit der allgemeinen Politik der VKPD nicht mehr übereinstimmten, worauf hin sie von ihren Posten in der Zentrale zurücktraten.[58] Levi erklärte, dass die Politik der Partei unvermeidlich zum Untergang des europäischen Kommunismus führen würde, da sie die kommunistischen Parteien Europas von ihrer Basis abtrenne. Wenn 28 Mitglieder des ZA die oben erwähnte Resolution billigen wollten, sollten sie selbst die Konsequenzen übernehmen. Anschließend legten auch Ernst Däumig, Adolph Hoffmann und Otto Brass ihre Mandate nieder, auch für sie bewegte sich die Komintern in eine „neue Richtung".[59]

In den nächsten Wochen übernahm Heinrich Brandler zusammen mit Walter Stoecker den Vorsitz der VKPD. Werner Angress zufolge mangelte es der neuen Führung an Umsicht und Selbstbewusstsein.[60] Als die Komintern im März 1921 aus Moskau drei Emissäre nach Deutschland schickte, um die Offensiv-Theorie weiter voranzubringen, konnte die neue Zentrale den Einfluss Moskaus nicht bremsen.[61] Als Unruhen in Sachsen ausbrachen, forderte die VKPD einen massiven Streik in ganz Deutschland.[62] In Hamburg verwandelte sich die Streikagitation in eine blutige Konfrontation mit der Polizei, die von den Streikabsichten zuvor informiert worden war.

Trotz der Propaganda einer Offensive und entsprechender Aktivitäten der VKPD-Führung nahm nur eine kleine Minderheit der deutschen Arbeiter im März 1921 an den „Märzkämpfen", teil. Sie waren ein kompletter Misserfolg. Am 10. April 1921 vollendete Levi seine später berühmt gewordene Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus". Er kritisierte die Führung der VKPD sowie die Komintern für das Abdriften des deutschen Kommunismus in den „Bakuninismus" und Anarchismus.[63] „Durch das alles wird die Märzbewegung als das

55 Ebenda, Bl. 226.
56 Ebenda, Bl. 210f.
57 Siehe ebenda, Bl. 251.
58 Siehe ebenda, Bl. 252.
59 Siehe ebenda, Bl. 252-266.
60 Siehe Werner T. Angress: Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany, 1921-1923, Princeton 1963, S.114-124. (Die deutsche Fassung erschien als: Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD: 1921-1923, Düsseldorf 1973.).
61 Siehe ebenda, S.120. Die drei Emissäre waren Béla Kun, Joseph Petter Pogany und August Guralsky Kleine.
62 Siehe Sigrid Koch-Baumgarten: Die Märzaktion der KPD 1921, Köln 1987, S.57-103.
63 Siehe Levi, Unser Weg, in: Beradt (Hrsg.), Paul Levi. Zwischen Spartakus, S.44.

charakterisiert, als was sie ist: *der größte Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte*."[64] Das uneingeschränkte Drängen der Zentrale auf revolutionäre Aktionen, ohne Rücksicht auf das Wollen der Massen, war Ausdruck der Entfremdung der Partei von der deutschen Gesellschaft. Die Arbeiterpartei war für den Tod mehrerer Arbeiter verantwortlich, die während der Märzaktion ums Leben gekommen waren.[65]

„Unser Weg" erschien am 12. April 1921. Am 15. April verkündete die VKPD in der „Roten Fahne", dass Levi wegen Disziplinbruchs aus der Partei ausgeschlossen sei.[66]

4. Der unerwünschte Bruch mit den Bolscheviki

Nach seinem Ausschluss aus der VKPD gründete Levi bekanntlich seine eigene politische Gruppe, die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG), mit der er die Politik der VKPD zu verändern versuchte.[67] Das Programm vom November 1921 verlangte die völlige Unabhängigkeit der Partei von der Kommunistischen Internationale sowie die Zusammenarbeit aller revolutionären Arbeiter in Deutschland.[68] Wie die Korrespondenzen Max Sievers[69] zeigen, sahen viele Kommunisten jedoch vor allem, dass die „Leviten" die VKPD spalten wollten, um über sie wieder die Kontrolle zu gewinnen. Aufschlussreiches Zeugnis für die Stimmung ist das persönliche Erscheinen Levis beim Jenaer Parteitag Ende August 1921. Laut eines sowjetischen Berichts war Levi nach Jena gefahren, um eine Extra-Ausgabe seiner Zeitschrift „Unser Weg (Sowjet)" zu verteilen, in der er die Politik des EKKI aufs Schärfste kritisierte. Die Mitglieder der KAG Otto Brass, Heinrich Malzahn und Paul Neumann hätten zugegeben, dass Levi die Partei zu polarisieren versuchte.[70]

Der gleichzeitige Versuch Levis, mit Hilfe Moskaus in die VKPD zurückzukehren, ist weniger bekannt und wird auch in der Historiografie kaum erwähnt.[71]

---

64 Ebenda, S.74.

65 Siehe ebenda, S.75-78.

66 Siehe Schreiben der KPD-Führung vom 15.4.1921, BArch, NY 4126.20, Bl. 140f.

67 Die KAG wurde im September 1921 gegründet, ihre erste Reichskonferenz fand am 20.11.1921 statt. Siehe Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft vom 25.11.1921.

68 Siehe Forderungen der KAG, in: Beradt (Hrsg.), Paul Levi. Zwischen Spartakus, S.162f.

69 Max Sievers verließ die VKPD im April 1921 wegen des Verhaltens der Partei gegenüber der Märzaktion. Sievers gehörte dann zur Gruppe Levis um die KAG, jedoch auch später in der SPD.

70 Siehe die zwei Berichte an das EKKI vom 22. und 23.8.1921, RGASPI, F. 495, Op. 293, D. 7, Bl. 171-173.

71 Eine Ausnahme ist der auf Englisch veröffentlichte Artikel: Arnita Ament Jones: Paul Levi and the Comintern. A Postscript, in: IWK (11) 1975, H. 4, S.437-451, hier S.441. Für Jones soll ein Brief Levis an den polnischen Kommunisten Adolf Warski vom 9.12.1921 der Beweis dafür sein, dass Levi Ende 1921 immer noch hoffte, durch Moskau wieder in die VKPD zurückkehren zu können. Der Brief ist jedoch nicht von Bedeutung, da Levi

Die Briefe Levis weisen aber nach, dass Levi mindestens bis Mitte September 1921 hoffte, sich durch die Bolschewiki rehabilitieren zu lassen. Anders als oft behauptet, war der Bruch Levis mit dem Bolschewismus von ihm nicht gewünscht.

Die Ereignisse verliefen wie folgt: Ende Mai 1921 bat Levi das Präsidium des bevorstehenden Kongresses der Komintern, seinen Ausschluss aus der kommunistischen Bewegung wieder aufzuheben. Für ihn war seine in „Unser Weg" geäußerte Kritik an der Märzaktion nicht gegen die Kommunisten gerichtet. Im Gegenteil, Kommunisten hätten die Pflicht, die Partei zu kritisieren, wenn diese sich gegenüber dem Rest der Bewegung kompromittiert hatte. Dazu hätten sich, so Levi, viele Mitglieder der VKPD ähnlich geäußert. Die Märzaktion sei „ein Bruch mit der Vergangenheit", da sich die Partei nun für eine Offensivstrategie eingesetzt habe.[72]

Vor allem aber versuchte Levi, sich in seinem Brief an die Seite des EKKI zu stellen. Über die Entscheidung der Zentrale die Märzaktion fortzusetzen, schrieb er: „Ich bleibe auch bei den Behauptungen bezüglich des Einflusses der Exekutive, wenn ich auch vielleicht zu Gunsten der Exekutive folgende Tatsache erwähnen muss, die öffentlich von mir noch nicht genügend unterstrichen ist: dass es der Exekutive (nicht deren Vertreter in Deutschland [Karl Radek – F. C.], die erheblich weiter gingen) in der Tat nur auf Anregungen ankam, von denen sie annahm, dass sie in Deutschland von selbständigen, eines eigenen Urteils fähigen Leuten geprüft und unter Umständen modifiziert oder abgelehnt würden."[73] Gegenüber dem EKKI – außer gegenüber Radek – war Levi also nachsichtig. Die Schuld läge ausschließlich bei der Zentrale der VKPD und nicht beim EKKI.

Im Juni und Juli 1921 fand in Moskau der dritte Kongress der Komintern statt. Einem Bericht Clara Zetkins, die dort anwesend war, entnahm Levi, dass der Mehrheit des EKKI kaum mehr zu vertrauen war. Zetkin schrieb: „Es war die höchste Zeit, dass ich hierher kam. Die braven, anständigen Vertreter der braven anständigen Deutschen hatten unter Radeks Führung mit allen Mitteln gegen uns [„Leviten" – F. C.] gearbeitet und gehetzt. Nicht ohne Erfolg."[74] Laut Zetkin war die Lage aber noch nicht hoffnungslos, da wichtige Bolschewiki die Meinung Levis immer noch teilten: „Tr[otzki] und L[enin] stehen bei Beurteilung der Märzaktion sachlich auf unserem Boden, aber sie lehnen vom Standpunkt ihrer Parteidisziplin und ihres Parteicharakters Ihre Broschüre scharf ab. […] L[enin] und Tr[otzki] schätzen Sie [Levi] hoch und sind überzeugt, dass Ihnen die Türe

das Schreiben Warskis Ende Dezember mit einem Brief beantwortete, in dem er leugnete, die Verhandlungen mit Moskau wieder aufnehmen zu wollen. Siehe Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, Mappe 46.

72 Siehe Brief Levis an die Komintern vom 31.5.1921, BArch, NY 4126.16, Bl. 90-99.

73 Ebenda, Bl. 95f.

74 Brief Clara Zetkins an Levi. Den Brief wurde zwischen dem 22. und 29.6.1921 geschrieben. Das Datum ist auf dem Dokument nicht genau zu entziffern. BArch, NY 4126.17, Bl. 37.

offengelassen werden muss, sobald als nur möglich wieder als Führer in die Partei zurückzukehren."[75] Ab Ende Juni 1921 war Levi also bewusst, wer seine Verbündeten in Moskau waren. Er konnte noch hoffen, mit Lenins und Trotzkis Hilfe in die VKPD zurückkehren zu können.

Mitte August 1921, obwohl Levis Kritik nun bereits auch auf das EKKI gerichtet war, versuchte er noch, sich an die Seite Trotzkis zu stellen. In einem Artikel in seiner Zeitschrift „Unser Weg (Sowjet)" zitierte er die Rede Trotzkis auf dem dritten Kongress der Komintern: „Und wenn wir nun sagen, wir schleudern Paul Levi zum Fenster hinaus, und über die Märzaktion nur in ganz konfusen Redensarten sagen, sie sei der erste Versuch gewesen, ein Schritt nach vorwärts, mit einem Wort, dass wir die Kritik phraseologisch verdecken, so haben wir damit unsere Pflicht nicht erfüllt. Wir sind verpflichtet, der deutschen Arbeiterschaft klipp und klar zu sagen, da**ss** wir diese Offensivphilosophie als die größte Gefahr und in der praktischen Anwendung als das größte politische Verbrechen auffassen", hatte Trotzki gesagt.[76] Der Virage-à-droite der Komintern vom Sommer 1921 entsprach der Kritik Levis an der Märzaktion. Auch Anfang August 1921 war Levi daher noch überzeugt, in Moskau Hilfe zu bekommen. Trotzki zufolge schickte Levi zu dieser Zeit sogar einen weiteren Brief an das EKKI, in dem er verlangte, dass Lenin und Trotzki seine Rückkehr in die VKPD, gegen den Willen der Partei, erzwingen sollten.[77]

Die Illusionen Levis, von Moskau gerettet zu werden, zerschlugen sich am Ende des Sommers 1921 jedoch. Ausschlaggebend war wohl der Jenaer Parteitag der VKPD (22. bis 26. August 1921), bei dem er von zwei wichtigen Verbündeten verleugnet wurde. Am ersten Tag des Kongresses, an dem Levi anwesend war,[78] wurde ein Brief Lenins verlesen, demzufolge die Kritik Levis an der Märzaktion inhaltlich richtig war, sein Disziplinbruch und besonders sein andauerndes Streben, den inneren Streit in der VKPD zu schüren, dennoch unzulässig seien: „Ich [Lenin] würde den deutschen Genossen empfehlen, die Polemik mit Levi und seinem Blättchen in der Tagespresse zu verbieten. Man darf ihm keine Reklame machen […] Die deutschen Kommunisten müssen um jeden Preis die inneren Streitigkeiten beenden […] Paul Levi und die KAPD-isten vergessen und zur positiven Arbeit schreiten."[79] Von großer Bedeutung für Levi war auch der plötzliche Gesinnungswechsel Clara Zetkins beim Jenaer Parteitag, die sich nun

75 Ebenda.

76 Paul Levi: Die Offensivtheorie und der Weltkongress der Kommunistischen Internationale, in: Unser Weg (Sowjet). Zeitschrift für kommunistische Politik, August 1921, H. 7, S.211.

77 Siehe Leon Trotzki: Paul Levi und einige ‚Linke', in: Die Rote Fahne, 12.1.1922.

78 Siehe Berichte an das EKKI vom 22.-23.8.1921, RGASPI, F. 495, Op. 293, D. 7, Bl.171-173.

79 Der Brief Lenins wurde von Ernst Reuter-Friesland beim Jenaer Parteitag der VKPD am 22.8.1921 verlesen. Siehe Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922, S.160.

entschieden hatte, der Politik der Komintern zu folgen, um in der VKPD verbleiben zu können.[80] Dazu schrieb Levi an seine Sekretärin Mathilde Jacob Ende August: „Liebe Mathilde, also Klara ist endgültig umgefallen. Nicht nur uns hat sie verraten, sie hat die Sache gleich konsequent gemacht und auch noch Trotzki verraten, indem sie heute eine Resolution angenommen hat – von Maslow bis Klara – in der die Trotzkische Auffassung vom Märzputsch zurückgewiesen wird."[81] Der Meinungsumschwung Zetkins, der sicherlich engsten Verbündeten Levis in der VKPD, die darüber hinaus gute Verbindungen zu Moskau besaß, entmutigte Levi. Er erkannte, dass er die Politik der VKPD nicht mehr durch die Bolschewiki beeinflussen konnte.

Daher änderte er sein Vorgehen ein letztes Mal. Im September 1921 erwog er, die Kritik Rosa Luxemburgs an den Bolschewiki, „Die Russische Revolution", zu veröffentlichen. In ihrer 1918 im Breslauer Gefängnis verfassten Kritik hatte Rosa Luxemburg die Terrorpolitik der Bolschewiki wie auch die Agrarpolitik Lenins aufs Schärfste verurteilt.[82] Luxemburg, so Levi, hatte den Text bereits 1918 veröffentlichen gewollt. Allein er habe sie nach langer Überredung davon überzeugen können, dass diese Kritik zu dieser Zeit unangebracht war.[83] Ende September 1921 wechselte Levi zwei Briefe mit Zetkin über sein Anliegen, die Kritik Luxemburgs zu veröffentlichen.[84] Im zweiten Brief erkennt man genau die Taktik Levis. Er erklärte, dass eine Zusammenarbeit mit den Bolschewiki nicht mehr möglich wäre, und argumentierte, wenn die russische Arbeiterbewegung in einer Krise sei, müsste man zumindest versuchen, den deutschen Kommunismus zu retten.[85] Trotz der Warnungen Zetkins entschloss sich Levi im November 1921 zur Veröffentlichung.[86] Ende Dezember 1921 erschien die Broschüre Rosa Luxemburgs mit einer von Levi verfassten Einleitung. Die „Rote Fahne" veröf-

80 Siehe ebenda. Beim Jenaer Parteitag stimmte Zetkin einer Resolution zu, die mit den Resolutionen des dritten Kongresses der Komintern übereinstimmte, aber die Kritik Trotzkis an der Märzaktion verleugnete. Die Abstimmung ist auf S.327, die Version der Resolution auf S.408 zu finden; siehe auch Angress, Stillborn Revolution, S.204f. In einem Brief an ihren Sohn Maxim schrieb Zetkin am 3.9.1921: „Über die Parteidinge schreibe ich Dir nächstens. Die Klärung hat langsam begonnen. Ich war gezwungen, mich politisch in aller Form von P[aul] L[evi] und seinen Freunden zu trennen oder aber von der Partei. Da ich an die Gesundung der Partei glaube, war es meine Pflicht bei ihr zu bleiben.", BArch, NY 4005.64, Bl. 12f.

81 Brief Levis an Mathilde Jacob vom 23.8.1921, BArch, NY 4126.16, Bl. 26.

82 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, Berlin [1921].

83 Vorwort Levis zur Broschüre Die Russische Revolution, in: Beradt (Hrsg.), Paul Levi, Zwischen Spartakus, S.96.

84 Siehe Briefe Levis an Zetkin; der erste zwischen dem 12. und 14.9.1921 und der zweite vom 23.9.1921, Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, Mappe 45.

85 Siehe Brief Levis an Zetkin vom 23.9.1921, Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, Mappe 45.

86 Siehe Kopie des Vertrags Levis mit der Firma Verlag Gesellschaft und Erziehung vom 01.11.1921 für die Veröffentlichung der Broschüre „Die Russische Revolution" von Rosa Luxemburg, BArch, NY 4126.1.

fentlichte dazu eine Erklärung von Zetkin und Adolf Warski[87] sowie einen Brief von Trotzki[88], in denen sich die Verfasser deutlich von Levi distanzierten. Levis Zeit als Kommunist war damit endgültig vorbei.

Fazit

Wie Charlotte Beradt bereits demonstrierte, hat Levi immer wieder versucht, die KPD im Sinne der breiten Masse zu führen. In Anlehnung an Rosa Luxemburg verstand Paul Levi die Partei als einen Teil der Arbeiterbewegung und nicht als eine exogene Kraft. Sie sollte die Massen so weit wie möglich erziehen und führen, aber letztendlich auch auf sie „warten", damit die Revolution durchgeführt werden kann. Als die Komintern im Sommer 1920 mit den 21 Aufnahme-Bedingungen sowie ihrer Offensivtheorie von den Massen Abstand nahm, stieß sie sich mit den Vorstellungen Levis.[89] Wie kaum ein anderer kämpfte Levi gegen die Entfremdung der KPD von den Massen und zugleich gegen die Abhängigkeit der deutschen Partei von Moskau. Der freiwillige Ausstieg Levis aus der Zentrale im Februar 1921 und die Veröffentlichung „Unser Weg" waren wichtige Stationen dieses Kampfes.

Trotzdem ist es nicht möglich, die Karriere Levis in der Kommunistischen Partei ausschließlich mit theoretischen Auseinandersetzungen zu erklären. In der Praxis hat Levi vorübergehend die Theorie zur Seite gelegt, um seine Stellung in der KPD zu sichern. Wie gezeigt, war Levi temporär zu undemokratischem Handeln bereit. Auch hätte er weiter mit Moskau zusammenarbeiten wollen, wenn Lenin und Trotzki es erlaubt hätten. Paul Levi war vor allem ein Mann der politischen Praxis.

87 Siehe Clara Zetkin und Adolf Warski: Erklärung, in: Die Rote Fahne, 22.12.1921.
88 Siehe Leon Trotzki: Paul Levi und einige ‚Linke'.
89 Siehe Schütrumpf, Paul Levi, S.87.

Alfred Gottschling und Eduard Walz – zwei Akteure der Novemberrevolution 1918 in Berlin

Ingo Materna

Der 90. Jahrestag der deutschen Revolution 1918/19 war Anlass, neuerlich einen genaueren Blick auf aktive Akteure dieser historischen Periode zu werfen. Im Zusammenhang mit der fundamentalen Publikation der Dokumente der „Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19“[1] haben die Herausgeber und Bearbeiter ausdrücklich besonderen Wert auf biografische Nachweise der Räte gelegt, die damit häufig erstmalig und auch wohl einmalig ihre historisch längst verdiente Erwähnung gefunden haben. Bei der allgemein überaus positiven Bewertung der Edition in den Rezensionen haben diese biografischen Forschungen durchaus Beachtung gefunden.[2] Sie sind durch nachfolgende Publikationen ergänzt worden, umfassend von Sabine Ross in ihrem „Biographischen Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19“[3] und durch die endlich jüngst erschienene Arbeit von Ralf Hoffrogge über Richard Müller, den Vorsitzenden des Vollzugsrates der Berliner Räte.[4] Nunmehr ist es möglich, auch den (zeitweiligen) Vorsitzenden der Berliner Soldatenräte Alfred Gottschling vorzustellen.

---

1 Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, hrsg. von Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna, Berlin 1993 [zit. als Groß-Berliner A.-u.-S. Räte (1993)]; [Fortsetzung der Dokumentation in zwei weiteren Bänden:] Vom 1. Reichsrätekongreß bis zum Generalstreikbeschluß am 3. März 1919, hrsg. und bearbeitet von Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Gaby Huch/Ingo Materna, Berlin 1997; Vom Generalstreikbeschluß am 3. März 1919 bis zur Spaltung der Räteorgane im Juli 1919, hrsg. von Gerhard Engel/Gaby Huch/Ingo Materna, Berlin 2002.

2 Siehe u. a. Susanne Miller, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1994, S.371-373; Bernd Sösemann, in: Das Historisch-politische Buch, 1994, H. 7/8, S.295; Erwin Könnemann, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1994, H. 11, S.1036f.; Dirk H. Müller, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 1994, H. 3, S.453f.; Eberhard Kolb, in: Historische Zeitschrift, Bd. 261 (1995), S.618f.; Bernd Braun, in: Archiv für Sozialgeschichte, 1995, S.632ff.; Klaus Schönhoven, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, N. F. Bd. 5, 1995, H. 2, S.285f.; Gilbert Badia in: Francia, 31/3 (2004), S.87; Freya Eisner, in: Süddeutsche Zeitung, 3.5.2002.

3 Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19, bearb. von Sabine Ross (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 11), Düsseldorf 2000 (siehe meine Rezension in: IWK 2001, H. 3, S.397f.).

4 Ralf Hoffrogge: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.

Alfred Gottschling

Anfang 2008 erreichte uns eine Bitte von Ingo Fuhrmann, Düsseldorf, an der Aufklärung der Biografie seines Großvaters Alfred Gottschling mitzuhelfen, den er im Dokumentenband über die Berliner Räte entdeckt hatte. Hier war Gottschling bisher allerdings ohne Vornamen und weitere Daten als Vorsitzender der Soldatenräte und Mitglied des Vollzugsrates mehrfach erwähnt.[5] Wer also war Alfred Gottschling?

Er war vom 21. November 1918 bis zum 7. Dezember 1918 Vorsitzender der Berliner Soldatenräte, genauer: ihres ständigen Büros, das Verbindung zwischen dem „Großen Soldatenrat" und dem Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldaten-Räte halten sollte.[6] Über seine Stellung entzündete sich ein Streit in der Vollversammlung der Soldatenräte, da er bereits eine bezahlte Funktion als Kurier beim Vollzugsrat hatte.[7] Seine politische Position vertrat Alfred Gottschling in der Vollversammlung der Soldatenräte am 30. November, die über die Wahl und die Einberufung einer Nationalversammlung sowie als politisch wichtigstes Thema über das Rätesystem beriet. Im Gegensatz zum SPD-Referenten Max Cohen-Reuß erklärte Gottschling, man müsse „die Dinge ganz nüchtern betrachten. Auf einen Sandhaufen könne man keine Kirche bauen. So könne man auch auf einer kapitalistischen Grundlage nicht den Sozialismus aufbauen." Die Leute des alten Regimes fürchteten, „daß die Revolution den Sozialismus errichten wird. Deshalb rufen sie nach der Nationalversammlung. Sie rechnen darauf, mit der Hilfe derselben [...] die Herrschaft wieder in ihre Hände zu bekommen und sich vor dem Sozialismus zu retten. Es ist nicht wahr, daß auf der linken Seite die Gefahr eines Terrors liegt. Nein, die Gefahr des Terrors droht von rechts. [...] Ich bin kein Gegner des demokratischen Systems. Aber ich weiß, daß sich auch die Gegner des Sozialismus der Demokratie bedienen, um ihre Interessen zu vertreten. [...] Wer glaubt, die Diktatur des Proletariats werde ein Verbrechen an der Menschheit sein, der irrt sich [...] Treten Sie ein für die sozialistische Republik und für die sozialistische Gesellschaftsordnung."[8] Am 5. Dezember wurde Gottschling in den „Vollzugsausschuß" (d. i. der Vollzugsrat) und dessen Groß-Berliner Ausschuß gewählt.[9] Damit war er in die „Alltagsarbeit" des Vollzugsrates eingebunden.[10] In der Auseinandersetzung über den Putschversuch am 6. Dezember erklärte er am 8. Dezember im Vollzugsrat, „daß wir die Unteroffiziere, Offiziere usw. beseitigen müssen, sonst kommen wir nicht

5 Zuerst in Groß-Berliner A.- und S.- Räte (1993), S. XXXII. Vermutlich identisch mit ihm ist der auf S.30 erwähnte Soldat Gottstein.

6 Siehe ebenda, S.231, Anm. 3.

7 Siehe ebenda, S.412, Anm. 1.

8 Ebenda, S.500. Siehe auch Die Freiheit, Nr. 30, 1.12.1918 mit Foto des Präsidiums der Berliner Soldatenräte und Auszügen aus dem Referat Alfred Gottschlings: gegen die „Konjunktursozialisten" und die „Gefahr von rechts".

9 Siehe ebenda, S.609, 658.

10 Siehe ebenda, S.765, 778f., 784f., 802f.

zum Ziele", sie seien bereit, „auf alles zu schießen, wofür man den Befehl erhält".[11] In der Sitzung des Vollzugsrates am 10. Dezember setzte er sich für die Teilnahme der russischen Sowjetdelegation am Reichsrätekongress ein; er lehnte den pompösen Einmarsch der Fronttruppen in Berlin ab.[12] Schließlich verlangte er am 18. Dezember von der Regierung, vor dem Rätekongress Rechenschaft über die Finanzen abzulegen. Am Rätekongress nahm er vermutlich als Mitglied des Vollzugsrates teil.[13] Am 20. Dezember erklärte er dann dem Vollzugsrat, der nach der Wahl des Zentralrats seine zentralen Funktionen an diesen abgegeben hatte: „Auch ich habe morgen zu tun, da ich meine Entlassung [aus dem Militärdienst – I. M.] durchführen und nach Hause fahren will." Er übergab seine Unterlagen an den Groß-Berliner Ausschuß und den Soldatenrat.[14]

Das damalige „Zuhause" des am 16. September 1879 geborenen Alfred Gottschling war Gotha. Im Adressbuch der Stadt ist der Dekorationsmaler ab 1911/12 in der Luisenstraße 12, später 7, bis 1920/21 als Bürger verzeichnet. Hier wirkte er seit etwa 1910 in der Sozialdemokratie. 1916 trat er in der kriegsoppositionellen sozialdemokratischen „Freien Jugend" Gothas auf, er sprach im Wertherschen Gasthof, auch im Gasthaus „Zum Mohren" (wo im April 1917 der Gründungskongress der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – USPD – stattfand), u. a. über „Gesetzesbestimmungen und Gerichtsangelegenheiten". Vor dem 1. Mai 1918 wurde er, „der bis dahin ein eifriger Agitator [gegen den Krieg – I. M] in der Waggonfabrik war",[15] zum Militär eingezogen. Unbekannt ist, welchem Truppenteil er in Berlin vor und während der Revolution angehörte und wer ihn zum Soldatenrat wählte.

Am 11. Januar 1919 hielt Alfred Gottschling, „der kurz vorher aus Berlin zurückgekehrt war", am Abend im Theatergebäude ein mehrstündiges Referat zum Thema „Die Waffen der Revolution". Im „Gothaer Volksblatt" der USPD vom 29. Januar wird von einer Versammlung berichtet, auf der er den Gegensatz zwischen den Rechten und Linken in der Gothaer Arbeiterbewegung an der Seite des führenden linken USPD-Funktionärs Otto Geithner diskutierte und sich für die „Einigung des Proletariats über die Köpfe der Führer hinweg" einsetzte. „Da Alfred Gottschling über bedeutende rhetorische Fähigkeiten verfügte, dadurch Zustimmung bei vielen Werktätigen fand", habe er es verstanden, „die Gothaer Arbeiter irrezuführen", meint Ewald Buchsbaum völlig unbegründet![16] Im Widerspruch dazu erklärte der alte rechte USPD-Führer Wilhelm Bock (Gotha) auf dem Parteitag der USPD in Berlin (2.-6. März 1919): „Gottschling hat in der Partei die spartakistischen Tendenzen vertreten". Tatsächlich setzte

11 Ebenda, S.665.
12 Siehe ebenda, S.717.
13 Siehe ebenda, S.893.
14 Siehe ebenda, S.905.
15 So Ewald Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920, Phil. Diss. Halle/S. 1965, auch für das Folgende.
16 Ebenda, S.142.

sich Gottschling bei der Berichterstattung über diesen Parteitag am 4./5. Mai 1919 in Gotha erneut für das Rätesystem ein. Auf dem Parteitag selbst hatte er gesagt, ohne die Diktatur des Proletariats und die „Verwurzelung des Rätesystems gäbe es keine sozialistische Gesellschaftsordnung".[17] Am 14. Mai 1919 rief die USPD in Gotha zu einer Demonstration auf. Am gleichen Tag war eine Stadtverordnetenversammlung angesetzt, bei der plötzlich demonstrierende Arbeiter auftauchten. Die Abordnung forderte die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln und die Erfassung der vorhandenen Bestände und die Kontrolle der Händler [...] Die USPD-Abgeordneten nahmen diese Forderungen auf und hielten Reden. Gottschling erklärte u. a., die Beschlagnahme müsste auf das Land ausgedehnt werden und es müssten dabei die Bauern, die sich der Abgabe von Lebensmitteln entzogen haben, am nächsten Baum aufgehängt werden, der Hof in Brand gesteckt werden."[18]

Nach dem Kapp-Putsch im März 1920 soll Alfred Gottschling in Gotha angeblich wegen „Hochverrats" angeklagt, aber durch „einflußreiche Gothaer" gerettet worden sein.[19] Es ist denkbar, dass dieser Vorgang den Wegzug Gottschlings nach Ruhla bedingte. Jedenfalls entfernte er sich von der Sozialdemokratie, es ist auch von Ausschluss die Rede, er soll dann in der Wirtschaftspartei eine Rolle gespielt haben.

Nachzuweisen ist seine literarische Betätigung. Sein Theaterstück „Menschen der Arbeit", ein „soziales Drama in 3 Akten", wurde im Dezember 1930 in Ruhla aufgeführt.[20] Der Anweisung für die Bühnengestaltung ist zu entnehmen, dass es im sozialdemokratischen Milieu spielt: an der Wand Bilder von Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Liebknecht sowie politische Tageszeitungen. Außerdem hat seine Ehefrau Martha (gest. 1961 in Gotha) einige seiner Gedichte „Aus der Schublade eines deutschen Arbeiters" aufbewahrt. Die Titel seiner sehr einfachen Gedichte verraten sein soziales Engagement: „Meinem Kumpel" oder „Marsch der Arbeit". Ein Beispiel sei zitiert: „Das Streben nach dem Reinsten sei das Los":

Durch Bildung frei!
Durch Wissen mächtig!
Ein schaffend Volk
Unten, oben, ohne Arg,
macht die Einigkeit uns stark!

---

17 USPD. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2.-6.3.1919 in Berlin, Berlin (1919), S.180. Außerdem bezog er sich auf einen „Vorgang vor 8 Jahren", für unseren Zusammenhang nebensächlich, es beweist lediglich seine langjährige Zugehörigkeit zu SPD: Es gab eine gerichtliche Auseinandersetzung mit einem gewissen Rollwagen, offenbar über eine „Parteiangelegenheit" (siehe S.190 des Protokolls).

18 Nach einer auf die dort vorhandenen Akten gestützten Mitteilung des Stadtarchivs Gotha an Andreas Herbst, dem zu danken ist.

19 Diese Mitteilung und alles Folgende verdanke ich Herrn Ingo Fuhrmann, dem Enkel Alfred Gottschlings, der durch seine Kenntnisse und Materialien den weiteren Weg seines Großvaters teilweise aufhellen konnte.

20 Siehe Eisenacher Tagespost, 51. Jg., Nr. 295, 17.12.1930.

Seine Beziehung zum literarisch-künstlerischen Milieu zeigt auch, dass von ihm eine Gips-Büste gefertigt wurde, die erhalten blieb. Es wird wohl auch zu Recht vermutet, dass er während der NS-Herrschaft „wahrscheinlich auch zu [dem im benachbarten Tabarz als Lehrer wirkenden kommunistischen Lehrer und Widerstandskämpfer – I. M.] Neubauer Kontakte“ hatte. In Ruhla führte Alfred Gottschling einen Handwerksbetrieb mit mehreren Gesellen; da ihn aber „politische Diskussionen in den Gasthäusern“ mehr anzogen als das Handwerk, „ging er konsequent in Konkurs“. Nach dem Zweiten Weltkrieg malte (kopierte) er für „russische Offiziere, die bei ihm ständige Gäste waren, Stalin-Bilder und schrieb weiter Theaterstücke, unterhielt sogar ein eigenes Theater“.[21]
Alfred Gottschling verstarb am 21. Juli 1952.

Eduard Walz

Obgleich fast in jeder Publikation über die Revolution von 1918/19 der Name Eduard Walz genannt wird, war bis zur Edition „Groß-Berliner Arbeiter- und Soldaten-Räte“ (1993) über seine Person nichts bekannt. Hier konnten erstmalig, gestützt auf einige Briefe von Eduard Walz an das Entschädigungsamt Berlin und dessen Leiter Hans Emil Hirschfeld, einige Daten mitgeteilt werden.[22] Die folgende biografische Skizze berücksichtigt weitere Quellen,[23] die durch neuerliche Studien in diesen Akten und durch Nachforschungen von Andreas Herbst vervollständigt werden konnten. Wichtigstes Dokument ist ein von Walz maschinenschriftlich verfasster, undatierter Lebenslauf. Er wurde offenbar Ende der 1950er-Jahre in Paris für den Antrag auf Entschädigung für in der NS-Herrschaft Erlittenes verfasst, bedarf allerdings einer quellenkritischen Bearbeitung, da er die für unseren Zusammenhang wichtigste Periode, nämlich die Zeit vor und während der Revolution 1918, auslässt. In der nachfolgenden Skizze wurde der Lebenslauf nach Möglichkeit ergänzt.
Eduard Paul Walz wurde am 22. Januar 1895 in München als Sohn des Kaiserlichen Marineoberingenieurs Ernst Walz (1846-1918) und der Elisabeth Walz, geb. Schack (1864-1910) geboren. Er besuchte die Volksschule in Starnberg, dann das Gymnasium in Sigmaringen und trat, angeblich ohne Mittel für ein Studium, am 22. November 1913 als Fahnenjunker in das Füselierregiment 40 in Rastatt ein.
Am 18. Juli 1914 wurde Walz zum Fähnrich, am 8. Oktober 1914 zum Leutnant und am 20. Juni 1918 zum Oberleutnant befördert. Nach Teilnahme am Krieg 1914 bis 1918 als Pionieroffizier schied er am 6. Oktober 1918 aus dem Heeresdienst, angeblich wegen eines schweren Nervenleidens. Etwa zu dieser Zeit nahm er Kontakt zum USPD-Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour in Berlin auf und lernte die USPD-Funktionäre Emil Barth, Ernst Däumig und Richard

21 Nach Mitteilung von Ingo Fuhrmann.
22 Groß-Berliner A.- und S.- Räte (1993), S.16; Landesarchiv Berlin, E Rep. 200-18, Bd. 3.
23 Siehe LVA Berlin, Entschädigungsbehörde, Reg. Nr. 173.312 – Devisen – Ausländer.

Müller kennen. Sie alle fassten Vertrauen zu ihm und bezogen ihn, den Oberleutnant „Lindner“, in Gespräche über die Vorbereitung des revolutionären Aufstandes ein. Am 3./4. November wurde Walz durch das Generalkommando verhaftet. In der Vernehmung am 5. November gab er seine Kenntnisse über Personen und Pläne der Revolutionäre preis, angeblich aus „Dummheit“, wie er später zu erklären suchte. Die Folge war u. a. die Verhaftung von Däumig am 8. November. Am 9. November aus der Haft befreit, wurde Walz in der Vollversammlung der Berliner Räte am 10. November kurzzeitig als deren 2. Vorsitzender in den Vollzugsrat gewählt und zur „Kontrolle“ des Preußischen Kriegsministeriums bestellt.

Walz erklärte sich in der Vollzugsratssitzung am 17. November für die von Ernst Däumig vorgelegten Leitsätze für Sozialismus und Räterepublik, gegen eine vorschnelle Wahl der Nationalversammlung, gegen „Bauernräte“ mit Gutsbesitzern, für Räte der Landarbeiter, gegen die weitere Dekoration der Offiziere mit Abzeichen und Degen und deren Machtbefugnisse.[24]

Am 22. November beriet der Vollzugsrat erstmalig über die „Angelegenheit Walz“; Anlass war sein eigenmächtiges Vorgehen im Kriegsministerium.[25] Am nächsten Tag erfolgte dann durch Emil Barth die Aufklärung seines Verhaltens nach der Verhaftung am 3. November.[26] Es wurden Walz‘ Festsetzung im Gebäude des Vollzugsrates, der seinen Sitz im Preußischen Abgeordnetenhaus hatte, und die Einsetzung einer Untersuchungskommission beschlossen. Dies führte zu seinem „Verzicht“ auf den Sitz im Vollzugsrat am 26. November.[27] Damit war der Einsatz von Eduard Walz als erster und bis dato bekanntester „Soldatenrat“ in Berlin beendet. Ihm wurde (u. a. von Georg Ledebour und Richard Müller) dringend geraten, Berlin zu verlassen und zu seinem Schwiegervater, einem Medizinalrat am Starnberger See, zu gehen.

Walz selbst sprach am 26. November auch von Kontakten zu seiner Ehefrau (die in seinem Lebenslauf nicht vorkommt!). Er verließ die revolutionäre Hauptstadt. 1919 eröffnete er in München ein Antiquariat, studierte später Kunstgeschichte in München, Amsterdam sowie in der Schweiz und arbeitete (angeblich) als erster Deutscher (!) als Deutschlektor an der Pariser Sorbonne. 1929 bis 1933 wohnte er in Berlin-Frohnau bei der Mutter eines seiner Studenten, der verwitweten Jüdin Ida Rosenberg (1880-1946), mit deren Vermögen er mehrere Bäckereien/Konditoreien (zuletzt vier gut gehende Geschäfte) in Berlin betrieben haben will.

Ab 1933 seien diese Geschäfte, so Walz in seinem Lebenslauf, ständigen Angriffen durch die SA und Boykott ausgesetzt gewesen. Im April 1933 floh er mit Frau Rosenberg nach Paris und arbeitete dort als Lektor für deutschsprachige

24 Siehe Groß-Berliner A.- und S.- Räte (1993), S.80-82. Die Leitsätze wurden mit 12 zu 10 Stimmen abgelehnt.

25 Siehe ebenda, S.243-247.

26 Siehe ebenda, S.283-291.

27 Siehe ebenda, S.380-397.

und holländische Presse beim französischen Außenministerium. Im September 1939 zeitweilig interniert, lebte er vom Juni 1940 bis zum 23. August 1944 illegal in Paris, vom Kleinhandel existierend und Bekanntschaften zu anderen Emigranten wie auch deutschen Militärs nutzend. Nach einer Durchsuchung seiner Wohnung in Paris VIII, rue Duplot, durch die Gestapo verbarg er sich mit Frau Rosenberg in einem illegalen Quartier in 31 Avenue de L' opera bei der Mutter von Jeanne Honoré, einer Pianistin, die er 1944 heiratete. Er wohnte dann I rue Mizon, Paris XV, und bezog als ehemaliger Oberleutnant eine Pension von 221 Mark monatlich. Nach langwierigen Bemühungen (1958-1962), auf deren schriftlichen Zeugnissen die z. T. abenteuerlichen Nachrichten beruhen, erhielt Walz schließlich 1962 von der BRD eine monatliche Rente in Höhe von 700 DM (Berufsschadenrente), rückwirkend ab 1953. Eduard Walz bemühte sich um freundschaftliche Beziehungen Frankreichs zur BRD. Er verstarb am 18. Mai 1985 hochbetagt in Paris.

Lilo Herrmann und der Plan der Munitionsanlage Scheuen bei Celle

Siegfried Grundmann

„Kratzt“ man, wie mir vorgeworfen wurde,[1] am Ansehen einer Antifaschistin, wenn man Legenden zerstört? Ich meine: Nein. Und wenn es so wäre: Die Wahrheit ist wichtiger!

Eine solche Legende ist die sorgsam gepflegte, von Publikation zu Publikation transportierte Behauptung, Liselotte Herrmann habe den Plan der Munitionsanlage Scheuen bei Celle („Muna Scheuen“) über die Schweiz an die Auslandsleitung der KPD weitergegeben. Noch 1987 wurde in einer Dokumentation zu den in der NVA verliehenen Traditionsnamen behauptet: Lilo Herrmann „übermittelte an das ZK der KPD exakte Unterlagen über eine unterirdische Munitionsfabrik in Scheuen bei Celle“.[2]

Das Resultat meiner Recherchen und der folgenden Ausführungen vorwegnehmend, soll bereits an dieser Stelle gesagt werden:

1. Lilo Herrmann hat diesen Plan *nicht* weiter gegeben.
2. Auftragsgemäß bewahrte Lilo Herrmann einen Plan der „Muna Scheuen“ in ihrer Wohnung auf.
3. Der ihr erteilte Auftrag war ein grober Verstoß gegen die Regeln der Konspiration.
4. Dieser Plan war *weder vollständig noch exakt*. Dieser Plan war *keine* brauchbare „Unterlage für Luftangriffe“!
5. Die eingangs zitierte Behauptung suggeriert in irreführender Weise, dass antifaschistischer Widerstand von Kommunisten immerzu ein mit der KPD-Führung abgestimmter und von ihr geleiteter Widerstand gewesen sei.
6. Selbst am damals geltenden Gesetz gemessen, war die Tat von Lilo Herrmann *kein Landesverrat* und ihr Todesurteil ein *Justizmord*!

1934 hatte Eugen Beck, Mitarbeiter des Stuttgarter Militärpolitischen (Am)-Apparats der KPD, Unterlagen zu einem sogenannten „Erdforschungsgerät“ in seinen Besitz gebracht und 1935 dem Leiter des Am-Apparats von Württemberg, Josef Steidle, übergeben. Mit Hilfe des Gerätes sollten Wasseradern auf dem Gelände der geplanten Anlage zur Produktion und Lagerung von Munition in Scheuen bei Celle gesucht werden.

Die Mitteilungen über das *Erdforschungsgerät* bot Beck wie saures Bier an – zum Preis von 400 RM (es soll sich dabei um Auslagen in dieser Höhe gehandelt

---

1 So auf der Veranstaltung der Berliner VVN-BdA zu Lilo Herrmann mit Lothar Letsche (Tübingen), Hans Coppi und mir am Donnerstag, dem 19. Juni 2008, 19 Uhr im Haus der Demokratie, Greifswalder Straße 4, Berlin.

2 BStU, MfS IX/11 SV 94/88, S.30.

haben[3]). Schon im Dezember 1934 hatte Beck anlässlich einer Berichterstattung in Berlin dem Funktionär Max Dahlhaus von diesem Gerät erzählt; dieser sei auf das Angebot aber nicht eingegangen und habe die Sache an den Reichstechniker Kox verwiesen[4] (von der Existenz des in Berlin eigentlich zuständigen Leiters der „Betriebsberichterstattung" (BB) Wilhelm Bahnik[5] scheint auch Dahlhaus nichts gewusst zu haben). Im März 1935 fuhr Beck in die Schweiz, um die Unterlagen an den Mann zu bringen.[6] Erfolglos. „Hugo", sein Nachfolger Manfred" und dessen Nachfolger „Fritz" zeigten sich später zwar interessiert, veranlassten aber nichts Weiteres.

„Hugo" (das war Franz Feuchtwanger) war 1934/35 in der KPD verantwortlich für die Anleitung des Am-Apparats in Süddeutschland, also auch in Württemberg. Im April 1935 wurde er abberufen.[7] Abgesehen davon, dass Feuchtwanger aus politischen Gründen bei Walter Ulbricht, Wilhelm Firl[8] und anderen in Ungnade gefallen war, ist nicht auszuschließen, dass seine Beratertätigkeit in Württemberg tatsächlich zu wünschen übriggelassen hatte. Bei seiner Vernehmung am 11. Februar 1941 erklärte Heinrich Reichel: „Durch Firl wurde ich auch mit einem Mann zusammengebracht, der den Decknamen ‚Hugo' führte. Mit diesem Mann kam ich zweimal zusammen, und zwar jeweils in einem Kaffee in Zürich. ‚Hugo' ist personengleich mit Franz Feuchtwanger, geb. 6.6.08 in München. Bezüglich dieses Feuchtwanger sagte mir Firl, dieser sei vorher nach Stuttgart zu Lovasz[9] gekommen. Er eigne sich aber nicht für diesen Posten und werde daher

3 Siehe BArch, ZC 4900, Bd. 1, Bl. 112.

4 Siehe ebenda, Bl. 84 RS.

5 Ausführlich zum Ressort „BB" siehe Siegfried Grundmann: Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo – Das BB-Ressort. Funktionäre, Beamte, Spitzel und Spione, Berlin 2008.

6 Siehe BArch, ZC 4900, Bd. 1, Bl. 113 RS.

7 Siehe BStU, SV 1/81, Bd. 83, S.291. Im „Bericht über die Untersuchung des mil.-pol.-Apparates der KPD" vom 10.2.1936 heißt es: „Hugo in Zürich, der erst von der Apparatsarbeit entfernt wurde, nachdem er sich innerparteilich so exponiert hatte, so daß ihn Alex nicht mehr halten konnte, ist ein ‚von Feuchtwanger', der aus den Münchener Studentenkreisen kommt, ohne viel Parteierfahrungen". (Ebenda, S.90); Schubert („Erwin") schreibt im „Bericht über den Abwehrapparat": „Schorch-Hugo – Franz Feuchtwanger: […] Bis Juni 1934 Spezialschule S.U. Nach der Schule wurde er für den Sektor IV. (Baden, …. Württemberg und Bayern – Bayern wurde später abgetrennt). Rückzugsbasis war für ihn Zürich. Hielt sich mehr in Zürich auf als im Lande. Deswegen und wegen seines Verhaltens in politischer Beziehung […] wurde er abgesetzt (April 1935). […] Hugo ist Jude. Ich führe das an, weil das bei evtl. Einsätzen im Lande berücksichtigt werden muß" (ebenda, S.291).

8 Wilhelm Firl (1894-1937), leitender Funktionär der illegalen KPD. Seit 1933 von der Schweiz aus Instrukteur des ZK der KPD. Firl wurde am 30. Januar 1936 verhaftet, am 22. Mai 1936 vom VGH zum Tode verurteilt und am 16. August 1936 hingerichtet.

9 Stefan Lovasz (1901-1938). Lovasz war vor der am 15. Juni 1935 erfolgten Festnahme Bezirksleiter der KPD in Württemberg. Er wurde zusammen mit Lilo Herrmann, Josef

durch mich ersetzt. Ich habe angenommen, daß Firl mit Feuchtwanger schlechte Erfahrungen gemacht hatte und daß seine Antipathie gegen die Apparateleute vielleicht daher stammte. [...] Auch von einer ‚Lilo', die mitarbeite, hat Feuchtwanger etwas gesagt [...] Sonst hatte ich von Feuchtwanger den Eindruck, daß er mir nur das Notwendigste erzählte. Es ist möglich, daß er hinsichtlich seiner Arbeit von Firl Vorbehalt gemacht bekam und daß er sich sagte, ich solle nun auch sehen, wie ich es fertigbringe, bzw. besser mache."[10] Eine korrekte Übergabe der Geschäfte an seinen Nachfolger „Manfred" hatte also nicht stattgefunden.

„Manfred" (Heinrich Reichel), am 1. Oktober 1901 in Amberg geboren, wurde im April 1935 zum Nachfolger von „Hugo" bestimmt. Er wurde am 3. Juni 1935 in Zürich festgenommen, zu vier Wochen Gefängnis und anschließend lebenslänglicher Landesverweisung verurteilt und nach Frankreich ausgewiesen; Ende 1935 reiste er über Belgien nach den Niederlanden aus. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht wurde Reichel am 27. Mai 1940 festgenommen, am 30. April 1943 vom Volksgerichtshof (VGH) zum Tode verurteilt und am 22. Juli 1943 hingerichtet.

Seinen Nachfolger Kurt Granzow hatte Reichel auf die ihm zufallenden Aufgaben nicht vorbereiten können. Bis August 1935 war die Funktion des „Oberberaters" für Württemberg nicht besetzt.

„Fritz" (Kurt Granzow), am 7. Mai 1909 in Berlin geboren, war von August bis Dezember 1935 „Oberberater" für Württemberg. Am 28. November 1940 wurde er durch die Vichy-Regierung an die deutschen Behörden ausgeliefert, am 19. August 1943 vom VGH zum Tode verurteilt und am 10. September 1943 hingerichtet.

Über Fachleute, die den Wert des „Erdforschungsgerätes" beurteilen konnten, verfügte der Stuttgarter Am-Apparat nicht. Gleichwohl wurden bei der Beschäftigung mit diesem Gerät viel Zeit und Nerven vergeudet. Dass das Gerät „nicht als geheimhaltungsbedürftig anzusehen", zumal auch wissenschaftlich gesehen wertlos war, stellte erst der Sachverständige des Reichskriegsministeriums (RKM) fest.[11]

Demgegenüber war der gleichfalls von Eugen Beck beschaffte Lageplan der *Munitionsfabrik Scheuen* (sofern dies nicht ein amputierter, sondern der vollständige Plan gewesen wäre) tatsächlich ein militärisches Geheimnis und die Weitergabe an eine fremde Macht im Sinne des Gesetzes tatsächlich „Landesverrat". Allerdings war dies, wie die Gestapo später ermittelte, ein erster Plan, der nur teilweise ausgeführt worden war. Die Zeichnung muss „aus der ersten Zeit der Ausführung stammen, da bei Vergleich mit anderen späteren Zeichnungen Ab-

---

Steidle und Artur Göritz am 12. Juni 1937 von VGH zum Tode verurteilt und am 20. Juni 1938 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

10 BArch, NJ 5029, Bd. 3, Bl. 112, 112 RS.

11 Siehe Gutachten vom 31.3.1936, in: BArch, ZC 4900, Bd. 18, Bl. 43f.

weichungen festgestellt sind".[12] Die originale Lichtpause wurde laut Recherchen der Stapo Hannover in der Zeit zwischen dem 10. und dem 18. Dezember 1934 gefertigt.[13] Schon darum kann keine Rede davon sein, dass Lilo Herrmann „exakte Unterlagen über eine unterirdische Munitionsfabrik in Scheuen bei Celle" besessen hat.

Doch selbst im Falle des von Beck beschafften Planes der Muna Scheuen ist eine äußerst zögerliche Arbeitsweise des Am-Apparates zu bemerken. „Hugo", „Manfred" und „Fritz" wussten, dass Josef Steidle den Plan von Beck erhalten hatte, jedoch nicht voneinander, sondern jedesmal erst durch Steidle. Sie besorgten eine schnelle Weitergabe desselben nicht. Jedesmal wurde davon mit dem Verweis auf die Gefährlichkeit des Transports über die Schweizer Grenze Abstand genommen. Stattdessen wurde Lilo Herrmann von „Hugo" beauftragt, eine Verkleinerung anfertigen zu lassen und dieselbe bei sich aufzubewahren.

Dieser von „Hugo" erteilte Auftrag widersprach elementaren Bestimmungen der Konspiration, wonach keine geheimen Nachrichten privat aufbewahrt werden durften. *Ein* Grund, warum auch der in BB- und Abwehrfragen versierte Heinrich Reichel („Manfred") diesen Zustand duldete, mag gewesen sein, dass er dem Plan keine große Bedeutung beigemessen hatte. Am 11. Februar 1941 konnte er sich im Verhör an den Vorgang „unterirdische Munitionsfabrik" nicht mehr genau erinnern (im Unterschied zu seinen guten Erinnerungen an andere Vorgänge), erklärte aber, er habe derartige Dinge als „unsinnige Spielerei" betrachtet. Seine Bemerkung zu Lilo Herrmann, er könne die Lichtpause zu einem späteren Zeitpunkt ja mitnehmen, sei nur gemacht worden, „um sie nicht direkt vor den Kopf zu stoßen".[14] Es ist zu vermuten, dass diese Aussagen von Reichel der Wahrheit entsprechen – zumal er damit der bereits 1938 hingerichteten Lilo Herrmann in keiner Weise schaden konnte.

Die sonst übliche Trennung von regulärer Parteifunktion und Ausübung einer Funktion im Am-Apparat gab es in Stuttgart nicht, darum auch keine strikt konspirative Behandlung von Angelegenheiten des Apparats.

Eine grobe Verletzung von Regeln der Konspiration war bereits die Ernennung des der Polizei wohlbekannten Josef Steidle zum Leiter des Am-Apparates. „Im Jahre 1930 trat er der KPD bei. Dort übte er 1932 die Funktion eines Stadtteilkassierers aus. Seit Ende 1931 hatte er eine Funktion im Am-Apparat (antimilitaristischen Apparat) inne. Am 31. August 1931 wurde er wegen Teilnahme an einem Schulungskurs der KPD im Waldheim Stuttgart-Gaisburg festgenommen. [...] Im Jahre 1932 trat er der ‚Roten Hilfe' bei, der er bis zum Verbot angehörte. [...] Am 14. Juni 1933 wurde Steidle in Schutzhaft genommen [...] am 21. Dezember 1933 aus der Schutzhaft entlassen."[15] Dem Württembergischen Politi-

12 BArch, ZC 4900, Bd. 12, Bl. 17.
13 Siehe ebenda.
14 BArch, NJ 5029, Bd. 3, Bl. 116 RS.
15 VHG-Urteil vom 12. Juni 1937, BArch, ZC 4900, A. 4, Bl. 366 RS, 367, 375.

schen Landespolizeiamt war „Steidle seit dem Jahre 1925 als rühriger kommunistischer Funktionär bekannt [...] In Stuttgart ist er seit dem Jahre 1930 als rühriger Funktionär der KPD tätig gewesen."[16]

Die besondere Tragik des Josef Steidle war zudem, dass jener Mann, der ihn 1931 zur Mitarbeit im Am-Apparat herangezogen hatte und schließlich der Vorgänger von Steidle in der Funktion des Am-Leiters von Württemberg war, *Eugen Wicker* hieß. Zu den objektiv weniger günstigen Umständen einer konspirativen Betätigung von Josef Steidle kommen subjektive hinzu: Steidle war in seiner Funktion, wie schon die Fehlentscheidungen in Bezug auf den Muna-Plan bezeugen, überfordert. Daraus, dass er der Polizei bereits in den ersten Verhören nach seiner Festnahme sein Wissen über den Muna-Plan preisgegeben hatte, wäre zu schließen, dass er nicht besonders verschwiegen war. Daher ist nicht anzunehmen, dass er vorher den eigenen Genossen gegenüber, darunter Wicker, sehr verschwiegen war.

Vor Weitergabe des Planes der Muna Scheuen an Lilo Hermann hatte Josef Steidle diesen in zwei Hälften zerschnitten, um ihn besser transportieren zu können, sowie in der Mitte oben ein Stück im Format 12 („bis 20") x 8 cm herausgeschnitten.[17]

Zur Gesamtgröße des von Beck beschafften Planes gibt es unterschiedliche Angaben, darunter von Lilo Herrmann selbst:

- 150 x 100 cm (Vernehmung Lilo Herrmanns am 23. Januar 1936)[18] und
- etwa 120 x 80 cm (Vernehmung Lilo Herrmanns am 7. Februar 1936);[19]
- 150 x 65 cm laut Anzeige der Stapo Stuttgart gegen Walter Wieland vom 27. Mai 1936.[20]
- 150 x 63 cm Größe hatte laut Schreiben der Stapo Hannover vom 8. September 1936 an das Württembergische Landespolizeiamt die „noch beim Heeresbauamt liegende" originale Zeichnung.[21]

Es dürfte die letztgenannte, auf exakter Messung beruhende Angabe richtig sein.

---

16 Hauptanzeige gegen Stefan Lovasz vom 21.7.1936, BArch, ZC 4900, Bd. 1, Bl. 125 RS.

17 Siehe Vernehmung Lilo Herrmann am 7.2.1936, BArch, ZC 4900, Bd. 1, Bl. 95.

18 Siehe BArch, ZC 4900, Bd. 1, Bl. 89.

19 Siehe BArch, NJ 10712, Bd. 3, Bl. 171. Es war „oben in der Mitte ein Stück vielleicht 15 – 20 cm lang und etwa 8 cm breit herausgeschnitten". (Ebenda).

20 Siehe BArch, NJ 10712, Bd. 3, Bl. 3 RS.

21 „Wie der zuständige Sachbearbeiter bei dem Heeresbauamt II erklärt, haben seinerzeit 2 Lagepläne bestanden. Während der eine Lageplan die Überschrift trug ‚Standort Celle Munitionsanstalt Scheuen, Lageplan im Maßstab 1 : 2000', war der andere Lageplan ohne Überschrift. Die noch beim Heeresbauamt liegende Zeichnung hat eine Größe von 150 x 63 cm. Die darauf befindliche Überschrift hat die Ausmaße 26 x 8 cm. Es ist deshalb mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass es sich seinerzeit um einen Lageplan mit Überschrift gehandelt hat und die Überschrift herausgeschnitten worden ist." (BArch, NJ 10712, Bd. 4, Bl. 4, 259).

Auf die Idee, den Plan fotografieren zu lassen und nur ein Negativ aufzubewahren – das im BB-Ressort übliche und dort durch den Chemiker Dr. Felix Bobek perfektionierte Verfahren[22] – kam Beck nicht, auch Lilo Herrmann nicht (die nachweislich einen Fotoapparat besessen hat).

Polizeifoto von Lilo Herrmann. Aufnahme vom 12. Dezember 1935.
BArch, ZC 4900, Bd. 14.

Lilo Herrmann ließ den Plan gemäß dem von „Hugo" (ohne Wissen von Steidle) erteilten Auftrag verkleinern, bewahrte die Verkleinerung bei sich auf und vernichtete die Originalkopie. Der mit der Verkleinerung beauftragte Walter Wieland wusste mangels Legende nicht, worauf sich die Zeichnung bezieht, will nur angenommen haben, „dass es sich um den Plan einer Ziegelei oder Gleisanlage gehandelt habe".[23] Er führte, wie er bei der Vernehmung am 3. Juni 1936 eingestand, zwar die Verkleinerung des Plans wunschgemäß aus, aber, weil der linke Teil des Planes kaum kenntlich war, „unter Beschränkung auf die Geleise u. unter Weglassung der Baulichkeiten u. der Strassen" auf der rechten Seite des Plans.[24] Die Folge war, dass auf dem von Lilo Herrmann aufbewahrten Plan nur die Munitionsbunker und Gleisanlagen, aber nicht die ungleich wichtigeren Verwaltungsgebäude, die Munitionsfabrik und die Legende eingetragen waren. Mit der Verkleinerung war automatisch auch der ursprünglich angegebene Maßstab zerstört. Der bei Lilo Herrmann vorgefundene Plan war somit nur ein Rudiment des ursprünglichen und keineswegs, wie im VGH-Urteil behauptet wurde, der Plan einer „Munitionsfabrik", sondern nur der Plan von Bunkern mit Gleisanschluss.

22 Siehe ausführlich dazu in Siegfried Grundmann: Dr. Felix Bobek – Chemiker im Geheimapparat der KPD (1932 bis 1935), Berlin 2004.
23 BArch, NJ 10712, Bd. 1, Bl. 34.
24 BArch, ZC 4900, Bd. 12, Bl. 48. Er hatte außerdem erklärt: „Ich dachte, es handle sich um eine Ziegelei oder um eine Abraumanlage oder um etwas ähnliches." (Ebenda).

Einen Auftrag, den Plan weiterzugeben, hatte sie nicht, und als disziplinierte Genossin wird sie gar nicht erst auf eine solche Idee gekommen sein. Ihre Aussagen in Verhören sind glaubhaft: „Ich habe bestimmt nur diese eine Lichtpause angefertigt und kann mit gutem Gewissen sagen, dass der Plan oder eine Pause davon nicht ins Ausland gekommen ist.“[25] Und: „Wenn man glaubt, ich hätte bereits eine Lichtpause weitergegeben und mich deswegen verurteilt, dann gibt es eben einen Justizmord mehr.“[26] Es gibt jedenfalls keinen Beleg dafür, dass eine Kopie des Planes in das Ausland (Führung der KPD und Sowjetunion) weitergegeben wurde! Weder der Prozess gegen Herrmann, Lovasz u. a., noch die späteren Prozesse gegen Reichel und Granzow haben einen Beweis dafür erbracht. Selbst im VGH-Urteil vom 12. Juni 1937 wird konzediert, Liselotte Herrmann habe den Plan „nicht ausgehändigt“.[27]

Lilo Herrmann wurde am 7. Dezember 1935 festgenommen; an diesem Tage aber auch Josef Steidle, Max Burghardt, Alfred Duchrow, Julius Schätzle, Otto Weißert, Paul Schumacher und andere. Die Gleichzeitigkeit der Festnahme zwingt erstens zu dem Schluss, dass eine längere Observation vorausgegangen war, und zweitens, dass die Gestapo durch Mitteilungen von anderer Seite, vermutlich von Eugen Wicker, informiert worden war. Der in der Wohnung von Lilo Herrmann gefundene Plan war schließlich die entscheidende Grundlage des gegen sie gefällten Todesurteils.

Es bedurfte einiger Zeit und Mühen, bis die Gestapo herausfand, was der bei Lilo Herrmann gefundene Plan darstellen sollte. Sie selbst weigerte sich, Angaben zu machen. Weil auf dem vorgefundenen Plan der Eintrag „Hannover, 15. Mai 1934“ enthalten war, bat das Württembergische Politische Landespolizeiamt bereits am 11. Dezember 1935 bei der Staatspolizeistelle *Hannover* um „beschleunigte Feststellung und Mitteilung, was der Plan darstellt“.[28] Bis zum 19. Dezember 1935 hatte die Stapo Hannover aber erst herausgefunden, dass es sich *nicht* um einen Plan der Reichsbahn (aus dem „hiesigen Reichsbahndirektionsbezirk“) handeln könne.[29] Nicht die Stapo Hannover, sondern die *Stuttgarter* Gestapo hatte bis zum 27. Dezember 1935 ermittelt (und dies der Stapo Hannover per Fernschreiben mitgeteilt), dass „die mit Schreiben vom 11.12.35 dorthin übersandte Fotokopie […] einen Teil der Munitionsfabrik Scheuen bei Celle“ darstellt.[30]

Die Stapo Hannover konnte dann in einem Fernschreiben vom gleichen Tage nur noch bestätigen: „Wie im dort. Schreiben vom 27.12.35 mitgeteilt worden ist, handelt es sich bei der übersandten Photokopie tatsächlich nur um einen Teil der

25 BArch, ZC 4900, A. 6, Bl. 97.
26 BArch, NJ 10712, Bd. 3, Bl. 189.
27 BArch, ZC 4900, Bd. 4, Bl. 158.
28 BArch, ZC 4900, Bd. 12, Bl. 6.
29 Ebenda, Bl. 9.
30 Ebenda, Bl. 10.

Anlage in Scheuen, und zwar um die eingebauten Munitionsbunker mit den dazu gehörigen Gleisanlagen." Man vermutete, es könne die „mitgeteilte Tatsache, dass es sich dabei um einen Teil der Anlage handelt, nur von der Herrmann stammen". Es müsse angenommen werden, dass „die Herrmann entweder an Ort und Stelle Nachprüfungen gehalten hat oder bei der dort mit der Ausführung der Bauarbeiten beauftragten Firma als Stenotypistin pp. beschäftigt war". Man teilte mit, dass die Bauarbeiten im Frühjahr 1934 begonnen wurden und „der weitere Teil der Anlagen nach links, also nach Südwesten ausgebaut ist und besonders die mit der Fertigstellung der Munition bestimmten Gebäude und die Verwaltungsgebäude umfasst", und fragte an, „wer die Tatsache mitgeteilt hat, dass es sich bei der […] übersandten Photokopie nur um einen Teil der Munitionsanstalt Scheuen handelt." [31]

Am 11. Februar 1936 teilte die Gestapo Stuttgart der Stapo Hannover das Ergebnis weiterer Recherche mit: „Die Angabe, dass es sich bei den in der übersandten Fotokopie dargestellten Anlagen nur um einen Teil der Munitionsfabrik Scheuen handelt, stammt nicht von der Herrmann, sondern wurde im Verlaufe der Ermittlungen zunächst anderweitig festgestellt und von der Herrmann lediglich bestätigt. […] Die Tatsache, dass die bei der Herrmann vorgefundene Lichtpause nicht die gesamte Anlage von Scheuen enthält, wurde auf Vorzeigen der bei der Herrmann vorgefundenen Lichtpause zuerst von Steidle und dann von Beck, der ja die Originallichtpause eingesehen hat, angegeben, und von der Herrmann bei ihrer Vernehmung lediglich wiederholt." [32] Am 21. Dezember 1935 vernommen, hatte Steidle auf Vorzeigen des bei Lilo Herrmann von Kriminal-Kommissar Mauch gefundenen Planes erklärt: „Diesen Plan habe ich der Herrmann bestimmt nicht übergeben. Es kann auch nicht ein Teil jenes Planes sein, dagegen kann ich mit Sicherheit sagen, dass das, was auf dem bei der Herrmann vorgefundenen Plan dargestellt ist, auf der rechten Seite des Planes war, der mir von Beck übergeben und von mir an die Herrmann weitergegeben wurde. […] Ich kann bestimmt nicht sagen, wer den grossen Plan umgezeichnet hat, davon habe ich nichts erfahren."[33]

Also: Der gewesene Leiter des Stuttgarter Am-Apparates *Josef Steidle* hatte geplaudert, alles preisgegeben. Danach hatte für Eugen Beck und schließlich für Lilo Herrmann alles Leugnen keinen Sinn. Und Steidle müsste auch jener Mann gewesen sein, der der Gestapo auf die Frage, was auf dem Plan abgebildet ist, die richtige Antwort gab.[34] Die Stuttgarter Gestapo konnte der Stapo Hannover am 27. Dezember 1935 darum nur mitteilen, dass „die mit Schreiben vom 11.12.35

31 Ebenda, Bl. 11f.

32 Württembergisches Politisches Landespolizeiamt an die Staatspolizeistelle Hannover, 11. Februar 1936, betr. Kommunistische Funktionärin Lieselotte Herrmann (BArch, ZC 4900, A. 12, Bl. 13, 15f.).

33 BArch, ZC 4900, Bd. 17, Bl. 120f.

34 Siehe BArch, ZC 4900, Bd. 12, Bl. 9.

dorthin übersandte Fotokopie […] einen Teil der Munitionsfabrik Scheuen bei Celle“ darstellt, weil *Steidle* schon in seinem zweiten Verhör,[35] am 21. Dezember 1935, geplaudert hatte: Beck habe ihm nicht nur einen Prospekt über das „Erdforschungsgerät“ übergeben, sondern auch den Plan einer „unterirdischen Munitionsfabrik Scheuen – Celle – Hannover“. Obwohl Liselotte Herrmann ansonsten keine Namen preisgab, nur zugab, was die Polizei schon wusste, nannte sie nur in einem Falle, und eben *nur in diesem einen Falle*, den Namen des Mannes, der auf ihre Bitte hin eine verkleinerte Kopie des Planes anfertigte: Walter Wieland. Das muss ihr unsägliche Gewissensqualen bereitet haben. Im mit Schreibmaschine gefertigten Protokoll der Vernehmung vom 7. Februar 1936 hat sie über den Satz: „Ich habe bestimmt nur diese eine Lichtpause angefertigt und kann mit gutem Gewissen sagen, dass der Plan oder eine Pause davon nicht ins Ausland gekommen ist. Dem Manne, der mir den Plan verkleinerte, habe ich nicht gesagt, um was es sich handelte. Den Namen dieses Mannes möchte ich vorläufig nicht angeben“[36] handschriftlich eingefügt: „Nur um meine Eltern sage ich, dass dieser Mann Walter Wieland heißt“. Diesmal – aber nur in diesem einen Falle – hatte Kriminal-Kommissar Mauch mit der Drohung, ihre Eltern belangen zu wollen, Lilo Herrmann nötigen können und sein Ziel erreicht.[37]

War Josef Steidle ein Verräter? Ja. Jedenfalls hat er seinen Freund Karl Pfizenmaier, der vormals Berichte über die Rüstungsproduktion in den Daimler-Werken an den Am-Apparat der KPD weitergegeben hatte, zu schützen gewusst;[38] nach langer Zeit erst war Steidle zu einem Geständnis bereit. Dagegen hat er im Falle Lilo Herrmann gleich zu Beginn der Vernehmungen alles ausgesagt. In der Hauptanzeige vom 21. Juli 1936 gegen Stefan Lovasz heißt es: „Steidle hat in der *Hoffnung auf eine mildere Beurteilung* seiner Straftat *schon von Anfang* an ein umfassendes Geständnis abgelegt und dadurch zur Aufklärung des Sachverhalts sehr viel beigetragen […] Steidle hat weder sich selbst noch Mitschuldige geschont.“[39]

---

35 Siehe BArch, ZC 4900, Bd. 17, Bl. 117-124.

36 BArch, ZC 4900, Bd. 6, Bl. 97.

37 Walter Wieland war lange inhaftiert. Da man ihm nicht nachweisen konnte, gewusst zu haben, was die Zeichnung darstellt, wurde er freigelassen.

38 Auf Grund der Aussagen von Lovasz, dann auch von Steidle, wurde Pfizenmaier, dem man vorher „eine illegale Arbeit im Stuttgart […] nicht mit Sicherheit“ hatte nachweisen können (BArch, NJ 5788, Bd. 1, Bl. 2), erst am 9. September 1937, 6 Uhr in seiner Wohnung festgenommen. Noch am 13. Januar 1938 musste Kriminal-Kommissar Mauch konstatieren, Pfizenmaier habe „bis jetzt bestritten, in Berlin im Am.-Apparat (BB.-Appart) illegal gearbeitet zu haben“. (Ebenda, Bl. 69) Pfitzenmaier wurde wegen seiner Mitarbeit im Am-Apparat am 25. Mai 1938 zu der vergleichsweise „milden“ Strafe von vier Jahren Gefängnis verurteilt, nach Verbüßung der Strafe aber im Konzentrationslager Dachau inhaftiert.

39 BArch, ZC 4900, Bd. 1, Bl. 120 RS. Hervorhebungen von mir, S. G.

Ein aus historischer Sicht mildernder Umstand für Steidle wäre, dass er gefoltert wurde. Zu solcher Annahme gibt es aber keinen Grund. Die Methoden der Stuttgarter Gestapo-Beamten Mauch und Koppendörfer waren andere (jedenfalls während der jeweils ersten Vernehmungen): *Versprechungen und arglistige Täuschungen*:

- So erinnerte der Mitangeklagte Lovasz in seinem an das Reichsministerium der Justiz gerichteten Gnadengesuch vom 21. Februar 1938 an die einstige Vernehmung durch Kriminalrat Koppenhöfer, der im Falle einer Offenlegung seiner illegalen Handlungen ein mildes Urteil versprochen hatte.[40]
- Im Protokoll der Vernehmung eines Albrecht Vogt vom 18. August 1935 ist zu lesen: „Weniger unter der Last der Beweismittel als unter dem Eindruck der überzeugenden und eindringlichen Worte des Herrn Kriminalrats Koppenhöfer lege ich folgendes Geständnis ab […]".[41]
- Der Beschuldigte Artur Göritz erklärte am 2. Juni 1936 während der Vernehmung: „Ich kann trotz Vorhalt der Aussagen des Steidle nichts Weiteres sagen. Wenn mir gesagt wird, *dass geständige Beschuld. auf eine mildere Beurteilung rechnen können* als überführte Beschuld., so ändert das hieran nichts."[42]
- Im protokollierten Geständnis von Wieland heißt es: „Der Beschuldigte [...] erklärte nach Verlesung seiner Angaben gegenüber der Polizei u. nach Hinweis des vernehmenden Richters, dass erfahrungsgemäß geständige Beschuldigte vom Volksgerichtshof oder vom Strafsenat in Stuttgart eine mildere Beurteilung zu gewärtigen haben als überführte Beschuld.: Herr Doctor, ich gebe zu, dass ich den Plan gemacht habe."[43]

Versprechungen und arglistige Täuschungen waren im Prozess gegen Lilo Herrmann und andere also keine Ausnahme, sondern Methode.

In den Handakten des Oberreichsanwalts (ORA) beim VGH und den Gerichtsakten wurde weder der bei Lilo Herrmann gefundene Plan noch eine Kopie desselben abgelegt, vielmehr der auf den Maßstab 1:10000 verkleinerte *Gesamt*-Plan der Muna Scheuen. Wollte man auf diese Weise davon ablenken, dass der bei Lilo Herrmann gefundene Plan militärisch bedeutungslos gewesen ist? Sollte das über den Gesamtplan zu erstellende Gutachten automatisch auf den Teilplan übertragen werden? War für die Anklage der Lilo Herrmann unterstellte subjektive Tatbestand wichtiger als der objektive? Vermutlich war es so.

Der vom ORA bestellte Gutachter aus dem RKM befand am 31. März 1936: „In Scheunen bei Celle-Hannover befindet sich eine Munitionsfabrik des Heeres. Ein Plan dieser Munitionsanstalt ist als Staatsgeheimnis im Sinne des § 88 RStGB n.F. anzusehen, da sich hieraus die Lagerungsmöglichkeit für Munition ergäbe und

40 Siehe BArch, ZC 4900, Bd. 28, Bl. 33.
41 BArch, ZC 4900, Bd. 18, Bl. 738.
42 BArch, NJ 10712, Bd. 3, Bl. 26 RS. Hervorhebung von mir, S. G.
43 Ebenda, Bl. 26 RS.

Unterlagen für Luftangriffe und Sabotageakte geschaffen würden."[44] Derselbe Gutachter urteilte ein Jahr danach, am 30. März 1937: „Aus der beiliegenden Lichtpause ist ohne mündliche Erläuterungen nicht ohne weiteres zu entnehmen, dass es sich um den Plan eines geheim zu haltenden Rüstungsbetriebes handelt."[45]

Der Gutachter in der Verhandlung vor dem VGH, laut Unterschrift ein Herr *von Münch*, gab dagegen ein „mündliches Gutachten" ab, worin behauptet wird, dass sowohl der Plan der Anlage insgesamt als auch der vorgefundene geheim gewesen seien: „Der genaue Lageplan mit Einzeichnungen aller Gebäude, wie ich einen solchen Plan dem Hohen Senat vorgelegt habe, ist als Staatsgeheimnis […] anzusehen, da sich hieraus die Lagermöglichkeit und die Art der Lagerung für Munition ergibt und Unterlagen für Luftangriffe und Sabotageakte geschaffen würden. Es liegt aber nur tatsächlich ein von den Angeklagten hergestellter verkleinerter Plan der rechten Hälfte des Originalplanes vor. Er enthält aber hierfür alle Einzelheiten des Originalplanes und gibt die wichtigsten Gleisanlagen und die dazu gehörigen Gebäude wieder. Dieser Teilausschnitt ist, da er wichtige militärische Einzelheiten zeigt, an sich wie der ganze Plan zu bewerten. Voraussetzung ist allerdings, dass zu dem Plan die Angabe gemacht wird, dass es sich um die Muna Scheuen bei Celle in Hannover handelt. Eine solche schriftliche Angabe befindet sich nicht auf der verkleinerten Wiedergabe der rechten Hälfte des Originalplanes. Ohne diese Ortsangabe ist der Plan für einen ausländischen N.D. [Nachrichtendienst] militärisch interessant, da er den Plan wenigstens teilweise einer neuartigen Munitionsanlage wiedergibt und hieraus Schlüsse für die Einlagerung von Munition und für Anlagen ähnlicher Art zu ziehen sind. Zum Staatsgeheimnis wird er erst mit der Angabe, welche Anlage, d. h. die Muna Scheuen, dargestellt ist. Es würde jeder Praxis eines N.D. widersprechen, wenn ein Plan übergeben würde, ohne dass er die Angabe enthält, welche Anlage dargestellt ist." [46]

Also: Der von Lilo Herrmann aufbewahrte Plan war *kein* Staatsgeheimnis, die mögliche Weitergabe an eine fremde Macht und noch weniger die Aufbewahrung desselben waren objektiv *kein Landesverrat*. Übrigens: Liselotte Herrmann wurde im Gutachten nicht erwähnt, erwähnt wurde nur Steidle; so schwerwiegend scheint ihre Tat für den Gutachter nicht gewesen zu sein.

Man sieht, wie der Gutachter sich windet: einerseits die Geheimhaltungsbedürftigkeit beteuert, andererseits sagt, dass der Plan für einen ausländischen Nachrichtendienst eigentlich wertlos sei. Man spürt, wie der Gutachter widersprechen möchte, gleichwohl dem Gericht zu Diensten ist. Und so überlässt er gern dem

44 BArch, ZC 4900, Bd. 18, Bl. 43f. Die unkorrekte Ortsbezeichung „Scheunen" statt „Scheuen" so im Original.

45 Gutachten in Sachen Liselotte Herrmann, BArch, NJ 10712, Bd. 4, Bl. 286, Bl. 43f.

46 Mündliches Gutachten Sache Lovacz, Steidle u. A., BArch, ZC 4900, A. 2, Bl. 296a-296c.

Gericht das letzte Wort: „Es würde jeder Praxis eines N.D. widersprechen, wenn ein Plan übergeben würde, ohne dass er die Angabe enthält, welche Anlage dargestellt ist. *Ob und inwieweit der Angeklagte Steidle dies vorhatte, liegt auf dem Gebiet des subjektiven Ermessens, die der Entscheidung des Hohen Senats vorbehalten bleiben muss.*“[47]
Wertvoll für die Beurteilung der Handlung von Lilo Herrmann ist auch, dass Heinrich Reichel („Manfred“) am 9. März1943 wegen Hoch- *und Landesverrats* angeklagt, am 30. April 1943 aber nur wegen versuchten *Hochverrats* verurteilt wurde. Im Urteil wird der Verzicht auf den Vorwurf des Landesverrats wie folgt begründet: „Hinsichtlich der unterirdischen Munitionsanlage in Scheuen ergaben die Feststellungen des Volksgerichtshofes in dem Urteil gegen Lovasz und Andere lediglich, daß Liselotte Herrmann dem Oberberater Manfred über die unterirdische Munitionsanlage berichtete und ihn darauf hinwies, daß sie den Plan dieser Fabrik in ihrer Wohnung aufbewahrte. Daß der Angeklagte selbst sie zur Ausspähung oder zur Erstattung eines solchen Berichts aufgefordert hätte, ist nicht festgestellt, auch nicht daß er den Bericht etwa weitergegeben hat. Das Urteil enthält vielmehr lediglich die weitere Feststellung, daß der Angeklagte die Herrmann aufgefordert hat, in Zukunft keine Berichte in die Schweiz zu senden, sondern lediglich ihm mündlich Bericht zu erstatten. Diese Feststellungen lassen nicht erkennen, daß der Angeklagte die Ausspähung dieser militärischen Anlage veranlaßt oder den Bericht über sie weitergegeben hat. Dieser Sachverhalt reicht mithin nicht aus, eine landesverräterische Betätigung im Sinne der Anklage festzustellen.“[48] An anderer Stelle heißt es im Urteil gegen Heinrich Reichel: „Eine landesverräterische Betätigung hat der Angeklagte aber sowohl im Ermittlungsverfahren als auch in der Hauptverhandlung restlos bestritten. Insoweit reicht das Ergebnis der Hauptverhandlung zu seiner völligen Überführung nicht aus“.[49]
Bei Zugrundelegung dieser Maßstäbe aus dem Jahre 1943 hätte Lilo Herrmann sechs Jahre vorher wegen Landesverrats *nicht* verurteilt werden dürfen – weder für vollendeten noch für versuchten Landesverrat, für eine Tat, die schon „nicht mehr als reine Vorbereitungshandlung angesehen werden“ konnte. Was als mildernder Umstand bei Reichel anerkannt wurde, hätte auch in ihrem Falle gelten müssen: Sie hat „lediglich“ über den Besitz des Planes informiert, sie hat die Anlage nicht ausgespäht, sie hat den Bericht über die Anlage nicht weitergegeben. Sie hat auch, wie später Heinrich Reichel, energisch bestritten, sich landesverräterisch betätigt zu haben. Was man im Falle Reichel respektierte, war im Urteil gegen Lilo Herrmann keiner Erwähnung wert.
Dass der VGH 1943 meinte, den Fall Heinrich Reichel weniger streng beurteilen zu müssen, mag daraus zu erklären sein, dass das, wofür Heinrich Reichel sonst noch angeklagt wurde, ausreichte, um ihn der vorher schon bestehenden Absicht entsprechend *zum Tode* zu verurteilen. *Beide*, Lilo Herrmann und Heinrich Reichel,

47 Hervorhebung von mir, S. G.
48 BArch, NJ 5029, Bd. 2, Bl. 156.
49 Ebenda, Bl. 155 RS.

sollten sterben. Lilo Herrmann nicht obwohl, sondern *weil* sie eine Frau und Mutter war. Ein Exempel wurde statuiert. Zumal sich der VGH genötigt sah, zwecks Verurteilung von Lovasz und anderen von Berlin sich nach Stuttgart zu begeben, wollte man wenigstens gewährleisten, dass sich die Mühe lohnt.

Lilo Herrmann wurde am 27. März 1937 angeklagt[50] und am 12. Juni 1937 vom VGH „wegen Landesverrats, begangen in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat unter erschwerenden Umständen" zum Tode verurteilt.[51]

Selbst mit den Maßstäben der Nazijustiz gemessen, war das, was mit Lilo Herrmann geschah, ein *Justizmord.* Was ihr Ankläger Parrisius, Reichsanwalt beim VGH, 1938 formulierte, dürfte damals schon das Leitmotiv der Nazirichter gewesen sein: „Die Aufgabe des Volksgerichtshofes ist nicht die, Recht zu sprechen, sondern die, die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten."[52]

Dabei hatte Lilo Herrmann gehofft und daraus Kraft geschöpft, bei der Justiz besser als bei der Gestapo aufgehoben zu sein. Sonst hätte sie dem polizeilichen Vernehmer, Kriminal-Kommissar Mauch, nicht geantwortet: „Wenn man glaubt, ich hätte bereits eine Lichtpause weitergegeben und mich deswegen verurteilt, dann gibt es eben einen Justizmord mehr. Ich kann auch bei Gegenüberstellung mit Wieland bei meinen Angaben bleiben. Ich bitte aber, dass diese Gegenüberstellung vom Gericht und nicht von der Polizei vorgenommen wird. In dem Wort Gericht liegt wenigstens noch etwas von dem Wort ‚Recht', während man bei der Polizei überhaupt kein Recht hat. Sonst kann ich nichts mehr angeben."[53]

Mutig war dieses Verhalten zweifellos; ob es klug war, ist eine andere Frage. Die Hoffnung, dass das Gericht „Recht" sprechen würde, war jedenfalls eine verhängnisvolle Illusion. Für ihr, wie protokolliert wurde, „öfters […] freches und anmaßendes Benehmen, […] das […] bei der Vernehmung in dieser Sache öfters in Erscheinung getreten ist",[54] weil sich ihre Vernehmung „infolge des Verhaltens der Beschuldigten mitunter sehr schwierig" gestaltete,[55] sollte sie bitter büßen. So ist das Todesurteil auch eine Form der Rache und ein Zeugnis des auch in dieser Hinsicht guten Einvernehmens zwischen Gestapo und Justiz.

Lilo Herrmann wurde am 20. Juni 1938 in Plötzensee geköpft.

---

50 Anklageschrift, 27.3.1937, BArch, ZC 4900, A. 8, Bl. 339-344, Unterschrift: Parrisius (Reichsanwalt beim VGH).

51 VGH-Urteil vom 12.6.1937, BArch, ZC 4900, A. 4, Bl. 365-387. Zum Tode wurden in diesem Prozess auch Stefan Lovasz, Josef Steidle und Artur Göritz verurteilt, Alfred Grözinger zu zwölf Jahren Zuchthaus.

52 Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933-1945 in Lebensbildern, hrsg. von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher, Berlin-Frankfurt am Main 1957, S. 20.

53 BArch, NJ 10712, Bd. 3, Bl. 189.

54 BArch, ZC 4900, Bd. 7, Bl. 158.

55 Ebenda, Bl. 155 RS.

Vollständiger, von den Gutachtern und dem Gericht verwendeter Plan der Munitionsanlage Scheuen bei Celle.
BArch, ZC 4900, Bd. 12, Bl. 5 in Hülle (auch in BArch, NJ 10712, Bd. 4, Bl. 246)

Der Bau der Munitionsanstalt Scheuen bei Celle wurde 1934 begonnen und 1939 vollendet. Gefertigt wurden Infanteriemunition, Handgranaten sowie Panzerabwehrgeschosse. Die Arbeit in der Fabrik wurde zum größten Teil von rund 400 Zwangsarbeitern verrichtet. Noch drei Wochen vor Kriegsende wurden dort große Mengen Kampfstoff-Munition eingelagert. Die britische Armee erreichte Scheuen am 13. April 1945. Die Anlagen der Muna wurden *kampflos und unbeschädigt* übergeben.[56]
Was hatte der Fall „Plan der Muna Scheuen" mit dem ZK der KPD zu tun? Nichts!

56 Siehe http://www.lostplaces.de.

Bericht

Globalisierung, Eurozentrismus und „Kommunistisches Manifest“

Werner Berthold

Unter „Globalisierung“ wird ein historischer Prozess verstanden, der den gesamten Globus erfasst hat und die Existenzweise nahezu aller Menschen direkt oder indirekt bestimmt. Im Positiven gilt dies vor allem für die Oberschicht der Millionäre und Milliardäre, im Negativen aber primär für die Unterschichten und namentlich für das „Prekariat“ sowie für die Arbeitslosen und Armen in aller Welt. Für die Erklärung der Globalisierung haben Marx und Engels gerade unter etablierten Gesellschaftswissenschaftlern in den USA, der BRD und anderen hochentwickelten kapitalistischen Staaten eine beachtliche Bedeutung gewonnen. So heißt es in der instruktiven und weit verbreiteten Schrift von Jürgen Osterhammel (*1952) und Niels P. Petersson „Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen“[1], die bereits 2007 ihre 4. Auflage erlebte: „Eine der nach wie vor packendsten Schilderungen des globalen Kapitalismus findet sich im 1848 von Marx und Engels verfassten ‚Kommunistischen Manifest.“ (S.128)
Aspekte der Globalisierung haben auch den weltkundigen und -bekannten jüdischen, deutsch-amerikanischen Historiker Georg G. Iggers (*1926) zu einem ausführlichen „Nachwort zur Neuausgabe 2007“ seines 1993 erschienenen Buches „Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert“[2] wesentlich mitbestimmt, in dem er auch die Schrift von Osterhammel und Petersson empfiehlt. Er geht hier auf die „Bedeutung“ ein, die den „folgenschweren“ Ereignissen in den 90er-Jahren des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts für die Geschichtsschreibung zukommt. Indem er die Meinung Fukuyamas, nach dem Ende des Kalten Krieges käme der Weltfrieden, korrigiert und die Prognose Huntingtons vom „Clash of Civilizations“ weitgehend bestätigt, lautet der erste Satz seiner Situationsanalyse: „Die Auflösung der Sowjetunion bedeutete nicht nur das Ende des Kalten Krieges in politischer und militärischer Hinsicht, sondern machte auch den Weg für eine gründliche ökonomische Durchdringung der Welt durch das Finanzkapital frei.“ (S.121)
Damit wird seine Kritik der „Geschichte der Globalisierung“ und ihrer Historiographie eingeleitet, die er von der „globalen Geschichte“ unterscheidet. Beide

---

1 Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2003, 128 S. – Da die generationsspezifische Sicht bedeutsam geworden ist, werden die Geburtsjahre aller Autoren, soweit bekannt, vermerkt.
2 Georg G. Iggers: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein kritischer Überblick im internationalen Zusammenhang – Neuausgabe, Göttingen 2007, 175 S.

nehmen unter den „wichtigsten Entwicklungen“, die in der internationalen Geschichtsschreibung „nach dem Ende des Kalten Krieges“ auszumachen sind, eine wichtige Stellung ein. In diesen Entwicklungen werden folgende Trends oder Schwerpunkte bestimmt: 1. Kulturelle und linguistische Wende, 2. Feministische und Gender-Geschichte, 3. Welt- und globale Geschichte, 4. Weiterbestehen von Nationalismen, 5. Neues Verständnis der Verbindung von Geschichte und Sozialwissenschaften und 6. Sozialwissenschaften und Geschichte der Globalisierung. Bei Konzentration auf 3., 5. und 6. stehen auch analoge Aspekte der anderen Punkte im Blick.

Die analysierten Beziehungen zwischen globaler und Globalisierungsgeschichte können im Wesentlichen darin gesehen werden, dass die globale bzw. Weltgeschichte die Entwicklung von der Menschwerdung bis zur Gegenwart untersucht und damit auch die kapitalistische Entwicklung seit dem 15./16. Jahrhundert einschließt, die zu ihrer Globalisierung führte. Deren Historiographie ist aber vornehmlich unter ökonomischen und kommerziellen sowie auch politischen, militärischen, kulturellen und anderen Aspekten auf die weltumfassende kapitalistische Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert konzentriert, die von Europa sowie bald auch von den USA ausging und mit umfassenden Kolonisierungen in Afrika, Asien und Ozeanien verbunden war.[3]

Iggers richtet den Blick auf Tendenzen in globalisierungshistorischen Veröffentlichungen, die seit den 90er-Jahren verstärkt auftraten. Er kritisiert, dass „ihr Schwerpunkt vorrangig auf dem internationalen Netzwerk von Gütern, Dienstleitungen und Finanzen und den damit verbundenen globalen Produktions- und Konsumtionsmustern“ liegt und hebt jene Autoren hervor, die auf die „Negativaspekte dieses Vorgangs“ hinweisen. (S.142) Eine Folge der Konzentration auf die ökonomische Seite des Globalisierungsprozesses sei dessen defizitäre Analyse. Zudem hätte dieser in den letzten 15 Jahren nicht einmal in ökonomischer Hinsicht zur Homogenisierung und nur in wenigen Fällen zu einer Demokratisierung geführt.

Mit der Globalisierung müsse auch der außereuropäische Widerstand von oft gewalttätiger Natur analysiert werden, der ihr vielfach begegne. Das gelte gleichfalls für die „weit zurückreichende Tradition der Geschichtsschreibung“ in „Regionen wie Ostasien oder der muslimischen Welt“ und für die verändernde Rezeption oder selbst Ablehnung westlicher Ideen – einschließlich des Marxismus. „All dies“ müsse „in einer Geschichte der Geschichtsschreibung mit internationalem und interkulturellem Anspruch berücksichtigt werden“. (S.143)

Obwohl Iggers den Begriff „Eurozentrismus“ hier nicht gebraucht, verlangt seine Konzeption die Überwindung von Vorstellungen und Realitäten, die mit ihm erfasst werden. Ausgehend von dem amerikanischen Historiker Immanuel Wallerstein, auf den sich auch Iggers beruft, wird unter Eurozentrismus verstanden, „dass die allgemeine historische Entwicklung, die als charakteristisch für das

3 Siehe die systematisierten Anmerkungen und Literaturempfehlungen bei Osterhammel/Petersson, S.114-126.

westliche Europa und das nördliche Amerika betrachtet wird, ein Modell darstellt, an dem die Geschichten und sozialen Formationen aller Gesellschaften gemessen und gewertet werden können. Die Spezifizitäten und historischen Unterschiede nichtwestlicher Gesellschaften werden dementsprechend in einer ‚Sprache des Mangels' beschrieben und als Defizite behandelt."[4]

Im gleichen Sinne definierte der Koreaner Se-Yeon Kim, der sich in seiner Schrift „Karl Marx und die nichteuropäischen Gesellschaften" vor allem gegen die Meinung wandte, auch Marx habe einen Eurozentrismus vertreten. [5] Marx selbst protestierte 1877 energisch gegen die Verwandlung seiner „historischen Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges [...], der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist".[6]

Marx und Engels konzentrierten sich im Rahmen ihrer welthistorischen Studien zwar auf jene europäischen Länder, in denen der Kapitalismus mit seinen Widersprüchen den höchsten Entwicklungsgrad erreicht hatte, gingen aber davon aus, dass in einem weltrevolutionären Prozess, der allerdings bislang ausblieb, mit dem Kapitalismus auch verschwinden werde, was später mit dem pejorativen Begriff Eurozentrismus charakterisiert wurde. Dieser wird aber oft schon auf die objektive historische Entwicklung angewandt, die sich seit dem 15./16. Jahrhundert – z. T. noch zuvor – in Europa vollzog und die mit dem Kapitalismus auch die Renaissance, die Aufklärung, die klassische deutsche Philosophie sowie selbst den Marxismus hervorgebracht hat. Er sollte jedoch lediglich auf die subjektiven Folgerungen und deren verheerende Konsequenzen für die übrige Welt Anwendung finden. Diese gingen vom Profit-Drang und dem Willen zur Macht in den herrschenden Klassen Europas aus.

Nach Iggers, der schon in den Jahren des Kalten Krieges in den USA Lehrveranstaltungen zu Schriften von Marx durchgeführt und kollegiale Verbindungen zu marxistischen Historikern der DDR hergestellt hatte, sei heute „vom marxistischen Gedankengut nicht" der „Anspruch auf eine Erklärung der Gesellschaft und der Geschichte erhalten" geblieben, sondern „seine Kritik an der Rolle des Kapitalismus als inländisch wie international wirksame Kraft zur Aufrechterhaltung und Ausweitung sozialer Ungerechtigkeit in Teilen der Welt, die gerade erst der Kontrolle der Kolonialmächte entkommen waren".(S.125) Es fragt sich aber, ob diese Kritik ohne jene Erklärung möglich wäre. Und wie ist die weltweite Rezeption des „Zeitalters der Extreme" aus der Sicht Eric Hobsbawms zu werten, der sich als Marxist und weiterhin als Kommunist versteht, sowie die Berufung auf das „Kommunistische Manifest" durch den Globalhistoriker Arif Dirlik

4 Sebastian Conrad/Shalini Randeria (Hrsg.): Jenseits des Eurozentrismus, Frankfurt a. Main-New York 2002, S.12.

5 Se-Yeon Kim: Karl Marx und die nichteuropäischen Gesellschaften. Zur Kritik der eurozentrischen Interpretationen der Marxschen Auffassung über die nichteuropäischen Gesellschaften, Frankfurt a. M. u. a. 1993, 155 S.

6 Karl Marx: Brief an die Redaktion der „Otetschestwennyje Sapiski", in: MEW, Bd. 19, S.107-112, hier S.111.

(*1940) und andere Nichtmarxisten? Und hinsichtlich der „Frauen und Gender-Geschichte“ stellt Iggers selbst fest, dass sie sich zwar von der marxistischen Geschichtstheorie „distanziert“, „doch zugleich, meist, ohne es einzugestehen, die marxistische Ideologie teilweise“ fortführt. (S.129)

Wenn man von den ausführlichen Thesen „Towards a Global History“ [7] ausgeht, die Iggers und Q. E. Wang zu einem von ihnen und S. Mukherjee verfassten Werk mit dem Titel „A Global History of Modern Historiography“ formulierten, so hebt dieses historiographiehistorische Eurozentrik radikal auf. Zudem spielen in ihm der Marxismus und die verschiedenen Formen seiner Rezeptionen und Ausprägungen eine bemerkenswerte Rolle.[8]

Doch der Trend zur globalen Geschichte kann gewiss auch im Sinne Iggers nicht bedeuten, dass Untersuchungen der Geschichte und der Geschichtswissenschaft in einzelnen Nationen und Staaten überflüssig geworden wären. Wie jede Synopsis ist auch die Globalgeschichte vielmehr auf solche Untersuchungen angewiesen, und jede Nation erlebt die Globalisierung im Rahmen ihrer Geschichte. Und gegen den Verlust an sozialer und existenzieller Sicherheit sowie an demokratischer Einflussnahme erschien bislang der demokratische National- wie Nationalitätenstaat als die sicherste Barriere. Von ihm aus kann der Kampf gegen wirtschaftliche, finanzielle und asoziale Vergehen und Verbrechen aus den Oberschichten geführt werden. Diese Funktion dürfte er erst verlieren, wenn ein demokratisch legitimierter und kontrollierter Weltstaat mit Machtmonopol den neoliberalistischen „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt, Ex-Präsident Clinton u. a.) zu domestizieren vermag. Im Übrigen endet die neoliberalistische Staatsmissachtung radikal, wenn sich ihre finanzkapitalistischen Verfechter, Privatisierungs- und Deregulierungsdogmatiker verspekuliert haben. Dann wird vom Staat erwartet, dass er ihnen die vom Staatsvolk eingetriebenen Steuergelder als Rettungsringe um den Hals wirft. Und die großen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg 2003 konnten in Übereinstimmung mit der gewählten Regierung (BRD, Frankreich u. a.) oder im Protest gegen diese (Großbritannien u. a.) mit internationaler Verantwortung vor allem im nationalstaatlichen Rahmen wirksam werden.

Vor der wesentlich ergänzten Neuauflage des Titels von Iggers sind 2006/07 in der Bundesrepublik drei weitere Titel zu Problemen und Darstellungen der Geschichte der Geschichtswissenschaft erschienen. Während sich zwei auf die europäisch-nordamerikanische Historiographie beschränken, umfasst der dritte gleich dem erwähnten Werk von Iggers die globale historiographische Entwicklung.

Lutz Raphael (*1955) hatte – bereits ausgewiesen durch mehrere historiographische Veröffentlichungen – in Nachfolge von Iggers und in Anlehnung an Hobs-

7 Georg G. Iggers/Q. Edward Wang: Towards a Global History, MS, 2007.

8 Georg G. Iggers/Q. Edward Wang with the assistance of Supriya Mukherjee: A Global History of Modern Historiography, Harlow u. a. 2008, XII, 436 S.

bawm – mit seinem Buch „Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme“[9] einen umfassenden Überblick gewagt. Im Schlusskapitel „… am Beginn des 21. Jahrhunderts“ wird „das langsame Ende des Eurozentrismus“ signalisiert. (S.266) Dieses konnte aber ein zwei Bände umfassendes Werk, das Raphael später herausgab, nur begrenzt beschleunigen. In ihm werden unter dem Titel „Klassiker der Geschichtswissenschaft“[10] 26 Historiker und Geschichtsdenker von Edward Gibbon bis Quentin Skinner, unter denen sich auch Marx und Hobsbawm finden, von kompetenten Autoren porträtiert. Raphael begründet in einer Einführung die getroffene Auswahl als einen Versuch, die Internationalität der modernen Geschichtswissenschaft darzustellen. Diese präsentiere sich aber „eindeutig“ als „Ergebnis der weltweiten Ausbreitung und Akklimatisierung“ ihres „europäischen Modells“, woraus eine „Eurozentrik“ resultiere. Erneut wird – nun mit Zeitangaben – betont, dass diese erst in den letzten drei Jahrzehnten zurückgegangen sei und dass sich dieser Prozess fortsetzen werde. (Bd. 1, S.11f.)

Der Verfasser dieses Berichts (*1923) verdankt ihm die Anregung, dies auch hinsichtlich der Historiographiehistoriker zu berücksichtigen, wobei er sich einschließt. Daher erfolgt die Angabe ihrer Geburtsdaten als ein erster Ansatzpunkt dafür.

Ein anderes, von Heinz Duchhardt (*1943) und anderen herausgegebenes dreibändiges Werk signalisiert schon im Titel seine Eingrenzung auf Europa: „Europa-Historiker. Ein biographisches Handbuch“[11]. Unter dem Eindruck der „(Erfolgs-)Geschichte der europäischen Integration“ habe sich den Herausgebern die Frage gestellt, welche „Historiker vergangener Jahrhunderte und Jahrzehnte“ sich „mit dem ‚Phänomen Europa‘ auseinandergesetzt haben“. (Bd. 1, S.VII) Neben den Vorworten zu jedem Band, für den alle vier Herausgeber zeichnen, hat die Mitherausgeberin Malgorzata Morawiec, im 3. Band in einem Nachwort versucht, „kollektivbiographische Züge der Europahistoriker“ (Bd. 3, S.VII) zu finden.

Bei einer Begrenzung auf den Zeitraum vom 16. Jahrhundert bis 1960 habe folgendes Kriterium für die Aufnahme von Historikern in einem weiteren Sinne gegolten: Zumindest eines ihrer Werke habe eine historische „europäische Dimension“ aufweisen müssen. Es durfte also keinen rein welt- und keinen rein nationalgeschichtlichen Charakter besitzen. So habe Ranke, obwohl er nie ein Werk mit einem „europäischen“ Titel veröffentlicht hatte, Aufnahme gefunden, „weil sein Gesamtwerk eine klare ‚europäische‘ Ausrichtung – zumindest im Sinne der germanisch-romanischen Völkerfamilie – aufweist“. Die Ausklammerung der slawischen, der anderen europäischen „Völkerfamilien“ und die daraus

9 Lutz Raphael: Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003, 292 S.

10 Lutz Raphael (Hrsg.): Klassiker der Geschichtswissenschaft, 2 Bde., München 2006, 255/284 S.

11 Heinz Duchhardt u. a. (Hrsg.): Europa-Historiker. Ein biographisches Handbuch, 3 Bde., Göttingen 2006/2007, 338/336/233 S.

folgende Reduktion des Europabegriffs wird in Kauf genommen. Nicht Toynbee, sondern Barraclough – beide galten als „Universalisten“ und „Globalisten“ – wurde Eintritt gewährt. Andererseits fand der Niederländer Huizinga Aufnahme, da seinen nationalgeschichtlichen Veröffentlichungen „unter der Hand eine europäische Dimension zuwuchs“. (Bd. I, S.VII-X) Das gilt auch für andere ungenannte Autoren und für jene, „die über ‚Europa‘ dem Christentum wieder zum dominierenden Geschichtsfaktor verhelfen wollten“, wie es im „Nachwort“ heißt. (Bd. 3, S.IX) Unabhängig von dieser Re-Missionierungs-Ambition wäre zu wünschen, dass die Herausgeber, die sich der Defizite ihres Unternehmens bewusst sind, überprüfen, ob das auf Huizinga angewandte Kriterium nicht auch für nationalhistorische Werke polnischer, rumänischer und tschechischer Historiker, wie Lelewel, Iorga und Palacky Anwendung finden könnte. Lelewel, Begründer der kritischen polnischen Historiographie, hat zudem durch sein Werk „Historische Parallelen zwischen Spanien und Polen“ (1820), das den Westen mit dem Osten der europäischen Union verbindet sowie durch sein politisches Wirken belegt, dass man zugleich ein revolutionärer Patriot und ein ebensolcher Europäer sein könne. Dass gerade in diesen auf Europa begrenzten Bänden im Unterschied zu den anderen hier besprochenen Titeln die eurozentrische Problematik völlig unerörtert bleibt, verwundert.

Als Historikerbiographien von hohem Niveau besitzen beide Titel einen beachtlichen wissenschaftlichen Wert. Für eine durch die Globalisierung herausgeforderte Globalgeschichte der Geschichtswissenschaft, welche die außereuropäischen Entwicklungen einbezieht, könnten sie insofern nützlich werden, als sie gegenüber den Darstellungen der Historiographiegeschichte in einzelnen europäischen Nationen eine gesamteuropäische Gemeinsamkeit anvisieren. Das kann besonders für die Bände „Europa-Historiker“ gelten. Ohne dabei wieder in Eurozentrik zu verfallen, könnte davon ausgegangen werden, das Trennende wie Gemeinsame in allen Kontinenten und Zeiträumen genauer zu bestimmen.

Markus Völkel (*1953) hat auch hierin bereits wesentliche Schritte getan. Mit seinem Buch „Geschichtsschreibung. Eine Einführung in globaler Perspektive“[12] stellte er im deutschen Sprachraum und über diesen hinaus eine erste Global- und Globalisierungsgeschichte der Historiographie zur Diskussion. Sie ist auf das Studium ausgerichtet und gewiss aus eigenen Lehrerfahrungen erwachsen.

Nach einer ausführlichen Einleitung umfasst das Werk in elf Kapiteln die Geschichtsschreibung, -theorien und -auffassungen in der Antike, Byzanz, Arabien, im europäischen Mittelalter, in Indien, China, Japan, in früher europäischer Neuzeit, im südlichen und nördlichen Amerika sowie im langen 19. Jahrhundert, das mit dem kurzen 20. Jahrhundert zu kontinuierlich als „Epocheneinheit“ betrachtet wird. Hier geht es um „Verwissenschaftlichung und Historismus“ und um das „nationalistische Paradigma in Europa und Russland“ – dieses gehört aber in seinen Kerngebieten auch zu Europa. Es folgen „Gegengeschichten und Revisi-

12 Markus Völkel: Geschichtsschreibung. Eine Einführung in globaler Perspektive, Köln-Weimar-Wien 2006, 399 S.

onen“ dazu sowie die „Krise des Historismus“. Unter dem Titel „Universalisierung und Fragmentierung der Gegenwart“ finden sich die französische Richtung der „Annales“ und „Modelle gegenwärtiger Universalgeschichtsschreibung“. Doch am Ende kehrt Völkel, der die von den Europahistorikern gewählte Bezeichnung „Globalist“ als Ehrentitel annehmen könnte, nach einem nordatlantischen Zwischenaufenthalt in außereuropäische Zonen mit der Fragestellung zurück: „Afrika: Zukunft oder Ende herkömmlicher Geschichtsschreibung.“

Dass er in diesem Kontext auf deren Zukunft hofft, könnte auch aus seinem Artikel „Nach Timbuktu gehen und lernen“ entnommen werden.[13] Im Buch folgt nach Charakteristik der jeweiligen Regionen, Perioden und Richtungen unter dem Begriff „Kanon“ eine knappe Skizze jener Historiker, die dafür als repräsentativ gelten. Eine fachwissenschaftliche Legitimation des wahrhaft globalen Unternehmens, für das nur ein Historiker zeichnet, kann sich in einer hochspezialisierten Wissenschaft auch für kritischste Spezialisten begrenzter Perioden aus subtilen Forschungen Völkels im Bereiche der Renaissance und des 18. Jahrhunderts sowie daraus ergeben, dass er seine umfassende Rezeption von ausgedehnten Fremdforschungen durch ausgewiesene Experten der einzelnen Gebiete überprüfen ließ.

Mit großem Respekt vor dieser bedeutenden synoptischen Leistung seien in vier Punkten einige kritische Bemerkungen – z. T. zugespitzt – zur Diskussion gestellt:

1. Volle Zustimmung erfährt die Meinung, die Geschichte der Geschichtswissenschaft verlange ein Grundwissen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Geschichte sowie eine Nutzung und Beachtung der Ergebnisse anderer Wissenschaften. Zu ergänzen wäre sie durch die auch von Iggers gestellte Frage, welche Bedeutung folgenschwere Ereignisse für die Geschichtswissenschaft besitzen. Iggers stellte sie im Hinblick auf „die Auflösung der Sowjetunion und ihrer Folgen“. Sie weist aber auch auf Ereignisse wie die Große Französische Revolution, die ihr folgende Restauration, den Ausbruch und die Folgen der beiden Weltkriege, den Zusammenbruch faschistischer Regime sowie auf die Frage hin, welche Haltung Historiker zuvor und danach einnahmen. So verwundert, dass bedeutende Werke über solche Ereignisse eine zu geringe Rolle spielen. Das gilt gleichfalls hinsichtlich der Ökologie und der Klimaforschung. So tritt im Unterschied zu Iggers die wachsende Erkenntnis in den Hintergrund, dass der Prozess der Globalisierung mit gravierenden und eskalierenden Zerstörungen der Umwelt und damit menschlicher Existenzbedingungen sowie verheerenden Naturkatastrophen verbunden ist. Die „Arrogance of Power“ der verbliebenen Supermacht dominiert selbst hierin auf verhängnisvolle Weise und blockiert längst überfällige Maßnahmen. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die tiefen poli-

13 Ders.: Nach Timbuktu gehen und lernen. Die Geschichtsschreibung muss sich ihrer Internationalität erinnern und fremde Historiographen kennenlernen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.1.2006, S.38.

tisch-ökonomischen Gegensätze, die auch die Historiker erfassen, sowie die Brutalität, mit der sie ausgefochten werden, unzulänglich im Blick stehen.

2. Über Marx wird auch von Völkel unter verschiedenen Aspekten sehr positiv geurteilt. Das gilt für die Wertung des „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ als „historiographische Meisterleistung“. (S.304) Zudem sei der Einfluss des „dialektischen Materialismus“ – auf den sich die marxistische Geschichtsauffassung allerdings nicht reduzieren lässt – in fast jeder Form von Universalgeschichtsschreibung nachweisbar. (S.300) Im Zusammenhang mit dem amerikanischen Globalhistoriker Arif Dirlik verweist Völkel auf dessen positive Wertung des „Kommunistischen Manifests“. (S.344)

Im Unterschied zu den Titeln von Iggers und Raphael sowie zu anderen nichtmarxistischen Darstellungen verfällt die marxistische Geschichtswissenschaft nach Marx vollkommen der Ignoranz. Nach ihrer vorwiegend außeruniversitären Entwicklung im Rahmen oder im Umfeld der revolutionären Arbeiterbewegung, in der Historiker und Geschichtsphilosophen wie Franz Mehring, Antonio Labriola und Antonio Gramsci hervortraten, war sie seit 1928 auf den Internationalen Historikerkongressen und seit 1955 in der Leitung des Internationalen Historikerkomitees präsent.

Überhaupt ist es verwunderlich, dass die „Ökumene der Historiker“ nicht in Erscheinung tritt, wenn es um die Geschichtswissenschaft in jener globalen Dimension geht, die ins Auge gefasst wird. Das umso mehr, da es darüber, so in dem Werk von Karl Dietrich Erdmann „Die Ökumene der Historiker“[14], fundierte Darstellungen gibt. Das gilt gleichfalls für den Einzug von Historikern der „Dritten Welt“, worum sich die Arabisten und Afrikanisten der DDR sowie Walter Markov und Manfred Kossok mit ihren Schülern besonders bemühten.

Die existenziellen Probleme der Historiker seit Herodot, von denen Karl Christ meint, die „Vertreibung“ sei ihr Berufsrisiko, verdiente gleichfalls Beachtung. Dies und noch Schlimmeres hätte durch knappe Anmerkungen hinsichtlich Kallisthenes, Sima Qien und Ibn Khaldun, die Aufnahme im Kanon gefunden haben, erfolgen können.

3. Auch Völkel ist bestrebt, das eurozentrische Problem zu bewältigen. Letztlich kommt er dabei zu einem Resultat, das verkürzt in seinem Zeitungs-Beitrag formuliert wurde: „Dem Begriff des Eurozentrismus kann man nur dadurch entkommen, dass man ihn in Teilen akzeptiert, in anderen Teilen ablehnt.“[15] Die Akzeptanz gründet sich darauf, dass „die Gesamtentdeckung der Erdoberfläche wie die Errichtung der Weltwirtschaft“ von Europa ausgingen und „die Wurzeln eines universalen historischen Interesses, das weltweit wirksam wurde, nicht von Europa abgetrennt werden könne“.[16]

Der Begriff des Eurozentrismus geht zwar von dieser Entwicklung aus, sein wesentlicher Inhalt bezieht sich aber auf Konsequenzen, die sich infolge der

14 Dietrich Erdmann: Die Ökumene der Historiker, Göttingen 1985.
15 Völkel, Nach Timbuktu.
16 Ebenda.

negativen Seiten der menschlichen Natur aus ihm ergaben. Daraus erwuchs „der Hegemonismus der herrschenden Minderheiten“ (Anouar Abdel-Malek) und die Praxis der Eroberung, der Missionierung wie auch der Vernichtung der Existenzbedingungen und physischen Liquidierung ganzer Stämme und ethnischer Einheiten, wenn sie sich – wie die Indianer – dagegen zur Wehr setzten. All dies ist bei Völkel kaum zu finden. So verschwinden der Mensch bzw. die sehr unterschiedlichen Menschen, deren Handeln im Mit- und Gegeneinander letztlich die Geschichte ergibt, hinter den oft ungewollten Resultaten ihres Wirkens.

Völkels Abwendung vom Eurozentrismus nach seinem Verständnis ist mit der geradezu enthusiastischen Aufforderung verbunden: „Nach Timbuktu gehen und lernen.“ Dessen Reichtum an autochthoner historischer afrikanischer Literatur über afrikanische Geschichte, die sich in Timbuktu im heutigen Mali – im Mittelalter ein Zentrum islamischer Gelehrsamkeit – findet, ist geeignet, eurozentrischen Vorstellungen afrikanischer Geschichtslosigkeit zu begegnen. Ob er aber zur Lösung gegenwärtiger Probleme der Globalisierungsgeschichte wesentlich beitragen kann, ist zu bezweifeln.

Bei der von Iggers betonten Unterscheidung zwischen globaler Geschichte und Geschichte der Globalisierung dürfte die Befürchtung entfallen, dass sich Globalgeschichte selbst verleugnen muss, „wenn sie ihre eurozentrische Struktur aufgeben will“ (S.345), wie Völkel meint. Auch aus seinen eigenen Darlegungen erwächst bzw. bestätigt sich die Erkenntnis, dass mit der vom Kapitalismus im 19. Jahrhundert geschaffenen Weltkommunikation Europa bzw. dessen dominierende Staaten deren Zentrum wurde. Dieses Faktum kann noch nicht einer Verurteilung infolge Eurozentrismus unterliegen. Diese kann erst über die Hybris, die daraus erwächst, und über das aus ihr erwachsende Handeln verhängt werden.

Die „Teile“ für eine Akzeptanz oder Kritik eines missverstandenen „Eurozentrismus“ erweisen sich damit als Perioden. Allerdings konnten bereits im Ergebnis der beiden Weltkriege und endgültig mit dem Untergang der UdSSR die USA zum Zentrum einer vom Kapitalismus bestimmten Welt werden. Angesichts ihres globalen Agierens wäre daher zu überprüfen, ob das Wort „Eurozentrismus“ noch zu jenen Begriffen zählen kann, die den heutigen Weltzustand hinlänglich zu charakterisieren vermögen.

4. Als problematisch erscheint, dass sich Völkel hinsichtlich der Universalgeschichte auf die Methodik des Systemtheoretikers Niklas Luhmann orientiert.[17] Deren Vorzug sieht er darin, dass sich „globale Beziehungen definieren“ lassen, „ohne auf vereinfachende Antagonismen wie Subjekt und Objekt, Macht und Ohnmacht zu verfallen“. (S.347) Das läuft aber offensichtlich darauf hinaus, dass der Mensch, der sich als machtausübendes Subjekt oder Ohnmacht erleidendes Objekt der Geschichte – je nach Zugehörigkeit zu bestimmten Klassen und Schichten oder im Resultat gesellschaftlicher und politischer Umwälzungen –

17 Niklas Luhmann: Soziologische Betrachtungen zum historischen Prozeß, in: Karl-Georg Faber u. a. (Hrsg.): Historische Prozesse, München 1978, S.413-440.

erfährt, gegenüber den globalen Luhmannschen Relationen von System und Umwelt verschwindet. Und Völkels Meinung, bei dieser Verfahrensweise trete die Frage nach dem Zentrum einer Universalgeschichte zurück, wird umso fragwürdiger, wenn er als Beispiel für das Verhältnis von System und Umwelt die Wechselwirkung von „Europa-Amerika“ zur „übrigen“ Welt anführt.

Als Ergänzung und Erklärung jener Orientierungen könnten die gnoseologischen Resultate der Diskussionen über „Objektivität und Parteilichkeit“ dienen, in denen Wolfgang Mommsen feststellte, „das der Historiker zugleich einer bestimmten Klasse oder Sozialgruppe angehört und in seiner Sichtweise und seinem Realitätsverständnis dadurch in fundamentaler Weise beeinflusst wird“[18]. Dass aber daraus resultierende Gegensätze kein Hindernis für rationale Dialoge mit dem beiderseitigen Ziel des Erkenntnisgewinns nicht nur in geschichtswissenschaftlicher Hinsicht darzustellen brauchen, fasste Ernst Schulin in die Worte: „Verständnis für den anderen zu erwecken oder von Problemerkenntnissen zu erfahren, die einem selber nicht möglich waren. Warum sollte das nicht sogar manchmal lebenswichtig sein, also die Überlebenschancen in unserer Welt verbessern?“[19] Vorausgegangen waren Dialogerfahrungen mit marxistischen Historikern. Eine solche Toleranz selbst angesichts entgegengesetzter globalhistorischer Entwürfe wäre auch der Annäherung an ein maximal objektives Weltbild gewiss förderlich. Unter diesen Aspekten könnte die Meinung Völkels eine Rolle spielen, dass erst mit der „Big History“, den historischen Untersuchungen der Interaktion zwischen Mensch und Natur, die „Universalgeschichte echte Globalgeschichte“ wird. (S.357)

Die Diskussion des inhalts- und problemreichen Buches könnte sowohl in würdigender wie in kritisch-ergänzender Hinsicht fortgesetzt werden. Abschließend sei nur noch die Meinung seines Verfassers partiell korrigiert, „die Geschichte der Geschichtsschreibung hat sich bis heute nicht als universitäres ‚Fach‘ etablieren können“. (S.11) Für die einstige DDR traf dies nicht zu. So existierte an der Karl-Marx-Universität Leipzig nach langjähriger Vorbereitung in Forschung, Publikation und Lehre und Überwindung von Hemmnissen verschiedener Art seit 1969 ein Wissenschaftsbereich und seit 1973 zudem ein Lehrstuhl Geschichte der Geschichtswissenschaft, der eine umfangreiche Lehrtätigkeit bestritten hat und von dem eine Ausbildung von Historiographiehistorikern für andere Universitäten der DDR erwartet wurde. In enger Kooperation mit akademischen Forschungsgruppen vor allem in Berlin und Halle und Rezeption ihrer Ergebnisse gewann er durch Publikationen innerhalb wie auch außerhalb des RGW-Bereichs fachliche Kontakte und war mit der internationalen Kommission „History of Historiography“ verbunden, die bei seiner und der Mitwirkung ande-

18 Wolfgang Mommsen: Objektivität und Parteilichkeit im historiographischen Werk von Sybel und Treitschke, in: Reinhardt Koselleck/Wolfgang Mommsen/Jörn Rüsen (Hrsg.): Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft, München 1977, S.452.

19 Ernst Schulin: Geschichtswissenschaft in unserem Jahrhundert. Probleme und Umrisse einer Geschichte der Historie, in: Historische Zeitschrift, Bd. 245, 1987, H. 1, S.30

rer Historiker der DDR auf dem Internationalen Historikerkongress in Bukarest 1980 gegründet worden war. Mit dem Streben nach einer umfassenden Geschichte der Geschichtswissenschaft wurde auch eine Geschichte der Gesellschaftswissenschaften und der Philosophie anvisiert. Das erfolgte in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, die im Arbeitskontakt mit Jürgen Kuczynski 1987-1989 existierte. Ihr Zentrum war der Lehrstuhl Geschichte der Geschichtswissenschaft.

Auch dieser Lehrstuhl verfiel 1992 mit dem von M. Kossok gegründeten „Institut für Universal- und Kulturgeschichte", dem er sich angeschlossen hatte, der „Abwicklung". Selbst ein W. Mommsen meinte im Gegensatz zu Iggers und anderen: „Im Osten" werde nichts „erhalten, was es in Westdeutschland [...] nicht gibt."[20]

20 Mitteilung von Manfred Kossok über eine Unterredung mit Wolfgang Mommsen 1990.

Buchbesprechungen

A nemzetközi munkásmozgalom történetéböl. Évkönyv 2009 [Aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Jahrbuch 2009], Jg. XXXV, Magyar Lajos Alapítvány, Budapest 2008, 359 S.

Eingeleitet wird der Bd. mit einer persönlichen Erinnerung von János Jemnitz an den Zeithistoriker, Literaturwissenschaftler und Publizisten Ferenc Fejtő, der am 2. Juni 2008 in Paris im Alter von 98 Jahren verstorben ist. Der vom Horthy-Regime politisch verfolgte Fejtő lebte seit 1938 in der französischen Hauptstadt. Ihn verband eine tiefe Freundschaft mit dem ungarischen Lyriker József Attila. Fejtő, den der Verlauf der Geschichte und auch die Entwicklung der Sozialdemokratie eher pessimistisch stimmten, nahm in jüngster Zeit immer wieder kritisch Stellung zum Umgang mit der Geschichte und dem Aufkommen rechtsextremer Tendenzen in seiner alten Heimat.
Die im vorangegangenen Bd. eröffnete Rubrik zum 125. Todestag von Karl Marx wird fortgesetzt mit den zweiten Teilen der Beiträge von Annamaria Artner zur Globalisierung und der Verelendung des Proletariats, von Emilio Gianni zur Verbreitung des Marxismus in Italien (1848-1926) und von Robert Jevzerov über den Todestag von Karl Marx und „den Bankrott des Sozialismus". Die Rubrik „1909" enthält Beiträge zu Ursachen und Auswirkungen der Streiks in Schweden (S. Antal, Jemnitz), zum Parteikongress in Florenz und den italienischen Wahlen (Oda Olberg), zum Parteitag der Französischen Sozialistischen Partei in St. Etienne (Ch. Rappoport), zur Krise der Independent Labour Party (Th. Rothstein), zur Auflösung des Reichstags (F. Mehring) und zu Streiks in Russland (D. B. Rjazanov).
In der Rubrik „1933" sind Auszüge aus dem Tagebuch von Wilhelm Dittmann enthalten sowie unter anderem Skizzen über „Austerlitz und den Selbstmord der Sozialdemokraten" (E. Sós), über das „Zurückdrehen der Uhren in Deutschland" (E. Mowrer), über die Machtergreifung Hitlers (K. Heiden), die Entwicklungen in der deutschen Arbeiterbewegung (H. Grebing, P. Schmiedt) und über Eduard Bernstein (L. Rubin).
In einer längeren Rubrik wird in mehr als 30 kleinen Beiträgen eine Bilanz „des Jahrzehnts von Tony Blair und des ersten Halbjahres von Gordon Brown" gezogen. Jüngsten Entwicklungen in der Französischen Sozialistischen Partei, in der italienischen Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften („gestern und heute") sind weitere 30 Kurzbeiträge gewidmet. Es folgen„Hintergrund"-Materialien, Dokumente, kurze Skizzen zu Jahrestagen und Ereignissen der jüngsten Zeit, sowie biografische Skizzen und Materialien, u. a. über Franz Marek, George Bernhard Shaw, Robert Applegarth, James Callaghan, Eugène Fournière, Hugh Gaitskell, Thomas Hardy, Francesco Scotti, Lucie Aubrac, John Kenneth Galbraith, Marjoris Mowlam und über die 2007 verstorbenen Historiker

Marta Bizsarrondo, Monty Johnstone und Arthur Schlesinger jr.
Berichtet wird im Bd. unter anderem über einen Vortrag von Eric Hobsbawn zum „Zeitalter der Gewalt", über den II. Kongress zur Geschichte der Spanischen Kommunistischen Partei, über einen Vortrag von Guiseppe Vacca zur Lage in der italienischen Linken und über die 43. Linzer Konferenz (ITH).
Im „Internationalen Anhang" findet sich u. a. der oben erwähnte Beitrag von Emilio Gianni in englischer Sprache abgedruckt. *Winfried Morgenstern*

Reinhard Marx: Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen. Unter Mitarbeit von Arnd Küppers, Pattloch Verlag, München 2008, 319 S.

Die Versuchung war offensichtlich zu groß. Wenn man schon den Namen Marx trägt, dann kann man bei dem großen Namensvetter durchaus auch eine Anleihe nehmen und ein Buch mit dem Titel „Das Kapital" verfassen. Der katholische Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, hat dies getan. Ob dieses Nichtwiderstehenkönnen gegenüber der genannten Versuchung eine Sünde ist – im kirchlichen Verständnis –, muss der Autor mit sich selbst ausfechten. Entstanden ist auf jeden Fall aber ein durchaus lesenswertes „Plädoyer" für mehr soziale Gerechtigkeit. Von einem Kirchenmann im Allgemeinen und von dem nicht selten kämpferisch auftretenden Verfechter der katholischen Soziallehre, Bischof Marx, im Besonderen war zumindest dies zu erwarten. Andererseits, und auch in diesem Punkt überrascht sein Buch nicht sonderlich, zu einem Anhänger der Auffassungen von Karl Marx ist sein Namensvetter Reinhard nun keineswegs geworden.
Sein Ausgangspunkt ist die These, dass die Wende von 1989 auch den Auftrag einschließt, nun in einer globalen sozialen Marktwirtschaft die bessere Alternative zur Überwindung von Ungerechtigkeit und Armut zu erarbeiten. „Sonst werden die falschen Ideen von Karl Marx und seiner Epigonen erneut Zulauf bekommen. Und das wäre verheerend." (S.7f.). Dabei zollt er den „scharfsinnigen Beobachtungen und Gedanken" von Karl Marx durchaus Respekt. In einem das Buch einleitenden fiktiven Brief an seinen Namensvetter schreibt er: „Betrachtet man die heutige weltwirtschaftliche Entwicklung, scheinen Sie mit Ihrer Auffassung Recht gehabt zu haben, dass das Kapital stetig nach seiner Vermehrung strebt, dass es in diesem Streben im wahrsten Sinne des Wortes grenzenlos ist und dass die Tendenz zur ökonomischen Globalisierung insofern dem Kapitalismus tatsächlich immanent ist." (S.21). Er konzediert, dass Marx „die nicht ganz unberechtigte Frage gestellt [habe]: Was nutzen die bürgerlichen Freiheitsrechte, wenn die Menschen keinen vernünftigen Lohn für ihre Arbeit bekommen und kein Brot kaufen können?" (S.40). Auf den Punkt gebracht, lautet das Problem von Bischof Marx: „Wird der Lauf der Geschichte Ihnen am Ende also doch Recht geben, Herr Dr. Marx? Wird der Kapitalismus letztendlich doch an sich selbst zugrunde gehen?" (S.29).

Dies ist natürlich keine wünschenswerte Perspektive für den Bischof. Und so begibt er sich auf die Suche nach Alternativen. Dreh- und Angelpunkt seiner Argumentation sind die Unterschiede, die hinsichtlich des Menschenbildes zwischen Karl Marx auf der einen und den Vertretern einer christlichen Ethik auf der anderen Seite bestehen. Um diese Unterschiede deutlich herausheben zu können, bemüht der Vf. eine sehr verkürzte Darstellung des „Menschenbildes" bei Karl Marx. „Nicht der Einzelne steht im Vordergrund, sondern die Gattung, das Kollektiv; und nicht Vernunft, Geist oder Seele machen das Wesen des Menschen aus, sondern seine Arbeit unter dem Regime der herrschenden Produktionsverhältnisse." (S.42). So steht das allerdings nirgendwo bei Karl Marx. Dem ging es nie darum, moralisierend zu beschreiben, was „im Vordergrund" steht, sondern darum zu analysieren, welchen Platz der Mensch, also das einzelne Individuum, welchen Platz Gruppen von Menschen in den vorgefundenen (ökonomisch bestimmten) gesellschaftlichen Verhältnissen objektiv einnehmen. In Parenthese zu dieser verkürzten Darstellung eines angeblich marxistischen Menschenbildes und in Anlehnung an Oswald von Nell-Breuning fährt der Autor fort, dass Marxens Lehre, durch die als Auseinandersetzung mit der Natur verstandene „gesellschaftliche Arbeit" sei der Mensch Schöpfer seiner selbst, unvereinbar ist mit dem christlichen Schöpfungsglauben, mit der für jeden Theisten feststehenden Tatsache, dass der Mensch ein Geschöpf Gottes ist. „Der letztlich unüberbrückbare Gegensatz zwischen einer christlichen Ethik und dem Marxismus ergibt sich nicht aus Marx' ökonomischen Analysen, sondern eben aus diesem Menschenbild, das dem Marxismus zugrunde liegt." (S.42).

Als den wesentlichen Gegenpol zum Marxismus bezeichnet Bischof Marx den „liberalen Individualismus" mit seinem Kerngedanken des „autonomen Subjekts". Er verweist auf die philosophischen Wurzeln dieses liberalen Individualismus – Thomas Hobbes, Jean Jacques Rousseau, John Locke, Georg Wilhelm Friedrich Hegel sowie seine modernen Vertreter Max Horkheimer und Theodor W. Adorno – und vergisst nicht, hinzuzufügen, dass ohne die christlichen Wurzeln diese Moderne, die neuzeitliche Philosophie der Aufklärung, der Gedanke des autonomen Subjekts gar nicht möglich gewesen wäre. Dennoch sieht er auch im „liberalen" Menschenbild Gefahren, nämlich dort, wo es in immer geringerem Maß eine verpflichtende Orientierung an allgemeinen moralischen Überzeugungen gibt. Dann würde das Mögliche auch irgendwann Realität. (S.50). Und er führt Beispiele für das zur Realität gewordene Mögliche an. Für die Vergangenheit nennt er den Faschismus. In der Gegenwart wären das z.B. die Tötung von Embryonen im Rahmen der Genforschung und die wegen der zügellosen Profitgier zunehmende Überschreitung moralischer und rechtlicher Grenzen durch große Unternehmen und Marktführer ihrer jeweiligen Branchen. Trotz dieser geschilderten Gefahren, so seine Schlussfolgerung, dürfe er

nicht so verstanden werden, als stünde die kirchliche Soziallehre genau in der Mitte zwischen liberalem Individualismus und sozialistischem Kollektivismus. „Wir nehmen zwar eine Position zwischen den Extremen ein, aber es gibt, wenn man so sagen möchte, eine ‚Schlagseite' zum Liberalismus." (S.44f.). Zwar berge der „liberale Individualismus" Gefahren in sich, die jedoch abgewendet werden könnten, wenn ihm „eine verpflichtende Orientierung an allgemeinen moralischen Überzeugungen" zugrunde liege. Diese basierten auf dem Christentum. Und er versäumt nicht, sein Plädoyer in der gegenwärtig wieder verstärkt stattfindenden Diskussion über das Verhältnis von Staat und Kirche abzugeben. Es sei nicht belanglos für den Staat und für die Gesellschaft, ob die Rede von Gott öffentlich hörbar bleibt, ob man daran glaubt, dass der Mensch eine Würde hat, die er nicht selber gemacht hat, dass es eine Zukunft gibt, die nicht allein in Menschenhand liegt. „Dass die Gottesfrage in diesem Sinne lebendig gehalten wird, ist vielmehr eine gesellschaftspolitisch hochrangige und wichtige Aufgabe. Deshalb gibt es in Deutschland etwa an den staatlichen Schulen das Fach Religion und auch ansonsten eine gewisse, bei uns schon aus der Geschichte verständliche Kooperation von Kirche und Staat. Eine Staatskirche darf es selbstverständlich nicht geben. Aber dass Kirche und Religion öffentlich präsent sind, das ist wichtig für alle." (S.62f.).

Unbeantwortet bleibt jedoch die entscheidende Frage, ja sie wird nicht einmal gestellt, nämlich, warum hat trotz der öffentlichen Präsenz und der über Jahrhunderte währenden Dominanz von Kirche und Religion dieses von Bischof Marx beschriebene christliche Menschenbild mit seinen allgemeinen moralischen Überzeugungen und den durchaus humanistischen Implikationen eben nicht zur allgemeinen sozialen Gerechtigkeit geführt? Die wirtschaftlich besser Gestellten, bei Karl Marx sind das die Besitzer von Produktionsmitteln, waren über Jahrhunderte ebenso Christen wie die wirtschaftlich schlechter Gestellten, die Ausgebeuteten. Und auch gegenwärtig bekennt sich ein Großteil der Unternehmer und Manager – zumindest in Europa und Nordamerika – zu einer der beiden christlichen Konfessionen. In ihrem privaten Umfeld, beim sonntäglichen Kirchgang z.B., mögen sie sich ja durchaus von christlichen Werten leiten lassen. Als im ökonomischen Umfeld Handelnde tun sie das eben nicht. Das hat der Autor selbst anhand zahlreicher Beispiele in seinem Buch nachgezeichnet. Dabei ist es für die Betroffenen, für die sozial ungerecht Behandelten ziemlich belanglos, ob Bischof Marx fest daran glaubt, dass Unternehmer, „raffgierige und gewissenlose Spekulanten" sind, dass die „mit ihnen kooperierenden Banker und ihre (Un)Rechtsanwälte dereinst vor Gott Rechenschaft für das von ihnen begangene Unrecht werden ablegen müssen." (S.141). Denn sie müssen – mit Karl Marx gesprochen – bei „Strafe ihres Untergangs als Unternehmer" Profit erwirtschaften. Wenn „sozialpartnerschaftliche" Beziehungen zeitweilig dennoch das Verhältnis von

Arbeitgebern und Arbeitnehmern dominierten, ob seit Beginn des 20. Jh. in einzelnen Unternehmen oder, wie in den 50er- bis 80er-Jahren in der Bundesrepublik insgesamt, dann war das im Wesentlichen auf andere Ursachen als auf die christlichen Überzeugungen der Beteiligten zurückzuführen: auf die relative Stärke der jeweiligen Arbeitnehmerorganisationen z.B. oder auf Zwänge der Systemauseinandersetzung. Die Hoffnung, dass die Überwindung von „soziale[n] Ausgrenzungen in allen ihren Erscheinungsformen" zum „gemeinsame[n] Ziel aller wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Akteure" (S.123) werden könnte, wenn sich diese nur einer „metaphysisch verankerten", also christlich geprägten Menschenwürde verpflichtet fühlten (S.127), hat sich in Geschichte und Gegenwart letztendlich immer wieder als Illusion erwiesen.

Abschließend noch eine Anmerkung „am Rande". In dem bereits erwähnten einleitenden fiktiven Brief des Bischofs Marx an Karl Marx verweist dieser auf einige Parallelen zwischen ihnen (S.11f.). Er erwähnt dabei auch ihre gemeinsamen biografischen Bezüge zur Stadt Trier, zu der Stadt, in der Karl Marx geboren wurde und in der er selbst zeitweilig als Bischof wirkte. Einer seiner Vorgänger, nämlich Bischof Arnoldi zu Trier, der durch die von ihm initiierte Ausstellung des sog. „Heiligen Rockes" im Jahre 1843 den Anlass für das berühmte „Offene Sendschreiben" Johannes Ronges und damit letztendlich für die Entstehung der deutschkatholischen Reformbewegung bot, findet natürlich keine Erwähnung. Nun musste er Bischof Arnoldi aufgrund der Themenstellung seines Buches auch nicht namentlich nennen. Dennoch manifestiert sich hier ein grundlegendes Charakteristikum der vorliegenden Publikation. Der Autor stellt die durchaus anzuerkennenden Leistungen sozial engagierter Vertreter der römisch-katholischen Kirche in aller Breite dar. Reaktionäre, restaurative und fortschrittsfeindliche Persönlichkeiten, Dogmen und darauf beruhende Aktivitäten der christlichen und eben speziell der römisch-katholischen Kirche in Geschichte und Gegenwart werden dagegen entweder weitgehend ausgeblendet oder nur verschämt eingestanden. Das hinterlässt einen faden Beigeschmack ebenso, wie die Stellungnahme des Bischofs Marx in den jüngsten Auseinandersetzungen über die Äußerungen und Handlungen des gegenwärtigen Papstes vom Januar/Februar 2009. *Wolfgang Heyn*

„Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Teil I: Die Berichte der Regierungspräsidenten über die sozialdemokratische Bewegung in den Regierungsbezirken Frankfurt/Oder und Potsdam während des Sozialistengesetzes 1878-1890; Teil II: Die Berichte des Berliner Polizeipräsidenten über die sozialdemokratische Bewegung in Berlin während des Sozialistengesetzes 1878-1890. Bearb. und eingel. von Beatrice Falk und Ingo Materna (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, hrsg. von Klaus Neitmann, Bd. 49, 57, zugleich Schriftenreihe des Landesarchivs Ber-

lin, Bd. 8), Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, 2009, 325, 720 S.

Publiziert werden hier erstmals in vollem Wortlaut die vom Preußischen Minister des Innern angeforderten Berichte über die Handhabung des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie und dessen Auswirkungen aus drei der 36 preußischen Regierungsbezirke. Erfreulicherweise konnte dieses 1988 in die Wege geleitete forschungsintensive Vorhaben trotz der gegenwärtigen Unterbewertung der Geschichte der Arbeiterbewegung verwirklicht werden. Die Berichte umfassen die damalige Provinz Brandenburg, wobei in Berlin „und Umgegend", d. h. auch in den 1920 zu Groß-Berlin zusammengeschlossenen Orten, das Sozialistengesetz am rigorosesten angewandt wurde. Hier wurde bereits am 28. November 1878 der Kleine Belagerungszustand verhängt, aufgrund dessen engagierte Sozialdemokraten ausgewiesen wurden. Die Berichte enthalten eine Einschätzung der Lage sowie die Übersicht über die verbotenen Vereine, Versammlungen und Druckschriften, über die verhängten Gefängnisstrafen, Ausweisungen und weitere Unterdrückungsmaßnahmen. Sie dienten zur Begründung für die jeweilige Verlängerung des Sozialistengesetzes durch den Deutschen Reichstag sowie für weitere Regierungsentscheidungen und gingen verallgemeinernd in die „Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung" in mehreren europäischen Ländern ein, die seit 1983 gedruckt vorliegen unter dem Haupttitel „Dokumente aus geheimen Archiven", Bd. 1, 1878-1890, hrsg. von Dieter Fricke und Rudolf Knaack.

Während für Frankfurt/Oder und Potsdam ab April 1880 die Berichterstattung nur noch halbjährlich erfolgte, blieb sie für Berlin vierteljährlich bis zum Ende des Sozialistengesetzes bestehen. In diesen Berichten widerspiegelt sich – auch in ihrer Struktur und Diktion – die Rolle der Berliner politischen Polizei als Polizeizentrale des Deutschen Reiches. Ihr gelang es, immer wieder Spitzel in die illegale zentrale Leitung der Berliner Sozialdemokratie einzuschleusen, was zur regelmäßigen Ausweisung ihrer Mitglieder führte. Trotz aller einschneidenden Repressalien, auch für den Einzelnen persönlich, blieb das Ausnahmegesetz letztlich wirkungslos. Unter dem Sozialistengesetz veränderte sich die Stellung Berlins innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Die Berliner Sozialdemokratie wuchs zum Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung heran.

Die Berichte wurden in Teiluntersuchungen seit Längerem vielfach ausgewertet. Nunmehr liegt als Ganzes ein Quellenbestand gedruckt vor, der über die Zeit des Sozialistengesetzes „Fakten und Zusammenhänge aus der Geschichte der Berliner und der Brandenburger Arbeiterbewegung in einer Fülle und Konzentration [enthält], die kaum eine andere Quelle zu bieten hat", wie die Bearbeiter zu Recht in ihrer Einleitung einschätzen. Das erlaubt, die bisherigen Forschungen „wesentlich [zu] erweitern und [zu] vertiefen" (S.26). Dafür ist die

außerordentlich umfangreiche wissenschaftliche Erschließung durch die Bearbeiter nicht hoch genug einzuschätzen. In Fußnoten werden die erwähnten Personen, Vereine, Ereignisse usw. erläutert unter Verweis auf weitere einschlägige Akten in den Beständen des Berliner Landesarchivs, des Brandenburgischen Landeshauptarchivs und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, so dass in gewisser Weise ein Spezialinventar entsteht. Ausgewertet werden bereits vorliegende Quellendrucke zum Gegenstand, Zeitungen und vorliegende Forschungsergebnisse, sowohl Gesamtdarstellungen wie Detailuntersuchungen. Im Teil I wird außerdem auf Publikationen ähnlich gelagerter staatlicher Quellen in anderen preußischen Provinzen bzw. in Bundesstaaten des Deutschen Reichs eingegangen. Der Benutzer findet so eine umfassende Information über Aktenbestände und Forschungsstand zum Thema.

In den Berichten widerspiegeln sich wesentliche Wirkungsbereiche der Sozialdemokratie, variiert in den einzelnen Phasen des Sozialistengesetzes: der organisatorische Aufbau, die Geldsammlungen, der illegale und ab 1884 auch teilweise legale Vertrieb von Zeitungen und Druckschriften, Zusammenkünfte und Massenausflüge, Wahlkämpfe, Neuorganisation von Gewerkschaften und Arbeiterinnen, bedeutende Streikkämpfe und vieles mehr. Die Berichte müssen bestätigen, dass die Sozialdemokratie von Jahr zu Jahr ihren Einfluss ausweiten konnte, an Kraft und Zuversicht gewann – 1889/90 verstärkt durch den Internationalen Sozialistenkongress und den Beschluss zum Ersten Mai – und dass die Unversöhnlichkeit mit dem herrschenden Gesellschaftssystem anwuchs. Die Behörden waren sich bewusst, dass die Sozialdemokraten findig, umsichtig und diszipliniert vieles verborgen halten konnten. Am wenigsten findet die Verbreitung marxistischen Gedankenguts Ausdruck, für Frankfurt/Oder und Potsdam wird sie gar nicht erwähnt.

Umfangreiche Register erschließen den Bd. Dabei wären mehr Querverweise günstig gewesen. So findet sich im Personenregister unter Marx und Engels keine Seitenangabe, wenn Schriften von ihnen genannt sind. Im Literaturverzeichnis fehlen unter der „Sozialdemokratischen Bibliothek“ die Seitenzahlen, unter denen Einzelschriften vermerkt sind. Hingewiesen sei, dass der Parteikongress in Kopenhagen nur bis zum 1. April 1883 währte, im Unterschied zum Datum des Titelblatts vom Protokoll.

Nun sind vertiefende Forschungen herausgefordert, sowohl zum „Wechselverhältnis von Hauptstadt und Provinz“ (S.26) als auch zur Geschichte der Arbeiterbewegung einzelner Bereiche und Orte. Das Material über die Städte Brandenburg und Rathenow lädt geradezu ein. *Ursula Herrmann*

Hubert Kiesewetter: Julius Wolf 1862-1937 – zwischen Judentum und Nationalsozialismus. Eine wissenschaftliche Biographie, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2008, 593 S.

Nachdem Ursula Ferdinand 2005 eine Skizze „Zu Leben und Werk des

Ökonomen Julius Wolf“ vorgelegt hat (Ursula Ferdinand: Zu Leben und Werk des Ökonomen Julius Wolf /1862-1937/. Eine biografische Skizze, in: Rainer Mackensen/Jürgen Reulecke (Hrsg.): Das Konstrukt „Bevölkerung“ vor, im und nach dem „Dritten Reich“, Wiesbaden 2005, S.150-200) und K. nun eine aufwendig recherchierte „wissenschaftliche Biographie“ präsentierte, könnte der Eindruck entstehen, Wolf, dieser eigenwillige Denker, sei zu Beginn des 21. Jh. weitgehender Vergessenheit entrissen. Daran mag etwas sein, denn manches von dem, was Wolf zwischen 1880 und den 1930er-Jahren in die wissenschaftlichen und politischen Debatten eingebracht hat, erscheint angesichts heutiger Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft durchaus hellsichtig und anregend. Gerade deshalb drängt sich die Frage nach dem Grund für die jahrzehntelange Amnesie auf. K. führt zur Erklärung drei Thesen an: Erstens seien Wissenschaftler, die sich außerhalb des Mainstreams und im weiteren Sinne auch des fachlichen Paradigmas bewegen, einer „Bestrafung“ durch Zitierzurückhaltung ausgesetzt und würden von der Nachwelt vergessen. Zweitens würden Wissenschaftler, die durch scharfe Kritik oder persönliche Animositäten gegenüber der Wissenschaftsgemeinschaft in eine Außenseiterposition gerieten, längerfristig kaum rezipiert. Drittens schließlich könnten Remigranten, die nach 1945 nach Deutschland zurückkehrten, ihre Reputation nur zurückgewinnen, wenn die ersten beiden Thesen auf sie nicht zutrafen (S.13). Nun traf These drei auf den 1937 verstorbenen Julius Wolf zwar nicht direkt zu, indirekt aber wohl doch, zumal er den Thesen eins und zwei in manchen Punkten entsprochen haben dürfte. Gleichwohl stehen dem unbestreitbar Bekanntheit und Reputation entgegen, die er zu Lebzeiten genoss. Wer war Julius Wolf?

Am 20. April 1862 wurde er in Brünn (tschech. Brno) geboren. Seine Eltern, beide jüdischen Familien entstammend, siedelten wahrscheinlich 1867 nach Wien über, wo sein Vater als Buchhalter, Direktor und Prokurist tätig war. Nach dem Abschluss an der Wiener Handelsakademie (dem Abitur vergleichbar) nahm Wolf eine Stelle an der Anglo-Österreichischen Bank an und belegte als Werkstudent parallel dazu die Fächer Ökonomie und Philosophie an der Universität Wien. Dem schloss sich das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Tübingen an, das mit der Promotion zum Dr. sc. pol. endete. 1885 habilitierte sich Wolf an der Universität Zürich für Nationalökonomie und lehrte hier zunächst als außerplanmäßiger, seit 1889 als ordentlicher Professor. 1897 folgte er einem Ruf nach Breslau und wirkte 1913-1923 in Berlin-Charlottenburg an der TH. Nachdem sich Wolf bereits in Zürich einen Namen als Steuerexperte gemacht hatte, stieg sein Bekanntheitsgrad als Hrsg. der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ und als Gründer des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins. Ab den 1890er-Jahren veröffentlichte er zahlreiche Schriften zur Politischen Ökonomie, zur europäischen Wirtschaftspolitik, zu Finanz-, Preis- und Steuerfragen, zur Sozial- und Bevölkerungs-

politik. Nach 1933 versiegte die Publikationstätigkeit fast völlig. Wolf, angesichts der NS-Politik isoliert und angefeindet, wandte sich zwar noch der Physiognomiegeschichte zu, ohne freilich, wie K. betont, Zugeständnisse an die NS-Rassenlehre zu machen. Er starb am 1. Mai 1937 in Berlin. Seine Frau emigrierte in die USA, sein Nachlass ging offenbar verloren.

Der Autor geht den Stationen dieses, um eine chinesische Umschreibung für schwierige Umstände aufzunehmen, „interessanten" Lebens mit Empathie nach, ohne die widersprüchlichen Seiten auszublenden. In chronologischer Gliederung folgen fünf Kapitel aufeinander: die Jahre bis zur Professur (1862-1889), die Züricher Zeit (1885-1897), die Breslauer Jahre (1897-1913) und schließlich die Berliner Periode bis zum Ende der Weimarer Republik (1913-1933) und die letzten Lebensjahre unter dem Nationalsozialismus (1933-1937) bzw. mit Blick auf die Veröffentlichung der letzten Schriften bis 1940. Wolf wird hier als ebenso intelligenter wie umtriebiger Wissenschaftler beschrieben, der mit wachem Sinn für politische Fragen und Konjunkturen auch den Weg an die Öffentlichkeit suchte. Schon während seines Züricher Aufenthalts machte er sich einen Namen als Marxkritiker und durchaus auch als Sozialistenfresser. K. misst seinen um die Jahrhundertwende entstandenen Schriften einen bedeutenden Einfluss auf das Entstehen einer revisionistischen Tendenz in der deutschen Sozialdemokratie bei. Vor diesem Hintergrund gehört es zu den schönen Ironien der Geschichte, dass sich im Wintersemester 1891/92 unter den Teilnehmern an Wolfs „Staatswissenschaftlichem Seminar" in Zürich eine junge Polin befand, die noch von sich reden machen sollte: Rosa Luxemburg. Später kamen noch Julian Marchlewski und Leo Jogiches hinzu. Luxemburg reichte 1897 ihre Dissertation über die „Industrielle Entwicklung Polens" ein – und Wolf nahm die Arbeit und das Ergebnis einer Klausur über die Lohnfondstheorie trotz erklärter Nichtübereinstimmung mit dem Inhalt als „sehr befriedigend" an. Wenn Rosa Luxemburg dies als „Kuriosum" und „Gaudium" (S.192) bewertete, entsprach das ihrer ohnehin nicht sonderlich hohen Meinung von ihrem „Doktorvater", den sie gelegentlich auch schon mal als „Idioten" titulierte (S.192f., FN 643). Freilich hatte Wolfs Votum eher mit wissenschaftlicher Redlichkeit zu tun.

Breiten Raum nimmt die Breslauer Zeit ein, während der die Herausgabe der „Zeitschrift für Socialwissenschaft" eine wesentliche Rolle spielte. Auch Wolfs Kontroversen mit Werner Sombart und Adolph von Wenckstern werden eingehend beleuchtet. Hier zeichnet K. ein Sittenbild deutscher Universitäten zur Zeit des Kaiserreiches. Allein schon die kuriose Wenckstern-Geschichte bereitet helles Lesevergnügen. In die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg fallen auch Wolfs Bemühungen um den Mitteldeutschen Wirtschaftsverein. Hierzu, in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie später im Hinblick auf die Kriegsfinanzierung und die Kriegsfolgekosten stehen oft erstaunliche Fehlurteile neben hellsichtigen Prognosen. K. ge-

lingt es immer wieder, dieses Spannungsfeld sichtbar zu machen. Das gilt auch für Wolfs Beschäftigung mit demografischen Problemen. Sie konzentrierten sich auf die Berliner Zeit.
K. referiert und zitiert die Schriften Wolfs ausführlich, er geht den zahlreichen wissenschaftlichen Kontroversen, in die der Protagonist verwickelt war, oft bis in die letzten Verästelungen nach und versucht angesichts der schwierigen Quellenlage dieser komplizierten Persönlichkeit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – mit Erfolg. Überhaupt überzeugt das Darstellungsprinzip ebenso wie der kritische und sensible Umgang mit den Quellen. Diese Biografie bietet einen differenzierten Einblick in die Sozial- und Geistesgeschichte des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik.

Peter Hübner

János Jemnitz/Gábor Székely (Hrsg.): Justus Pál, Magyar Lajos Alapítvány, Budapest 2008, 180 S.

Im April 2005 wäre Pál Justus (1905-1965), ein zu unrecht heute weniger bekannter Theoretiker und Politiker der ungarischen Sozialdemokratie, zugleich Dichter und Übersetzer klassischer Literatur, hundert Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass veranstaltete die Lajos-Magyar-Stiftung in Budapest eine Konferenz, deren Materialien, ergänzt um einige weitere Beiträge, nun mit diesem Bd. vorgelegt werden.
Im ersten Teil erinnern sich Zeitgenossen an Justus: Er sei, so Ferenc Fejtő an die Redaktion, „ein wahrer Mensch, wahrer Jude, wahrer Ungar, wahrer Europäer, wahrer Weltbürger und wahrer Revolutionär in des Wortes humanistischster Bedeutung“ gewesen. Susanne Miller berichtet über ihr Zusammentreffen mit Justus, ihrem späteren Schwager, 1933 in Wien. Lebendig stehen ihr noch die Diskussionen mit dem „sehr gebildeten, begeisterten und erfahrenen Marxisten“ und seine Kritik an der Politik Sowjetrusslands vor Augen. Rezső Nyers beschreibt sein Zusammentreffen mit Justus im Jahre 1945 und die folgenden Jahre inhaltlicher Zusammenarbeit mit diesem führenden linken Sozialdemokraten bei der Erneuerung der Partei. Im Nachhinein müsse er allerdings, vor allem aufgrund seiner Erfahrungen bei den Diskussionen über die Vereinigung beider Arbeiterparteien konstatieren, dass die theoretischen Überlegungen von Justus nicht immer eng genug mit der täglichen Praxis verbunden gewesen wären.
Ein zweiter Teil enthält Schriften von Justus, so ein längeres Vorwort zu der von ihm besorgten zweibändigen Ausgabe der „Ausgewählten Werke von Marx und Engels“ (1947), die Studie „Der Weg des Sozialismus“ („Die neuen Bedingungen des Klassenkampfes“) von 1942, einen Beitrag zum „proletarischen Klassenbewusstsein“ (1945), den Aufsatz über „Die Zweieinhalbte Internationale“ (1946), einen Zeitschriftenbeitrag über „Demokratie und Sozialismus“ (1946) und die Darstellung über „Die Aufgaben unserer Partei“ („Schonungslose Fragen – aufrichtige Antworten“) aus dem Jahre 1948.
Neun Studien schließen sich im dritten Teil des Bd. an: Péter Konok beschäftigt sich mit der Zeit im Leben

des jungen Justus, als er in Budapest die „Trotzkistische Garde“ mitbegründete und bis in die 30er-Jahre hinein als kritischer Geist und Sprecher einer radikalisierten „inneren Opposition“ in der ungarischen Arbeiterbewegung wirkte. Heftig kritisierte er von seinen marxistischen Positionen aus die Gigantomanie bei der Industrialisierung der Sowjetunion und die Militarisierung der Wirtschaft. Bei all dem sei er aber kein Realpolitiker gewesen. Er habe stets eine Synthese angestrebt zwischen den Vorstellungen linker Sozialdemokraten und denen der Kommunisten – was damals natürlich keine der beiden Seiten toleriert hätte.

Aus der Sicht des 100. Geburtstages von Justus blickt János Jemnitz auf dessen Leben und Werk zurück, traf er doch nach 1956 als einer der wenigen regelmäßig mit diesem einstigem „Star“ der Sozialdemokraten, dem im Rajk-Prozess 1949 zu lebenslanger Haft Verurteilten, später Rehabilitierten und als Mitarbeiter im Corvina-Verlag Tätigen zusammen. Es sei ein großer Verlust gewesen, dass führende Funktionäre der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (wie János Kádár und György Aczél) Justus nach wie vor als Trotzkisten ansahen und sich dieser linke Denker und Vf. vieler analytischer Aufsätze (wahrscheinlich auch Mitautor des Briefes führender ehemaliger Sozialdemokraten an János Kádár – siehe JahrBuch 2008/I, S.185) schließlich ganz aus der Politik und auf das Gebiet der Literatur zurückzog. Und auch die Gegenwart rufe geradezu nach solch kritischen marxistischen Geistern.

Über die Monate, in denen Justus 1944 Zwangsarbeit im Arbeitsdienst verrichten musste, bevor er schließlich flüchten konnte, berichtet Tamás Csapody in einer kurzen Skizze. Erzsébet Strassenreiter behandelt das theoretische und politische Wirken von Justus in der Sozialdemokratischen Partei (SDP) von 1942 bis 1948. Sie charakterisiert seine Vorstellungen vom Übergang zum demokratischen Sozialismus und von der „Diktatur des Proletariats“. Deutlich wird, welch großen Anteil Justus seit Neuformierung der Sozialdemokratischen Partei (1945) als Vordenker und Führungsmitglied auch an deren Bildungs- und Kulturarbeit nahm. Er sei davon überzeugt gewesen, dass der Sozialismus nur durch die Gewinnung der werktätigen Massen zum Siege geführt werden könne und dass dafür ein längerer „unerbittlicher ideologischer Kampf“ gegen jede Form von reaktionären und volksfeindlichen Ansichten, gegen faschistische und faschistoide, gegen antisemitische und andere rassistische Auffassungen, gegen Nationalismus, Chauvinismus und Pseudo-Patriotismus geführt werden müsse. Er habe „bis zur letzten Minute“ fest daran geglaubt, dass es auf Basis der radikalen Vorstellungen der SDP zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit (aber nicht zu einem Zusammenschluss „vor der Zeit“) mit der Kommunistischen Partei kommen werde und habe sich deshalb auch stets mit Gegnern dieses Zusammengehens in der eigenen Partei auseinandergesetzt. Diese Position habe aber in eine Sackgasse geführt, als führende Kommunisten die linken Positionen der Sozi-

aldemokraten immer stärker in Zweifel zogen, sie als Vertreter einer bürgerlichen Partei, schließlich gar als Verräter der Arbeiterklasse betrachteten und bald offen auf die rasche Fusion beider Parteien setzten. Justus habe sich im Interesse einer geeinten Arbeiterbewegung diesem Kurs nicht widersetzen können und wollen. So kam auch er in die Partei der Ungarischen Werktätigen, verlor rasch an Einfluss, wurde 1949 als erster ehemals führender Sozialdemokrat inhaftiert. Erst 1955 kam er wieder frei.

Seine Erfahrungen im „Justus-Kollegium", einem auf drei Jahre angelegten Abendkurs, den Justus an der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften der SDP hielt, beschreibt Tamás Földi. Erstmals habe er als junger Mensch ein sehr differenziertes Bild von den Entwicklungen der Arbeiterbewegung erhalten. Auch hier habe Justus entschieden für die Zusammenarbeit beider Arbeiterparteien geworben und zugleich ebenso entschieden „kommunistische Übergriffe (wie man damals sagte)" und die antikommunistische Haltung von Sozialdemokraten kritisiert. Über „Justus, den Lehrer" berichtet auch Iván Harsányi, der Justus 1947/48 an der sozialdemokratischen Hochschule für Gesellschaftswissenschaften näher kennenlernte, einer „Einrichtung, die ohne eigenes Gebäude, ohne Bürokratie existierte, aber wirkte und Wissen vermittelte". Man erfährt, wie interessant und auf welch hohem Niveau es Justus verstand, seinen zumeist jungen Zuhörern die Grundlagen der marxistischen ökonomischen Theorie aus ihrer historischen Entstehungsgeschichte heraus darzulegen und sie zum weiteren Studium anzuregen. Mit den Hintergründen und der „Dramaturgie" des Rajk-Prozesses beschäftigt sich György Gyarmati. Er zeigt auf, warum „der Angeklagte ersten Ranges Pál Justus in einem geplanten Trotzkisten-Prozess" nunmehr „zu einem titoistischen Angeklagten achten Ranges" wurde.

Auf die Leistung von Justus als Übersetzer lenkt Anna T. Szabó die Aufmerksamkeit. Sie tut dies am Beispiel von Shakespeares „Sonetten", die Justus 1949 bis 1955 im Gefängnis aus dem Englischen kunstvoll in ein modernes, leicht lesbares Ungarisch übertrug, wobei ihm außer einem Oxford-Wörterbuch keinerlei weitere Hilfsmittel zur Verfügung standen. Über ihre Begegnung mit dem bis zu seinem Freitod in Paris lebenden Jean Justus, den enge Bande mit seinem Bruder Pál verbanden, berichtet Zsuzsa Ferge.

Winfried Morgenstern

Knud Andresen: Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909-1986), J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2007, 375 S., Ill.

Der Autor der hier vorzustellenden gekürzten Fassung der Dissertation studierte Geschichte und Politik und ist inzwischen Mitarbeiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Mit seiner Arbeit zum Leben eines gestandenen Linkssozialisten bzw. undogmatischen Sozialisten, wie dieser B. charakterisiert, hat A. sich sehr fruchtbringend in die derzeitige Diskussion über linke Lebensvisionen einbringen können.

Die Biografie Heinz Brandts (1909-1986) sei die eines typischen Linkssozialisten, eines Sozialisten, der den von Marx begründeten kategorischen Imperativ, wonach der Mensch das höchste Wesen für den Menschen ist, in jeder Phase seines Lebens zur Geltung brachte. Der Lebensweg reflektiere in besonderer Weise die politischen und ideologischen Widersprüche eines Jh., die auch die Kämpfe der Arbeiterbewegung prägend beeinflussten. Es werden sehr akribisch die Lebensabschnitte des B. analysiert. Dem Autor gelang es unter Nutzung der von B. verfassten Selbstbiografie und der hinterlassenen Quellen weitestgehend objektiv das schicksalhafte und widersprüchliche Leben eines Sozialisten zu schildern, der stets unangepasst und wider den Zeitgeist seine humanistische Vision vertrat. Er seziert besonders jene markanten Punkte im Leben von B., die dessen Nonkonformismus aufhellen, der „ihn immer wieder in Konflikt zu den bestehenden politischen Verhältnissen gebracht" (S.7) habe.

B., der einer liberal-bildungsbürgerlichen jüdischen Familie entstammte, habe vor dem Hintergrund der beständigen Ausgrenzungsbedrohung frühzeitig Zugang zur Arbeiterbewegung gefunden. Für den nichtreligiösen Juden sei der Sozialismus die Alternative gewesen. Im Kommunistischen Jugendverband, in der KPD, für die er ungeachtet erkennbarer Gefahren ab Januar 1933 illegal tätig war, und während der seit 1934 folgenden Jahre im faschistischen Zuchthaus sowie in mehreren Konzentrationslagern habe er politische Kenntnisse und Erfahrungen gewinnen müssen, die seine Lebensauffassung prägten. Als Mitglied der KPD, in der er ab 1931 zur Gruppe der „Versöhnler" gehörte, die sich um eine Vermittlung zwischen der „linken" und der „rechten" internen Oppositionsgruppe bemühte, habe sich B. zwar 1946 für die SED-Gründung entschieden, aber sehr bald kritische Einblicke in Diktatur und Zwangsverhältnisse selbstbewusst verarbeiten müssen. In der Funktion des Sekretärs der SED-Bezirksleitung Berlin für Agitation und Propaganda sei er sich der Negativwirkung der von ihm zu vertretenden politischen Dogmatik und des damit einhergehenden Opportunismus bewusst geworden. Desillusionierend wirkte, so der Autor, die mit dem Slánský-Prozess in der Tschechoslowakei Ende 1952 einsetzende antisemitische Wendung, die auch in der DDR ihre Wirkungen zeigte. Die dann folgende antizionistische Kampagne, die mit der in Moskau aufgedeckten angeblichen Verschwörung von jüdischen Ärzten zur Ermordung von Parteiführern begründet worden war, führte in der DDR zur Überprüfung der Kaderakten jüdischer Parteimitglieder und zur Vorbereitung eines Schauprozesses gegen das ehemalige ZK-Mitglied Paul Merker. Jüdische Kommunisten, so wird herausgestellt, standen bereits „seit 1948 unter dem Denunziationsbegriff Kosmopolitismus unter besonderem Legitimationszwang" (S.183). Der Antisemitismus und die Ereignisse um den 17. Juni 1953 sowie die 1956 folgenden Enthüllungen über die Verbrechen Stalins haben Brandts linkssozialistische bzw. undogmatische

Denkweise vorangebracht. Zu dieser Zeit seien bei B. wie bei anderen intellektuellen SED-Mitgliedern Ideen für einen „Dritten Weg“ zum Sozialismus aufgekommen. In diesem Zusammenhang soll B. die bereits 1946 geknüpften Beziehungen zum Ostbüro der SPD sowie zu zahlreichen gleichartig Denkenden und alten Freunden in der Bundesrepublik aktiviert haben (S.209). Sein Denken zeuge von einem ethisch geprägten Sozialismus (S.224). Von nachhaltiger Wirkung seien die verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem damals in Mexiko, den USA und in der Schweiz lebenden Psychoanalytiker Erich Fromm gewesen, der ähnliche Ziele eines humanistischen Sozialismus vertreten und dessen Weltsicht er geteilt habe. Um der drohenden Verhaftung zu entgehen, entschied sich B. 1958 für die Flucht in die BRD (S.217f.), wo er dann Mitglied der SPD wurde und überwiegend journalistisch bei der Gewerkschaft (IG Metall) arbeitete. Die Flucht sei nur ein Wechsel des Ortes und nicht des Standpunktes gewesen (S.219). B. repräsentierte „den Typus des aufrechten Kämpfers und Sozialisten, der bereits als SED-Funktionär für eine ehrliche und nicht korrumpierte Politik gestanden hatte“ (S.245). Über eine „Liebesaffäre“ sei es dann 1961 der DDR-Staatssicherheit gelungen, B. aus Berlin (West) zu entführen, zu verurteilen und bis 1964 zu inhaftieren. Dank einer umfassenden Solidaritätskampagne – unterstützt von der IG Metall und namhaften Persönlichkeiten in der Bundesrepublik – konnte B. freigekämpft werden. Der Autor schildert ausführlich die mentalen und politisch-ideologischen Umstände der Verhaftung und Freilassung sowie die politische Konfliktsituation, in der sich B. nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik befand. Hier wird u. a. die Kritik am Vietnamkrieg und an der Notstandsgesetzgebung sowie die Überzeugung von B. genannt, wonach ein Atomkrieg das Ende der Menschheit bedeuten würde (S.238). B. sei von seiner messianischen Idee erfüllt geblieben und folglich in der kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik nicht wirklich angekommen. Zu seinem persönlichen geistigen Umfeld gehörten u. a. der Politikwissenschaftler Ossip K. Flechtheim und Rudi Dutschke. Auch sei er von einer persönlichen Begegnung mit dem Philosophen Bertrand Russell stark beeinflusst worden. Als prominenter Linkssozialist habe er stets die politische Überzeugung vertreten: „Untergang der Gattung Mensch oder humane Gesellschaft“ (S.283). Sein Lebensprinzip habe gelautet: „Wahrnehmen, was ist – und nicht verzweifeln! Aussprechen, was ist! Wissbegierig die Welt interpretieren im Bemühen, sie so zu verändern, dass sie erhalten bleibt!“ (S.7).

So ist die vorliegende Biografie nicht nur ein beachtlicher Gewinn für das Verstehen und die Auseinandersetzung mit der widersprüchlichen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jh., sondern auch eine wissenschaftlich sehr ersprießliche Erinnerungsarbeit, die insbesondere für das Verständnis linkssozialistischer Visionen hilfreich ist. *Horst Klein*

Gerhard Engel: Rote in Feldgrau. Kriegs- und Feldpostbriefe junger linkssozialdemokratischer Soldaten des Ersten Weltkriegs (Reihe Feldpostbriefe, Bd. 2), trafo Wissenschaftsverlag, Berlin 2008, 265 S., Abb.

In seiner neu eröffneten „Reihe Feldpostbriefe" nimmt der Verlag eine seit den 80er-Jahren entwickelte und verbreitete Thematik auf und legt als 2. Bd. dazu einen besonders akzentuierten Beitrag vor. Mit E. hat er einen in vielfacher Hinsicht speziell qualifizierten Autor für diesen Titel gefunden: ausgewiesen als langjähriger Forscher für die Zeit des Ersten Weltkrieges und die Revolution 1918/19, konzentriert auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. E. hat 1973 von Wilhelm Eildermann, einem Veteranen der Bremer Linken, ein Konvolut von ca. 50 Feldpostbriefen und Postkarten, die dieser nicht in seine Publikation (Jugend im Ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972) von 58 „linkssozialdemokratischen Kriegs- und Feldpostbriefen" aufgenommen hatte, erhalten. Er veröffentlichte dann (1974 in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 4, S.620-630) sieben dieser Briefe und arbeitete mit diesen Quellen in studentischen Seminaren an der Humboldt-Universität zu Berlin. Jetzt werden 103 „repräsentative und historiographisch aussagekräftige Kriegs- und Feldpostbriefe" (S.8) publiziert, die den Zeitraum von September 1914 bis September 1918 umspannen, die älteren Editionen also weitgreifend ergänzen und vervollständigen. Alle Dokumente befinden sich in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin.

Ein einleitendes Kapitel „Kriegs- und Feldpostbriefe junger linkssozialdemokratischer Soldaten des Ersten Weltkrieges – Quelle der Forschung und bewegendes Zeugnis" (S.9-48) bietet eine sehr sachkundige Übersicht über den seit den 80er-Jahren entwickelten Forschungsstand (besondere Beachtung verdienen die Arbeiten von Bernd Ulrich und Peter Knoch). Da Verfasser und Empfänger der Briefe hauptsächlich aus den „Freien Jugendorganisationen" in Stuttgart und Bremen stammten, gibt uns E. einen kurzen, jedoch gründlichen Einblick in die sozialdemokratischen Organisationen beider Zentren, wozu er durch seine langjährigen Studien über Johann Knief für Bremen beste Voraussetzungen mitbringt. So ist denn dieses Kapitel zugleich eine ausgezeichnete Skizze zur Geschichte der Sozialdemokratie in Württemberg und der Hansestadt vor dem Krieg.

Von gleicher profunder Sachkenntnis sind die „Biographischen Notizen zu den Verfassern und Empfängern der Briefe" getragen (S.49-75); die 19 jungen Männer im Kriegsdienst und eine junge Frau als Briefautoren sind leider nicht alle in gleicher Ausführlichkeit vorzustellen, wie dies z. B. bei Max Barthel (1893-1975), Emil Birkert (1895-1985), Wilhelm Eildermann (1897-1988), Karl Jannack (1891-1968), Fritz/Friedrich Rück (1895-1959 – über seine Schwester Anna ist sehr wenig zu sagen), Gustav Seiter (1894-1955), Otto Unger (1893-1938)

der Fall ist; z. T. liegen zu diesen Sozialisten auch ausführlichere Biografien vor.

Was den Inhalt der Briefe angeht (S.77-239 chronologisch angeordnet), so stellt E. fest, dass diese sich von Briefen aus der Feder von Soldaten aus dem proletarischen oder bäuerlichen Milieu zunächst kaum unterscheiden: Bericht über den Soldatenalltag während der Rekrutenausbildung und an der Front, Entsetzen über die Greuel des Krieges und die ungeahnten Dimensionen des Tötens und Zerstörens, der „industrialisierte Massenkrieg", dessen Ende alle herbeisehnten, die Ablehnung der kriegsverherrlichenden Phrasen der politisch und militärisch Herrschenden. Im Unterschied dazu zeigen nun die Briefe, dass die Jugendgenossen an ihrer antimilitaristischen Haltung festhielten, den imperialistischen Krieg ablehnten und sich von der Entscheidung der SPD- Führung am 4. August 1914 distanzierten. Sie fanden Halt in ihrer Liebe zur Natur (fast alle waren der Naturfreundebewegung verbunden und blieben es für ihr weiteres Leben), sie kamen immer wieder auf ihre humanistische Bildung, ihre historischen und literarischen Kenntnisse zurück, stützten sich auf Marx, zitierten die Klassiker, und einige verfassten selbst Gedichte (Barthel, Rück, Unger), die z. T. in der Presse erschienen, mindestens aber für die Verbreitung in den Rundbriefen gedacht waren (S.118). Der Humanismus der Vf. kommt auch in ihren Berichten über ihr Verhältnis zur französischen Bevölkerung zum Ausdruck (S.108f., 179). Vor allem sind es aber die politischen Inhalte, die uns hier interessieren sollten: Der Krieg war für sie Vorabend einer notwendigen grundlegenden revolutionären Veränderung der Gesellschaft zum Sozialismus, der solche Katastrophen für die Zukunft und für immer unmöglich machen werde. Sorgfältig beobachtet und kommentiert wurden die Politik der Regierung, außenpolitische Ereignisse (Italien, USA z. B.) und die militärische Lage – auch außerhalb „ihrer" Westfront (nur ein Brief kam aus dem Osten, S.120ff.). Das Hauptaugenmerk konzentrierte sich auf die politische Entwicklung in der Heimat, Stuttgart (S.21-30) und Bremen (S.30-36), wo sich früh linke Positionen zeigten – USP, Spartakus, Stuttgarter Linke und Bremer Linksradikale. Klare Zustimmung zu Liebknecht und dann auch zur russischen Revolution, interessante Äußerungen über die Bolschewiki, über Kautskys Kritik an der „demokratische Kriterien verletzenden Diktatur der Bolschewiki" (S.45, besonders S.218). Es ist von der erforderlichen Solidarität der deutschen Sozialisten die Rede und von der wachsenden Hoffnung auf eine baldige revolutionäre Beendigung des Krieges, die Umwälzung der Gesellschaft zum Sozialismus und den dazu notwendigen Veränderungen in der deutschen Arbeiterbewegung, wobei sich unterschiedliche Auffassungen zeigen (die auch in späteren Lebensläufen Ausdruck fanden); es blieb aber „das Band der Weltanschauung des revolutionären Sozialismus" (S.224) bei den Schreibenden.

Beeindruckend ist das Niveau der Texte, wie diese jungen Sozialisten

formulierten (Beispiel G. Seiter, S.122, 147 u. a.), auch mit gewissem Pathos (S.228f.), wie sie um Klarheit rangen, gegen ihre Überzeugung, als „Rote in Feldgrau“ im Krieg ihre „Pflicht“ erfüllen mussten, wie schwer es war, in der Minderheit mit der Mehrheit, mit „versimpelten Leuten“ umzugehen. Leider sind es nur Einzelstücke, die uns vorliegen, Briefe ohne Antworten. Ihr Wert dürfte trotzdem unbestritten sein.

Es ist zu wünschen, dass diese Briefe als bewegende Dokumente der Zeit gelesen werden, mit Hochachtung und Respekt vor den jungen Autoren, dass sie genutzt werden in der wissenschaftlichen Literatur angesichts ihrer vielseitigen Aussagen als Quellen.

Trotz des m. E. bereits hohen Preises des Bd. hätte man sich einige faksimilierte Briefe und z. B. einen simplen Feldpostumschlag zur Ausstattung gewünscht. *Ingo Materna*

Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919 (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte Bd. 6), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2008, 315 S.

Wer sich mit der Geschichte des Spartakusbundes und seiner bekanntesten Vertreterin Rosa Luxemburg auseinandersetzt, kommt um die Forschungen von L. nicht herum. Umso erfreulicher ist es, dass nun verschiedene, vorher nur verstreut vorliegende Aufsätze aus den letzten Jahren endlich in einem Bd. versammelt wurden.

Den Anfang des Sammelbandes bilden zwei Essays zu Luxemburgs Partei- und Demokratiekonzept, in denen L. die demokratische Sozialistin Luxemburg gegen neuere Kritiker verteidigt. Diese sähen Luxemburg gerne wieder wie zu den Hochzeiten des Kalten Krieges als Vertreterin eines „totalitären“ oder diktatorischen Politikkonzeptes vom politischen Diskurs ausgegrenzt. Wie salonfähig derartige Ansichten sind, zeigte jüngst ein Interview des sozialdemokratischen Historikers Hans-Ulrich Wehler, der am 15. Januar 2009 im „Deutschlandfunk“ die Ermordung Luxemburgs offen verteidigte. Luxemburg sei selbst schuld an ihrem Tod, denn sie habe für Deutschland den Bürgerkrieg geplant: „Wer den Bürgerkrieg entfesselt, lebt immer im Angesicht des Todes.“

Trotz der Wichtigkeit, solch skandalösen Zerrbildern mit dem Faktenwissen des Historikers entgegenzutreten, liegt der eigentliche Reiz der vorliegenden Aufsatzsammlung nicht allein in einer politischen Verteidigung Luxemburgs. L. nähert sich seiner Protagonistin als Historiker. Dies bedeutet zwar, dass ihre ökonomischen oder eher politisch-theoretischen Konzepte tendenziell außen vor bleiben. Im Vordergrund steht vor allem ihr organisatorisches und politisches Wirken in der Zeit von Weltkrieg und Revolution. Diese Perspektive ist jedoch alles andere als ein Mangel, denn der Autor versteht es, in akribischer Detailarbeit Zusammenhänge aufzudecken, die bisher in der Forschung unbekannt waren, und bringt dabei Material zutage, das auch und gerade in einer politi-

schen oder erinnerungspolitischen Debatte von großer Relevanz ist.

Einer dieser bisher kaum bekannten Zusammenhänge ist etwa die Unterstützung und Finanzierung der Spartakusgruppe durch linkspazifistische Kreise des Berliner Bürgertums, die L. am Beispiel des Druckereibesitzers Julius Gerson und des Künstlers Eduard Fuchs aufzeigt. Gerson engagierte sich im pazifistischen „Bund neues Vaterland", während Eduard Fuchs schon seit Ende der 1880er-Jahre in der Arbeiterbewegung aktiv war und während des Krieges zur Spartakusgruppe stieß. Die Revolution in Dahlemer Villen – eine Konstellation, bei der man wohl eher an die Zeit Rudi Dutschkes und die Liegenschaften der Freien Universität im bürgerlichen Südwesten Berlins denkt, kaum aber an die Zeit des Ersten Weltkrieges. Noch spannender ist L.s Beschreibung des Wechselverhältnisses von Spartakusgruppe und den „Revolutionären Obleuten" um Richard Müller. In bisher nicht dagewesener Detailtreue analysiert er die Aktionen beider Gruppen während des Ersten Weltkrieges und weist nach, dass es vor allem die Untergrundbewegung der Revolutionären Obleute war, die das organisatorische Rückgrat von Massenstreikbewegung und Revolution bildete. In einem von L. zitierten Schreiben Paul Levis an Rosa Luxemburg gibt Spartakusmitglied Levi offen zu, dass der Gruppe „jeder Mechanismus fehlt, der selbständig Massen in Bewegung setzen konnte" (S.164). Nur das Zusammenwirken der politisch-theoretisch geschulten Spartakusgruppe und des in den Fabriken verankerten Netzwerkes der Obleute garantierte am Ende den Erfolg der Revolution. Der Autor gibt damit eine neue und differenzierte Einschätzung der Spartakusgruppe. Seine Forschungen sind aufgrund dieser differenzierten Herangehensweise, vor allem aber wegen ihrer Detailtiefe einmalig. Auch für Nichthistoriker und alle eher am „großen Ganzen" interessierten Leser und Leserinnen sind diese Ergebnisse spannend, rücken sie doch jahrzehntelange Fehlwahrnehmungen von der Spartakusgruppe als Haupt- oder gar Alleinorganisatorin der Novemberrevolution zurecht. Sie tun dies jedoch, ohne das Verdienst der Gruppe im Antikriegswiderstand zu schmälern oder aber der eingangs erwähnten Tendenz zur Abwertung oder Dämonisierung Luxemburgs und ihrer Gruppe Material zu liefern.

L. stellt auch das Umfeld und die Basis der Spartakusgruppe dar, ihre Unterstützer und Bündnispartner, Sympathisanten und einfachen Mitglieder. Dabei gerät ein breites Spektrum von Personen in den Blick, seien es nun wohlhabende linksbürgerliche Pazifisten, rebellische Metallarbeiter oder Hausfrauen und Krankenkassenangestellte. In einer eigenen Untersuchung zu „Führung und Basis des Rosa-Luxemburg-Karl-Liebknecht-Kreises" (S.172-196) widmet sich L. explizit dem Berliner Mitgliederkreis der Spartakusgruppe und deckt auf, wie eine relativ kleine Gruppe von „höchstens 100 bis 200 aktive[n] Helferinnen und Helfer[n]" mit immensem Organisationsgeschick eine erstaunlich umfangreiche und einflussreiche Flugblattagitation aufrechterhielt. Entgegen dem vorherrschenden Klischee einer von jugendlichem Radikalismus geprägten

Gruppenkultur weist L. nach, dass die Berliner Mitglieder des Spartakus überwiegend langjährige Organisationserfahrung in der Sozialdemokratie besaßen und trotz ihrer Minderheitenposition fest in der lokalen Arbeiterbewegung verwurzelt waren.

Der Autor nähert sich nicht nur der Spartakusgruppe, sondern auch der Person Rosa Luxemburg insgesamt unbefangen, mit großem Respekt, aber auch mit Kritik. Er scheut sich nicht, sie auch einmal als „ratlose Rosa" zu porträtieren (S.67) und zieht überall eine realistische Analyse der Politikerin Luxemburg der Ikone Luxemburg vor. Dies bedeutet, auch die Verzerrung des Luxemburg-Bildes durch die SED offenzulegen. Diese hob Luxemburg als Galionsfigur empor, distanzierte sich jedoch von ihrem politischen Erbe und befand sich vor allem in offenem Widerspruch zu Luxemburgs Konzeption einer sozialistischen Demokratie. L. widmet diesem Thema einen eigenen Aufsatz, der jedoch leider mit acht Seiten etwas kurz ausfällt.

Insgesamt beeindruckt die vorliegende Sammlung durch die gelungene Kombination von faktenreicher Präzision und weitsichtigem Blick auf größere Zusammenhänge; ihr ist eine weite Verbreitung zu wünschen.

Ralf Hoffrogge

Heinz Niemann: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914-1945, edition ost, Berlin 2008, 762 S.

N. überarbeitete eine 1982 unter seiner Leitung von einem Autorenkollektiv erstellte erste Auflage des Titels. Von den früheren Autoren, so N., konnte oder wollte niemand an der Neufassung mitwirken. Als Ziel der Darstellung, die nun mit 1914 und nicht erst 1917 beginnt, gibt er an, einerseits damals durch ideologische Zugeständnisse wissenschaftlich nicht verantwortbare Lücken und fehlerhafte Sichten zu korrigieren, andererseits aber die sich als richtig erwiesenen Wertungen der sozialdemokratischen Politik und Ideologie aufrechtzuerhalten (S.6). Zudem will er der halboffiziösen SPD-Historiografie zur Geschichte der Sozialdemokratie, die Züge von Hofgeschichtsschreibung und Siegerdenken trage, das eigene, marxistische Geschichtsbild entgegenstellen. Angesichts der einleitenden Bemerkungen des Vf. konnte sich der Rezensent nicht des Reizes entziehen, an verschiedenen Stellen die Überarbeitung und den Urtext von 1982 miteinander zu vergleichen.

Gliederung und Struktur wurden im Großen und Ganzen – berechtigterweise – beibehalten, einzelne Kapitel-Überschriften und -Untertitel verknappt, exakter gefasst oder versachlicht. Durchgängig werden praktische Politik und theoretisch-programmatische Positionen der deutschen Sozialdemokratie, oft eingebettet in die internationale Entwicklung, analysiert und dargestellt. Die sieben Kapitel – gefolgt von einem Epilog – behandeln chronologisch die Themen „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg", „Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution", „Die Sozialdemokratie in der nachrevolutionären Krise", „Die SPD während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus", „Die SPD im

Strudel von Weltwirtschaftskrise und anwachsender faschistischer Gefahr", „Die Sozialdemokratie in der Konsolidierungsphase der Hitler-Diktatur" sowie „Die Sozialdemokratie während des 2. Weltkrieges".

Im Wesentlichen ist das bisherige Faktenmaterial erhalten geblieben, an manchen Stellen gekürzt oder erweitert, was in fast jedem Fall gelungen ist. Erweitert sind z. B. die Abschnitte zum Heidelberger Programm und zum Prager Manifest; ausführlicher dargestellt ist auch die linkssozialistische Opposition in und außerhalb der SPD. Bemerkenswert ist, wie (etwa durch Verändern, Hinzufügen oder Weglassen von Adjektiven) eine genauere und differenzierte Wertung von Prozessen, Ereignissen und Personen erfolgt.

Das Verhältnis der SPD zur KPD bildet eine zentrale Frage der Darstellung. Die KPD wird kritischer gesehen und dient nicht mehr als Messlatte für die Einschätzung der SPD, vermieden wird eine Überhöhung der kommunistischen Partei (z. B. S.327), eine Annäherung an den Leninismus ist kein Wertungsmaßstab mehr (S.120f.).

Abwertende Charakterisierungen der Sozialdemokratie sind eliminiert oder zumindest stark reduziert (das betrifft u. a. Begriffe wie „Sozialchauvinismus", „sozialpazifistische Demagogie", Opportunismus ist meist durch Sozialreformismus bzw. Reformismus ersetzt).

Generell hat sich der Autor von überholten Teilen der Terminologie der DDR-Historiografie zur Sozialdemokratie getrennt, ohne dabei Abstriche an ihrer kritischen Bewertung vorzunehmen. Zwar ist nicht mehr vom „Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus" die Rede, wohl aber finden sich modifizierte Bewertungen über einen „objektiven Zusammenhang von bürgerlichem System und etatistischer Sozialdemokratie" (S.535). Die „zwei Klassenlinien in der Sozialdemokratie" sind kein durchgängiges methodologisches Grundprinzip, sondern dienen dazu, unterschiedliche Orientierungen bzw. Interessen zu kennzeichnen (z. B. S.231, 294).

Schmerzlich vermisst werden Register (Archivverzeichnis, Biogramme oder Personenregister), der Aufwand überstieg offenbar die Möglichkeiten dieses Einmann-Projekts. Insgesamt hat der Autor die undankbare Aufgabe gut gemeistert, neue Erkenntnisse und Materialien zum Gegenstand zu sichten und einzuarbeiten, überholte Wertungen aufzugeben, an richtig Erkanntem festzuhalten. Dadurch ist es überzeugend gelungen, die „sozial-reformerische Wandlung der Arbeiterpartei SPD" (S.758) im behandelten Zeitabschnitt nachzuzeichnen.

Von den Positionen und Wertungen des Autors zu den historischen Entwicklungsprozessen und Ereignissen können nur fragmentarisch einige herausgegriffen werden, um zugleich seine konzeptionell-inhaltlichen Leitthesen zu verdeutlichen. N. betont zur Novemberrevolution, dass die Spartakisten den Reifegrad der revolutionären Kräfte und ihren eigenen Einfluss überschätzten (S.88, 94). Entgegen der Auffassung der DDR-Historiografie, die KPD sei zu spät gegründet wor-

den, schließt sich N. der These an, die Gründung sei zu früh erfolgt (S.115). Die Sozialdemokratie habe sich als unfähig und nicht willens erwiesen, die Weimarer Demokratie durch entschlossene radikaldemokratische Schritte gegen die Macht des Monopolkapitals zu sichern, womit die Spaltung der Arbeiterbewegung besiegelt und die latent linksradikale Einstellung der KPD befördert wurde (S.232).

Mit dem Wehrprogramm 1929 sei „die Ausarbeitung der Konzeption des ‚demokratischen Sozialismus' zur allmählichen und friedlichen Integration der Arbeiterklasse in den bürgerlichen Staat als der einzig realen Alternative zu einem auf revolutionärem Weg zu erobernden Sozialismus im wesentlichen abgeschlossen" worden (S.356).

Das Kapitel für die Zeit 1929-1932 ist gründlich überarbeitet, die Antifaschistische und Sozialistische Aktion von KPD bzw. von SPD sind differenziert bewertet. Durchgängig setzt sich der Autor mit der Totalitarismusthese auseinander, die eine entscheidende Grundlage der antikommunistischen Politik der SPD-Führung seit der Oktoberrevolution blieb (S.386). Da die SPD jegliche „vorsichtige Kooperationsbereitschaft" der KPD brüskierte, wirkte dies kontraproduktiv auf die KPD-Zentrale zurück (S.438), 1932 verbot der Vorstand den Bezirksverbänden faktisch alle Einheitsfrontverhandlungen mit der KPD.

Den Machtantritt Hitlers 1933 bewertet N. als Niederlage für die „gespaltene deutsche Arbeiterbewegung" (S.489), ohne eine einseitige Schuldzuweisung zu geben. Die SPD und von ihr beeinflusste Organisationen waren von der Führung zunächst auf einen verhängnisvollen Kurs des Abwartens und Stillhaltens festgelegt. Das Prager Manifest des Emigrationsvorstandes (SOPADE) von 1934 gilt dem Autor mit Recht als eines der progressivsten Programmdokumente der deutschen Sozialdemokratie (S.562f.). Detailliert stellt er die Ausbootung der Revolutionären Sozialisten dar, auch die destruktive Rolle der SPD in der SAI. Mit dem Aufruf „Für Deutschland gegen Hitler" 1936 distanzierten sich rechte Sozialdemokraten klar von der KPD und den Linken in der eigenen Bewegung. Die sozialdemokratischen Stellungnahmen zum Beginn des Zweiten Weltkriegs widerspiegelten die Zerrissenheit der Sozialdemokratie (S.699f.). Nach den programmatischen Vorstellungen der Folgezeit – so Ende 1942 – sollte im Nachkriegsdeutschland eine neue sozialistische Partei entstehen, deren Ziel eine kämpferische Demokratie als Schritt zu einer sozialistischen Ordnung sein sollte (S.713).

Während antiimperialistische Programmvorstellungen zunehmend in den Hintergrund traten, setzte das Einheitsparteikonzept faktisch die Vernichtung der KPD bzw. die Übernahme eines Großteils ihrer Mitglieder voraus. Dennoch existierten bei Kriegsende weiterhin divergierende sozialdemokratische Gruppen mit unterschiedlichen Programm- und Parteivorstellungen. In Übereinstimmung mit der SOPADE im Exil verfolgte Kurt Schumacher einen Kurs auf Wiedergründung der Partei in den Westzonen, die Spaltung der SPD

durch die Konferenz von Wennigsen 1946 war damit unumkehrbar.

Herbert Mayer

Siegfried Grundmann: Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo. Das BB-Ressort. Funktionäre, Beamte, Spitzel und Spione, Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, 496 S.

Zu den eher unbekannten Seiten der Geschichte der KPD und ihres Nachrichtendienstes gehört die Betriebsspionage, das sogenannte „BB-Ressort". Dabei steht BB für Betriebsbeobachtung oder Betriebsberichterstattung. Seine Wurzeln hatte der Ende der 20er-Jahre aufgebaute und auf direkte sowjetische Weisung handelnde Apparat in der aus der Sowjetunion kommenden Arbeiterkorrespondentenbewegung. Der Berliner Wissenschaftshistoriker G. legt nach umfangreichen Archivrecherchen die erste umfassende Dokumentation dieses kommunistischen Geheimapparats vor.

Erstmals ausführlich mit dem Thema kommunistischer Wirtschaftsspionage befasste sich David Dallin in seinem Standardwerk „Die Sowjetspionage" (1956). Laut Dallin, der sich auf eigenes Erleben in Berlin berufen konnte, von G. jedoch als „Antikommunist" und „russisch-amerikanischer Geheimdienstmann" disqualifiziert (S.10) wird, galt den sowjetischen Diensten seit 1926/27 die Industriespionage „als wichtigste Aufgabe" ihrer militärischen Aufklärung in Deutschland. Dallin nannte viele Namen, darunter als deutsche Leiter des Netzes die BB-Reichsleiter Fritz Burde und Wilhelm Bahnik sowie als Spezialist für Panzer und Bahnwesen Erwin Kramer, bei Erscheinen des Buches DDR-Verkehrsminister. Ausführlich beschrieb er die konkrete Arbeit und die Zielgebiete der Aufklärung. Seit mehreren Jahren ist sein Quellenmaterial in den USA zugänglich. In den Siebzigerjahren behandelte Heinz Höhne vom Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" die Tätigkeit des BB-Apparates. Höhne verwies auf Dallin, auf das Manuskript eines gewissen „Wilhelm Bauer" (vielleicht identisch mit dem SS-Kriegsverbrecher Anton Burger) aus dem Jahre 1968 sowie auf einen Lagebericht des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa) von 1937. Deutlich wurde bei Höhne, wie die Berichterstattung der deutschen „Arbeiterkorrespondenten" über die zunehmend rüstungsrelevante Wirtschaft die Aufmerksamkeit der sowjetischen Geheimdienste auf sich zog und wenig später „mehr oder weniger unfreiwillig" dem sowjetischen militärischen Nachrichtendienst GRU unterstellt wurde. Den Berichterstattern wurde dies kaum bewusst. Sie wollten einen Beitrag für die Sache des Kommunismus leisten, gegen den Faschismus. Ein Argument lautete, man wolle der Sowjetunion helfen, Anschluss an die Industriestandards des Westens zu finden, betrieb also nicht Spionage, sondern „Wirtschaftsbeihilfe".

In der Sowjetunion und der DDR war dieser Teil der kommunistischen Geschichte tabu. Nur intern im Rahmen der Traditionsforschung der Geheimdienste – und dies auch erst kurz vor dem Ende – konnte er behandelt werden. Luise Kraushaar, ehemalige Sekretärin der BB-Reichsleiter Burde

und Bahnik, schrieb erst 1986 und nur auf Drängen des MfS ihre Erinnerungen an die BB-Arbeit nieder. Sie sind heute auch für G. eine wichtige Quelle. Weitere Ergebnisse der geheimdienstlichen Traditionsarbeit von KGB und MfS wurden nach 1989/90 vorgelegt. Die von ehemaligen Offizieren des MfS verfasste Geschichte des KPD-Nachrichtendienstes (1993) nennt G. „hilfreich" (S.13).

Vieles zur konkreten Kontaktarbeit ist der neueren KGB-Memoirenliteratur und der offiziellen allgemeinen KGB-Geschichtsschreibung zu entnehmen. Interessant ist, welche große Bedeutung dem dokumentarischen Material des Dienstes für die Arbeit des Generalstabes der Roten Armee beigemessen wird.

G. stützt sich bewusst nicht auf frühere Publikationen und verzichtet weitgehend auch auf eine Einordnung seines Themas in einen größeren Zusammenhang. Im kalten Krieg litten Forschungen zur Geschichte der KPD zweifellos unter politischer Einflussnahme und Einseitigkeit. Auch hat der fehlende Zugang zu den Quellen zu Fehlinterpretationen und Mythenbildung beigetragen. Doch lässt sich heute sehr wohl kritisch mit diesem Material arbeiten, und zumindest die Veröffentlichungen nach 1990 sollte man zur Kenntnis nehmen. G. indes akzeptiert allein – und auch nur als „Hilfsmittel"– die in jüngster Zeit von Hans-Rainer Sandvoss vorgelegte Dissertation zur Berliner Widerstandsgeschichte (Die „andere" Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007), die ein Kapitel der Betriebs-Berichterstattung der KPD widmet. Als „unentbehrliches Werkzeug" erwähnt er lobend das von Hermann Weber und Andreas Herbst herausgegebene Biographische Handbuch „Deutsche Kommunisten".

Tatsächlich leistet G. mit seinem Rapport Pionierarbeit. Im Mittelpunkt des Buches steht die Geschichte der Zerschlagung des BB-Apparates am Beginn der NS-Herrschaft. Es geht G. dabei nicht um eine Gesamtdarstellung der BB-Arbeit und deren Bedeutung für die sowjetische Aufrüstung. Aufgrund des umfangreichen Materials sei eine solche Darstellung erst in „fernerer Zeit" möglich. Inwieweit die sowjetische Industriespionage in Deutschland mit der BB-Arbeit der KPD konform ging, bleibt bei ihm weitgehend im Dunkeln.

G. untersucht Struktur und Arbeitsweise des BB-Ressorts von dessen Konstituierung bis zur Zerschlagung in der zweiten Hälfte der 30er-Jahre. Gleiche Aufmerksamkeit widmet er dem Gegner, dem Kommunismus-Referat des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin und dessen Arbeit mit V-Leuten. Seine Erkenntnisse stellt er in der „Art einer Treibjagd" dar: Jäger = Gestapa, Jagdhunde = V-Leute, Beute = BB-Mitarbeiter (S.26 f.).

Die Darstellung beginnt mit einer umfassenden Quellenkritik. Deutlich wird, dass die NS-Machthaber gerade den für die BB-Arbeit wichtigen Akten der Ermittlungsbehörden allerhöchste Priorität einräumten. Doch mehrfach sind Akten auch bewusst vernichtet worden und damit zum Teil unwiderruflich verloren. In minutiöser Kleinarbeit ist G. aber eine weitge-

hende Rekonstruktion gelungen. Großen Wert misst er den Akten des Volksgerichtshofs bei, im Gegensatz zu den Moskauer KPD- und Kominternakten, die kaum der Wahrheitsfindung dienten. Als ertragreich erwiesen sich auch die unmittelbar nach Kriegsende angelegten OdF-Akten. Aus den genannten Beständen, den wenigen Erinnerungsberichten und den in den 80er-Jahren im Auftrag des MfS entstandenen Studien konnte G. ein überzeugendes Puzzle legen, an dessen Entstehen er den Leser auch ausgiebig teilhaben lässt.

Deutlich wird eine Vielfalt von Lebenswegen, die sich in der BB-Arbeit kreuzten. Basis für die Anwerbungen für den BB-Apparat war der „Klub der Geistesarbeiter", in dem u. a. die spätere DDR-Justizministerin Hilde Benjamin eine Rolle spielte. Tatsächlich kamen die Mitarbeiter nur selten aus linken oder proletarischen Milieus, dagegen oft aus bürgerlich-konservativen Familien. Eine offene Parteimitgliedschaft war ihnen aus Tarnungsgründen in der Regel untersagt. Ein hohes Bildungsniveau verschaffte ihnen zentrale Positionen in Industrie und Forschung. Tätigkeitsfelder und Methoden, darunter auch der direkte Ankauf von Informationen (S.421), werden im Buch deutlich.

Nachdem die Gestapa zwei Jahre im Dunkeln tappte, kam es von Mai bis September 1935 zu einer regelrechten Verhaftungswelle, der rund 70 BB-Mitarbeiter in Berlin, Magdeburg und Düsseldorf zum Opfer fielen. Der „Einbruch in den BB-Apparat" war vernichtend. G. sieht die Ursache in einer falschen Politik der KPD sowie in einer Verletzung der Regeln der Konspiration und erzählt das dramatische Geschehen am Beispiel von Einzelschicksalen. Einige wurden zu Kollaborateuren, andere wurden in den Selbstmord getrieben, viele hingerichtet. Wem die Flucht in die Sowjetunion gelang, den erwartete ein ebenso trauriges Schicksal, denn die Organisation geriet in das Räderwerk stalinistischer Verfolgung. Die eindrucksvollen Porträts gehen auch über das Jahr 1945 hinaus und beleuchten Karrieren in den Geheimdiensten in Ost wie West bzw. in der Wissenschaft, wie die des international angesehenen Physikers Fritz Houtermans.

G. bezieht klar Stellung, wenn er die BB-Arbeit für legitim ansieht und in den antinazistischen Widerstand einordnet, sie sogar in eine Reihe mit den Verschwörern des 20. Juli 1944 stellt. Dankenswerterweise sind dem Bd. ein Namensregister sowie eine Reihe von Abbildungen beigegeben. Leider verzichtete der Autor auf ein Quellen- und Literaturverzeichnis. Die umfassende Dokumentation wird weitere Forschungen anregen. *Michael F. Scholz*

André Gerrits: The Myth of Jewish Communism. A Historical Interpretation, Peter Lang, Brüssel 2009, 220 S.

Nur wenige historische und politische Debatten sind mit mehr Emotionen geführt worden als die nach dem Anteil von Juden an der kommunistischen Bewegung. G., Associate Professor in East European Studies an der Universität Amsterdam, schreibt: „Der jüdische Kommunismus war ein

machtvoller und lang andauernder Mythos. Auf der naheliegenden Verbindung zweier politischer Vorurteile basierend, nämlich Antikommunismus und Antisemitismus, sollte dieser Mythos eine beachtliche Zahl von Verfechtern finden." (S.9f.). Vom Nazismus einmal abgesehen, fand das Schlagwort vom jüdischen Bolschewismus und später vom jüdischen Kommunismus seinen größten Widerhall in Ost- und Ostmitteleuropa. Dort wird es immer noch als Scheinargument in den Kontroversen eingesetzt, die mit dem Erbe der von der sowjetischen Herrschaft geprägten Regime zu tun haben, die diese Länder 45 Jahre lang prägten.

Verglichen mit der politischen Bedeutung des hier verhandelten Gegenstandes ist nur wenig an Forschungsliteratur zur Geschichte dieser Kontroverse erschienen. Das vorliegende Buch geht dieser Diskrepanz zwischen dem lautstarken politischen Diskurs und der wenigen auf Quellenmaterial beruhenden Literatur nach, obgleich in jüngster Zeit die beiden Bücher zum Thema von Jeff Schatz und Agnieszka Pufelska herauskamen. Die Untersuchung von G. möchte keine vollständige Erörterung des Problems bieten. Er konzentriert sich vielmehr auf drei miteinander verbundene Fragestellungen: Erstens geht er der Frage nach den Gründen für die relativ geringe wissenschaftliche Behandlung des Themas nach, zweitens untersucht er, vor allem am polnischen Beispiel, die Wirkung des Schlagwortes, drittens fragt er nach den Reaktionen der (polnischen) Kommunisten. Der innerjüdische Diskurs wird nicht ignoriert, doch konzentriert sich G. auf die streng wissenschaftliche Seite der Debatte, an der sich Wissenschaftler jüdischer wie nichtjüdischer Herkunft beteiligten.

Der erste Teil des Bd. befasst sich deshalb mit spezifisch historiografischen Deutungen. Der Vf. zeigt, wie die Kontroverse im westdeutschen Historikerstreit der 80er-Jahre eine neue Qualität erreichte, als Ernst Nolte schrieb, Hitlers Antisemitismus habe einen „rationalen Kern" enthalten und der Nazismus sei im Grunde eine Gegenoffensive und legitime Antwort auf den Bolschewismus gewesen. Später behauptete Nolte, der Nazismus sei die wirksamste aller Gegenkräfte zum Bolschewismus gewesen, einer politischen Bewegung, die in hohem Maß von Juden unterstützt wurde. Diese antisemitischen Interpretationen wies die übergroße Mehrheit der deutschen Historiker zurück.

Der Entschluss von Juden, der kommunistischen Partei beizutreten, war eine Entscheidung zugunsten der nichtjüdischen, säkularen Welt, vor allem in Ost- und Ostmitteleuropa. Doch war sie „nicht so sehr ein Akt der Assimilation als vielmehr ein Tauschakt: Eine Form der Isolierung, nämlich die, ein Jude zu sein, wurde gegen eine andere Form eingetauscht, nämlich die der Existenz als Kommunist." (S.39f.). Der Vf. sieht Isaac Deutschers bekanntes Diktum vom „nichtjüdischen Juden" als Teil eines, wie er es nennt, „revisionistischen Diskurses" der jüdischen Geschichte. Das heißt, „dass der Schlüssel für das Überleben der Juden nicht nur in der

Theologie, im Recht oder anderen überlieferten Charakteristika liegt. Jüdische Politik und sogar jüdische ‚Macht' müssen ebenfalls in die Analyse einbezogen werden." (S.32). Das jüdische Engagement in der sozialistischen und der kommunistischen Bewegung kann somit als ein Bestreben gesehen werden, die humanistischen Werte der jüdischen Ethik auf die praktische Politik anzuwenden.

Im zweiten Teil der Studie untersucht G. genauer das Stereotyp vom „jüdischen Kommunismus". Er konzentriert sich dabei auf die polnische Kontroverse und legt die Bedeutung des äußerst abwertenden Terminus Żydokomuna („Judenkommune") dar. Dieses Stigma wurde den Juden angeheftet, die als Kollektivum nicht nur hauptsächlich für die Russische Revolution von 1917 verantwortlich gemacht wurden, sondern ihnen wurde damit auch die Verantwortung für alle Übel der stalinistischen und poststalinistischen Regime zwischen 1945 und 1989 in die Schuhe geschoben.

In der Zwischenkriegszeit stellten die Juden einen bemerkenswerten Anteil an den Führungskräften der kleinen Kommunistischen Partei Polens. Die Partei lehnte traditionelle jüdische Sitten und Bräuche jedoch ab und sah sich ausdrücklich als internationalistische Kraft. 1938 wurde sie von Stalin aufgelöst. Viele ihrer Begründer, Juden wie Nichtjuden, verschwanden in den „Säuberungen".

Doch begrüßten 1939 viele Juden den sowjetischen Einmarsch in Ostpolen, da sie die Rote Armee als ein geringeres Übel als die Nazis ansahen. G. zeigt, wie sehr sich das Bild von den rote Fahnen schwenkenden Juden in die polnische kollektive Erinnerung eingegraben hat. Oftmals halfen sie der sowjetischen Besatzungsmacht, bekannte Gesichter der früheren polnischen Verwaltung ausfindig zu machen und festzunehmen. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurde der Glaube an das Stereotyp der Żydokomuna zum entscheidenden Antrieb für die Massaker von Polen an Juden, darunter dem berühmten Massaker von Jedwabne. Die Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Widerstandskämpfern blieben gespannt, obgleich es durchaus auch Kontakte bis hin zur Zusammenarbeit gab.

In den ersten Jahren der kommunistischen Herrschaft nach 1945 spielten Juden eine quantitativ zwar relativ geringe, doch äußerlich sehr sichtbare Rolle sowohl im äußerst unpopulären Geheimdienst wie auch im Parteiapparat. Die folgenden Pogrome, so in Kielce 1946, wurden und werden als Ausdruck der weit verbreiteten Furcht vor der Herrschaft der in der Sowjetunion ausgebildeten Parteikader gesehen. Ihnen wurde untergeschoben, dass sie Polen „erobern" und unterwerfen würden. G. geht der Frage nach, auf welche Weise traditionelle antijüdische Vorurteile, die allgemein gewalttätige, aus dem Krieg resultierende Atmosphäre und die Furcht, die überlebenden Juden könnten ihr Eigentum zurückfordern, zusammenfielen. Die massiven antijüdischen Vorurteile führten zur Massenauswanderung der Überlebenden des Holocaust aus Polen. Die verbleibenden Juden verbanden ihre Interessen mit denen

des von der Sowjetunion abhängigen Regimes, obgleich sie keineswegs alle den Stalinismus unterstützten. Im Gegenteil: Viele Intellektuelle jüdischer Herkunft gehörten in den 50er- und 60er-Jahren zu den treibenden Kräften beim Versuch, die Gesellschaft zu humanisieren. Gerade sie wurden in zeittypischer Weise als „kommunistische Revisionisten" bezeichnet.

Der spezifische Charakter des kommunistischen Antisemitismus in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg steht im Mittelpunkt des dritten Teils des Buches. Obgleich der Antisemitismus bei polnischen Kommunisten traditionell als reaktionär galt, wurde er nun heimlich und sogar offen zum Bestandteil der neostalinistischen Spielart des polnischen Nationalismus. Die Parteidogmatiker, später (nach ihrem Treffpunkt) als „Natolin-Fraktion" bekannt, begannen während der „Tauwetter"-Periode 1956/57, zielgerichtet antisemitische Vorurteile als politische Waffe einzusetzen. Sie machten die „jüdischen Apparatschiks" für den geringen Widerhall des Kommunismus in der polnischen Gesellschaft verantwortlich.

Nach dem israelischen Sieg im Junikrieg 1967 setzte die polnische Parteispitze, angelehnt an die Sowjetunion, eine als „Antizionismus" bemäntelte antijüdische Kampagne in Szene. Doch traf diese kaum auf Unterstützung in der Bevölkerung. Vielmehr zogen viele nichtjüdische Polen Parallelen zwischen Israel und den früheren Kämpfen Polens um Unabhängigkeit. Sie begrüßten den israelischen Sieg über die Araber als Niederlage der Sowjetunion. Dabei spielte auch die Tatsache, dass viele israelische Offiziere polnische Juden waren, eine große Rolle. „Unsere Juden schlagen die sowjetischen Araber", war sehr oft zu hören.

Im März 1968 wurde der „internationale Zionismus" für die Proteste der polnischen Studenten gegen die Regierung verantwortlich gemacht. Die nichtjüdische Parteielite benutzte den Mythos von „Juden als Zionisten" als „Begründung" dafür, Juden von ihren Positionen in wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen sowie aus den Massenmedien zu entfernen. Eine jedoch keineswegs erwartete Auswirkung der Kampagne war die Tatsache, dass sich damit das kommunistische Regime auch unter linksorientierten Polen diskreditierte. Viele Gegner dieser antisemitischen Politik waren in den 80er-Jahren in der Solidarność-Bewegung und hier vor allem auf ihrem linken Flügel zu finden. Sie wurden zu Hauptkräften im Kampf um eine Demokratisierung der polnischen Gesellschaft.

Als Grund für den Mangel an wissenschaftlichen Studien gegenüber den zahlreichen populären und populistischen Äußerungen zum Thema nennt G. die Tatsache, dass es eben in Polen wie anderen Staaten Osteuropas keinen „jüdischen Kommunismus" als sozial oder kulturell klar zu bestimmendes und von anderen Strömungen abgrenzbares Phänomen gab. Vielmehr war und blieb es ein antisemitisches Konstrukt. Die einzigen Beispiele eines „jüdischen Kommunismus" waren die Jüdischen Sektionen der sowjetischen kommunistischen Partei zwischen 1918 und 1930, die kommu-

nistischen Parteizellen im Jüdischen Autonomen Gebiet Birobidshan im Fernen Osten der Sowjetunion, kurzlebige jüdische Gruppen in anderen kommunistischen Parteien, die die jüdischen Parteimitglieder jedoch nur in das allgemeine Parteileben integrieren sollten, sowie natürlich die Israelische Kommunistische Partei, deren Mitglieder heute in der Mehrzahl Araber sind.

G.s Buch zeigt, dass alle Publikationen, die den Kommunismus als jüdische Verschwörung darstellen, nichts als unwissenschaftliche Machwerke sind. Diese pseudowissenschaftlichen Werke sehen „die Juden" als eine vorgestellte Einheit. Sie übertreiben den Anteil von Juden an der kommunistischen Bewegung bis ins Maßlose und unterschlagen oftmals die Tatsache, dass Juden zu Opfern des stalinistischen Antisemitismus wurden. Heute werden die überlebenden jüdischen Kommunisten häufig als Schuldige für die „dunklen Jahre der sowjetischen Okkupation" gebrandmarkt. G. zieht deshalb den Schluss, dass die jüdischen Kommunisten, die zu den Triebkräften der kommunistischen Revolutionen in Osteuropa zählten, auch zu ihren „Hauptverlierern" wurden. (S.200). *Mario Keßler*

Heinz Reif/Moritz Feichtinger (Hrsg.): Ernst Reuter. Kommunalpolitiker und Gesellschaftsreformer, J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2009, 320 S., Abb.

Eigentlich war und ist Ernst Reuter ziemlich bekannt, aber bei näherer Betrachtung haben die meisten Menschen, damals wie heute, nur ein sehr selektives Bild dieses Politikers. Wer hat nicht schon jene Bilder gesehen und seinen pathetischen Ruf „Völker der Welt, seht auf diese Stadt" vernommen, die ihm ein in Ost und West sehr verschiedenes Image als Vorkämpfer der Freiheit Westberlins nach der durch die einseitige Währungsreform bedingten und dann politisch motivierten Blockade verschafften. Erst im Jahre 2000 ist eine erste umfassendere Biografie des Amerikaners David E. Barclay erschienen.

Die in dem vorliegenden Bd. versammelten Beiträge von insgesamt 15 Autoren bieten ein sehr instruktives Gesamtbild des Wirkens eines Politikers, dessen Lebensweg nur in einem solchen halben „Jahrhundert der Extreme" geformt werden konnte. Zwar mag seine Biografie – aus bürgerlich-jüdischem Hause stammend, durch Lenin zum Sowjetkommissar für das dann durch Stalin genehmigte autonome Gebiet der Wolgadeutschen berufen, Generalsekretär der KPD, herausragender Kommunalpolitiker der Berliner SPD und Oberbürgermeister Magdeburgs, Emigrant und Professor in der Türkei und schließlich Regierender Bürgermeister Westberlins – eher für rein historisch Interessierte noch spannend sein. Der Vorzug des Buches besteht aber darin, dass es sich darüber hinaus in drei seiner vier Abschnitte sehr konkret mit den Rahmenbedingungen sozialdemokratischer Kommunalpolitik unter sicher differenzierten Umständen befasst. Auch werden zumindest die Grenzen dieser Arbeit angedeutet, die man in der sozialdemokratischen Pro-

grammatik lange Zeit ignorierte, während die Kommunalpolitik (als Munizipalsozialismus) als Einstieg in gesamtgesellschaftliche Reformen überwertet wurde. Wesentlicher aber ist, dass sich die heutige SPD unter dem Druck des neoliberalen Mainstreams gegen eine ihrer wertvollsten Traditionen, einer auf öffentlichem Eigentum und Gemeinwirtschaft beruhenden sozialreformerischen Kommunalpolitik, vergeht. Allein deshalb lohnt sich die Lektüre dieses Buches.

Heinz Niemann

Silke Satjukow: Besatzer. „Die Russen" in Deutschland 1945-1994, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH, Göttingen 2008, 406 S., Abb.

S. will die Geschichte der deutsch-sowjetischen „Besatzungs- und Beziehungsrealitäten" in ihrer Alltagsdimension abbilden. Immerhin haben zwischen 1945 und 1994 einige Millionen Sowjetbürger ihren meist auf zwei bis drei Jahre angelegten Wehrdienst bei den in SBZ und DDR stationierten sowjetischen Streitkräften geleistet und (die Offiziere) mit Familienangehörigen hier gelebt. „Während die Rahmenbedingungen der Besatzung, ihre Gesetze, Strukturen und Fakten [...] für die DDR als Ganzes behandelt werden," erläutert S. ihr Vorgehen, „sollen ‚dichte Beschreibungen' anhand von drei ausgewählten sowjetischen Standorten detailliert über den Besatzungsalltag Aufschluß geben". Als „spezifische Kristallisationsorte von Nahkontakten" wurden Dresden, Weimar und das thüringische Nohra in den Blick genommen (S.27). Der Bd. verfügt über einen umfänglichen Quellen- und Literaturapparat, allerdings vermisst man Darlegungen zum Forschungsstand und zu Problemen der Quellenerschließung. Das aus drei chronologisch-sachlich strukturierten Kapiteln bestehende Buch beginnt mit der Rückführung der Truppen 1994, umfasst im zweiten die Zeit von 1945 bis 1961 und behandelt im dritten, dem informativsten und umfänglichsten Teil, die Jahre vom Mauerbau bis 1994. Diskussionsbedürftig ist die Verwendung der Begriffe „Besetzung" und „Besatzung" für den gesamten Zeitraum, da so die Unterschiede zur späteren Stationierung unzulässig verwischt werden, die trotz Beibehaltung wesentlicher sowjetischer Machtpositionen bestanden. Dass der Abzug der Streitkräfte als Einstieg gewählt wurde, ist akzeptabel und weckt Interesse an der Thematik.

Das fast fünf Jahrzehnte währende deutsch-sowjetische Nebeneinander in einer Art Gesamtüberblick erfassen zu wollen, war allerdings kaum zu realisieren. Schwerpunktsetzung und Dramaturgie der Publikation sind daher nicht in jeder Hinsicht gelungen. Kritische Einwände provoziert insbesondere Kapitel 2, das so unterschiedliche Stadien sowjetischer Anwesenheit behandelt wie die Endkämpfe des Zweiten Weltkrieges auf europäischem Boden, die Jahre der sowjetischen Militärregierung, die Übergangsphase von der SBZ zur DDR und den Prozess der Integration der DDR in den Sowjetblock bis 1961. S. war sich bewusst, dass sie diesbezüglich kein wissenschaftliches Neuland vorfand, daher beschränkte sie sich einerseits auf eher

skizzenhafte Texte, andererseits suchte sie auf knappstem Raum möglichst viele Problemstellungen und Deutungen unterzubringen, die nicht selten einseitig bleiben und insgesamt kaum grundlegend Neues bieten. Auch die Frage nach den Auswahlkriterien ist angebracht. So irritiert es, wenn z. B. die Ziele des gemeinsamen Deutschlandprojekts der Alliierten, die in der Zeit ihres Konsenses allesamt die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher, Zerschlagung der Trusts und Konzerne, Bodenreform und Umerziehung der Deutschen auf der Agenda hatten, als handlungsleitende Rahmenbedingung keine Erwähnung finden, sondern als eher sowjetische Ambitionen erscheinen. Wichtiger wäre es gewesen, die spezifisch sowjetische Umsetzungspraxis zu analysieren. Oder: Dass Befreiung und Antifaschismus in der DDR auch instrumentalisiert und zu tragenden, kaum mehr kritisch zu hinterfragenden Bestandteilen des sozialistischen Geschichtsbildes gemacht worden sind, ist nicht anzuzweifeln. Damit hat sich aber die objektive und widersprüchliche Realität der Befreiung (nicht nur Deutschlands, sondern Europas) von Krieg und Faschismus nicht erledigt. Auch die Ernsthaftigkeit antifaschistischer Bemühungen in der DDR ist keine Fiktion, obgleich sowjetisch inspirierter Antifaschismus stalinistische Denkmuster und Herrschaftspraktiken ins Land brachte. Wenn diese Begriffe und ihre Träger in der neueren Literatur über die DDR, so auch bei S., aber zunehmend in Gänsefüßchen gesetzt erscheinen, dann ist das nicht nur ein Zeichen mangelnder Argumentationsfähigkeit, sondern es werden neue, reichlich konservative Geschichtslegenden bedient (Mythos der „Befreiung“, S.64–67). Leider können hier nicht alle strittigen Fragen benannt werden.

Der dritte Teil der Publikation (das eigentliche Forschungsgebiet der Vf.) unterscheidet sich hinsichtlich Neuigkeitsgrad und Dichte der Darstellung vom vorhergehenden. Er verdeutlicht, wie ergiebig ein regionaler Zugang auch im Hinblick auf das hier gewählte Thema sein kann. Es ist der Vf. gelungen, die vielfältigen informellen, halblegalen und offiziellen Beziehungen wie alltäglichen Kontakte im Umfeld der sowjetischen Standorte detailliert abzubilden, wobei erkennbar wird, dass insbesondere in kleineren Orten wie Weimar und erst recht Nohra die Begegnungsmöglichkeiten umfänglicher und daher „alltäglicher“ waren als in der Großstadt Dresden. Ob es eine Rolle spielte, dass Thüringen nicht mit kämpfenden sowjetischen Soldaten konfrontiert gewesen ist, wird leider nicht problematisiert. Schon im Abschnitt über das Stationierungsabkommen von 1957, das einen Endpunkt im Prozess der Überleitung der Militäradministration in formell neue Anwesenheitsformen der Sowjettruppen darstellte und wichtige Regelungen enthielt, hatte S. darauf verwiesen, dass weder die DDR-Regierung dessen strikte Einhaltung einforderte (erst Ende der 80er-Jahre sollte eine Kommission Liegenschaftsfragen klären), noch die „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ auf buchstabengetreue Umsetzung bedacht war (S.75-80). Vor diesem Hintergrund präsentiert S. vielfäl-

tige Informationen über den Kasernenalltag, über Bestattungskultur und Garnisonsfriedhöfe, über die starke soziale Differenzierung in der Truppe und die unglaubliche Entpersönlichung und nicht selten Misshandlung der einfachen Soldaten (z. B. Dedowschtschina), berichtet über Desertionen, Straftaten und Strafverfolgung (meist unter Ausbootung deutscher Behörden), über Kleine-Leute-Tauschhandel an der Basis (Benzin gegen Schnaps) oder zwischen Betrieben und Armee (Sachleistungen gegen Arbeitskräfte), über Umweltfrevel, illegale Arbeitstätigkeit von Offiziersfrauen in deutschen Betrieben und über Liebesverhältnisse, Eheschließungen und „Besatzerkinder", um nur einige Themengruppen zu benennen. Zugleich macht sie auf Wirtschaftnetzwerke aufmerksam, wie sie sich in Zusammenarbeit mit dem VEB Spezialhandel Leipzig und dem VEB Spezialbau Potsdam herausbildeten. Ausführlich beschreibt sie die politischen und alltagsrelevanten Umstände, unter denen 1965 in Thüringen das Manöver „Oktobersturm" der Warschauer-Paktstaaten stattfand. Wichtig auch die Berichte über die Innenwelt der Streitkräfte in den 80er-Jahren u. a. als Folge des Afghanistankrieges. Weil Eliteeinheiten zunehmend an die Front geschickt wurden, kamen in der DDR mehr als zuvor Soldaten aus Mittelasien zum Einsatz, die oft genug kaum Russisch und damit auch nicht die Anleitungen und Kommandos verstanden, was u. U. schwerwiegende Folgen haben konnte (S.258-261).

In den Abschnitten über Debatten, Auseinandersetzungen und Entscheidungen auf zentralstaatlicher Ebene der DDR, die sich um Finanzierungs- oder Liegenschaftsfragen drehten, werden die Belastungen der DDR und die begrenzten Handlungsspielräume der DDR-Regierung offensichtlich: 1,2 Mrd. Mark waren Ende der 70er-Jahre jährlich für den Unterhalt der „Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" (so genannt seit Ende der 80er-Jahre) aufzubringen, die indes mit immer neuen Forderungen aufwartete (S.103-108).

In diesem Hauptteil des Bd. zeichnet S. ein realistisches und farbiges Bild vom deutsch-sowjetischen Nebeneinander und offeriert zu Diskussion und Widerspruch anregende Denkansätze. Der Zusammenprall teilweise unterschiedlicher Lebenskulturen, Arrangements, Kompromisse, Gewöhnungsprozesse, sogar freundschaftliche Beziehungen werden erkennbar, vornehmlich aus deutschem Blickwinkel. Sichtweisen einfacher russischer Soldaten über diesen Zeitraum sind rar. Doch zur deutsch-sowjetischen Beziehungsgeschichte wird auch künftig geforscht werden, vielleicht gemeinsam mit russischen Historikern. Dann könnten z. B. auch die generationellen Unterschiede im Umgang mit den fremden Freunden herausgearbeitet werden, auf die S. in ihren Schlussbetrachtungen hinweist.

Evemarie Badstübner

Herbert Graf: Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge, edition ost, Berlin 2008, 544 S.

Die Unterzeile des etwas sperrigen Buchtitels lautet „Erinnerungen". Der Autor resümiert seine persönliche

Entwicklung in Verbindung mit den gesellschaftlichen Bedingungen seiner Zeit. Er möchte Einseitigkeit und diskriminierenden Tendenzen der DDR-Aufarbeitung entgegentreten (S.9). Dabei gesteht er ein, dass sich Erinnerungen „als trügerisches Konstrukt erweisen können“ (S.12). G. belegt jedoch viele seiner Aussagen mit Dokumenten, die durch zahlreiche Fußnoten gestützt werden. Dabei wurde allerdings teilweise schlecht redigiert. Warum werden Fußnoten angeführt, die im Text überhaupt nicht auftauchen? (So die Fußnoten 38 und 39, die auf Seite 24 gehörten, oder die Fußnoten 62, 78 und 427.)

Der Bd. enthält zahlreiche nicht nummerierte Kapitel, die durch Unterüberschriften eine inhaltliche Orientierung geben. G. beginnt mit drei Ereignissen, die sein Berufsleben wesentlich beeinflusst haben: den Flugzeugabsturz des Präsidenten der Volksrepublik Mosambik Samora Machel im Oktober 1986, das Hubschrauberunglück, dem Werner Lamberz 1978 zum Opfer fiel, und die Entmachtung Walter Ulbrichts 1971.

17 Jahre arbeitete der Autor an der Seite Ulbrichts. Ein spezielles Kapitel ist diesem „umstrittenen Politiker von besonderem Format“ gewidmet.

Auch auf den XX. Parteitag der KPdSU geht G. dezidiert ein. Das Jahr 1956 bildet insgesamt einen Schwerpunkt in den Abhandlungen. Erwähnt seien das Harich-Dokument, die Ereignisse in Ungarn und die Suezkrise. Der auf den April 1956 datierte Abschluss des Warschauer Vertrages (S.344) ist allerdings ein bedauerlicher Fehler.

Mit der Bildung des Staatsrates 1960 sollte eine Stärkung der staatlichen Organe und eine Neuverteilung der zentralen Kompetenzen vorgenommen werden. War das unter Chruschtschow für die Sowjetunion „noch tolerabel“, trat Breshnew zuerst auf die Bremse und forderte dann, die Entwicklung zurückzudrehen, „daß die DDR eine Struktur haben muß wie die Sowjetunion“ (S.427). Das waren die ersten Vorboten für den angestrebten Machtwechsel in der SED-Führung.

Für G. endete damit dann auch ein Arbeitsabschnitt. In den folgenden Jahren war er vor allem in Entwicklungsländern tätig, wobei manche seiner Schilderungen interessante Einblicke in afrikanische Lebensauffassungen geben (S.501).

Ein Personenregister schließt den Bd. ab. Einige Fotos und Dokumente sind in den Text eingebaut. *Joachim Eichler*

Herbert Mies: Mit einem Ziel vor Augen. Erinnerungen, verlag am park, Berlin 2009, 352 S.

Den Erinnerungen vorangestellt ist die Würdigung von Egon Krenz zum 80. Geburtstag des langjährigen DKP-Vorsitzenden Herbert Mies am 23. Februar 2009, die aus der „Jungen Welt“ übernommen wurde. In seinen Vorbemerkungen bekennt M., dass es ihn „Courage“ gekostet habe, diese Erinnerungen zu schreiben, seine „geheimen Gedanken“ zu offenbaren und auch Einsichten in zweifelhafte Entscheidungen zu zeigen. Dies verpflichte ihn der Wahrheit, andererseits wolle er durch Ausbreitung von Wissen

nicht denunzieren. (S.10) Dieser Linie entsprechend, hält er sich an Fakten, schildert Erlebnisse, kritisiert Personen und deren Handlungen, betreibt aber weder Enthüllungsjournalismus noch Diffamierung. Er betont: „Manches Wissen werde ich bewußt mit ins Grab nehmen. Es ist besser so. Für die Betreffenden wie auch für die Marktschreier der Geschichtsverwurstung“ (S.10). Wer also im Bd. irgendwelche Sensatiönchen oder Klatschstories erwartet, der wird – mit Recht – enttäuscht. Erzählt wird in einem betont nüchternen Stil. Aus vielen Passagen klingt Enttäuschung, insbesondere über politische Weggefährten heraus, auch Bedauern, bestimmte Entscheidungen (zu lange) mitgetragen zu haben. Er versucht dies nicht zu entschuldigen, aber zu erklären, den Hintergrund zu erhellen.

Das Jahr 1989 wurde für M. eines der schwersten seines Leben: persönlich mit überstandenem Herzinfarkt, als Parteivorsitzender mit der tiefen Krise der DKP, international mit dem Untergang des sozialistischen Systems. Gorbatschow, der ihm Jahre zuvor noch als einer der besten Freunde erschien, sei vom Hoffnungsträger zum Totengräber und Verräter des Sozialismus geworden (S.8, 15).

Ausgehend von seinem Ausscheiden als DKP-Chef und seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Mannheim blickt der Autor zurück. Dabei offenbart er, wie wichtig ihm Familie und Heimat stets waren. Dem Leser begegnen in dieser Rückschau viele bekannte Persönlichkeiten, Politiker und Wissenschaftler. Wohltuend die Sachlichkeit, so wenn M. über die einstige Freundschaft und spätere Distanzierung von Hermann Weber berichtet.

Für Anfang 1949 – M. war in diesen Jahren vor allem in der FDJ hauptamtlich tätig – konstatiert er: „Die KPD war nunmehr keine Quasi-Abteilung der SED mehr, sondern eine eigenständige Partei in den Westzonen.“ (S.97). Dass die SED nach der organisatorischen Trennung dennoch weiter für die KPD wie auch später für die DKP eine besondere Rolle spielte, sie mehr oder weniger deutlich in ihre westliche „Bruderpartei“ hineinregieren wollte, dass das Verhältnis beider Parteien nicht so konfliktlos war, wie es in der gegenseitigen Außendarstellung erschien, zeigen spätere Passagen. Als im Frühjahr 1953 Jupp Angenfort, der Leiter des Zentralbüros der verbotenen FDJ, verhaftet wurde, übernahm M. dessen Funktion. Zu den Vorgängen um den 17. Juni des Jahres in der DDR vermerkt er, dass diese in der Partei nie richtig ausgewertet wurden (S.171). Interessant ist die Darstellung zur Auflösung der FDJ 1956, die im Einvernehmen mit der KPD-Führung und ohne offizielle Erklärung erfolgte (S.182-185). Neugierig macht sein Kommentar, dass „es mehr als ein Dutzend Jahre keine Alternative zur FDJ gab und sich erst mit der SDAJ 1968 eine solche formierte, gehört zu den Merkwürdigkeiten“ (S.186), leider lässt er keine weitere Begründung folgen.

1956 bis 1959 studierte M. in Moskau, lernte hier Land und Leute, aber auch die internationale Politik kennen. Der Studienbeginn fiel in die Zeit des XX. Parteitags der KPdSU mit Chruščevs Geheimrede, die er für damals zwar als

richtig und mutig ansieht, die aber nur ein Anfang gewesen wäre, über den man nicht hinauskam (S.195). M. wendet sich zugleich dagegen, heutzutage alles unter dem „Totschlagargument ‚Stalinismus'" zu subsumieren, um jegliches Nachdenken über den Sozialismus zu diffamieren und jeden Sozialisten zu diskreditieren. Das Studium schloss er als Diplom-Ökonom (Diplom-Betriebswirt) ab, einen akademischen Grad, den er nie brauchte. Denn er wurde, wie er schreibt, Parteiarbeiter (S.210), zunächst (in Ost-Berlin) als persönlicher Sekretär von Max Reimann, dem Vorsitzenden der illegalen KPD. 1963 wählte ihn der KPD-Parteitag in das ZK und in dessen Sekretariat.

In seinen Ausführungen zur Wiederzulassung einer kommunistischen Partei 1968 in der Bundesrepublik verweist der Autor darauf, dass derzeit meist vergessen wird, dass zur 68er-Bewegung auch die Zulassung der DKP gehörte (S.242). Zunächst scheiterte im Februar 1968 ein Versuch, auf einer Pressekonferenz ein neues Programm der KPD vorzustellen. Dass M. auf dieser verhaftet wurde, erfuhr seine Familie in Berlin aus der Presse. Seine Kinder waren mehr über die wahre Identität ihres Vaters als von der Festnahme überrascht (S.249). Zwar erörtert M. verschiedene internationale und nationale Faktoren, die die Legalisierung einer kommunistischen Partei begünstigten und ermöglichten. Eine Seite blendet er aber weitgehend aus: dass die SED-Spitze auch hierbei versuchte, mitzumischen, wie aus den einschlägigen Akten im Bundesarchiv hervorgeht.

Im Oktober 1968 übersiedelte M. mit der Familie von der DDR in die BRD. Er wurde stellvertretender Vorsitzender der neuen Partei DKP, 1973 ihr Vorsitzender und blieb es bis zur Jahreswende 1989/1990. Der anfängliche Optimismus, mit der neuen Partei bei Wahlen erfolgreich zu sein, wich Ernüchterung. Der Autor konstatiert, dass seine Partei weder politisches Gewicht besaß noch Wirkung erzielte, was aber nicht ihrer tatsächlichen, größeren gesellschaftlichen Bedeutung entsprochen habe (S.286). Den eigentlichen Grund für ihre Ablehnung in der Bevölkerung habe sich die DKP damals nicht eingestehen wollen: „Wir wurden nicht als originäre Partei der Bundesrepublik wahrgenommen. Wir galten als ein Fremdkörper" (S.287). Die DKP sei mit der DDR/SED auf vielfältige Weise verbunden gewesen und habe es daher für ihre solidarische Pflicht gehalten, deren Politik in der Bundesrepublik zu verteidigen. Das sei jedoch unkritisch geschehen, es seien auch politische Fehler verteidigt worden, zu spät habe man eigene, unabhängige Positionen entwickelt. Im abschließenden Kapitel „Schicksalsjahre 1988/89" stellt M. seine Sicht auf die Krise der DKP und den Niedergang des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung dar.

Herbert Mayer

Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.): Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955, (Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 11), Klartext Verlag, Essen 2008, 220 S.

Krieg, Terror und andere Formen gewaltsamer Auseinandersetzung überschatten und prägen in vielen Regio-

nen der Welt das Leben. Trotz beachtlicher Stärke der Kriegsgegner sind realistische Alternativen, mit denen die Kriege beendet und Formen des dauerhaften friedlichen Zusammenlebens gefunden werden könnten, kaum vorhanden bzw. wenig wirksam. Dennoch kann die Hoffnung auf stabile Friedensverhältnisse nur auf solchen nichtmilitärischen Alternativen beruhen.

Die Hrsg. zeigen in ihrem Sammelband, wie im ersten Nachkriegsjahrzehnt in Westdeutschland vertretene Friedenskonzeptionen wirkten, wer sie vertrat und zu welchen – zumeist unzureichenden – Ergebnissen sie geführt haben. Sie sind sich bewusst, dass in der Erinnerung der heutigen Generation die Westintegration, die Wiederbewaffnung und die NATO-Politik dominant sind, dass hingegen „die Geschichte der unterlegenen Oppositionsströmungen weithin der Vergessenheit anheim gefallen“ ist (S.10). Auch in der Geschichtswissenschaft dominiert die These, dass es jene hauptsächlich von Adenauer vertretene „Politik der Stärke“ und der unbedingten Bindung an die USA gewesen sei, die nicht nur eine lange Periode des Friedens garantiert, sondern in der Konsequenz auch die Wiedervereinigung herbeigeführt habe. Diese scheinbar kausalen Zusammenhänge bezeichnen die Hrsg. der vorliegenden Veröffentlichung als „völlig spekulativ“ und verweisen demgegenüber darauf, dass erst die Mitte der 60er-Jahre einsetzende Entspannungspolitik dazu führte, das Ende das Kalten Krieges und die Wiedervereinigung zu erreichen.

Von diesem Ausgangspunkt her und mit vielfältigen Bezügen auf die in den ersten Nachkriegsjahren vorherrschende Ablehnung einer Wiederbewaffnung bei der Mehrheit der Bevölkerung wird in den verschiedenen Aufsätzen des Sammelbands detailliert das Wirken herausragender Personen der westdeutschen Friedensbewegung beschrieben. Des Weiteren gibt es Artikel, die sich mit den neutralistischen Bestrebungen (Alexander Gallus) und mit den widersprüchlichen Potenzialen der gewerkschaftlichen Friedenspolitik (Knud Andresen) befassen. Am Ende des Bd. findet man eine von Karlheinz Lipp zusammengestellte Friedenschronik der Jahre 1945 bis 1955. Die KPD, die ja bis 1953 noch im Bundestag vertreten war, wird nur am Rande erwähnt.

Im Artikel über die Neutralitätsbestrebungen wird einer der wesentlichen Gründe herausgearbeitet, der dafür verantwortlich war, dass auch gemeinsam vertretene Grundideen ohne die notwendige Durchschlagskraft blieben. Gallus schreibt: „Anhänger der bewaffneten Neutralität stritten mit solchen der unbewaffneten, Pazifisten mit Nationalisten, Rechte mit Linken, Extremisten mit Demokraten.“ (S.47).

In der Gewerkschaftsbewegung, voran die Gewerkschaftsjugend, stellte sich Friedenspolitik vor allem in der Verknüpfung mit sozialen Forderungen dar. Mit dem Verlangen nach Wirtschaftsdemokratie war in der Frühzeit die Hoffnung verbunden, durch eine demokratische Kontrolle der Schwerindustrie eine Wiederaufrüstung zu verhindern. Der Übergang der DGB-

Führung auf eine Zustimmung zur „Landesverteidigung“ wurde damit begründet, dass mit der Herstellung sozial gerechter und wirtschaftlich vernünftiger Zustände eine Situation entstehen könne, „die es allen Teilen der Bevölkerung wert erscheinen lassen, dieses Land und seinen Lebensstandard zu verteidigen.“ (S.56.).

Die Einzelbeiträge zu Persönlichkeiten, die in der Friedensbewegung eine herausragende Rolle gespielt haben, beziehen sich auf die in der Deutschen Friedensgesellschaft wirkenden Sozialdemokraten August Bangel, Hermann L. Brill und Fritz Wenzel (Michael Werner), auf den CDU-Politiker Wilhelm Elfes (Reinhold Lütgemeier-Davin), auf den Industriepfarrer Horst Symanowski (Johannes Winter), auf den früheren Wehrmachtsoffizier Fritz Hartnagel (Jakob Knab), auf die Schriftsteller Werner Richter und Alfred Andersch (Holger Nehring), auf die Professorin Klara Marie Fassbinder (Gisela Notz) und auf die Schriftstellerin Annette Kolb (Dieter Riesenberger). Die Aufnahme von Annette Kolb in diesen Bd. verwundert etwas, war sie doch mit der Friedensbewegung, verstanden als Kampf gegen die Wiederbewaffnung, in gar keiner Weise verbunden. Beim Lesen der interessanten Beiträge über Persönlichkeiten der Friedensbewegung, die viel Bekanntes in Erinnerung rufen und auch einiges Neue enthalten, ist immer wieder erstaunlich, mit welchem Mut und welcher Unbeirrtheit diese Männer und Frauen sich für ihre Ideen engagiert haben. Schließlich waren sie auf dem CSU-Parteitag 1951 von Adenauer unter einen gefährlichen und überaus verleumderischen Generalverdacht gestellt worden: „Wer die Neutralisierung und Demilitarisierung in Deutschland hier bei uns will, ist entweder ein Dummkopf allerersten Ranges oder ein Verräter.“ (S.87). Hiermit traf der Bundeskanzler auch eigene verdiente Parteifreunde, u. a. den in der vorliegenden Veröffentlichung gewürdigten Wilhelm Elfes, der dann auch aus der CDU ausgeschlossen wurde.

In dem Artikel über den Pazifisten und Industriepfarrer Horst Symanowski wird an das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ der Evangelischen Kirche vom Oktober 1945 erinnert. Obwohl darin kein einziges Wort zum Vernichtungskrieg gegen die Völker Osteuropas enthalten war und nur eine nebulöse Umschreibung auf den Holocaust Bezug nimmt, reichte schon der Satz „Mit großem Schmerz sagen wir: durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden“, um in einer breiten Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung Empörung und Ablehnung hervorzurufen (S.112). Schließlich waren es der ungebrochene Antikommunismus, die kaum veränderte und kaum unterbrochene Propaganda gegen den „Osten“, die ständig geschürte Furcht vor einer russischen Bedrohung, die den Befürwortern der Remilitarisierung und des NATO-Beitritts zur Durchsetzung ihrer politischen und militärischen Absichten verhalfen. Nehring schreibt in seinem Artikel über Richter und Andersch in eben diesem Zusammenhang von dem Vorhaben der beiden Schriftsteller, sich als „Ratgeber gegen das noch vom Nationalsozialismus und schon vom

kalten Krieg ideologisch verformte Bewusstsein" zu definieren (S.147).
Pazifisten, Gegner der Aufrüstung und der NATO-Politik konnten in den entscheidenden Phasen ihres Kampfes keinen Schulterschluss mit der SPD erreichen. In der SPD, dem eigentlichen potenziellen Gegenpol zu Adenauers CDU, galt der Satz Kurt Schumachers, „dass in dem Zweikampf zwischen den USA und der Sowjetunion dem Pazifismus als realer Idee der Boden entzogen" sei (S.84). Im Prinzip führte dies dazu, dass auch bei späteren Kampagnen gegen Rüstungsmaßnahmen außerparlamentarische Verbände und SPD nur sehr bedingt zusammenwirkten. Überhaupt hätte eine wirkungsvolle Gegenwehr gegen die Adenauerpolitik nur durch ein gemeinsames entschiedenes Auftreten von Gewerkschaften, SPD und außerparlamentarischen Bewegungen erreicht werden können.
Wenn in einer Rezension des vorliegenden Sammelbd. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (3.11.2008) behauptet wurde, dass die Autoren die „internationalen Rahmenbedingungen völlig ausgeblendet" hätten, so kann das nur erstaunen. In den einführenden Beiträgen des Buches wird völlig zu Recht auf die zielstrebige und z. T. äußerst skrupellose Politik Adenauers eingegangen, die auf eine frühzeitige Remilitarisierung abzielte. Es wird jedoch ebenso – auch in vielen Zusammenfassungen der Einzelbeiträge – auf den eingeschränkten Handlungsspielraum der Bundesrepublik gegenüber den westlichen Besatzungsmächten bzw. den Alliierten hingewiesen, und es wird festgestellt, dass die Wehrfrage ganz entscheidend von den Auswirkungen des raschen ökonomischen Wachstums und des zunehmenden Wohlstands überlagert wurde, den die Bevölkerungsmehrheit Adenauer zurechnete. *Harald Lange*

Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.): SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949, R. Oldenbourg Verlag, München 2009, IX, 822 S.

Das Handbuch wurde im Auftrag der „Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der neuesten Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen" vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und vom Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit Archiven Russlands und Deutschlands unter der Redaktion von Jan Foitzik erarbeitet. Der Bd. erschien zu gleicher Zeit in Deutschland und Russland in deutscher bzw. russischer Sprache. Beteiligt sind mit Beiträgen 14 Autoren beider Länder.
Erstmals konnte zum Thema insbesondere der russische Behördennachlass umfassend ausgewertet werden. Der wissenschaftliche Ertrag des Bd. kann sich sehen lassen. Nach der Einleitung mit den technischen Grundsätzen der Edition sowie Übersichten über die Struktur, Rechtsquellen und funktionalen Aspekte der Organisation und Tätigkeit der SMAD werden in fünf Abschnitten die jeweils mit Vf. gezeichneten Beiträge dargeboten. Zuerst behandelt sind die „Besatzungseinrichtungen außerhalb der

SMAD“ und dann die SMAD selbst, in einem 3. Teil werden Kurzbiografien des Führungspersonals vermittelt. Der 4. Teil umfasst Dokumente, der 5. Teil enthält den Anhang (mit Glossar, Abkürzungsverzeichnis, Archivverzeichnis, Auswahlbibliografie, Namensregister sowie Autoren-/Übersetzerverzeichnis). Selbsterklärtes Ziel der Hrsg./Redaktion ist es, auf der Grundlage von Primärquellen die Organisationsstrukturen der sowjetischen Besatzungsverwaltung zu dokumentieren und damit zugleich einen Einblick in die „internen Arbeitsverfahren“ zu geben, die auch ihre „externen Leistungen“ beeinflussten (S.1). Dokumentiert wird die Entwicklung der Organisation durch Artikel über die Führungsebene, über Verwaltungen und ihnen gleichgestellte Abteilungen der zentralen Ebene. Hinzu kommen Beiträge zu den Landesverwaltungen. Die gegebene Begründung für die gewählte „durchmischte systematische und chronologische“ Gliederung und Anordnung der Beiträge erscheint etwas verkompliziert, ist aber wohl auch dem schwierigen Gegenstand geschuldet, der eine „pragmatische Lösung“ erforderte (S.2). Zu den formalen Schwierigkeiten kamen inhaltliche Probleme, was die Hrsg. mit Recht dazu bewog, Artikel über Einrichtungen aufzunehmen, die nicht direkt zum Apparat der SMAD gehörten, aber in engem Zusammenhang mit ihr in der SBZ wirkten. Zu nennen wäre die Gruppe der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland, die sowjetischen Ministerien des Innern und für Staatssicherheit, der sowjetische Teil des Alliierten Kontrollrats sowie diverse sowjetische Sonderkomitees für Deutschland.

Die SMAD entstand auf Beschluss des sowjetischen Rats der Volkskommissare (Ministerrats) vom 6. Juni 1945, die Anzahl ihrer Abteilungen und der Umfang ihres Personals wechselten im Zeitraum ihrer Existenz beträchtlich, im Januar 1947 betrug ihre Sollstärke 65.598 Planstellen. Veränderungen der Struktur, der Funktion und des Personals ergaben sich vornehmlich aus der Politik der Siegermächte (z. B. des Alliierten Kontrollrats), den Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht in ihrer Zone (z. B. Sicherung der Reparationen und Lieferungen für die sowjetischen Truppen, effektive Ausnutzung der Produktionskapazitäten der SBZ) sowie der veränderten innenpolitischen Lage in der SBZ (z. B. Gründung und Entwicklung der SED, Bildung der DWK, Bodenreform, Abschluss der Entmilitarisierung usw.). Mit der Gründung der DDR und dem damit verbundenen Beschluss vom 5. November 1949 über die Bildung der Sowjetischen Kontrollkommission wurde die SMAD aufgelöst. Letztlich war der Zweck der SMAD, die Politik der sowjetischen Regierung in der SBZ durchzusetzen. Sie wird als komplizierte, konfliktträchtige Mischung ziviler und militärischer Verwaltungsstrukturen gewertet (S.13).

Die Artikel sind weitgehend gleichartig aufgebaut, sie bestehen aus einer Einleitung, einem Organisationsschema sowie Angaben zu Quellen und Literatur. Einleitend reflektieren die Beiträge die Wertung des jeweiligen Autors über Bildung, Entwicklung der Struktur, Personal, Tätigkeit, Arbeit,

Wirkung und Besonderheiten der jeweils behandelten Organisationseinheit. Das soll als Hilfe dienen, um dann das folgende Organisationsschema zu erklären. In ihm werden die Entwicklung der internen Struktur chronologisch sowie das Leitungspersonal dokumentiert. Quellen und Literatur reflektieren den Nachlass der jeweiligen Verwaltungseinheit und deren Fundorte sowie Literatur, die „spezifische Informationen" zur entsprechenden Organisationseinheit enthalte (siehe 3/4). Quellengrundlage sind in der Regel die zugänglichen Bestände des Gosudarstvennyj archiv rossijskoj federacii (GARF), des Rossijskij gosudarstvennyj voennyj archiv (RGASPI) und des Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (AVPRF). In den Artikeln werden allerdings die Quellen nicht einheitlich ausgewiesen, so dass teilweise die genaue Bezeichnung des Dokuments fehlt. Die Biogramme – die sich aus den Organisationsartikeln ergaben – sind dann im 3. Teil des Bd. alphabetisch angeordnet enthalten. Insgesamt wird durch die Artikel zum jeweiligen Thema sachlich informiert.

Dass der Bd. sowohl in Deutsch als auch in Russisch erscheint und deutsche und russische Autoren beteiligt waren, scheint einige Probleme mit sich gebracht zu haben. Zum einen betraf das bereits die Begrifflichkeit bei den Übersetzungen – so differieren Fachbegriffe und Bezeichnungen innerhalb der SMAD mit denen in der deutschen Verwaltung üblichen. Zum anderen resultierten sie offenbar aus unterschiedlichem inhaltlichem Verständnis der einzelnen Autoren. Die deutsche Redaktion moniert z. B. neben Wiederholungen und Widersprüchen in russischen Beiträgen ein unkritisches Übernehmen aus den Quellen. Da in einigen Fällen nur die russische Seite über Zugang zu den Quellen verfügte und neue Aspekte präsentieren konnte, habe sie bei beanstandeten Texten nicht redaktionell eingegriffen, um „keinen Vorwand" für entsprechende Eingriffe durch die russische Redaktion bei deutschen Autoren zu liefern (S.9). Die Kritik der deutschen Redaktion an den russischen Kollegen klingt insgesamt recht hart und lässt auf mehr als nur geringe Differenzen schließen. Daran ändert auch nichts bzw. werden diese erst noch verdeutlicht, wenn das Handbuch als Ergebnis deutsch-russischer Kooperation, „bei der alle gelernt haben: der eine mehr, der andere weniger", gefeiert wird (S.12).

Der Band wird sich für alle künftigen Forschungen, die sich mit der Geschichte der SBZ bzw. DDR befassen als unentbehrliches Standardwerk erweisen. *Herbert Mayer*

Heiner Wember: Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, 3. Aufl., Klartext Verlag, Essen 2007, 430 S.

Das von den Hauptmächten der Antihitlerkoalition von Ende 1943 bis zu den Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam ausgearbeitete Projekt der gemeinsamen Besetzung und Behandlung Deutschlands, das von W. allerdings etwas knapp (S.13-25) be-

handelt wird, sah im Rahmen von Entmilitarisierung, Entnazifizierung, gesellschaftlich-politischer Umgestaltung und Umerziehung sowie der Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern auch vor, Angehörige von Kategorien der nazistischen Funktionseliten und von Tätergruppen, von als verbrecherisch eingestuften Organisationen sowie außerdem Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, zu internieren. In allen Besatzungszonen gab es folglich Internierungslager. Und wenn W. zu dem Schluss gelangt: „Hauptintention der britischen und amerikanischen Internierungspolitik blieb, alle Deutschen zu neutralisieren, die eine reale oder potentielle Gefahr für die Besatzungstruppen darstellten" (S.360), dann galt das zweifellos für alle Besatzungsmächte. Hinzu kam der Aspekt der Bestrafung und der (zeitweiligen) Ausschaltung ihres Einflusses auf die deutsche Nachkriegsentwicklung. Die Geschichte der Internierungslager war in der Vergangenheit weitgehend unzureichend aufgearbeitet worden. Das änderte sich erst mit neuen Quellenzugängen seit Ende der 80er-/Anfang der 90er-Jahre des vorigen Jh. Hinsichtlich der Lager in der britischen Zone trägt die nunmehr in 3. Auflage vorliegende Publikation der 1990 an der Universität Münster verteidigten Dissertation von W. wesentlich dazu bei, bisherige Forschungslücken zu schließen. Neben Quellen britischer Provenienz hat er einschlägige Archivalien aus dem Bundesarchiv, aus Staatsarchiven, Kirchen- und Rundfunkarchiven etc. ausgewertet, zahlreiche Interviews geführt und stützt sich außerdem auf Erlebnisberichte und schriftliche Mitteilungen vieler Betroffener. Für die 3. Auflage hätte man sich allerdings zumindest eine Aktualisierung des Literaturverzeichnisses gewünscht.

W. befasst sich zunächst in Kap. II (Das Provisorium der Besatzungs- und Konsolidierungsphase 1944 bis April 1946, S.26-119) mit Ausgangslage und Verhaftungspraxis, geht detailliert auf die neun errichteten „Civil Internment Camps" (CIC) und deren Organisation ein und schildert knapp wichtige Aspekte des Lebens in den Lagern. Insgesamt wurden 71.000 Personen verhaftet, aber 25.000 schon bald wieder frei gelassen. „Als Quintessenz für das erste Jahr [...] bleibt festzuhalten, dass die Internierung aus der geschichtlichen Entwicklung her logisch und in ihrer Breite gerechtfertigt war." (S.119). Allerdings kam es durch inkonsequentes britisches Vorgehen zu Ungerechtigkeiten zu Lasten der „Kleinen". Große Gruppen der Wirtschaft und der Justiz entgingen der Internierung. In den Kapiteln III (Vom Provisorium zur Dauereinrichtung. April 1946 bis Frühjahr 1947, S.120-154) und VI (Endphase und Schluss der Internierung. Sommer 1947 bis Juni 1949, S.235-275) wird der Fortgang der Internierung unter den Bedingungen des Kalten Krieges bis zu ihrem Ende verfolgt. Übergreifend behandelt W. in eigenen Kapiteln „Umerziehungsversuche" (S.155-180) und das Leben der „Nationalsozialisten hinter Stacheldraht" (S.181-214). Vom Titel des Buches ausgehend, erwartet der Leser interessante Ergebnisse bei der Verknüpfung von Inter-

nierung und britischer Reeducationpolitik. Doch er wird enttäuscht. W. muss konstatieren: „Zeitpunkt und Umfang des Umerziehungsversuches zeigten, wie nachrangig dieses Thema für die Besatzer war. Der Versuch blieb auf eines von sechs Lagern und einen Zeitraum von drei Monaten begrenzt. Außerdem wurde er [...] zwei Jahre zu spät gestartet." (S.360). Als aussagekräftiger erweisen sich demgegenüber die Analysen über Stimmungen, Mentalitäten, Geisteshaltungen, Selbstmord und Haftpsychosen und das geistig-kulturelle Leben in den Lagern, wobei in den meisten Lagern lange Zeit die SS als am besten „organisierte" und zusammenhaltende Tätergruppe in Erscheinung trat. Unrechtsbewusstsein gab es kaum. Die nationalsozialistischen Verbrechen wurden, soweit sie zugegeben werden mussten, Hitler oder anderen Einzeltätern, von denen man sich distanzierte, zugeschrieben. Man fühlte sich daher ungerecht verhaftet, erwartete baldige Entlassung. Nicht wenige hofften anfangs auf einen Weltkrieg gegen „die Russen" und daher auf eine neue Bündnisrolle. Doch solche Hoffnungen zerschlugen sich bald, ebenso wie die Hoffnungen auf einen „Nürnberger Freispruch". Die Einstufung als Angehörige verbrecherischer Organisationen traf auf völliges Unverständnis. In den meisten Lagern entwickelte sich auch ein geistig-kulturelles Leben mit einer starken Ausrichtung auf allgemeine philosophische und religiöse Fragen, auf humanistische Klassik, aber auch auf „leichte Unterhaltung". Während die Internierung einer „NS-Elite" in der westdeutschen Öffentlichkeit zunächst weithin als gerechtfertigt an- oder hingenommen wurde und erst im Gefolge der sich diskreditierenden Entnazifizierung eine Veränderung eintrat, fungierten die Kirchen von Anfang an als eine starke „Lobby für die NS-Elite", wie W. nachweist (S.215ff.). Abschließend befasst sich W. sehr gründlich und detailliert mit der „Aburteilung von Angehörigen verbrecherischer Organisationen durch deutsche Spruchgerichte", die im Juni 1947 in der britischen Zone ihre Arbeit aufnahmen (S.276-354). Der eskalierende Kalte Krieg erschwerte die Arbeit der Spruchgerichte zunehmend und gab den Angeklagten und ihren Verteidigern Aufwind, in dessen Folge es zu einer Reihe das Ansehen der Spruchgerichte schwer belastenden „Skandalurteilen" (S.311ff.) kam. Dennoch erfolgten relativ viele Verurteilungen, aber die zumeist milden Strafen hatten kaum größere Relevanz, und Haftstrafen galten durch Internierung bzw. Inhaftierung oft als abgegolten. Im Zuge der „Schlussstrich"praxis der ersten Bundesregierung erfolgte die Streichung der Spruchkammerstrafen aus dem Strafrechtsregister und die Aufhebung aller beamtenrechtlichen Folgen. W. gelangt zu dem Schluss, dass die in diesem Zusammenhang betriebene „Integrationspolitik" gegenüber den Tätergruppen „exakt das Gegenteil von Entnazifizierung und Internierung" (S.355) war. „Die Integration drohte [...] zu einer umfassenden Renazifizierung auszuarten [...] Es handelte sich somit bei der praktizierten Personalpolitik nicht mehr um eine Integration, sondern um eine

Restauration der personellen Struktur aus der NS-Zeit in Wirtschaft, Verwaltung und Gerichtsbarkeit." (S.356). Dem bleibt nichts hinzuzufügen.

Rolf Badstübner

Ulla Plener: Die SED-Führung 1946-1953. Vom Einheitsapostel zum kalten Krieger in der Arbeiterbewegung. Chronik und Dokumente ihres Umgangs mit der SPD. Nach Tagungsprotokollen der SED-Spitzengremien, Ingo Koch Verlag, Rostock 2008, 458 S.

Was P. über den Wandlungsprozess der SED-Führung in ihrem Verhältnis zur bundesrepublikanischen SPD, über die internen Debatten zu dieser schwierigen Freund-Feind-Beziehung aus den Archiven zutage gefördert hat, erweitert unsere Kenntnisse über diese Jahre beträchtlich und verdient Beachtung. Und um schon eines vorwegzunehmen: Es ist fast durchweg wenig Erfreuliches, was sie da an „Traditionsbestand" der Partei Die LINKE ans Licht gezerrt hat und als neue historische Zumutung für die Nachfolgepartei der SED bereithält.

Sie unterteilt ihre Studie in zwei Phasen: Bis Januar 1947 habe das Ringen um die Westausdehnung der SED nach dem Vorbild der SBZ im Mittelpunkt gestanden. Dazu kam es schon aufgrund des Verbots der Westmächte nicht. Bis März 1948 wurde dann mit der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD der Versuch der Neuschaffung einer SED im Westen unternommen. Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit dem vergeblichen Ringen der SED-Führung um westdeutsche Sozialdemokraten im kalten Krieg gegen deren Führer (bis zum Dezember 1953). In dieser Phase erblickt sie den schlussendlichen Übergang der SED zur eigenständigen Führung eines „Kalten Krieges" in der Arbeiterbewegung selbst, als Kalter Krieg gegen die Führer der SPD, sich zugleich ausdrückend in der sich zunehmend verschärfenden Kampagne gegen den „Sozialdemokratismus" in den eigenen Reihen.

P. lässt es nicht an scharfen Kommentierungen dieser so schädlichen wie bisweilen schändlichen Politik fehlen, eine Beurteilung, die der Rezensent in vielerlei Hinsicht teilt. Dabei vergisst sie nicht, auf die komplizierten politischen Rahmenbedingungen aufmerksam zu machen: u. a. der Kalte Krieg im internationalen Maßstab, die Deutschlandpolitik der Sowjetunion, der strikte Antikommunismus Kurt Schumachers, die an stalinistischen Herrschaftsmethoden orientierte Besatzungspraxis der SMAD, die völlige Abhängigkeit der SED von der Besatzungsmacht. Dass Letzteres nicht so absolut zu sehen ist, wie es der Begriff nahelegt, zeigt das interessante Detail einer Besprechung der SED-Führung Ende Januar 1947 mit Stalin in Moskau. Während Stalin sich durchaus eine Zulassung der SPD in der SBZ vorstellen kann, ist es ausgerechnet der Ex-Sozialdemokrat Grotewohl, der sich vehement dagegen ausspricht.

So ängstlich die SED-Führung mit Blick auf ein plurales Parteienspektrum in der SBZ war, so optimistisch und zugleich sich selbst immer neu Selbsttäuschungen hingebend, agierte sie im Hinblick auf ihre Expansions-

aussichten im Westen und die Möglichkeit, große Massen der sozialdemokratischen Mitglied- bzw. Anhängerschaft zu gewinnen und von ihrer Führung zu trennen. Dieser illusionäre Zug durchzieht die gesamte Periode bis Ende 1953 – allen empirischen Tatsachen (Mitgliederentwicklung und Wahlergebnisse der KPD) zum Trotz.

Einen zentralen Stellenwert in den meisten Dokumenten der ersten Periode nimmt die Auseinandersetzung mit Kurt Schumacher ein. P. zitiert Wilhelm Pieck aus dem November 1947: „Unsere Abrechnung geht sehr stark in der Linie, daß wir die Schumacher-Politik mit der von Hitler und Goebbels betriebenen Politik vergleichen. Es gibt da verblüffende Parallelen.“ Sie fügt hinzu: „Da hatte Pieck Recht!“ Nun soll hier nicht bestritten werden, dass Schumacher den Kommunisten und der SED in seinen Charakterisierungen nichts schuldig blieb: „SA-Reserve“, „rotlackierte Nazis“, „Lakaien des Kreml“ – so lauteten seine Verbalinjurien und bewegten sich damit gelegentlich auf einem ähnlichen Niveau. Aber selbst wenn man einräumt, dass der damalige Sprachgebrauch noch unbefangener an die Nazi-Periode anschloss, verdient doch die von Pieck hier beschriebene systematische Charakterisierung einer bestimmten Politik (und deren Repräsentanten) aus heutiger Sicht eine eindeutige und scharfe Zurückweisung. P. kritisiert zwar an anderer Stelle, dass die SED Schumachers KZ-Leidenszeit ausgeblendet habe, aber schon dieser Hinweis sollte es eigentlich verbieten, der Pieckschen Abrechnungsstrategie etwas Positives abzugewinnen. P. – eine ausgewiesene Schumacher-Kennerin – scheint sie zumindest partiell durch dessen scharfen Antikommunismus als nachvollziehbar anzusehen. Hier steckt für mich der kritische Punkt ihrer Arbeit. Ausgeblendet bleibt nämlich das Geschehen vor dem Mai 1946, also das, was in Politik wie Geschichtswissenschaft überwiegend und meines Erachtens mit guten Gründen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED genannt wird. Wie man es aber auch beurteilt – Schumachers Haltung ist ohne seine Sicht auf dieses Ereignis nicht zu erklären, es gibt also Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, die sie nicht erörtert. P. verstellt zudem den Blick auf andere Elemente einer bereits früh einsetzenden Stalinisierung der SED. Für sie beginnt der „Kalte Krieg“ in der Arbeiterbewegung mit dem Schlag nach „innen“, dem spätestens mit dem III. Parteitag der SED Mitte 1950 aufgenommenen forcierten Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“. Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass die führende Gruppe der aus Moskau zurückkehrenden KPD-Kader schon bald nach ihrer Rückkehr den – zunächst ideologischen, später in Säuberungen übergehenden – Kampf gegen die sogenannten Trotzkisten und Brandleristen (und später die ehemaligen Mitglieder anderer sogenannter Zwischengruppen) in den eigenen Reihen aufnahm.

Es ist erschütternd zu lesen und von P. präzise dokumentiert, dass ausgerechnet der frühere Sozialdemokrat Otto Grotewohl derjenige war, der bereits ab 1949 zum Vorreiter dieses Kampfes gegen den „Sozialdemokra-

tismus“ wird. Auch hier zeigt sich ein bis in die heutige Zeit nachzuverfolgendes Phänomen, dass frühere Näheverhältnisse gerade die erbittertsten Abgrenzungsbedürfnisse hervorrufen können. Noch tiefer sank – zumindest vorübergehend – ausgerechnet der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Rudolf Herrnstadt, dem bald darauf selbst die ideologische Entlarvung als Rechtsabweichler und die Kaltstellung bevorstehen sollte. In einem Referat auf der 10. Tagung des ZK der SED führte er aus, der „Sozialdemokratismus“ müsse als eine in der deutschen Geschichte und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung besonders tief verwurzelte „moralisch-politische Krankheit“ angesehen werden. Nur wenige Jahre nach Kriegsende war es also in Deutschland bereits wieder möglich, den politischen Kampf mit den Mitteln des „Ausmerzens“ von Krankheiten zu führen. Fünf ZK-Tagungen und gerade mal ein halbes Jahr später sah er sich selbst bzw. sein Zentralorgan als „Sprachorgan des konterrevolutionären Sozialdemokratismus“ gegeißelt.

Während die SED Anfang der 50er-Jahre in der SPD-Führung nur noch einen „Tummelplatz von Agenten imperialistischer Mächte“ erkennen konnte, glaubte sie bei nennenswerten Teilen der Mitglieder der SPD eine gewisse Sympathie zur Sowjetunion feststellen zu können – ein eklatantes Beispiel schlichter Wirklichkeitsverweigerung, die durchaus an die berüchtigte Sozialfaschismustheorie der 20er-Jahre erinnert, ohne dass dieser arg diskreditierte Begriff allerdings neuerlich Verwendung gefunden hätte. Es ist erstaunlich, dass P. auf diese nicht ganz fern liegende Parallele nicht selbst verweist.

Gleichwohl – auch wenn mit ihr über die eine oder andere Einschätzung zu streiten ist: Sie hat ein wichtiges, unsere Kenntnisse erweiterndes, aber zugleich bestürzendes Buch vorgelegt, dessen Lektüre nur wärmstens empfohlen werden kann. *Uli Schöler*

Johannes H. Voigt: Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Anerkennung (1952-1972), Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 2008, 717 S.

Der ausgewiesene Kenner der Geschichte Australiens und bis zu seinem Ruhestand an der Universität in Stuttgart lehrende Überseehistoriker V. hat sich in einigen Studien auch mit der deutschen Vereinigung im außenpolitischen Bereich beschäftigt. Vor allem hat er sich mit einigen Fallstudien zu den deutsch-indischen Beziehungen einen Namen gemacht und in den letzten zwei Jahrzehnten verschiedene Artikel über das Dreiecksverhältnis DDR-Indien-BRD veröffentlicht. Er gehört also nicht zu den westdeutschen „Aufarbeitern“ der DDR-Geschichte, die den Gegenstand ihrer Untersuchungen losgelöst von den damaligen politischen Gegebenheiten betrachten. Damit ist er leider fast eine Ausnahme, denn oftmals werden in den Artikeln zur Außenpolitik der DDR schlichtweg die „anderen Deutschen“ negiert, die oftmals die Handlungen und Reaktionen der DDR erst erklärlich machen. Ausdrücklich for-

muliert V. schon im Vorwort, dass „eine Untersuchung zur Indienpolitik der DDR [...] inhaltlich eng mit dem Thema der Indienpolitik der Bundesrepublik verflochten“ ist (S.XI). Es fällt schon aufgrund des Umfanges des Buches auf, dass sich der Vf. um eine sachliche Bearbeitung der Fakten für die von ihm gewählte Thematik bemüht, nämlich die Beziehungen der DDR zu Indien von 1952 bis 1972 detailliert zu analysieren, also in dem Zeitabschnitt, der der internationalen Anerkennungswelle des ostdeutschen Staates voranging. Er hat ein umfang- und materialreiches Werk vorgelegt, welches sich an die Fakten hält und bemüht ist, das Zeitkolorit in Darstellung und Analyse einzuarbeiten. Wenn sein Vf. allerdings zusammenfassende Schlussfolgerungen vornimmt, kann es passieren, dass er damit daneben liegt, was nicht allzu verwunderlich ist, geht er doch letztlich von einer Sicht des Siegers über den Besiegten aus, das heißt, er nimmt Beurteilungen von historischen Grundlagen und Fakten mit dem Wissen von heute vor.

So wird allen subjektiv motivierten Handlungen der DDR-Seite, letztlich also den konkreten Handlungen und Anweisungen der außenpolitisch agierenden Akteure, unterstellt, sie wären einer „staatlichen Aufsicht“ unterworfen (S.VII) gewesen, als wenn die Akteure der Außenpolitik und der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik nicht ebenso einer „staatlichen Aufsicht“ unterworfen gewesen wären und heute auch noch sind. Warum sonst hätte Bonn oder jedes andere Außenministerium der Welt seine Außenpolitiker bezahlen sollen? Ja, selbst die Außenwirtschaft eines jeden Landes hat zumindest staatliche Begleitung und Unterstützung erfahren, denn dass die Wirtschaft auch nach außen hin boomen kann, ist ja bekanntlich Aufgabe der diplomatischen Wirtschaftsfachleute in den Botschaften. Und diese unterstehen den jeweiligen Außenministerien. Was soll also diese Bemerkung?

Sein umfangreiches wissenschaftliches Unternehmen hat V. im Vorwort mit der Absicht begründet, angesichts der zuvor getroffenen Feststellung, dass die deutsch-indischen Beziehungen in der internationalen Forschungsliteratur zu kurz kommen, „den deutsch-indischen Beziehungen [...] einen ihrer Bedeutung nach angemessenen Platz im internationalen Geschehen von den Anfängen bis zum Beginn der Neuen Ostpolitik zu geben“ (S.VII). Ein ambitioniertes Unternehmen, welches V. sich vorgenommen hat. Aber hat er dies auch in allen möglichen Ausprägungen erfüllen können?

Zweifel sind trotz aller Anerkennung der wissenschaftlichen Leistung des Vf. angebracht, kommt doch seine etwas einseitige Sicht auf seinen Untersuchungsgegenstand bereits auf den ersten Seiten zum Ausdruck. Hier nämlich bedauert er, dass er sein Buch nicht zuletzt wegen der geringen Beachtung, die insbesondere die Indienpolitik der DDR in der wissenschaftlichen Literatur bisher genoss, geschrieben hat. In diesem Zusammenhang wirft er dem verstorbenen Indien-Historiker Joachim Heidrich aus der Akademie der Wissenschaften der DDR vor, dass es für jenen und für andere Beteiligte an dem von Heidrich

herausgegebenen Sammelband „DDR – Indien. Partner auf Zeit. Erfahrungen und Einsichten“ sicherlich „eine Genugtuung gewesen sein (mag), sich von indischen Freunden geschätzt zu wissen [...] Doch einer historisch-kritischen Aufarbeitung ist wenig gedient, wenn damit vergessen gemacht wird, dass alles Handeln auf der DDR-Seite staatlicher Aufsicht unterworfen war und [...] einer ‚Hauptaufgabe’ zu dienen hatte, nämlich den Gewinn staatlicher Anerkennung der DDR durch die indische Regierung. Eine zweite auf die Politik einwirkende, mit der programmatisch ausgerichteten Diplomatie nicht selten konkurrierende Kraft war die marxistisch-leninistische Ideologie“ (ebenda).

Anscheinend hatte V. das von ihm so geschmähte Buch nicht in den Händen gehalten oder zumindest nicht vollständig zur Kenntnis genommen. Denn der „Hauptaufgabe“ aller DDR-Diplomaten, nämlich die Durchbrechung der Hallstein-Doktrin, die bekanntlich nach dem von V. behandelten Zeitabschnitt ad absurdum geführt worden ist, wird nicht nur in einem eigenständigen Kapitel von ihm selbst ein breiter Raum eingeräumt. Welche Rolle die marxistisch-leninistische Ideologie in zwischenstaatlichen Beziehungen gespielt hat, wird an einigen Beispielen des Heidrich-Sammelbd. deutlich herausgearbeitet und einige Autoren setzen sich damit explizit kritisch auseinander. Zu unterstellen, die Sammelband-Autoren, ausschließlich ehemalige Diplomaten und Wissenschaftler aus der DDR, hätten ein Buch gefüllt, um zu demonstrieren, dass sie als Partner der Inder Anerkennung und Freundschaft genossen, ist unter dem ansonsten von V. hoch gehaltenen Niveau.

V. hätte eine so verquer argumentierende Begründung für seine selbst gewählte Aufgabenstellung gar nicht nötig gehabt. Denn er hat ausführlich dokumentiert, dass die Indienpolitik Ost-Berlins schon früher als in anderen Staaten auf die staatliche Anerkennung der DDR durch die Regierung in Neu-Delhi ausgerichtet war. Gelingen sollte dies auf politischer Ebene durch die Nutzung der Kontakte von DDR-Diplomaten zu indischen Politikern wie Nehru und Mahatma Ghandi, auf wirtschaftlicher Ebene durch einen recht intensiven Warenaustausch und durch die Unterstützung indischer Entwicklungsprojekte, propagandistisch mittels der Beeinflussung der Öffentlichkeit in den Medien sowie durch einen Kultur- und Wissenschaftsaustausch und, was allerdings weniger im Fokus der vorliegenden Untersuchung steht, durch beschönigende Selbstdarstellungen in der außenpolitischen Propaganda.

Das Buch legt dar, wie es die DDR trotz bundesdeutscher Gegenpositionen verstand, sich in Indien liberal und demokratisch zu präsentieren und ihr Anliegen dort engagiert voranzubringen. Um nicht den Verdacht einer Abhängigkeit aufkommen zu lassen, wurde dabei in der Öffentlichkeit sogar eine zu große Nähe zur Sowjetunion vermieden. Zudem achtete man zumindest nach außen auf Distanz zu indischen Kommunisten. Diese gelenkte, weit gefächerte Indienpolitik fand in der Freundschaftsbewegung in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre

ihren massenwirksamsten Ausdruck. Doch letztlich konnten weder der Druck Ost-Berlins noch der Gegendruck Bonns die souveräne Entscheidung der indischen Regierung über die Anerkennung der DDR erkennbar beeinflussen.

Trotz aller Kritik an dem hier vorzustellenden Buch stellt es einen wichtigen Baustein für eine die realen Gegebenheiten berücksichtigende, die damalige Systemauseinandersetzung beachtende, die deutsch-deutschen Besonderheiten reflektierende, die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion berücksichtigende, die inhaltliche Breite der Beziehung deutlich machende sowie die ideologischen Grenzen der beiden deutschen Staaten in der Außenpolitik objektiv bewertende Geschichte der Außenpolitik der DDR dar.

Ulrich Ramm

Kurt Pätzold: Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers, edition ost, Berlin 2008, 318 S.

Mit P. legte ein weiterer ehemals führender DDR-Historiker seine Lebenserinnerungen vor. Nachgezeichnet werden die wichtigsten Stationen: Geburt 1930 und erste Lebensjahre in einer sozialistisch und antifaschistisch eingestellten Familie im schlesischen Breslau, die Flucht im Gefolge des Zweiten Weltkrieges, weiterer Schulbesuch in Thüringen, Studium, dann Tätigkeit als hauptamtlicher SED-Sekretär an der Universität Jena und die nachfolgende wissenschaftliche Karriere, die P. nach der Promotion nach Berlin führte. Dort fand er – nach einer kurzen Zeit am Geschichtsinstitut der Akademie der Wissenschaften – 1964 seinen wissenschaftlichen Platz an der Humboldt-Universität und gehörte dieser bis zur „Abwicklung" der Sektion Geschichte und seiner nachfolgenden Entlassung Ende 1992 an. Sein Lebensweg ist typisch für viele antifaschistische und kommunistische Jugendliche aus „kleinen Verhältnissen", denen die SBZ/DDR die Möglichkeit sozialen Aufstiegs und eines erfüllten beruflichen Lebens bot. Auch nach dem unfreiwilligen Ende seiner wissenschaftlichen Laufbahn war und ist P. in vielfältiger Weise wissenschaftlich und politisch aktiv.

Ausführlich stellt er seine Sicht auf die politischen Auseinandersetzungen an den Geschichtsinstituten der Universität Jena in den 50er- und an der Humboldt-Universität Ende der 60er- und in den 70er-Jahren dar. Heutige Vorwürfe an ihn, etwa im Zusammenhang mit den Diskussionen um Karl Griewank, weist er zurück. Seine Sicht ist nachzuvollziehen, denn träfen diese Vorwürfe zu, hätte sich Griewank sicher nicht bereit erklärt, als „Doktorvater" von P. zu fungieren. Durchaus selbstkritisch sieht P. seine Tätigkeit als „Erziehungsdiktator" an der Humboldt-Universität: „[...] die Entscheidungen über die zeitweiligen Verweise von der Universität, das wurde nicht erst spätere Einsicht, waren auch eine Kapitulation. Sie mochten mir als unausweichlich erscheinen und waren doch zugleich falsch. [...] der generelle Schaden, den diese Praxis, unabhängig von ihren Folgen für Einzelne, nach sich zog,

bestand darin, daß mit ihr Anpassung, Duckmäusertum und Falschheit genährt wurden. Wir beraubten uns einer Vielzahl von Ideen, die der Prüfung wert gewesen wären." (S.188f.).
Schon mit seinem Dissertationsthema wandte sich P. – bis heute bekennender Marxist – jenem Zeitabschnitt zu, der sein gesamtes weiteres wissenschaftliches Leben prägen sollte: dem deutschen Faschismus von 1933 bis 1945. Dabei galt sein Interesse vor allem dessen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen sowie der Verfolgung und Vernichtung der deutschen Juden. Hierzu hat er auch international anerkannte Arbeiten vorgelegt.
Mehrfach und zu Recht beklagt P. die Marginalisierung der dialektisch-materialistischen, marxistischen Geschichtsbetrachtung in der heutigen Bundesrepublik. Von deren wissenschaftlicher Überlegenheit ist er nach wie vor überzeugt. Das geht so weit, dass er hinsichtlich der Forschungen zur Judenvernichtung schreibt: „Natürlich besteht keine berechtigte Hoffnung, daß die Begrenztheit der historisch-idealistischen Sicht auf den ‚Holocaust' aufgegeben werden könnte. [...] So wird nicht nur der Blick auf den Zusammenhang zwischen Imperialismus und äußerster Aufgipfelung von Menschenfeindlichkeit in der Vergangenheit verstellt. Bedient werden damit auch zeitgenössische Rechtfertigungen von Expansionspraktiken. Auch sie setzen an die Stelle realer Antriebe ebenso vorgetäuschte, ideologische und politische, andere als die Nazifaschisten, aber doch wie diese solche, die von den wirklich verfolgten Interessen und Zielen weglenken." (S.202f.). Der wissenschaftlichen Debatte sind solche Äußerungen sicherlich nicht förderlich. Sie erinnern fatal an die praktizierte „einzig wissenschaftliche Weltanschauung" und diffamieren faktisch Fachkollegen, die sich nicht als Marxisten verstehen.
P.s Erinnerungsbuch ist nicht allein ein autobiografischer Bericht; er selbst bekennt im Nachwort, dass es „auch in aktuell-politischer Absicht geschrieben wurde", auch „eine Gegenschrift" sei (S.312). Daher gibt es längere Passagen, die seine Auffassung zu damaligen und heutigen politischen Problemen wiedergeben. *Christa Hübner*

Hartmut Zwahr: Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. DDR und „Prager Frühling". Tagebuch einer Krise 1968 bis 1970, (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 25), 2. Auflage, J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2008, 440 S.

Der Sozialhistoriker, der hier sein Tagebuch der Jahre 1968 bis 1970 selbst editiert und kommentiert, ist Jahrgang 1936, studierte nach der Arbeiter- und Bauernfakultät an der Karl-Marx-Universität (KMU) Leipzig Geschichte und Germanistik und wurde an ihr Assistent. 1963 promovierte er dort, 1974 folgte die Promotion B, 1978 wurde er zum Professor an der Sektion Geschichte berufen. Nach 1990 bis zu seiner Emeritierung 2001 leitete Z. den Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.
Den Hauptteil des Bd. bilden Tagebuchaufzeichnungen des Autors. In sie sind ausführliche Zitate aus Berichten, aus Zeitungen und aus offiziellen

Erklärungen von staatlichen bzw. Partei-Gremien, aus privaten Briefen und aus persönlichen Dokumenten dieser Zeit eingefügt. In seiner Sicht der Dinge verfolgt Z. verschiedene Darstellungsebenen: a) Er reflektiert Entwicklungsprozesse in der ČSSR und die damit verbundenen Erwartungen; b) er dokumentiert und bewertet den politischen und gesellschaftlichen Alltag in der DDR, namentlich in Leipzig; c) er beobachtet und kommentiert sein Arbeitsumfeld in den Geschichtseinrichtungen an der KMU Leipzig, eingeschlossen die Hochschulreform und die SED-Parteiorganisation; d) und schließlich blickt er in – abgeschwächtem Maße – auf seine private, familiäre von der Arbeitsseite getrennte Sphäre. So gesehen, liegt dem Leser ein historisches Zeitdokument vor, das sowohl Alltag als auch gesamtgesellschaftliche Situation in der DDR jener Zeit aus einer persönlichen Perspektive wiedergibt.

In der publizierten Fassung werden Kürzel aus den Originalaufzeichnungen aufgelöst und kursiv gesetzt (allerdings nicht konsequent), damit der authentische Text erkennbar bleiben soll. Erwähnte Personen, Ereignisse und Fakten, von denen der Autor meint, dass sie unbekannt sind und vermittelt werden müssen, packt er in die 923 Fußnoten. Ist im Text bereits viel Nebensächliches, Unwesentliches und Überflüssiges mitgeteilt, so gilt dies erst recht für die Fußnoten. Es fragt sich, für welchen Personenkreis diese Anmerkungen und das Buch insgesamt bestimmt sind. Für Historiker ist zu viel Bekanntes, für den „normal“ Interessierten viel zu viel Spezifisches vermerkt. Der Spagat, zwei Herren zu dienen, ist nicht gelungen.

Die Aufzeichnungen verdeutlichen, wie Z. nicht nur mit dem Prager Frühling, mit den tschechoslowakischen Reformern sympathisierte, sondern zugleich auf ähnliche Entwicklungen in der DDR hoffte. Mit dem 21. August 1968 waren diese Illusionen zerstört. Liest man die Aufzeichnungen, so kann man fast nicht glauben, dass jemand mit einer solchen Karriere – Z. hatte mit seinen sozialhistorischen Arbeiten in der DDR und international wissenschaftliche Anerkennung erworben –, ein solches Tagebuch geführt hat. Er hat es, nach seinen Angaben, damals unter einem defekten Eisen-Ofen in der Küche versteckt. Folgt der Leser der Darstellung des Autors, so wollen die Notizen, Stichworte und Beschreibungen einen system-, staats- und parteikritischen Z. zeigen. Zwangsläufig drängt sich dann aber auf, warum er bei dieser Haltung überhaupt 1966 als Kandidat in die SED eintrat und bis Herbst 1989 über drei Jahrzehnte in ihr blieb, ihre Politik und Propaganda aktiv mit trug und verbreitete, wie er unter den von ihm geschilderten Bedingungen des DDR-Wissenschaftssystems als Historiker arbeiten und gesellschaftliche Funktionen ausüben konnte, als Teil des Staats-, Gesellschafts- und Wissenschaftssystems fungierte und funktionierte. Eine schlüssige Erklärung findet sich nicht, auch wenn er verschiedentlich durchblicken lässt, dass er zu den Menschen gehörte, „die nicht mucksen dürfen“ (S.37). Offenbar sah er Ende der 60er-Jahre keine berufli-

che Aufstiegsperspektive mehr, die (3.) Hochschulreform ist ihm ausschließlich eine Kaderreform, durch die die „falschen" Personen die begehrten Stellen erhalten. Sein wissenschaftliches Umfeld schildert er als von Dummheit, Inkompetenz und Duckmäusern geprägt. Der Bd. wird auch deshalb nicht auf das Wohlgefallen vieler seiner ehemaligen Weggefährten und Kollegen treffen, lässt er doch kein gutes Haar an etlichen Mitarbeitern der Sektion Geschichte der KMU Leipzig bzw. deren Vorgängerin. Vielleicht nennt er deshalb einen Großteil nicht mit richtigem Namen, sondern stattet sie mit Fantasienamen aus. Die zu entschlüsseln, dürfte in den meisten Fällen nicht allzu schwierig sein. So wenn er den Namen eines Kollegen (ein „jämmerlicher Historiker", S.121) als Dieter Boden aus dem „Oberbau" statt aus dem „Unterbau" eines Hauses ableitet, wenn ein Lehrstuhlleiter als Münzer mit dem Gegenstand seines wissenschaftlichen Hauptwerks bezeichnet wird, wenn bei einer Parteifunktionärin Walburga Panthey nur einige Buchstaben des Vornamens stimmig sind und die Identität aus der Beschreibung erkennbar ist, wenn bei anderen Kollegen nur die Mittelbuchstaben ausgetauscht sind und so weiter.

Abschließend sei vermerkt, dass offensichtliche Fehler in den Aufzeichnungen (z. B. Thambach-Dietharz statt Tambach-Dietharz) nicht korrigiert sind, überhaupt haben sich in verschiedenen Angaben Fehler im Urtext und bei den Kommentierungen in den Fußnoten eingeschlichen.

Jürgen Birg

Boris Kanzleiter/Krunoslav Stojaković (Hrsg.): 1968 in Jugoslawien – Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975. Gespräche und Dokumente, J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2008, 352 S.

Die Ereignisse von 1968 – von der Studentenrevolte bis zum Prager Frühling – erfahren eine große mediale und fachliche Beachtung. Die Vf. haben das 40. „Jubiläum" zum Anlass genommen, dem deutschen Fachpublikum das „jugoslawische 1968" näher zu bringen. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Studentenbewegungen und den Prager Ereignissen hat die jugoslawische Studentenbewegung, trotz oder gerade wegen der Vielschichtigkeit ihrer Phänomene, in der Forschung bisher wenig Beachtung gefunden. Es mangelt an Darstellungen vor allem in den Balkanstaaten, in denen eine unkritische Nationalgeschichtsschreibung dominiert. Auch im deutschen Sprachraum findet sich so gut wie keine Literatur zu diesem Thema. Ist die vorliegende Arbeit auch keine umfassende Analyse, sondern eine Materialsammlung, die die Probleme erschließbar machen soll, so bedeutet sie dennoch eine beachtliche Erweiterung des Blickfeldes.

Gegliedert ist sie in drei Abschnitte, einen kurzen Einführungsteil, einen Interviewteil und eine Dokumentensammlung. Der Einführungstext ist, wie die Autoren selbst betonen, recht knapp gehalten und soll eine Kontextualisierung des „Jugoslawien 1968" bieten. Es wird auf die Besonderheiten der Entwicklung des jugoslawischen Sozialismus seit 1948 eingegangen, in

der das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens von 1958 einen Meilenstein darstellte. Die Entwicklung führte zu einer weiteren Besonderheit des „jugoslawischen 1968“, da die Studenten ihre Forderungen innerhalb der Ideologie des Selbstverwaltungssozialismus artikulieren konnten.

Der intellektuelle und kulturelle Aufbruch der 60er-Jahre wird vor allem mit der „Praxis“-Gruppe der Philosophen und mit neuen Ansätzen in Theater und Film in Verbindung gebracht, die den Studenten ein „theoretisches Interpretationsraster“ (S.20) zur Verfügung stellten. Zugleich wird auch die soziale Unzufriedenheit der Studenten im Kontext des Anwachsens der Gesamtstudierendenzahlen und der Probleme in den Wohnheimen erwähnt, aber nicht detaillierter erläutert. Insgesamt ist der Einführungstext etwas zu kurz geraten. Die wichtigsten Entwicklungslinien und die Widersprüche des Jugoslawiens der 60er-Jahre, die in den Juniereignissen von 1968 kulminierten, werden benannt und stellen den Ausgangspunkt für den Interviewteil dar. Nach den Vietnamkriegsprotesten im Dezember 1966, die offiziell abgesegnet waren, aber außer Kontrolle gerieten und in einem repressiven Polizeieinsatz endeten, trat die Studentenbewegung in die Phase des von den Autoren sogenannten „offenen Aktivismus“. Es folgten Reorganisationsbemühungen im bis dahin handzahmen Studentenbund, dessen Periodika ein zusehends offenes Forum für Kritik, vor allem an der sozialen Lage der Studenten, wurde. Die Phase des „offenen Aktivismus“ kulminierte in den Juniereignissen 1968, deren spontane Aktionsausschüsse eine tragfähige Organisationsstruktur ermöglichen sollten. Langfristig misslang das, da die Parteiführung mit einer geschickten Strategie, den sozialen Forderungen entgegenzukommen und politische Reformen abzulehnen, antwortete. Der Beginn der 70er-Jahre sah den Niedergang der Studentenbewegung, die angesichts des Bedeutungszuwachses der nationalen Frage und der Abkehr des BdKJ von Reformbestrebungen keine neue Kraft mehr entfalten konnte. Den Schlusspunkt bildete die Entlassung von acht kritischen Universitätsprofessoren im Februar 1975, womit auch der zeitliche Rahmen des vorliegenden Bd. abgesteckt ist.

Die Auswahl der Interviewpartner umfasst insgesamt sechzehn Personen: Protagonisten der Studentenproteste (Dragomir Olujić, Alija Hodžić, Djuro Kovačević) und Intellektuelle, die den gesellschaftlichen Aufbruch jenes Jahrzehnts begleiteten (die Soziologen Lino Veljak, Zagorka Golubović, Svetlana Slapšak, Nebojša Popov, die Philosophen Žarko Puhovski, Milan Kangrga und die Protagonisten der kulturellen Avantgarde Jovan Ćirilov, Želimir Žilnik, Dušan Makavejev, Bora Ćosić). Des Weiteren erörtert der slowenische Soziologe Rastko Močnik die Rolle der Studentenproteste in Ljubljana näher (S.79-84). Das Gespräch mit dem kosovarischen Intellektuellen Shkelzen Maliqi (S.73-78) geht auf die Ereignisse im Kosovo 1968 ein. Nicht zufällig spielen diese Personen in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens auch heute eine

bedeutende Rolle in öffentlichen Debatten. Bekannt ist ihr kritisches Verhältnis zu den im zurückliegenden Jahrzehnt entfachten Nationalismen. Das wirft allerdings die Frage auf, ob man nicht auch Akteure „der anderen Seite" hätte befragen sollen, so die serbischen Liberalen um Mirko Tepavac und Latinka Perovic sowie in Kroatien den nach dem Scheitern des „Maspok" („Massenbewegung") seiner Ämter enthobenen Miko Tripalo. Schmerzlich vermisst wird vor allem der Philosophieprofessor Mihailo Markovic, der eine herausragende Rolle in der Gruppe der „Praxis"-Philosophen und im Gegensatz zu den in diesem Bd. Interviewten in den 90er-Jahren einen stramm nationalistischen Kurs einschlug. Interviews mit ehemaligen Parteifunktionären, etwa mit Tepavac, hätten weiter zur Differenzierung des jugoslawischen Partei- und Gesellschaftsbildes jener Zeit beitragen können, war doch die Haltung der Parteiführung zu den Studentenprotesten, dies wird auch an mehreren Stellen konstatiert, keineswegs monolithisch.

Die gut vorbereiteten Interviews haben, je nach dem Hintergrund und der Rolle der Befragten, thematische Schwerpunkte. Die wertvollen Zeitzeugenberichte mit Olujić (S.43-57), Hodžić (S.58-67), Redaktionsmitglied und späterer Leiter der Studentenzeitschrift „Student", und Djuro Kovačević (S.68-72), Funktionär des in jenen Jahren nicht mehr handzahmen Studentenbundes, geben Einsichten in die damalige Ereignisabfolge. Olujićs interessante, detaillierte Schilderung der Vorkommnisse, ausgehend vom 2. Juni (Beginn der Demonstrationen in Belgrad) und 3. Juni (Besetzung des Rektoratsgebäudes), stellt die soziale Unzufriedenheit der in den Wohnheimen untergebrachten Studenten als einen Katalysator der Proteste heraus. Hervorzuheben ist das Interview mit Puhovski, dessen Ausführungen auch in ihrer Konkretheit und methodologischen Schärfe überzeugen. Sie bieten Einblick in die Anatomie des „Kroatischen Frühlings" 1970/71 als einer Folgeerscheinung der Öffnung während der 60er-Jahre. Lesenswert ist auch das Gespräch mit dem (mittlerweile verstorbenen) Zagreber Philosophen Kangrga. Dieser unangepasste Denker bietet eine lebhafte und anekdotenreiche Beschreibung der Entstehung der „Praxis"-Gruppe. Abgerundet wird der Interviewteil durch Gespräche u. a. mit Žilnik und Makavejev, deren frühe Schaffensphase als Regisseure in die Zeit des kulturellen Aufbruchs der 60er-Jahre fiel. Durch diese Zeitzeugenberichte ergibt sich ein Bild der jugoslawischen Gesellschaft jenes Jahrzehnts, das von kultureller Aufbruchsstimmung und von Widersprüchlichkeiten bestimmt war.

Im Dokumententeil sind Quellen größtenteils erstmalig in deutscher Sprache abgedruckt, jedes Dokument beginnt mit einer kurzen erklärenden Einleitung der Hrsg. Die Dokumente geben Aufschluss über die Ideologie des jugoslawischen Sozialismusmodells, über die theoretischen Grundlagen der „Praxis"-Schule, über Organisationsaspekte des Studentenbundes, über die studentischen Reaktionen auf die internationalen Ereignisse von 1968, den „jugoslawischen Juni 1968"

und die programmatischen Deklarationen der Studenten (z. B. das politische Aktionsprogramm vom 5. Juni 1968). Dieses Programm legte den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Situation der jungen Akademiker, dieser Sachverhalt ist ohne die jugoslawischen Wirtschaftsreformen der 60er-Jahre nicht zu verstehen und fand in der Parole „Nieder mit der roten Bourgeoisie" seinen Ausdruck. Jenes Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichem Druck und ideell-philosophischem Aufbruch schuf den Nährboden für die Studentenrevolte. Hier wäre wiederum eine weitere Differenzierung angeraten. Denn es ist nicht verwunderlich, dass nach Titos Fernsehansprache vom 9. Juni 1968 (S.251-256), in der er Fehler eingestand und den Studenten eine Verbesserung ihrer Lage versprach, der Protest abebbte und in den Folgejahren nicht wieder die gleiche Intensität erreichte.

Eine detaillierte Chronologie für die Jahre nach 1968 wäre sinnvoll gewesen, gleiches gilt für ein Personenregister, vermisst wird auch ein Verzeichnis mit Abkürzungen, das die mannigfachen gesellschaftlichen und studentischen Institutionen erläutern hätte können.

Insgesamt liegt ein Sammelband vor, der Einblicke in die facettenreiche jugoslawische Gesellschaft der 60er-Jahre ermöglicht. *Slobodan Britvec*

Autorenverzeichnis

Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin
Rolf Badstübner, Prof. Dr., Berlin
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Werner Berthold, Prof. Dr., Leipzig
Jürgen Birg, Berlin
Slobodan Britvec, Student, Berlin
Detlev Brunner, PD Dr., Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Abt. Berlin
Frédéric Cyr, Doktorand, Universität Montreal
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Dick Geary, Prof. Dr., Universität Nottingham
Siegfried Grundmann, Prof. Dr., Berlin
Wolfgang Heyn, Dr. sc., Bernau
Ursula Herrmann, Prof. Dr., Ferch
Ralf Hoffrogge, Doktorand, Berlin
Christa Hübner, Dr. sc., Berlin
Peter Hübner, Dr. sc., Berlin
Mario Keßler, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam, z. Zt. Columbus (Georgia/USA)
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Harald Lange, Prof. Dr., Berlin
Marcel van der Linden, Prof. Dr., Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
Christa Luft, Prof. Dr., Berlin
Ingo Materna, Prof. Dr., Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Winfried Morgenstern, Prof. Dr., Berlin
Eckhard Müller, Dr., Berlin
Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde
Laura Polexe, Universität Basel
Ulrich Ramm, Berlin
Uli Schöler, Dr., Werder
Michael F. Scholz, Prof. Dr., Gotland University, Visby

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner (V. i. S. P.), Bärbel Kontny, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:
rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch" erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch" übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

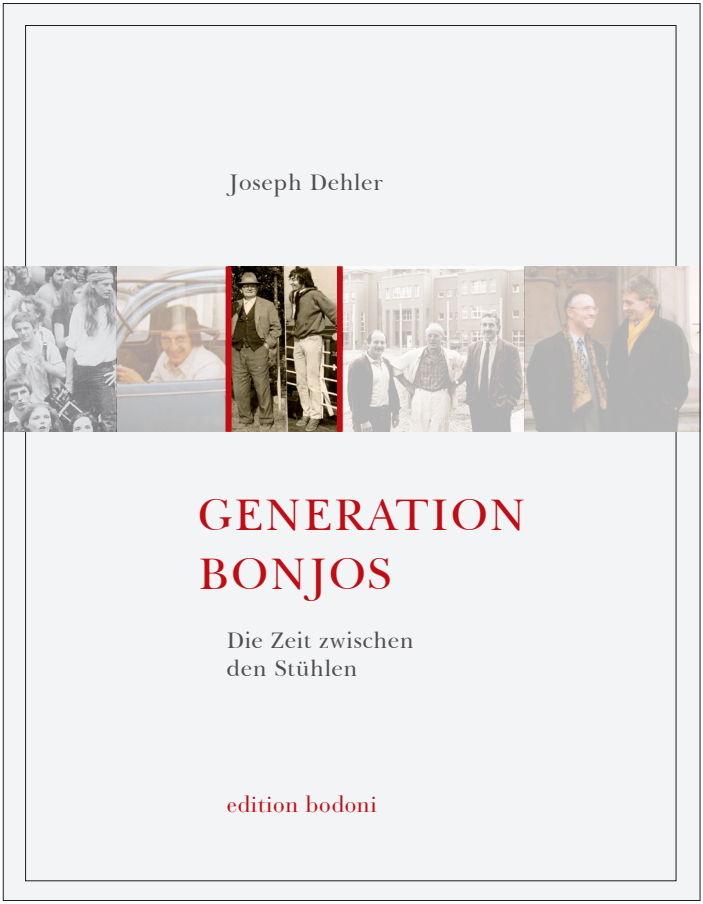
Veröffentlichung gem. Paragraph 7a Berliner Pressegesetz:
Gesellschafter der NDZ GmbH:
Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC –, Gesellschafter der FEVAC GmbH: Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40%); Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30%); Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30%).

Satz:
Joanna Boegendorff/Christa Kouřil

Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums
info@bodoni.org

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Redaktionsschluss: 8.12.2009



Joseph Dehler

Generation Bonjos
Die Zeit zwischen den Stühlen

Generation Bonjos beschreibt und dokumentiert das Spannungsverhältnis zwischen einem treu sorgenden Großvater und seinem Enkel während der Protestbewegung Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der einen Seite steht der Fabrikarbeiter und spätere Briefträger Bonaventura, geboren 1889, der seinen Sohn Josef bereits mit 21 Jahren, 1943, im Krieg verlor. Auf der anderen Seite der ein Jahr später geborene Koch und Fabrikarbeiter Josef, der für Bonaventura – nicht nur des Namens wegen – an die Stelle seines nicht mehr heimgekommenen Sohnes trat.
Die Liebe des Großvaters Bonaventura zu seinem Enkel konnte sich solange ungestört entfalten, bis Josef entschied, ein völlig neues Leben anzufangen.
Danach begann für beide eine unsichere, kritische Zeit. Zu Josefs Bedauern schlummerten die damit verbundenen Konflikte bis zum Tode von Bonaventura im Jahre 1981 im Alltag dahin, obwohl reichlich Zeit gewesen wäre, sie zu bereinigen.
Jetzt wo Bonaventura 120 Jahre alt geworden wäre und Josef 65 Jahre alt wird, nimmt der Autor die beiden noch einmal mit zurück in die verzwickten Jahre 1967 bis 1972.
Am Ende steht die Frage, wie Josefs „späteres Leben" von Bonaventura heute beurteilt würde.

ISBN 978-3-940781-09-3 · 146 S. · 18,00 EUR · edition bodoni